

94.029

**Botschaft  
über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit  
und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern**

vom 20. April 1994

---

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir unterbreiten Ihnen die Botschaft und Entwurf zum Bundesbeschluss über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern mit dem Antrag auf Zustimmung.

Gleichzeitig beantragen wir Ihnen, die folgenden parlamentarischen Vorstösse abzusprechen:

- |                    |  |
|--------------------|--|
| 1993 P 93.3159     | Entwicklungszusammenarbeit und Nachhaltige Entwicklung (S 28.9.93, Rhinow)                           |
| 1989 P 88.829      | Entwicklungszusammenarbeit in der Türkei und Asylpolitik (N 17.3.1989, Mühlemann)                    |
| 1990 P zu 90.025-2 | Asylgesetz. Lage in der Türkei und in Kurdistan (N 14.6.90, Kommissionsminderheit des Nationalrates) |



1989 P 88.329 Sozialistische Republik Vietnam. Beziehungen  
(N 23.6.89, Ziegler)

1991 P 91.3094 Entwicklungsverträglichkeit  
(N 21.6.91)

Wir versichern Sie, Frau Präsidentin, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

20. April 1994

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Stich

Der Bundeskanzler: Couchepin

## Uebersicht

Gemäss Artikel 9 des Bundesgesetzes vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0) bewilligen die eidgenössischen Räte die für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe des Bundes notwendigen finanziellen Mittel jeweils in Form von mehrjährigen Rahmenkrediten. Der vierjährige Rahmenkredit von 3300 Millionen Franken, der am 19. Dezember 1990 in Kraft getreten ist (BB vom 4. Okt. 1990; BBl 1990, III 617), wird voraussichtlich Ende Dezember 1994 vollumfänglich verpflichtet sein. Der mit dieser Botschaft beantragte neue Rahmenkredit ist wiederum auf eine Laufzeit von mindestens vier Jahren angelegt. Der neue Rahmenkredit wird voraussichtlich anfangs Januar 1995 in Kraft treten, sobald der vorangegangene Kredit voll ausgeschöpft ist, und für mindestens vier Jahre die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe des Bundes ermöglichen.

Die technische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe - der Gegenstand dieser Botschaft - sind umfangmässig die beiden Hauptzweige der öffentlichen Hilfe der Schweiz. In gesonderten, ebenfalls mehrjährigen Rahmenkrediten bewilligten die eidgenössischen Räte die Mittel für weitere Bereiche entwicklungspolitischer Massnahmen, namentlich

- für wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen,
- für die internationale humanitäre Hilfe,
- für die Beteiligung an den regionalen Entwicklungsbanken und der multilateralen Investitionsrisikogarantie,
- für die Beteiligung der Schweiz an den Bretton Woods Institutionen.

Im Bericht über die Legislaturplanung 1991 bis 1995 (BBl 1992, III 1) wurde die Absicht geäussert, das Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe bis zur Jahrtausendwende möglichst auf 0,4 Prozent des Bruttosozialprodukts zu erhöhen. Dementsprechend ist in der Finanzplanung und den Finanzperspektiven des Bundes für die folgenden Jahre die schrittweise Annäherung an dieses Ziel vorgesehen. Auf der Basis dieser Finanzplanung wird mit der vorliegenden Botschaft ein neuer Rahmenkredit für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe in der Höhe von 3'900 Millionen Franken beantragt. Die damit in Zukunft einzugehenden Verpflichtungen werden Auszahlungen zur Folge haben, die sich erfahrungsgemäss über die kommenden acht Jahre erstrecken.

Die vorliegende Botschaft muss im Zusammenhang mit den übergeordneten Grundsatzdokumenten zur schweizerischen Aussenpolitik betrachtet werden. Ende 1993 veröffentlichte der Bundesrat den Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz

in den 90er Jahren. Der rasche Wandel in den internationalen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und die Erkenntnis, dass die Aussenpolitik vermehrt den Erfordernissen einer interdependenten Welt angepasst werden muss, führten zu einem Ueberdenken der Leitideen der schweizerischen Aussenpolitik. Angesichts der globalen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen ist die Existenzsicherung der Schweiz und die Wahrung langfristiger Interessen nur durch verstärkte internationale Solidarität zu erreichen. Die Entwicklungspolitik als Teilbereich der Aussenpolitik ist Ausdruck dieser internationalen Solidarität. In einem 1990 eingereichten Postulat ersuchte die ausserpolitische Kommission des Ständerates den Bundesrat, ein Leitbild für die zukünftige Rolle der Schweiz in der Nord-Süd-Beziehung zu erarbeiten mit dem Ziele einer ganzheitlichen und kohärenten Entwicklungspolitik. Der Bericht des Bundesrates über die Nord-Süd-Beziehungen ("Leitbild Nord-Süd") wird den eidgenössischen Räten parallel zu dieser Botschaft vorgelegt. Das Leitbild Nord-Süd gibt einen Ueberblick über die Gesamtheit der Beziehungen der Schweiz mit den Entwicklungsländern und umreissst Aktionsfelder und Leitlinien für die zukünftige schweizerische Entwicklungspolitik. Die vorliegende Botschaft befasst sich mit einem Teilbereich dieser Politik, namentlich mit den Instrumenten der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe. Beleuchtet wird dabei auch das Umfeld, in welchem diese Instrumente zum Einsatz gelangen, vor allem die Lage und die Bedürfnisse in den Partnerländern der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse in den Entwicklungsländern ergibt sich ein sehr uneinheitliches Bild: In gewissen Ländern und Regionen hat sich die Situation im Laufe der letzten Jahre markant verbessert. Hohe wirtschaftliche Wachstumsraten und Erfolge in der Bekämpfung der Armut kennzeichnen beispielsweise die Lage im südostasiatischen Raum. Auch in den meisten Ländern Lateinamerikas haben wirtschaftliche und politische Reformen Wirkungen gezeitigt. In Afrika südlich der Sahara hingegen nahm die Armut weiter zu, und die vielerorts eingeleiteten Demokratisierungsprozesse haben sich in vielen Fällen als wenig dauerhaft erwiesen, obwohl man feststellen kann, dass sie sich mancherorts weiter verfestigen. Fest steht jedenfalls, dass die Entwicklungszusammenarbeit weiterhin eine Notwendigkeit bleibt, auch wenn sie stets nur subsidiär zu den Eigenanstrengungen der Partner im Süden wirken kann. Auch für die kommenden Jahre gilt, dass die untrennbar miteinander verbundenen Problemkreise der Armut, der Umweltbelastung und des Bevölkerungswachstums in Zusammenarbeit zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern entschlossen und zielgerichtet angegangen werden müssen. Alle Anstrengungen sind noch verstärkt auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Hier setzt denn auch die vorliegende Botschaft ihre Akzente.

---

Teil 1 thematisiert die wichtigsten Aspekte der Nord-Süd-Beziehungen. Im Unterabschnitt 11 werden die grossen Herausforderungen der neunziger Jahre skizziert, namentlich die Verbesserung der Lebensbedingungen und der ökologischen Situation. Unterabschnitt 12 stellt Lösungsansätze im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs vor. Teil 2 erörtert die Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Süden, vor allem die Grundlagen und Ziele der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, wichtige Querthemen und Fragen der Durchführung. Teil 3 befasst sich mit dem Programm der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe für die Jahre 1995-1998. Im Unterabschnitt 31 wird die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit anhand von konkreten Beispielen dargestellt, während Unterabschnitt 32 das Programm der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit vorstellt und die komplementäre Beziehung zwischen den bilateralen und den multilateralen Beiträgen erläutert. Teil 4 thematisiert Fragen der Organisation und des Personals. Die Teile 5 und 6 geben Aufschluss über die Verwendung des neuen Rahmenkredites sowie über finanzielle und personelle Auswirkungen.

*Die Entwicklungszusammenarbeit ist wichtig, sie kann ihre Wirkung aber nur voll entfalten, wenn sie sich in den Kontext einer ganzheitlichen, kohärenten Politik der Schweiz gegenüber den Entwicklungsländern einfügt.*

## Botschaft

- 1            **Wichtige Aspekte der Nord-Süd-Beziehungen in den neunziger Jahren**
- 11          **Die Lage der Menschen in den Entwicklungsländern**
- 111        **Globale Herausforderungen und regionale Unterschiede**

Ein Grossteil der nördlichen Industriestaaten befindet sich gegenwärtig in einer Phase der wirtschaftlichen Stagnation und richtet den Blick wieder verstärkt nach innen, um sich internen Problemen wie beispielsweise der Arbeitslosigkeit zuzuwenden. Auch scheint angesichts des Krieges in Bosnien und des schwierigen Uebergangsprozesses in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion die euphorische Aufbruchstimmung nach dem Ende des kalten Krieges verfliegen. In einem gewissen Widerspruch zum Rückzug auf die eigenen Probleme ist jedoch gleichzeitig festzustellen, dass - vielleicht nicht zuletzt als Folge der Konferenz von Rio über Umwelt und Entwicklung - das Bewusstsein der weltweiten gegenseitigen Abhängigkeit in einer breiten Oeffentlichkeit immer stärker wird.

In dieser Situation stehen wir einer Reihe von globalen Herausforderungen gegenüber, die es zu bewältigen gilt, wollen wir kommenden Generationen nicht eine erdrückende Problemlast hinterlassen:

- Die stark miteinander verbundenen Probleme der *Massenarmut*, des *Bevölkerungswachstums*, der *knapper werdenden Arbeit*, der weiterhin steigenden *Belastung der Umwelt* und der *Migrationen*;
- der Uebergang zu *effizienteren Formen der Nutzung von Ressourcen* und der *Vermeidung von Abfällen* im Produktionsprozess sowie die *Aenderung des Konsumverhaltens* in den Industrieländern;
- die *politische, wirtschaftliche* und *soziale Umgestaltung* in Richtung Demokratie, Rechtsstaat und Markt in Mittel- und Osteuropa, in der ehemaligen Sowjetunion und im Süden;
- *zwischenstaatliche Konflikte* und - zunehmend häufiger - *Bürgerkriege*, welche nach friedenschaffenden und friedenserhaltenden Massnahmen rufen und vermehrt humanitäre Hilfe - einschliesslich Flüchtlings- und Wiederaufbauhilfe - erforderlich machen;
- *Probleme mit grenzüberschreitenden Dimensionen* wie Drogen, AIDS, Terrorismus, die Gefahr nuklearer Unfälle, Aufrüstung.

Kennzeichnend für diese Herausforderungen ist die Tatsache, dass sie uns alle direkt oder indirekt betreffen, im Norden wie im Süden. Die einzelnen Probleme sind

jedoch regional sehr unterschiedlich. So ist von der Betrachtung der "Dritten Welt" als einer homogenen, kompakten Gruppe von Ländern endgültig Abschied zu nehmen. Das Ende der "Zweiten Welt", die regional unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung, aber auch die Tatsache, dass die Entwicklungsländer in internationalen Foren immer weniger mit einer Stimme sprechen, unterstreichen die Uneinheitlichkeit desjenigen Teils der Welt, welchen wir heute als "Süden" bezeichnen.

So bestehen insbesondere zwischen der noch immer grossen Zahl ärmster Entwicklungsländer in Afrika südlich der Sahara sowie in Südasiens einerseits und den vier südostasiatischen "Tigern" oder "Drachen" (Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea) andererseits markante Entwicklungsunterschiede. An diesem Vergleich zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wie unterschiedlich die Wachstumsentwicklung im Süden verlaufen ist (vgl. dazu Ziff. 113). Die erwähnten "Newly Industrialized Countries" - wie die Schwellenländer oft genannt werden - verfügen bereits über Pro-Kopf-Einkommen, die mit südeuropäischen Ländern vergleichbar sind. Auch andere Schwellenländer Südasiens (Thailand, Malaysia und Indonesien) sowie Lateinamerikas (Mexiko, Chile, Argentinien) konnten in den letzten Jahren ein hohes, stark exportorientiertes Wirtschaftswachstum verzeichnen und sind daran, den Anschluss an den Weltmarkt herzustellen. Zwischen den Ärmsten und den Erfolgreichen liegt ein breites Mittelfeld von Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Lateinamerika mit sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen. Vergessen wir nicht, dass sich auch in Europa und in nichteuropäischen Teilen der ehemaligen Sowjetunion Länder mit Strukturmerkmalen des Südens befinden. So definiert die OECD Albanien, die Staaten Ex-Jugoslawiens und seit kurzem auch die kaukasischen und die zentralasiatischen GUS-Staaten (Armenien, Georgien, Aserbeidschan, Kirgistan, Usbekistan, Turkmenistan, Kasachstan, Tadschikistan) als Entwicklungsländer.

Die hier grob skizzierten globalen Herausforderungen mit regional unterschiedlichem Gesicht werden im folgenden näher beleuchtet.

## 112 Die politischen Rahmenbedingungen und die Rolle des Staates

Seit dem Ende des kalten Krieges sind nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern auch in zahlreichen Ländern des Südens Fortschritte in der Demokratisierung oder - treffender noch - in der politischen Partizipation zu verzeichnen. Heute wird ein grösserer prozentualer Anteil der Weltbevölkerung nach demokratischen Prinzipien regiert als jemals zuvor. In ganz Lateinamerika - mit Ausnahme Kubas und Haitis - sind heute demokratisch gewählte Regierungen im Amt; auch in einem beträchtlichen Teil Asiens und vor allem Afrikas gab es einen Trend zu freien Wahlen und zu einer allgemeinen politischen Öffnung. Bei näherem Hinsehen trübt sich jedoch

dieses positive Bild. Weltweit haben sich die politischen Rahmenbedingungen nur sehr bedingt verbessert, und es gibt auch gegenläufige Tendenzen. In Afrika haben sich die Demokratisierungsbewegungen in einigen Fällen als wenig dauerhaft erwiesen, und in Lateinamerika stellen wir fest, dass die Institutionen der politischen Partizipation zwar formell bestehen, im politischen Alltag aber oft Fassaden für wenig demokratische Verhältnisse darstellen.

Der Staat befindet sich vielerorts in einer Krise; in gewissen Ländern sind die staatlichen Strukturen unter dem Druck der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten oder innerer Konflikte zusammengebrochen, so zum Beispiel in Liberia, Somalia und Afghanistan. In anderen Ländern - darunter auch solche mit demokratisch gewählten Regierungen - zeigen blutige Machtkämpfe zwischen rivalisierenden Gruppen, dass der Staat die Hoheit über das Staatsgebiet und das Gewaltmonopol nicht durchsetzen kann. Als Akteure der Gewalt treten wahlweise Militär, Polizei, Guerillagruppen, Banditen, Todesschwadronen sowie Bürger- und Bauernwehren in Erscheinung, die sich gegenseitig bekämpfen und vor allem auch die Zivilbevölkerung behelligen. Gegen zahlreiche autoritäre Regime, die ihre Macht durch Gewalt und Entzug der Grundfreiheiten der Bevölkerung erhalten, konnten die Demokratisierungsbewegungen noch nichts ausrichten. Vor allem in Nordafrika und im Mittleren Osten wird die Demokratisierung aber auch durch den religiösen Fundamentalismus herausgefordert, der die Gebote der liberalen Demokratie ablehnt.

Wie ist nun diese widersprüchliche Entwicklung zu erklären? Zahlreiche zum Teil regional unterschiedliche Faktoren spielen eine Rolle. Das Ende des Ost-West-Konflikts ermöglichte eine ideologieunabhängigere Sicht der innenpolitischen Situation in den einzelnen Ländern. Staatliche Strukturprobleme, Ineffizienz der Verwaltung, Korruption und die Missachtung der Menschenrechte werden auf internationaler Ebene heute anders wahrgenommen und von Kreisen der Zivilgesellschaft im Innern der betroffenen Ländern vermehrt thematisiert. Menschenrechts- und Demokratisierungsbewegungen sowie reformfreudige Kräfte innerhalb der politischen Eliten haben so an Stosskraft gewonnen. Zur Zeit der Ost-West-Rivalität hatte die Auslandshilfe - welche oft aufgrund politischer und geostrategischer Erwägungen gewährt wurde - die Tendenz, die herrschende politische Elite zu stützen und den Status quo zu bewahren. Der Staat sah sich als Motor der Entwicklung, und die Staatsmacht sowie der öffentliche Sektor wurden - nicht zuletzt mit ausländischer Unterstützung - über Jahrzehnte hinweg erweitert. In dieser Hinsicht hat nun seit Ende der achtziger Jahre international ein Umdenken eingesetzt. Die Neubewertung der Rolle des Staates, die Verminderung der aus politischen Gründen gewährten Auslandshilfe und der Rückgang von anderen Staatseinnahmen als Folge der Krise haben in etlichen Ländern die Autorität des Staates massiv untergraben. Hinzu kommt, dass die Entwicklungsländer - vor allem die am wenigsten entwickelten - durch das Ende des Ost-West-Konflikts allgemein an politischer Bedeutung verloren, was die Manövrierfähigkeit und die Steuerungskraft der herrschenden Schichten vielerorts geschwächt hat. Dies kann sich destabilisierend auf die innenpolitische



Situation auswirken, ähnlich wie der Verlust an Handlungsspielraum für die Regierungen durch die Auflagen der Geberinstitutionen im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme. Andererseits bieten die politischen Veränderungen auch Chancen für die Durchführung dringend notwendiger Reformen.

In vielen Ländern kam es zu einer Spaltung zwischen dem von einer Elite, die ihre Privilegien zu erhalten sucht, und von der Bürokratie dominierten Staat einerseits und der Bevölkerung andererseits. Dadurch nimmt auch das soziale "Gewebe" der Gesellschaft Schaden. Das Aufbrechen von Konflikten zwischen rivalisierenden Gruppen ist gleichzeitig Ursache und Folge davon. Tatsache ist jedenfalls, dass die Mehrzahl von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in vielen Ländern auf den Streit zwischen religiösen und ethnischen Gruppen zurückzuführen ist. Dieser gefährdet oder behindert oft auch eine dauerhafte Demokratisierung.

Ein weiteres Hindernis ist oft auch die politische Kultur und die fehlende Erfahrung mit demokratischen Institutionen. So gibt es zum Beispiel in Lateinamerika eine grosse Kluft zwischen den bestehenden verfassungsmässig-demokratischen Institutionen und den tatsächlichen politischen Verhältnissen. Letztere sind oft durch Machtkonzentration, Willkür, Korruption, kurzfristige Einzelinteressen und undurchsichtige Regeln geprägt. Eine moderne politische Kultur, die konsensbildend, transparent, ausgleichend und partizipativ ist, fehlt weitgehend. Es ist jedoch festzustellen, dass sich seit dem konsequent voranschreitenden Uebergang von autoritären zu demokratischen Strukturen in vielen Ländern die Menschenrechtssituation verbessert hat. Der Schutz der Menschenrechte ist in allen Staaten Lateinamerikas, die allmählich aus dem Trauma der Gewalt herausfinden, ein vorrangiges Anliegen der Öffentlichkeit.

Von grosser Bedeutung für die Entwicklungschancen des Südens ist im weiteren der Zusammenhang zwischen politischen und wirtschaftlichen Reformen. Viele Länder haben einen doppelten Uebergang zu bewältigen - von der Diktatur zur Demokratie und von einer dirigistischen Oekonomie zur Marktwirtschaft. Zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Umgestaltung gibt es komplexe Wechselwirkungen. Je weniger die politische Kultur und die konsensbildenden Institutionen einer vertieften Demokratie entwickelt sind, desto stärker gefährden die sozialen Auswirkungen der Wirtschaftsreformen in den armen Ländern die politische Stabilität. Die klassischen Elemente dieser Reformen sind die Sanierung der öffentlichen Finanzen, Deregulierung, Privatisierung, Inflationsbekämpfung, Schuldenabbau, Währungsstabilisierung, Wachstums-, Produktivitäts- und Investitionsförderung, Öffnung gegenüber dem Ausland und regionale Integration. Diese Anpassungspolitik hat negative Auswirkungen: Verschlechterung der sozialen Dienstleistungen, Abbau der staatlichen Entwicklungsförderung, Reallohnverluste, Zunahme der Arbeitslosigkeit. In gewissen Ländern Lateinamerikas schrumpft die staatstragende Schicht der Mittelklasse. Die Armut nimmt vielerorts zu, und die sozialen Gegensätze vertiefen sich weiter. Dies kann die jungen Demokratien gefährden. Die Demokratisierung

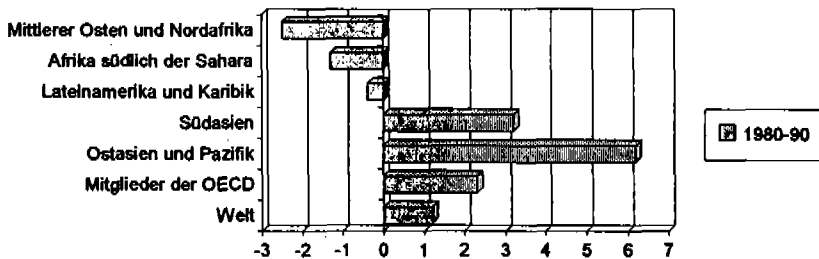
löst Bewegungen zugunsten eines wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs aus. Die grossen Hoffnungen und unrealistischen Erwartungen, die in die Demokratisierung gesetzt wurden, führen zu Enttäuschung und Unzufriedenheit, wenn sich die wirtschaftliche Situation kurzfristig nicht bessert. Dies haben zum Beispiel in Afrika demokratisch bestellte Regierungen in Mali, Niger und Benin ganz direkt zu spüren bekommen, indem sie schon nach kurzer Zeit mit massiven Protestbewegungen zu kämpfen hatten. Die politische Stabilität wiederum ist aber eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung.

Aufgrund dieser ambivalenten Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen setzt die internationale Entwicklungszusammenarbeit der neunziger Jahre vermehrt Akzente im Bereich der "guten Regierungsführung" ("good governance"; vgl. dazu Ziff. 123), der Menschenrechte sowie der Demokratisierung und der Dezentralisierung (Stärkung lokaler und regionaler Strukturen).

### 113 Die wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer

Die Weltwirtschaft entwickelt sich uneinheitlich: Die industrialisierten Staaten des Nordens befinden sich gegenwärtig mehrheitlich in einer rezessiven Phase, haben aber mittelfristig wieder bessere Wachstumschancen, wenngleich mit weiterhin relativ hoher Arbeitslosigkeit zu rechnen ist ("jobless growth" - Wachstum ohne neue Arbeitsplätze). Eine Reihe von fortgeschrittenen Entwicklungsländern - vor allem im südostasiatischen Raum - zeichnet sich durch beachtliche Wachstumsraten und raschen sozialen Wandel aus. Diesen beiden Gruppen gegenüber steht die Mehrheit der Entwicklungsländer, deren wirtschaftliche Situation sich in den letzten zehn Jahren teilweise verschlechtert hat und deren Zukunftsaussichten düster oder zumindest ungewiss sind. Während die Industriestaaten sowie die südostasiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländer von der rasch fortschreitenden Globalisierung, d.h. von den modernen Kommunikationsmitteln, der Mobilität von Kapital, Gütern, Dienstleistungen und Personen und damit der internationalen Arbeitsteilung profitieren und sich weltwirtschaftlich immer stärker integrieren, fallen die ärmeren Entwicklungsländer immer weiter zurück. Ihre zumeist auf den Export einiger weniger Rohstoffe ausgerichteten Volkswirtschaften sind nicht wettbewerbsfähig und oft auch überschuldet; sie können sich nicht auf die nötigen institutionellen Rahmenbedingungen abstützen und verfügen weder über den Zugang zur modernen Technologie noch zu den Absatzmärkten. Ein vielsagender Beleg für die zunehmend unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeit ist die Tatsache, dass sich die Differenz zwischen den Ausgaben für Forschung und Entwicklung des Nordens und des Südens zwischen 1980 und 1990 annähernd verdreifacht hat. Ebenso deutliche Unterschiede treten jedoch im Vergleich der einzelnen Regionen und Ländergruppen des Südens hervor.

## DURCHSCHNITTLICHES WACHSTUM DES BRUTTOSOZIALPRODUKTES PRO EINWOHNER (%)



Quelle: World Bank, World Development Report 1993

In Lateinamerika rechnet die Weltbank in den nächsten Jahren mit einem deutlich positiven Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens, nachdem die letzten zehn Jahre eine negative Bilanz ausgewiesen haben. Mexiko, Argentinien und Chile gehören zu den Ländern, die mittlerweile sehr aktiv am Welthandel teilhaben. Weiterhin bildet Ostasien die Region mit dem weltweit stärksten Wirtschaftswachstum. Die sogenannten "vier Drachen" (Südkorea, Singapur, Taiwan, Honkong) haben den Kreis der Entwicklungsländer faktisch bereits verlassen. Länder wie Indonesien, Malaysia und China weisen Wachstumsraten ihres Bruttosozialproduktes von weit über 5 Prozent aus. Wesentlich unsicherer gestalten sich die Prognosen für Indochina, doch ist auch hier - politische Stabilität vorausgesetzt - ein grosses Wachstumspotential vorhanden. Der indische Subkontinent wird ebenfalls weiterhin deutlich positive Wachstumsraten ausweisen können, auch wenn diese teilweise durch die starke Bevölkerungszunahme kompensiert werden. Noch ausgeprägter als beispielsweise in Lateinamerika stellt sich hier jedoch auch in Zukunft das Problem der höchst ungleichen Verteilung des Wohlfahrtszuwachses (vgl. hierzu Kapitel 114). So hält die Weltbank in ihrer Armutsbekämpfungsstrategie mit aller Deutlichkeit fest, dass Wirtschaftswachstum allein unzureichend ist, wenn es nicht vom Ausbau sozialer Einrichtungen - insbesondere des Bildungs- und Gesundheitswesens - begleitet wird. In einer chancengleichen Ausbildung, einer relativ breiten Streuung von Grundeigentum und einer gleichmässigeren Einkommensverteilung liegen denn auch wichtige Faktoren für den Erfolg Südostasiens im Vergleich etwa mit Lateinamerika.

Die Länder in Afrika südlich der Sahara erlitten im Zeitraum zwischen 1982 und 1992 eine deutliche Reduktion ihrer Pro-Kopf-Einkommen. Nicht zuletzt als Folge der langsam Früchte tragenden wirtschaftlichen Stabilisierungs- und Anpassungs-

programme lauten die Voraussagen der Weltbank für die kommenden Jahre etwas positiver. Die im internationalen Vergleich noch immer schwächsten Wachstumsraten werden jedoch durch die rasch zunehmende Bevölkerung praktisch wieder ausgeglichen, so dass ein entscheidender Schritt aus der Armut und damit auch in Richtung eines verminderten Bevölkerungswachstums nicht zu erwarten ist.

Wirtschaftslage und -politik der Industriestaaten des Nordens erweisen sich als wichtige Einflussfaktoren auf die Möglichkeiten der Entwicklungsländer, den Anschluss an den Weltmarkt zu finden oder weiterhin marginalisiert zu bleiben. Die Rezession in den meisten OECD-Staaten hat die Nachfrage auf ihren Märkten nach Gütern aus den Ländern des Südens und des Ostens abgeschwächt. Ausserdem sind die Märkte des Nordens nach wie vor durch protektionistische Barrieren teilweise abgeschirmt. Infolge des Drucks innenpolitisch gewichtiger Interessengruppen wird in verschiedenen Wirtschaftssektoren, so im Agrar-, Textil- und Konsumgüterbereich der Zugang für Produkte aus Entwicklungsländern erschwert. Dies erfolgt zu einem Zeitpunkt, da in vielen Entwicklungsländern Liberalisierungs- und Anpassungsprogramme durchgeführt werden, zu deren Konsolidierung offene Märkte in den Industriestaaten notwendig wären. Insbesondere fortgeschrittene Entwicklungsländer werden in einer kurzfristigen Optik als Gefahr für die eigene Volkswirtschaft und die eigenen Arbeitsplätze gesehen, weil sie auch bei uns gewisse Branchen unter Anpassungsdruck setzen.

Neben protektionistischen Verhaltensweisen ist auch die Bildung neuer Handelsblöcke für viele Entwicklungsländer eine Quelle der Besorgnis. Es stellt sich die Frage, ob sich Entwicklungschancen in Zukunft nur noch innerhalb dreier sich zunehmend abschliessenden Weltregionen realisieren lassen, nämlich in Europa, Nordamerika/Mexiko und im japanisch-pazifischen Raum. Die Abschottungstendenzen finden allerdings ein gewisses Gegengewicht im erfolgreichen Abschluss der Uruguay-Runde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT). Der Süden wird jedoch nicht umhin kommen, seinerseits die Vorteile der regionalen Integration im Rahmen einer verstärkten Süd-Süd-Zusammenarbeit zu suchen. Bereits sind in Lateinamerika mit dem MERCOSUR, dem gemeinsamen Markt zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay und in Südostasien mit der ASEAN, einer Vereinigung von Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Brunei, durchaus vielversprechende Ansätze vorhanden. Auch in Afrika gibt es Strukturen regionaler Zusammenschlüsse, so der ECOWAS ("Economic Community of the West African States") in Westafrika, die SADC ("Southern African Development Community") im südlichen Afrika oder der kürzlich gegründete Gemeinsame Markt für Ost- und Südafrika (COMESA). Zurzeit ist allerdings noch nicht klar, ob der politische Wille der einzelnen Mitgliedstaaten vorhanden ist, das bereits in unzähligen Regierungverlautbarungen Angekündigte auch zu realisieren, d.h. funktionierende Freihandelszonen oder gar integrierte Wirtschaftsräume zu schaffen. In letzter Zeit hat sich gezeigt, dass der Süd-Süd-Handel zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die Anstrengungen diesbezüglich sind jedoch in

Zukunft noch zu verstärken, nicht zuletzt um die Abhängigkeit von der Konjunktur in den Industrieländern weiter zu reduzieren und vermehrt Investitionen aus dem Norden anzuziehen.

Der erfolgreiche Abschluss der Uruguay-Runde des GATT ist als wichtige Weichenstellung für eine offenere Weltwirtschaft zu betrachten. Die durch diese Verhandlungen erzielten Rahmenbedingungen dürften es weiteren Entwicklungsländern erlauben, auf einen dynamischen Wachstumspfad einzutreten. Doch es wird auch eine Vielzahl von Ländern geben, die nicht in der Lage sind, die sich bietenden Chancen sofort zu nutzen. Länder der untersten Einkommenskategorie dürften unter stärkeren Wettbewerbsdruck geraten, weil die gegenwärtig nur für sie geltenden Zollpräferenzen durch das allgemein tiefere Zollniveau entwertet werden. Diese Länder, insbesondere natürlich diejenigen in Afrika südlich der Sahara, dürften deshalb in einer ersten Phase nicht von den grossen Wohlfahrtsgewinnen profitieren können, welche die Runde der Weltwirtschaft verspricht. Es geht daher darum, die Folgen der Runde für die verschiedenen Kategorien der Entwicklungsländer noch vertiefter zu analysieren, kurzfristig Kompensations- und Unterstützungsmassnahmen für die Benachteiligten aufzuzeigen und langfristig Strategien zu entwickeln, die auch ihnen erlauben, besseren Nutzen aus einem offenen Welthandelssystem zu ziehen.

Wichtig wird es in diesem Zusammenhang sein, diese Länder aus der Sackgasse der heutigen Rohstoffpolitik hinauszuführen. Die Preise der Rohstoffe sind auch in den letzten Jahren weiterhin zurückgegangen. So musste beispielsweise Afrika südlich der Sahara zwischen 1980 und 1990 eine Verschlechterung seiner Austauschbedingungen ("Terms of Trade") von über 50 Prozent hinnehmen. Wohl besteht durchaus die Möglichkeit, die zeitlich beschränkten Preisschwankungen der Rohstoffe mit verschiedenen technischen Massnahmen zu reduzieren, doch gibt es nur wenig Anzeichen dafür, dass sich die langfristige Abwärtstendenz der Rohstoffpreise umkehren würde. Die einzigen vielversprechenden Handlungsfelder liegen einerseits in der Verminderung des Angebots durch die Entwicklungsländer selbst, indem diese ihre Volkswirtschaften diversifizieren, und andererseits in der durch die Uruguay-Runde angestrebten Verringerung der Subventionen für die Agrarexporte der Industrieländer.

Während die Einnahmeseite in den Zahlungsbilanzen vieler Entwicklungsländer der untersten Einkommenskategorie durch geringere Rohstoffertlöse geschmälert worden ist, bleibt die Ausgabenseite durch den nach wie vor hohen Schuldendienst belastet. Die Aussenschuld der Länder des Südens ist in den letzten Jahren noch leicht angestiegen - 1993 um rund 6,5 Prozent auf 1'770 Milliarden US-Dollar laut Schätzungen der Weltbank -, der Schuldendienst (Zins- und Amortisationszahlungen) allerdings hat seit 1988 leicht abgenommen (1991: 151 Mia.US-\$). Die Situation ist jedoch keineswegs einheitlich: In Lateinamerika hat sich das Schuldenproblem in den letzten Jahren durch geschickte Umschuldungsmechanismen, Wirtschaftsrefor-

men und Wirtschaftsaufschwung stark entspannt. Hingegen bleibt die Lage für viele der ärmsten Länder Afrikas prekär. Ihre Schuldenlast hat sich in den vergangenen zehn Jahren auf 204 Milliarden US-Dollar annähernd verdreifacht, und obwohl sie nur einen Teil der geschuldeten Zinsen und Tilgungen bezahlen, fliesst noch immer jeder fünfte im Aussenhandel verdiente US-Dollar als Schuldendienst in den Norden. Würden sie ihren gesamten Zahlungsverpflichtungen nachkommen, müssten die Länder Schwarzafrikas nahezu drei Viertel ihrer Exporterlöse wieder an den Norden abgeben. Innovative Lösungen im Sinne von Schuldenerlassen oder langfristigen Umschuldungen sind hier nicht nur für die Ausstände gegenüber bilateralen Partnern unumgänglich, sondern auch für diejenigen gegenüber multilateralen Institutionen, die bereits einen Viertel des gesamten Schuldendienstes auslösen.

Verschuldung, Rohstoffpreise, Markt- und Technologiezugang sind für die Entwicklungsländer gewichtige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, zu deren Gestaltung die Länder des Südens eher wenig, der industrialisierte Norden aber wesentlich mehr beitragen kann. Daneben sind jedoch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Innern dieser Länder zu berücksichtigen, welche für die Realisierung von Entwicklungschancen ebenso wichtig, wenn nicht noch bestimmender sind. Eine entscheidende Herausforderung wird darin bestehen, interne Rahmenbedingungen - einschliesslich einer durchsetzbaren Rechtsordnung - zu schaffen, welche die Entfaltung des Privatsektors - vom Kleinbauern bis zum Industrieunternehmen - ermöglichen. Der Staat sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren, nämlich auf die Bereitstellung von Infrastrukturen und auf Aufgaben im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich. Vielerorts wäre auch die Bekämpfung der Korruption und die Beseitigung der Pfründenwirtschaft dringend notwendig.

Die bisher unter der Anleitung der Bretton-Woods-Institutionen durchgeführten Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme haben in einigen Regionen bereits Früchte gezeitigt, andernorts lassen Erfolge noch auf sich warten. In gewissen Ländern Lateinamerikas haben private Investoren auf die veränderten Rahmenbedingungen reagiert: Fluchtgelder kehren zurück, der Zufluss von ausländischem Kapital ist sprunghaft angestiegen und erlaubt höhere Investitionen. In anderen Ländern mit einer Wirtschaftspolitik, die als vorbildlich eingestuft wird, scheint es hingegen länger zu dauern, bis das notwendige Vertrauen aufgebaut ist, das die Voraussetzung für den Zustrom von privatem Kapital und ausländischen Direktinvestitionen darstellt. Diese Anpassungsprozesse sind meist schmerzhaft und dauern länger als ursprünglich erwartet. Vielerorts müssen in langfristigen Anstrengungen zunächst die nötigen Strukturen auf der staatlichen Ebene - effiziente Finanz- und Steuerverwaltung, funktionierender Justizapparat - sowie im Bereich der Zivilgesellschaft - Branchenverbände, Gewerkschaften, Konsumentenorganisationen - aufgebaut oder verstärkt werden. Diese Prozesse werden aller Wahrscheinlichkeit nach in vielen der ärmsten Länder noch für geraume Zeit andauern und mit den diesen Ländern zur Verfügung stehenden Mitteln allein nicht finanziert werden können, auch wenn mittelfristig - aufgrund der verbesserten Rahmenbedingungen - Fort-

schritte in der internen Ersparnisbildung und der Investitionstätigkeit erwartet werden dürfen.

## 114 Das Problem der Armut

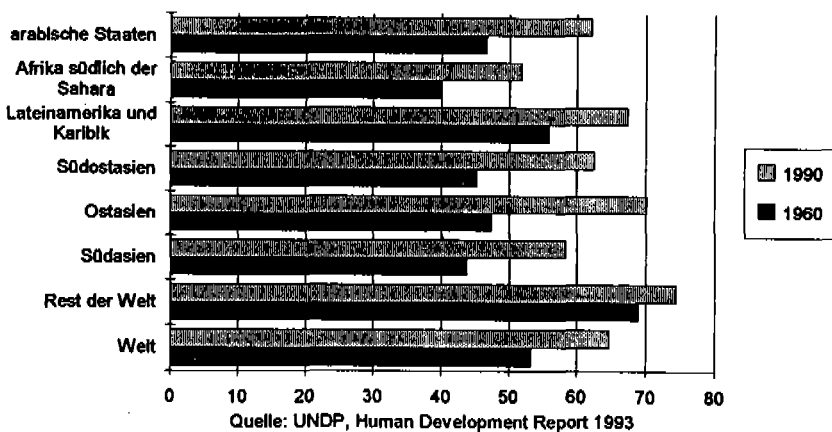
Der Kampf gegen die Armut ist im Laufe der letzten Jahrzehnte in zunehmendem Masse als Priorität der bilateralen und der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit anerkannt worden. In vielen Ländern des Südens wurden beträchtliche Anstrengungen unternommen, die durchaus nicht überall ohne Wirkung geblieben sind. So konnten zum Beispiel im Bereich der Trinkwasserversorgung sowie in der Entwicklung des Gesundheits- und des Bildungswesens in gewissen Ländern beachtliche Fortschritte erzielt werden. Trotzdem bleibt die Massenarmut eines der vorranglichsten Probleme unserer Zeit. Die UNO schätzte 1990, dass 900 Millionen Erwachsene weder lesen noch schreiben können, 1,75 Milliarden Menschen keinen Zugang zur primären Gesundheitsversorgung haben und 800 Millionen Menschen dauernd Hunger leiden. Rund 1,2 Milliarden Menschen - davon ungefähr die Hälfte auf dem indischen Subkontinent - leben in absoluter Armut, das heisst, sie verfügen nicht über genügend Einkommen, um ihre Grundbedürfnisse - vor allem Nahrung, Kleidung und Wohnung - befriedigen zu können. Während die Zahl der Armen weltweit im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung abgenommen hat, ist sie in absoluten Ziffern weiterhin im Wachsen begriffen. Vielerorts vergrösserte sich das Gefälle zwischen Arm und Reich, und die Not ist für gewisse Bevölkerungsgruppen drückender geworden. Für viele Menschen ohne Besitz und ohne Einkommen bedeutet Armut noch immer, in äusserstem Elend zu leben, ums nackte Überleben kämpfen zu müssen.

Innerhalb der Regionen und der einzelnen Länder ist die Armut sehr unterschiedlich. Gemäss der Einteilung nach Einkommenskategorien bilden die afrikanischen Staaten die grosse Mehrheit der ärmsten Länder (jährliches Bruttosozialprodukt von 340 US-Dollar pro Kopf im Durchschnitt, aber z.B. 100 US-Dollar in Mosambik und 160 US-Dollar in Tschad und Tansania); die Staaten Südamerikas befinden sich - mit Ausnahme Guyanas - alle in der Gruppe der Länder mit mittlerem Einkommen (durchschnittliches jährliches Bruttosozialprodukt von 1'930 US-Dollar pro Kopf). In Brasilien, dessen Bruttosozialprodukt pro Kopf und Jahr 2'160 US-Dollar beträgt, verfügen zahlreiche Gruppen über bedeutende Mittel, während ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in grösstem Elend lebt. Auch in Bangladesch, wo 40 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut leben, gibt es markante Wohlfahrtsunterschiede. In den meisten afrikanischen Ländern sind 80 Prozent der Bevölkerung oder mehr von der Armut betroffen. Ihre wirtschaftliche Lage hat sich im letzten Jahrzehnt vielerorts verschlechtert, und eine Besserung der Lebensbedingungen ist für sie bis zum Ende des Jahrzehnts gesamthaft gesehen nicht in Sicht.

Armut ist in erster Linie eine Frage des Zugangs zu den Ressourcen, die ein Leben in Würde ermöglichen: Eine bezahlte Beschäftigung, Land zur Bewirtschaftung - mehr als die Hälfte der Landbevölkerung in Bangladesh beispielsweise besitzt keinen Boden -, Wasser, Kredite oder andere Produktionsmittel. Soziale und politische Ohnmacht gehen mit den unterprivilegierten Lebensbedingungen einher. Weitere Kennzeichen der Armut sind der fehlende Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung, Kreditwesen oder Rechtsschutz. Insbesondere gilt eine niedrige Einschulungsquote der Kinder und ein schwacher Alphabetisierungsgrad der Erwachsenen als Indikator der Armut. Dieser ist insofern von besonderer Bedeutung, als die erweiterte Schulung von Frauen und Mädchen in der Regel zu einer Senkung der Geburtenrate führt, was dazu beiträgt, die Armut dauerhaft zu überwinden und das Bevölkerungswachstum zu reduzieren.

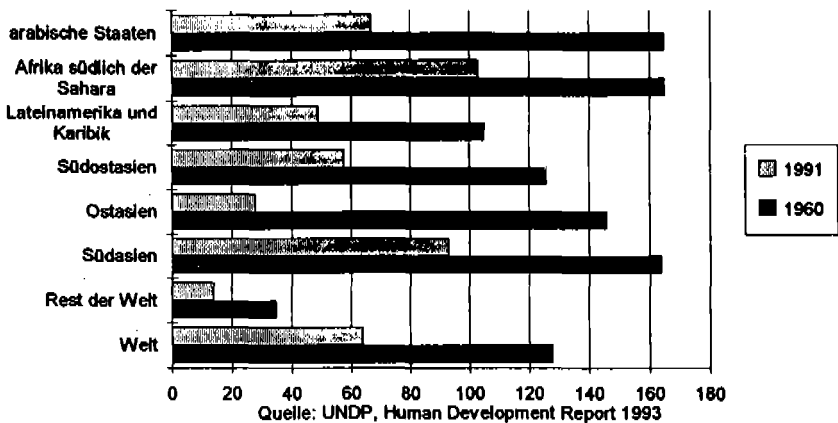
In den Entwicklungsländern haben rund 20 Prozent der Bevölkerung nicht genügend zu essen; mehr als zwei Milliarden Menschen, vor allem Frauen und Kinder, weisen Anzeichen von Mangelernährung auf. Die Zahl der Unterernährten wächst noch immer. Hinzu kommen Gesundheitsschädigungen durch andere teilweise armutsbedingte Faktoren wie Mangel an sauberem Trinkwasser und Umweltverschmutzung. Die hohe Kindersterblichkeit - in den Entwicklungsländern rund zehnmal so hoch wie in den Industrieländern - ergibt sich als Konsequenz, ebenso die beschränkte Lebenserwartung (51 Jahre in den am wenigsten entwickelten Ländern, 66 Jahre in den Ländern mittleren Einkommens, 78 Jahre in der Schweiz). Die Frauen und Mädchen - oft in jeder Hinsicht benachteiligt - leiden ganz besonders unter den Folgen der Armut (vgl. Ziff. 115).

### LEBENSERWARTUNG BEI DER GEBURT (IN JAHREN)





### KINDERSTERBLICHKEITSRATE (AUF TAUSEND GEBURTEN)



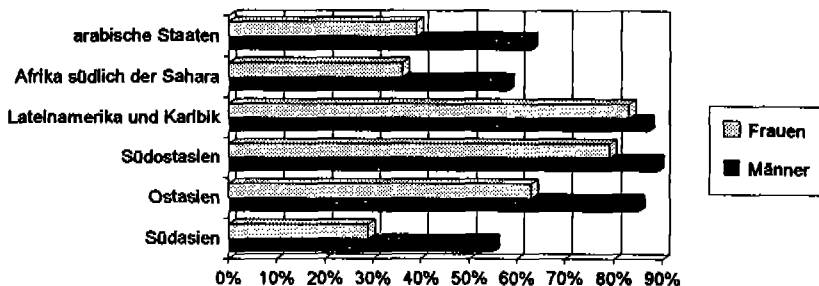
Die Entwicklung in einigen Ländern zeigt, dass mit einer gezielten Armutsbekämpfungsstrategie durchaus Fortschritte zu erzielen sind. So starb zum Beispiel in Indonesien und in Ghana 1960 eines unter fünf Kindern vor dem Erreichen des fünften Lebensjahres; 1990 hatte sich die Kindersterblichkeit in Indonesien auf ungefähr die Hälfte reduziert, während sie in Ghana nur unmerklich zurückgegangen ist. Eine verfehlte Wirtschafts- und Armutspolitik gekoppelt mit einer wirtschaftlichen Krise haben in vielen Ländern - vor allem in Afrika - Erfolge in der Bekämpfung der Armut verhindert oder teilweise wieder rückgängig gemacht. Auch fordern die makroökonomischen Stabilisierungsmaßnahmen - zumindest vorübergehend - einen mitunter hohen sozialen Preis. Es ist daher mittlerweile allgemein anerkannt, dass den negativen Auswirkungen im Rahmen einer gezielten Sozialpolitik zugunsten der am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen begegnet werden muss. Selbst bei relativ geringen Wachstumsraten kann eine Politik, die sich konsequent an den Bedürfnissen der Armen orientiert, soziale Fortschritte bewirken. Viel wäre allein schon dadurch zu erreichen, dass die Militärausgaben gekürzt und die freigesetzten Ressourcen zur Förderung der Gesundheit und der Bildung eingesetzt würden. Wichtig ist ferner die verstärkte politische Partizipation der benachteiligten Bevölkerungsgruppen, vor allem im Sinne einer Stärkung ihrer Fähigkeiten, sich zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten.

## 115 Die Lage der Frauen

Armut betrifft die Frauen und die Männer auf unterschiedliche Weise. Die Frauen sind meistens in sozialer, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht stärker benachteiligt, haben weniger Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen und gehören dadurch oft zu den ärmsten gesellschaftlichen Gruppen.

Dies zeigt sich besonders deutlich im Bereich Wissen und Bildung, sind doch weltweit zwei Drittel der Analphabeten Frauen.

### ALPHABETISIERUNG DER ERWACHSENEN 1990



Quelle: UNDP, Human Development Report 1993

Die Lebenserwartung der Frauen ist in gewissen Ländern Asiens und Afrikas weniger hoch als diejenige der Männer, weil die Unterernährung der Mädchen, die Vernachlässigung ihrer Gesundheitspflege, die physische und psychische Gewalt, der sie ausgesetzt sind, ihre Ueberlebenschancen mindern. Zudem bildet die Entbindung in den armen Ländern eines der Hauptrisiken für die Gesundheit, wo eine von 50 Frauen an den Folgen von Komplikationen während der Schwangerschaft, beim Gebären oder kurz danach stirbt, gegenüber einem Todesfall unter 2700 Frauen in den Industrieländern. Die Frauen leiden in ihrer häuslichen Tätigkeit auch besonders stark unter den schlechten hygienischen Bedingungen und dem Mangel an sauberem Wasser.

Was die Arbeitsleistungen und die Aktivitäten im Dienste der Gemeinschaft angeht, sind die Frauen in den Entwicklungsländern tendenziell stärker belastet als die Männer. Sie sind vor allem in der Kleinlandwirtschaft, im informellen Sektor und im Haushalt tätig und dabei mit zahlreichen Aufgaben im Bereich der Produktion,

des Familienverbandes und der Erziehung betraut. In vielen Ländern ist der Anbau von Nahrungsmitteln Sache der Frauen. Auch im Kleinhandel sind zunehmend Frauen aktiv. Hinzu kommen die Pflege und Erziehung der Kinder sowie die im Süden oft besonders aufwendigen Tätigkeiten wie Kochen, Wasserholen und Brennstoffbeschaffung. Vor allem die letztgenannte Aufgabe nimmt in Folge der Abholzung der Wälder in vielen Gebieten immer mehr Zeit in Anspruch. Ungeachtet dieser mehrfachen Belastungen erfährt die Frauenarbeit in vielen Gesellschaften leider noch immer eine niedrige Wertschätzung.

Den Frauen fällt es ausserdem schwerer, Zugang zu bezahlter Arbeit zu finden, und sie erzielen durchschnittlich niedrigere Einkommen als die Männer. Vor allem aber werden die Frauen vielerorts durch rechtliche und kulturelle Normen diskriminiert und von der Partizipation an Informationen und Entscheidungen ausgeschlossen. Die mehrfache Benachteiligung macht sie verletzlich und lässt sie unter bewaffneten Konflikten, wirtschaftlicher und sozialer Krise sowie Umweltzerstörung oft besonders stark leiden. Ungeachtet der Fortschritte, die in den Bereichen Erziehung, Gesundheit und nationaler Gesetzgebung in den letzten Jahrzehnten vielerorts erzielt worden sind, gilt noch immer, was die Weltbank im Weltentwicklungsbericht 1993 festhält: "Kein Land behandelt die Frauen gleich gut wie die Männer."

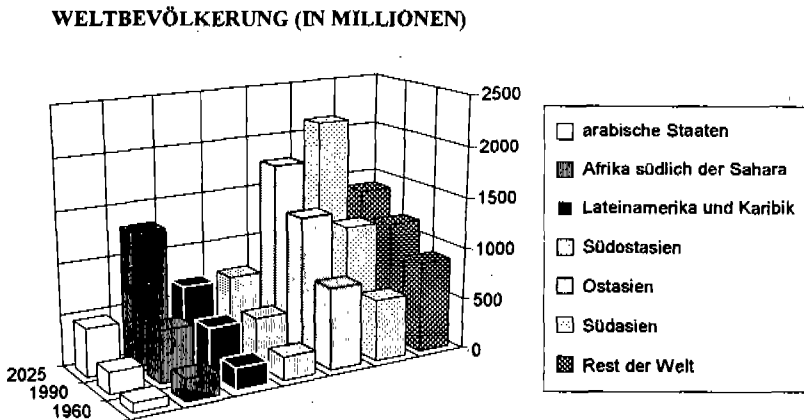
Obwohl - oder gerade weil - die Frauen oft in besonders schwierigen Situationen leben, wachsen viele von ihnen in starke gesellschaftliche Positionen hinein. So nehmen zum Beispiel in den bäuerlichen Bewegungen Lateinamerikas oder in den ökologisch engagierten Gruppen Indiens etliche Frauen führende Rollen ein. Dasselbe gilt für Selbsthilfe-Organisationen im Zusammenhang mit dem AIDS-Problem in Afrika und für zahlreiche Menschenrechtsgruppen in den verschiedensten Ländern.

Ganz allgemein hat die wichtige Rolle, welche die Frauen in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung spielen, im Laufe der letzten Jahre zumindest im Norden zunehmend Anerkennung gefunden. In der Entwicklungszusammenarbeit sind spezifische Frauenprojekte oder Projekte, welche die Frauen miteinbeziehen, erarbeitet worden. Die Beteiligung der Frauen am Entwicklungsprozess wurde nicht nur als legitime Forderung anerkannt, es ist vielmehr klar geworden, dass den Frauen in der Bewältigung der grundlegenden Probleme - wie etwa des Bevölkerungswachstums und der Umweltzerstörung - kraft ihrer gesellschaftlichen Rolle eine Schlüsselfunktion zukommt. Der Zusammenhang zwischen erweiterter Schulbildung für Frauen und Mädchen einerseits und dem Rückgang der Geburtenrate und der Kindersterblichkeit andererseits ist heute unbestritten. Hier muss die Entwicklungspolitik auch in Zukunft ansetzen. Das Ziel eines nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen ist ohne Einbezug der Frauen ebenfalls nicht zu erreichen. Die Anstrengungen in Richtung einer ausgewogenen, die Frauen und die Männer gleichermaßen miteinbeziehenden Entwicklung müssen fortgesetzt und verstärkt werden. Die Förderung der Frauen gilt als eine der Prioritäten der neunziger Jahre (vgl. dazu Ziff.

213 und 313). Unter diesem Vorzeichen wird 1995 die Weltfrauenkonferenz in Peking stattfinden. Aber auch andere wichtige internationale Konferenzen haben die Stellung der Frauen zu einem zentralen Thema gemacht, so zum Beispiel diejenige über Menschenrechte (1993), über Bevölkerung und Entwicklung (1994) sowie die für 1995 geplante Gipfelkonferenz über soziale Entwicklung.

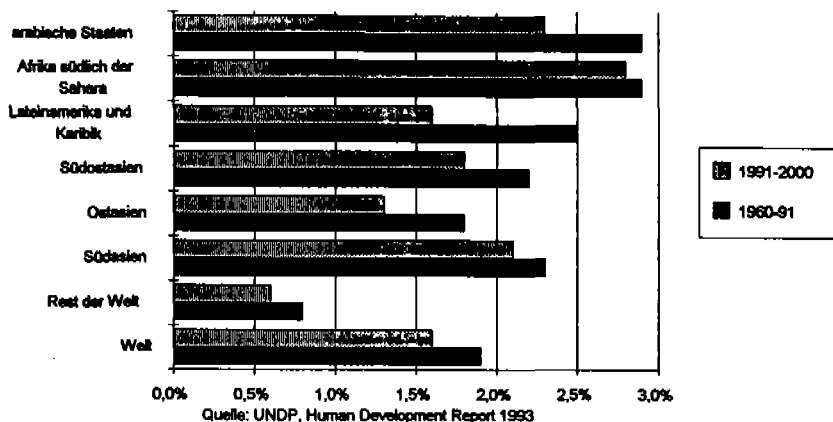
## 116 Das Bevölkerungswachstum

Die Weltbevölkerung hat sich seit 1950 mehr als verdoppelt (1950: 2,5 Milliarden Menschen, 1993: 5,6 Milliarden). Dies ist in erster Linie auf den Rückgang der Kindersterblichkeit zurückzuführen, der sich auf Fortschritte in der Medizin und der Hygiene abstützt. Die jährliche Zunahme betrug 1992 93 Millionen Menschen, davon mehr als 86 Millionen in den Entwicklungsländern, wo künftig knapp 80 Prozent der Weltbevölkerung leben werden. Die mittleren Schätzungen gehen für das Jahr 2025 von einer Weltbevölkerung von 8,5 Milliarden Menschen und von einer Stabilisierung bei rund 12 Milliarden ein Jahrhundert später aus. Wie unterschiedlich sich die Situation während der letzten dreissig Jahre im Norden und im Süden entwickelt hat, zeigt folgende Graphik:



Die Bevölkerungswachstumsraten bilden sich allmählich zurück, wenn auch in regional sehr unterschiedlichem Ausmass. In Afrika südlich der Sahara, das die höchsten Wachstumsraten aufweist, sind diese erst seit kurzer Zeit im Sinken begriffen und nehmen nur langsam ab, wie aus folgenden Graphiken hervorgeht:

### WACHSTUMSRATEN DER WELTBEVÖLKERUNG (IN %)



Die Bevölkerung der Entwicklungsländer bleibt gekennzeichnet durch ihre Jugend: In vielen Ländern stellen die Jungen unter 15 Jahren noch immer 40 Prozent der Gesamtbevölkerung, obwohl seit kurzem ein Rückgang zu verzeichnen ist. Parallel dazu lernen gewisse Entwicklungsländer das Problem der demographischen Alterung kennen. Auch wenn die Lebenserwartung nicht so hoch ist wie in den Industrieländern, so wächst die Zahl der über 65jährigen in diesen Gesellschaften stetig. In Ländern wie China, Indonesien oder Mexiko beträgt sie bereits mehr als 5 Prozent der Bevölkerung, und im Jahr 2025 wird sie 10 Prozent erreichen, was Hunderten von Millionen Menschen entspricht, darunter mehrheitlich Frauen.

Durch das Wachstum der Städte, wo bereits heute fast 40 Prozent der Weltbevölkerung leben, ergeben sich zahlreiche Probleme, namentlich im Bereich der Gesundheit: Die Bevölkerung leidet hier gleichzeitig unter den negativen Einwirkungen der Unterentwicklung und jenen der Entwicklung (z.B. unter Zivilisationskrankheiten wie Stress, Herz- und Gefässerkrankungen sowie Krankheiten, die auf die Umweltverschmutzung zurückzuführen sind).

Die Bevölkerungsentwicklung kann nicht unabhängig von anderen zentralen Problemen der Entwicklungsländer - namentlich der Armut und der Umweltbelastung - betrachtet werden. Sie ist Teil der "ökologischen Armutsspirale": Armut - und der dadurch bedingte geringe Bildungsstand der Frauen - begünstigt das Bevölkerungswachstum, das seinerseits zur Verknappung der Beschäftigung und vieler Ressourcen beiträgt. Ohne Förderung der bäuerlichen Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen kommt es zur Abwanderung in städtische Slums oder landwirtschaftliche Randgebiete - Savannen, Berge, Wälder -, also in Zonen mit ökologisch prekären Lebensgrundlagen. Umweltzerstörungen sind die Folge und entziehen wiederum

Menschen die Existenzbasis. Ausserdem führt ein rasches Bevölkerungswachstum zu Engpässen im Bereich der sozialen Infrastrukturen - zum Beispiel der Schulen und Gesundheitszentren -, da die Anstrengungen der ärmeren Staaten den stetig steigenden Anforderungen kaum gewachsen sind.

In den letzten Jahren hat der Zusammenhang zwischen nachhaltiger Entwicklung, Umwelt und Bevölkerung zunehmend Beachtung gefunden. Während die Beschlüsse der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von 1992 mit Bezug auf die Bevölkerungspolitik wenig griffig ausfielen, steht die Problematik nun auf der Traktandenliste der nächsten Etappen des Nord-Süd-Dialogs. Angesichts der Ueberlebensfrage unseres Planeten geht es um die gemeinsame Verantwortung der internationalen Gemeinschaft: Während im Süden die Bekämpfung der Armut und die Reduktion des Bevölkerungswachstums die vordringlichsten Probleme sind, steht im Norden die Aenderung des Konsumverhaltens im Vordergrund. Die im September 1994 stattfindende Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung wird eine wichtige Wegmarke darstellen; die Vorbereitungs- und Folgearbeiten müssen den Rahmen für das gemeinsame Handeln bestimmen.

Schon heute zeigen zahlreiche positive Beispiele - darunter namentlich Südkorea, Indonesien oder Thailand -, dass wirtschaftliche und soziale Entwicklung das Bevölkerungswachstum in relativ kurzer Zeit stark bremsen. Ganz besonders wichtig sind dabei die Investitionen im Erziehungs- und das Gesundheitswesen. Eine eigentliche Schlüsselfunktion kommt der Bildung für Frauen und Mädchen zu: Mit steigendem Bildungsstand der Frauen nimmt die Zahl der Kinder pro Frau im gebärfähigem Alter ab.

### ***Die kulturelle Dimension der Familienplanung***

*Weil sie die Privatsphäre betrifft, kann die Geburtenregelung nicht von oben verordnet werden. Sie muss erwünscht sein, als Notwendigkeit empfunden und von den Betroffenen im Bewusstsein der Vorteile und der Grenzen angewandt werden. Bildung, persönliche Entwicklung, die Haltung gegenüber gesellschaftlichen Normen und Verboten sowie religiöse Bindungen spielen dabei eine Rolle.*

*Ganz wichtig ist es aber, den Frauen das Recht einzuräumen und sie in die Lage zu versetzen, die Zahl und den Abstand ihrer Geburten bewusst zu planen. Die Schule spielt dabei eine zentrale Rolle, ist doch erwiesen, dass die Geburtenrate zurückgeht, wenn mehr Mädchen Zugang zu Bildung erhalten. Ferner ist allgemein bekannt, dass die Nachfrage nach Familienplanungsmassnahmen das Angebot bei weitem übersteigt. Es geht also in erster Linie darum, den Interessierten die entsprechenden Mittel, Informationen und Beratungsleistungen zur Verfügung zu*

*stellen. Ein solches Angebot soll es den Paaren - und ganz besonders den Frauen - ermöglichen, ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen und ihrer Verantwortung in der Gesellschaft besser nachzukommen ("empowerment"). Nafis Sadik, die Exekutivdirektorin des UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA), äusserte sich dazu im Juni 1993 vor dem Verwaltungsrat des UNO-Entwicklungsprogramms wie folgt: "Bevölkerungsprogramme müssen verbessert werden, so dass sie eine geschlechterspezifische Perspektive eröffnen und den Frauen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. 'Empowerment' bedeutet, die Frauen in die Lage zu versetzen, selbständig Entscheidungen zu treffen. Es bedeutet auch, dass Frauen die sozialen und kulturellen Barrieren überwinden, die sie in der Anwendung von Familienplanungsmethoden beschränken ... Die Herausforderung besteht nun darin ..., Frauen und Männer zu ermächtigen, die Zahl ihrer Kinder und den Abstand zwischen Geburten frei und in eigener Verantwortung zu bestimmen. Es muss hier betont werden, dass Zwang in den Bevölkerungsprogrammen nichts zu suchen hat."*

## 117 Die Umwelt

Spätestens seit der Konferenz von Rio im Juni 1992 ist sich die internationale Gemeinschaft bewusst geworden, dass Entwicklung und Umwelt untrennbar verbunden sind. Die Umweltproblematik betrifft sowohl den Norden als auch den Süden, wenn auch in ganz unterschiedlichem Ausmass.

Da die Umweltschäden im Süden zu einem beträchtlichen Teil die Folgen von Armut sind, ergibt sich ein Teufelskreis aus wirtschaftlicher Not und Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts. So zwingen Armut und Bevölkerungsdruck die Menschen in den Entwicklungsländern zur Besiedlung marginaler Räume. Uebermässige und oft unangepasste Bewirtschaftung bewirken vielerorts eine fortschreitende Bodendegradation, die zur Stagnation oder zum Rückgang der Erträge führt. Der Produktivitätsverlust erreicht in gewissen Ländern zwischen 0,5 Prozent und 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts pro Jahr. Auch die Abholzung der Wälder - im Laufe der achtziger Jahre 0,9 Prozent der gesamten Waldfläche pro Jahr - zur Brennholzgewinnung und - allerdings zum kleinsten Teil - zur Vermarktung von Holz hat schwerwiegende ökonomische und ökologische Auswirkungen: Die Einzugsgebiete der Flüsse verlieren den Erosionsschutz, das lokale Klima verändert sich, die See- und Meeresküsten sind gefährdet, und der Fischreichtum verschwindet. All dies beeinträchtigt unmittelbar das Wohlergehen der Bevölkerung. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen und das Bevölkerungswachstum fördern die Landflucht und tragen zum Wachstum der Metropolen bei. In den Grossstädten des Südens wiederum belasten der zunehmende Verkehr, das Fehlen sanitärer Einrichtungen sowie die industriellen Emissionen die Umwelt übermässig. Generell haben in den Entwicklungsländern rund eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwas-

ser, und 1,7 Milliarden Menschen verfügen über keine sanitären Installationen. Dies ist die Hauptursache von Millionen von Krankheits- und Todesfällen.

Die lokalen, unmittelbaren Umweltprobleme im eigenen Land sind für die betroffene Bevölkerung im Süden zentral. Die vor allem vom Norden thematisierten Umweltveränderungen von globaler Tragweite wie die Erwärmung der Erdatmosphäre und die Zerstörung der Ozonschicht sind für die Entwicklungsländer weniger vordringlich. Dessen ungeachtet gefährden die globalen Umweltprobleme, zu denen auch die Verschmutzung der Meere, die Verminderung der Artenvielfalt von Flora und Fauna sowie die Wüstenbildung zählen, die Lebensgrundlagen des Südens ebenfalls. Die meisten Entwicklungsländer verfügen aber weder über die notwendigen technischen noch die finanziellen Mittel für eine Anpassung an die veränderten Umweltbedingungen oder für eine Umstellung ihrer wirtschaftlichen Produktion. Im Gegenteil, ihre schwierige wirtschaftliche Situation - und mitunter auch die Schwäche ihrer staatlichen Institutionen - verunmöglicht es ihnen oft, die verhängnisvolle Uebernutzung ihrer eigenen natürlichen Grundlagen zu verhindern. Fest steht, dass die Umweltfrage nicht lösbar sein wird ohne Beseitigung der Armut.

Verursacher der Umweltprobleme von globaler Dimension sind in erster Linie die Industriestaaten. Sie verbrauchen am meisten Rohstoffe pro Einwohner und produzieren am meisten giftige Stoffe und Abfälle. Die Mitglieder der OECD konsumieren beispielsweise über 50 Prozent aller Primärenergie; bezieht man Osteuropa mit ein, so entfallen 84 Prozent des Energiekonsums auf den Norden. Treibhausgase stammen zu 75 Prozent aus den Industrieländern. Der Norden ist praktisch allein verantwortlich für die zunehmenden Umweltschäden verursacht durch chemische Produkte, wie zum Beispiel die Zerstörung der Ozonschicht durch die Freisetzung künstlicher Chlorverbindungen. Die in den achtziger Jahren durchlebte Phase wirtschaftlicher Prosperität gab den Industriestaaten aber die nötigen Instrumente im Kampf gegen die ökologischen Probleme an die Hand. Die am stärksten sensibilisierten Länder haben bereits messbare Resultate bezüglich der Qualität von Luft und Gewässern erreicht und im Kampf gegen die Umweltverschmutzung generell Fortschritte erzielt. Noch sind aber die Umweltkosten nicht internalisiert: Die Einführung von Lenkungsabgaben, Oekosteuern und Emissionszertifikaten würde in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise führen. Dazu braucht es allerdings ein international koordiniertes Handeln: Die Länder des Nordens müssen ihre Massnahmen untereinander und mit den Entwicklungsländern abstimmen.

Auch im Süden hängt die Bewältigung der ökologischen Probleme in erster Linie davon ab, ob das Konzept der nachhaltigen, auf die Tragfähigkeit der natürlichen Grundlagen ausgerichteten wirtschaftlichen Entwicklung realisiert werden kann. Die Zerstörung der lokalen Ressourcen untergräbt die natürliche Basis für das zukünftige wirtschaftliche Wachstum, das wiederum Grundvoraussetzung ist für die Behebung und Verhinderung von Umweltschäden. Schwerwiegende Umweltprobleme



können auch zu politischen Spannungen und Konflikten sowie zu Flüchtlingsströmen führen.

Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit setzt bei diesen untrennbar miteinander verbundenen Problemkreisen einen Schwerpunkt (vgl. Ziff. 122, 221, 315).

## 118 Bildung, Wissenschaft und Technologie

Bis zu Beginn der achtziger Jahre erfuhr das Erziehungswesen in den Entwicklungsländern einen markanten Aufschwung auf allen Ebenen (Primarschule, Sekundarschule, höhere Bildung). Der Aufschwung verlief allerdings nicht gleichmässig. Länder mit niedrigen Einkommen verzeichneten Einschulungs- und Alphabetisierungsquoten, die unter dem Durchschnitt lagen. Innerhalb der betroffenen Staaten waren hinsichtlich des Schulbesuchs grosse Unterschiede zwischen Knaben und Mädchen sowie zwischen Stadt und Land zu verzeichnen. Das rasche Bevölkerungswachstum und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Entwicklungsländer im Laufe der achtziger Jahre zu kämpfen hatten, verstärkten diese Ungleichgewichte zusätzlich. Der Erziehungssektor steht im Süden heute grossen Problemen gegenüber.

Eine der Schwierigkeiten besteht darin, dass die Bildungssysteme und die Bedürfnisse der Wirtschaft ungenügend oder gar nicht aufeinander abgestimmt sind. Das Erziehungswesen ist hauptsächlich auf die Verwaltung und den modernen Sektor ausgerichtet und trägt den Bedürfnissen der Landwirtschaft und des informellen Sektors kaum Rechnung, obwohl diese zwischen 60 Prozent und 80 Prozent aller Arbeitskräfte absorbieren. In gewissen Ländern besteht ein besonderes Problem darin, dass für die Mädchen nicht genügend Einrichtungen der zweiten Bildungsstufe zur Verfügung stehen, was zur allgemeinen Benachteiligung der Frauen im Erziehungsbereich beiträgt.

Im übrigen gefährdet der Rückgang der öffentlichen Bildungsausgaben, der in den ärmeren Entwicklungsländern zu beobachten ist, einen Teil der Errungenschaften der letzten dreissig Jahre. Die Beschneidung der Budgets betrifft in erster Linie die Primarschulerziehung und die informelle Bildung (Erwachsenenbildung und -alphabetisierung). Zwischen 1980 und 1988 haben die Ausgaben pro Schüler in Afrika um 30 Prozent und in Lateinamerika um 11 Prozent abgenommen. Dies hatte Folgen für die Qualität der Ausbildung: In den Ländern des Sahel beenden bloss 60 Prozent der Eingeschulten die Primarschule. In Asien sind es weniger als 50 Prozent. Ein Teil des Problems ist auf den niedrigen sozialen Status der Lehrer zurückzuführen. Diese sind in vielen Entwicklungsländern schlecht bezahlt und dadurch auch schlecht motiviert, Leistungen im Dienste der Schüler zu erbringen.

Wenn nun die dank grossen Anstrengungen in den sechziger und siebziger Jahren erzielten Fortschritte wieder aufs Spiel gesetzt werden, so hat dies äusserst schwerwiegende Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Länder. Ein funktionierendes und den Bedürfnissen angepasstes Erziehungswesen ist eine Grundvoraussetzung für das Wirtschaftswachstum und die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Nicht besser steht es um die höhere Bildung sowie um Forschung und Wissenschaft im Süden. Die wissenschaftliche Forschung ist in den meisten Entwicklungsländern Nebensache, da es an den nötigen Mitteln fehlt. Auf 1000 Einwohner kommen im Süden lediglich neun Wissenschaftler und Techniker, gegenüber 81 im Norden. Obwohl die Entwicklungsländer 80 Prozent der Weltbevölkerung beherbergen, steuern sie nur 4 Prozent zu den weltweiten Aufwendungen für Forschung bei. Der Unterschied zwischen Nord und Süd bezüglich der Ausgaben für Forschung hat sich im Zeitraum von 1980-1990 mehr als verdoppelt und beträgt heute rund 420 Milliarden US-Dollar. Dementsprechend müssen sich die Entwicklungsländer weitgehend auf Forschungsergebnisse abstützen, die in den Industrieländern erzielt werden. Es fehlen ausgebildete Wissenschaftler und Techniker, um eigenständige, der lokalen Umgebung angepasste und nachhaltige Problemlösungen zu entwickeln. Wichtig wäre ein vermehrter Austausch von Wissenschaftlern zwischen Nord und Süd, wobei in den Entwicklungsländern - zum Beispiel über eine bessere Entlohnung - gleichzeitig auch Anreize geschaffen werden müssten, damit hochqualifizierte Forscher und Techniker aus dem Süden nicht emigrieren ("Brain Drain").

Wenn auch die eben dargelegten Zusammenhänge allgemeine Gültigkeit haben, so bestehen doch auch beträchtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Entwicklungsländern und -regionen. Mehrere asiatische Staaten wie Indien, Malaysia, Südkorea oder Taiwan verfügen über ein beachtliches Forschungs- und Technologiepotential. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern kann für den Norden mindestens so interessant sein wie diejenige mit anderen Industriestaaten. Ähnliches trifft für einzelne lateinamerikanische Länder oder zumindest für einzelne ihrer Institutionen zu.

In zahlreichen, vor allem afrikanischen Entwicklungsländern ist der soziale Status der Wissenschaftler und Techniker indessen niedrig, die Berufsaussichten sind unsicher, die Löhne reichen kaum für den Lebensunterhalt aus, und Nebenverdienste erweisen sich als unumgänglich. Die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für das wirtschaftliche Fortkommen eines Landes wird oft unterschätzt; wirtschaftliche Schwierigkeiten und politische Instabilität verhindern eine eigenständige, kontinuierliche Wissenschafts- und Technologiepolitik in vielen Ländern. Entsprechend werden Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, die in der Regel erst längerfristig einen Ertrag bringen, vielfach zugunsten anderer, kurzfristig erfolgversprechender Investitionen zurückgestellt.

Es wurde bereits dargelegt, dass sich nachhaltige Erfolge bezüglich Armutsbekämpfung und sozialem Ausgleich letztlich nur erzielen lassen, wenn auch dem Erziehungswesen einen höheren Stellenwert beigemessen wird. Investitionen in die Bildung müssen die wirtschaftliche Entwicklung begleiten. Sowohl für die Verbesserung der Situation der Frauen, für den Rückgang des Bevölkerungswachstums sowie teilweise auch für die Bewältigung der Umweltprobleme spielt der erweiterte Zugang zu Wissen und Bildung eine bedeutende Rolle.

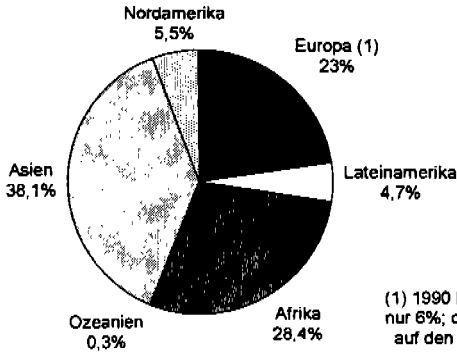
## 119 Die Migrationsbewegungen

Migrations- und Flüchtlingsbewegungen sind seit den achtziger Jahren durch ihr sprunghaftes Anwachsen zu einem Thema geworden, welches die politische Debatte in den Industrieländern in zunehmendem Masse beeinflusst.

Das International Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) und das United Nation High Commissariat for Refugees (UNHCR) beziffern die Gesamtzahl der Flüchtlinge, Vertriebenen und Auswanderer auf 500 Millionen (knapp 10% der Weltbevölkerung). Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) registriert 100 Millionen Arbeitsmigranten; rund 15 Millionen Menschen fallen unter das erweiterte Mandat des Flüchtlingshochkommissariat der UNO. Die weitaus meisten Migranten kommen aus den Entwicklungsländern, bleiben aber im Süden und verschärfen in verschiedener Hinsicht die Entwicklungsprobleme des eigenen Landes oder der Erstaufnahmeländer.

Die Ursachen für die Wanderungsbewegungen sind vielfältig. Das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd, verbunden mit der Anziehungskraft des reichen Nordens und der Wohlstandsinseln im Süden bilden das Grundmuster, welches Menschen zum Aufbruch, zur Suche nach besseren Lebensumständen bewegt. Die weltweite Kommunikation, welche Lebensbilder aus den Industrieländern in abgelegene Gegenden des Südens trägt, verstärkt die von der Suche nach besseren Lebensperspektiven geprägten Wanderungsbewegungen, seien diese grenzüberschreitender oder interkontinentaler Natur. In den Entwicklungsländern gibt es ausserdem rund 200 Millionen Arbeitslose, und täglich setzen sich zahllose Menschen auf der Suche nach einer Beschäftigung in Bewegung.

**ANZAHL FLÜCHTLINGE PRO KONTINENT - 31.12.1992**  
**(TOTAL: 18'998'700)**



(1) 1990 betrug der Anteil Europa nur 6%; die Zunahme von 1992 ist auf den Krieg in Ex-Jugoslawien zurückzuführen.

Quelle: UNHCR, The State of the World's Refugees, 1993

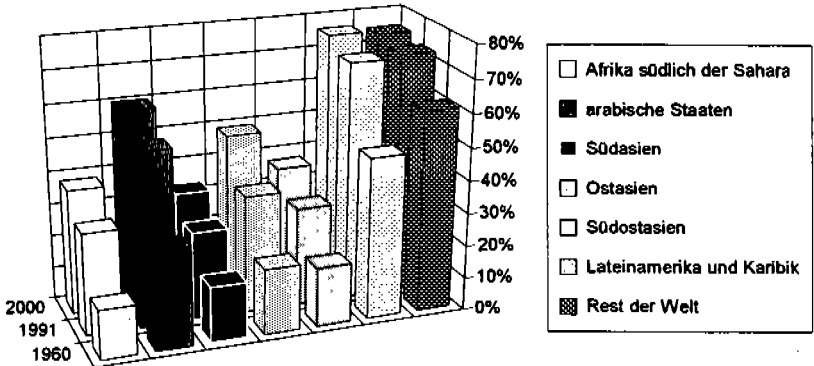
Eine weitere zentrale Migrationsursache, welche die ganze Menschheitsgeschichte begleitet, bilden kriegerische Wirren. In den Zeiten des Ost-West-Konflikts waren unter anderem Stellvertreterkriege im Süden Ursache von Flüchtlingswellen: Vietnam, Kambodscha, Afghanistan, Angola, Zentralamerika. Das Ende der Ost-West-Konfrontation hat zwar in einigen Regionen Friedens- und Wiederaufbauprozesse ermöglicht. Das Gesamtbild ist jedoch eher dramatischer geworden: Es bezieht nun auch den europäischen Kontinent mit ein und ist immer deutlicher gezeichnet von ethnisch und religiös motivierten Kriegswirren: In Ex-Jugoslawien sind bis Ende 1993 über zweieinhalb Millionen Menschen von ihren Heimstätten vertrieben worden. Nationalistische Konflikte im Südosten Europas und in den asiatischen GUS-Staaten werden zu unberechenbaren Auslösern von Wanderungsbewegungen. Aber auch im Süden enturzeln kriegerische Auseinandersetzungen Millionen von Menschen - zu denken ist etwa an die Ereignisse der letzten Jahre in Sri Lanka, Somalia, Liberia und einmal mehr in Burundi.

Auch systematische Menschenrechtsverletzungen, wie sie noch immer in vielen Ländern begangen werden, sind eine wichtige Ursache von Fluchtbewegungen.

Des weitern zwingen Umweltkatastrophen immer mehr Menschen dazu, ihre traditionellen Wohnsitze zu verlassen. Wenn die Internationale Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation ungenügende Wirkung zeitigen sollte, schreitet die Wüstenbildung fort. Sie hat in den achtziger Jahren grosse Flächen von Weide- und Ackerland zerstört.

Nicht alle Migranten verlassen zwangsläufig ihr Herkunftsland. Viele Menschen ziehen auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen vom Land in die Stadt, von wo sie vielleicht später weiter wandern, meistens aber zur Vergrößerung der Elendsquartiere beitragen. Diese Bewegungen haben in den vergangenen dreissig Jahren das übermässige Wachstum der Städte im Süden massgeblich beeinflusst.

### STADTBEVÖLKERUNG (IN % DER GESAMTBEVÖLKERUNG)



Quelle: UNDP, Human Development Report 1993

In Lateinamerika ist das Verstädterungsniveau der Industrieländer erreicht, in Asien, Afrika und den arabischen Ländern dagegen wird der Wanderungssog in die Städte noch anhalten. Die Bevölkerungszunahme wird nirgends derart drastisch ausfallen wie in den grossen Städten des Südens.

Die Schweiz kann sich von den Krisenerscheinungen der letzten Jahre nicht absondern. Stammten noch 1970 über 90 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz aus dem EG- und EFTA-Raum, so ist dieser Anteil 1992 auf 66,7 Prozent gesunken. Dagegen ist im gleichen Zeitraum der Zuwanderungsstrom aus dem Süden und aus dem Osten von 8,5 Prozent auf 31,7 Prozent gestiegen.

- 12            Antworten und Lösungsansätze im Rahmen des  
Nord-Süd-Dialogs**
- 121          Die Wende von 1989 und ihre Auswirkungen auf die  
Nord-Süd-Beziehungen**

Das Ende des Ost-West-Konflikts - symbolisiert durch den Fall der Berliner Mauer im November 1989 - war zweifellos das herausragendste politische Ereignis der letzten Jahre. Es veränderte auch das Verhältnis zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern grundlegend. Für den Süden und den Norden ergaben sich aus dem Zusammenbruch der alten Weltordnung eine Reihe von Chancen und Risiken. Die wohl schwerwiegendste Folge für die Entwicklungsländer besteht darin, dass sie aus der Sicht des Nordens an politischer Bedeutung verloren haben. Die Länder des Südens waren nämlich einerseits Hauptleidtragende und andererseits Nutzniesser des Ost-West-Konflikts. Auf ihren Territorien wurden viele Stellvertreterkriege ausgefochten; es flossen aber im Laufe der letzten vier Jahrzehnte auch erkleckliche Summen an Wirtschafts- und Militärhilfe in den Süden, oft bloss aufgrund der geostrategischen Lage des Empfängerlandes oder der politischen Bedeutung eines bestimmten Regimes. Nun da die Entwicklungsländer kaum mehr Zankäpfel der Ost-West-Rivalität darstellen, sind sie - von einigen Kriegsschauplätzen abgesehen - weitgehend aus dem Blickfeld des Medieninteresses verschwunden. Sie haben auch nicht mehr im selben Masse die Möglichkeit, die Grossmächte gegeneinander auszuspielen, um allenfalls zusätzliche Unterstützung zu erhalten. Seit die Länder des Südens den beiden Blöcken nicht mehr als Bollwerke gegen den geopolitischen Gegner dienen und sich aus der Not der Ärmsten kein politisches Kapital mehr schlagen lässt, besteht die Gefahr, dass gewisse Industriestaaten den Bedürfnissen der ärmeren Entwicklungsländer weniger Aufmerksamkeit und vor allem weniger Mittel zuteil werden lassen als während des kalten Krieges.

Der Bedeutungsverlust des Südens zeigt sich schon im Begrifflichen: Mit der Auflösung der Blöcke und dem Ende der "Zweiten Welt" macht auch die Bezeichnung "Dritte Welt" keinen Sinn mehr. Auch einen "Dritten Weg" zur Lösung der Entwicklungsproblematik kann es zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen einem erfolgreichen und einem gescheiterten System nicht mehr geben. Die "Dritte Welt", die ohnehin nie eine politische Handlungseinheit im strengen Sinne darstellte, hat aber als Begriffskategorie auch deshalb ausgedient, weil es sie angesichts der enormen Unterschiede als Gruppe von Ländern mit ähnlichen Problemen nicht mehr gibt (vgl. Ziff. 111 und 113). Infolge der grossen Kontraste - zum Beispiel zwischen den vier südostasiatischen "Tigern" oder "Drachen" und den ärmsten Ländern südlich der Sahara - sind die Interessengegensätze innerhalb des Südens gewachsen, und es besteht die Gefahr, dass die ärmeren und die wirtschaftlich für den Norden unbedeutenden Länder noch stärker an den Rand gedrängt werden. Eine solche Vernachlässigung hätte jedoch angesichts der weiter oben erwähnten globalen Her-

ausforderungen und grenzüberschreitenden Probleme auch für die Industrieländer bedrohliche Folgen.

Das Einbrechen der alten Ordnung liess aber auch neue Konfliktfelder und lange vernachlässigte Spannungsgebiete zutage treten. Ethnisch-religiös motivierte Auseinandersetzungen, ein verschärfter Kampf um Ressourcen - wie Erdöl, Wasser oder Land -, der Zerfall der Staatsautorität sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgestaltungsprozesse mit hohen sozialen Kosten sind nur die bekanntesten Beispiele. Es ist deshalb anzunehmen, dass wir längerfristig in einer Welt mit vielfältigeren Risiken, grösserer Instabilität und mehr Ungewissheit leben müssen als zur Zeit des Ost-West-Gegensatzes.

Für zahlreiche Länder des Südens ergibt sich seit dem Fall des Eisernen Vorhangs eine weitere Schwierigkeit: Die mittel- und osteuropäischen Länder sowie die Nachfolgestaaten der Sowjetunion treten in zunehmendem Masse als Konkurrenten auf, sowohl im Ringen um Kapital, Investitionen und Hilfe als auch im Wettbewerb um Exportanteile auf den Märkten der Industrieländer. Auch wenn sich für den Süden durch das Wiedererstarken des "Ostens" irgendwann ebenfalls neue Möglichkeiten eröffnen dürften, ist doch der Kampf um Anteile zum gegenwärtigen Zeitpunkt härter geworden. Das westliche Interesse am Wiederaufbau des Ostens verdrängt oft die Sorge um eine ausgewogenere Nord-Süd-Entwicklung. Verstärkt wird dies noch zusätzlich durch die angespannte wirtschaftliche Situation und die Budgetdefizite in den meisten Industrieländern.

Das Ende des Ost-West-Konflikts bringt aber auch Chancen für die Neuorientierung der Nord-Süd-Beziehungen. Da die Entwicklungspolitik nicht mehr vorrangig der Festigung der Einflussphären der beiden Blöcke zu dienen hat, konnte viel ideologischer Ballast abgeworfen werden. In vielen Ländern des Südens setzte ein Prozess der politischen und der wirtschaftlichen Oeffnung ein (vgl. Ziff. 112 und 113). In einigen früher äusserst umstrittenen Fragen gibt es heute weltweit mehr Uebereinstimmung - zum Beispiel über die Bedeutung des Privatsektors in der wirtschaftlichen Entwicklung - und mehr Pragmatismus in den Lösungsansätzen. Vor allem aber ist - nicht zuletzt im Zeichen der Konferenz von Rio über Umwelt und Entwicklung - das Bewusstsein der weltweiten gegenseitigen Abhängigkeit stark gewachsen. Es wird immer deutlicher, dass alle grossen Problembereiche wie etwa Armut, Umweltbelastung und Bevölkerungswachstum miteinander verknüpft sind und die Menschen im Norden und im Süden betreffen, wenn auch nicht in derselben Art und Weise. Damit verbreitet sich die Einsicht, dass diesen Herausforderungen nur mit einer möglichst widerspruchsfreien (kohärenten) Politik begegnet werden kann. Das Ziel der Nachhaltigkeit aller Entwicklungsanstrengungen hat in diesem Zusammenhang an Bedeutung gewonnen (vgl. Ziff. 122).

Gleichzeitig wird auch immer klarer, dass für die globalen Probleme vermehrt Lösungen auf internationaler Ebene gesucht werden müssen. Dies kann entweder im

Rahmen der bestehenden multilateralen Organisationen oder an ad hoc einberufenen internationalen Konferenzen sowie auch mittels regionaler Zusammenschlüsse angestrebt werden. Auf jeden Fall wächst die Einsicht in die Notwendigkeit einer wirksamen Koordination und Zusammenarbeit auch im entwicklungspolitischen Bereich (vgl. Ziff. 124).

Das Ende der Ost-West-Rivalität macht schliesslich eine qualitative Verbesserung der Entwicklungspolitik möglich. Da die Entwicklungszusammenarbeit zumindest nicht mehr im selben Masse Instrument der Machtpolitik der Grossmächte ist, können gewisse Prioritäten neu gesetzt werden. So zeichnet sich zum Beispiel die Tendenz ab, vermehrt demokratisch legitimierte, reformfreundige Regierungen zu unterstützen. Der Zivilgesellschaft sowie - im ökonomischen Bereich - dem Privatsektor und den Marktkräften soll eine grössere Bedeutung zukommen. Korruption, Inkompetenz, krasse soziale Ungerechtigkeit und andere Missstände, welche die Entwicklung behindern, werden kaum mehr einfach hingenommen. Aspekte einer guten Regierungsführung ("good governance") und die Achtung der Menschenrechte spielen heute in der Entwicklungspolitik - und nicht zuletzt bei der Vergabe der Mittel - eine wichtigere Rolle als noch vor fünf Jahren (vgl. Ziff. 123). Dazu gehört, dass nach dem Ende des kalten Krieges die Rüstungsausgaben gedrosselt werden müssten, um die "Friedensdividende" zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme einsetzen zu können. Allerdings stellen wir fest, dass die globalen Militärausgaben seit den späten achtziger Jahren zwar verringert wurden, der Rüstungswettlauf aber noch zu wenig an Momentum eingebüsst hat.

Vor dem Hintergrund dieser Trends - dem relativen Bedeutungsverlust eines Teils des Südens, dem mächtiger gewordenen Westen und Norden sowie der neuen Stossrichtung in der Entwicklungspolitik - wird es wichtig sein, im Rahmen eines erneuerten Nord-Süd-Dialogs den in einigen Entwicklungsländern aufkommenden Neokolonisierungängsten entgegenzuwirken. Die Aussenpolitik der Entwicklungsländer wird wie in den Industrieländern durch innenpolitische Konstellationen und Interessen bestimmt und diese sind nur bedingt deckungsgleich mit den Erwartungen des Nordens. Soll eine noch stärkere Marginalisierung der ärmeren Länder des Südens vermieden werden, ist auch ein inhaltsreicherer politischer Dialog mit ihnen beziehungsweise ihren Regierungen zunehmend wichtiger.

## 122 Nachhaltige Entwicklung - ein umfassendes Konzept

Durch ihren 1987 veröffentlichten Bericht "Unsere gemeinsame Zukunft" hat die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, besser bekannt unter dem Namen Kommission Brundtland, dem Konzept der "dauerhaften" oder "nachhaltigen" Entwicklung in der internationalen Diskussion zum Durchbruch verholfen. Nachhaltige



Entwicklung bezeichnet einen Prozess, der von einer vielfältigen, teilweise widersprüchlichen Welt ausgeht und der den Bedürfnissen der gegenwärtigen Generationen Rechnung zu tragen versucht, ohne dabei die Möglichkeit künftiger Generationen zu beeinträchtigen. In der Folge stand dieser Grundsatz und die sich daraus ableitenden Strategien im Zentrum der Arbeiten der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, die im Juni 1992 in Rio de Janeiro stattgefunden hat. Dort wurde versucht, in der Agenda 21 die zahlreichen Komponenten dieses Konzepts systematisch festzuhalten. Das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit und der gemeinsamen Verantwortung wurde zwar nicht erst in Rio geformt, dort wohl aber verstärkt, handelte es sich doch um eine wichtige Etappe in einem Denkprozess, der spätestens 1972 mit dem Bericht des "Club of Rome" über die "Grenzen des Wachstumstums" begonnen hatte (Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit / Denis Meadows; aus dem Amerikanischen von Hans-Dieter Heck; Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1990).

Nachhaltige Entwicklung ist ein ganzheitlicher, globaler Begriff. Er beschränkt sich nicht auf die Beziehungen zwischen dem Menschen und seiner Umwelt im Sinne der Ökologie. Er bezieht die sozialen, kulturellen, politischen, spirituellen und wirtschaftlichen Dimensionen menschlicher Tätigkeit mit ein. Die Wechselbeziehungen zwischen diesen Sphären sind derart ausgeprägt, dass das eine nicht mehr ohne das andere betrachtet werden kann. Nachhaltige Entwicklung bezeichnet ein dynamisches und ausgewogenes Zusammenwirken aller menschlichen und natürlichen Faktoren. Es handelt sich um ein übergeordnetes Ziel, das für alle Gesellschaften gilt. Die Länder des Nordens und des Südens haben zwar für die Umsetzung einer Strategie der dauerhaften Entwicklung unterschiedliche Pflichtenhefte, es geht aber überall darum, sämtliche Bereiche menschlicher Tätigkeit auf das Ziel der Nachhaltigkeit abzustimmen.

Konkret bedeutet Nachhaltigkeit, sich Rechenschaft zu geben, dass wir zu einer grossen Lebensgemeinschaft gehören. Die Entscheide und Aktivitäten jeder Gesellschaft haben Auswirkungen auf andere Gesellschaften und auf künftige Generationen. In diesem Zusammenhang ist von einer neuen Partnerschaft, von einem neuen "Gesellschaftsvertrag" die Rede, der nicht nur die Menschen untereinander bindet, sondern sie auch der Natur gegenüber verpflichtet. Man könnte an dieser Stelle von einer neuen Ethik sprechen. Diese fordert beispielsweise erneuerte und verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut einerseits und der durch punktuellen Ueberfluss erzeugten Verschwendung andererseits, ist doch - wie weiter oben ausgeführt - ein grosser Teil der Umweltzerstörung auf diese beiden Problemkreise zurückzuführen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet aber auch, sich bewusst zu werden, dass die Tragfähigkeit unseres Planeten begrenzt ist. Wenn die Grenzen überschritten werden, droht das ganze Ökosystem Schaden zu nehmen oder gar zusammenzubrechen. Damit menschliches Leben auch in Zukunft möglich sein wird, müssen Klima, Luft, Wasser und Böden geschützt sowie die Artenvielfalt und die Erneuerbarkeit der Ressourcen bewahrt werden. Das Wachstum der Bevölkerung,

des Ressourcenverbrauchs und nicht zuletzt auch der Abfallproduktion ist daher problematisch geworden. Produktionsmethoden, Konsumgewohnheiten und Lebenshaltungen sollten entsprechend angepasst werden.

Nachhaltige Entwicklung setzt unter anderem auch ein politisches Bewusstsein voraus, das durch die Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern am demokratischen Entscheidungsprozess geformt wird. Eine flexible, anpassungsfähige Verwaltung muss den Prinzipien der "guten Regierungsführung" verpflichtet sein, und die Gesellschaft hat die Belastungsgrenzen des Ökosystems zu respektieren. Wichtig sind auch Mechanismen zur Regelung von Konflikten und zur Durchsetzung eines besseren sozialen Ausgleichs. Nachhaltige Entwicklung ist ein durch Wandel und Anpassung gekennzeichnete kontinuierliche Prozess, der sich an langfristigen Zielen orientiert und auf ganzheitlichem Denken basiert.

Das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit in bezug auf die Sicherung der Lebensgrundlagen hat die Nord-Süd-Beziehungen beeinflusst und prägt heute den Dialog über Entwicklung und Wachstum. Die grössten Gefahren, die von einer nicht nachhaltigen Ressourcennutzung ausgehen - Wüstenbildung, Klimaveränderungen, mögliche Erhöhung des Meeresspiegels - würden die Entwicklungsländer unverhältnismässig stärker betreffen. Diese verfügen aber nicht in der gleichen Masse über finanzielle Mittel, geeignete Technologien und institutionelle Voraussetzungen, um den Problemen wirksam zu begegnen. Auf der anderen Seite ist eine Globalisierung des westlichen Lebensstandards auf dem Niveau des gegenwärtigen Energie- und Ressourcenverbrauchs nicht mehr möglich. Daraus ergibt sich ein schwerwiegendes Dilemma, das der Norden und der Süden gemeinsam angehen müssen.

## 123 Gute Regierungsführung ("Good Governance")

Wie das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist auch die gute Führung der öffentlichen Angelegenheiten ("good governance") in den letzten Jahren zu einem Leitmotiv der internationalen Entwicklungsdiskussion geworden. Unter den Geberländern des Nordens - aber auch in weiten Teilen des Südens - hat sich ein Konsens herausgebildet, wonach "good governance", Demokratie und die Beachtung der Menschenrechte wichtige Voraussetzungen für eine dauerhafte wirtschaftliche und soziale Entwicklung darstellen.

Obwohl sich auf internationaler Ebene noch keine einheitliche Definition durchgesetzt hat, sind unter dem Begriff "good governance" in der Regel folgende Prinzipien zu verstehen:

- Die Förderung demokratischer Verhältnisse und einer offenen, pluralistischen Gesellschaft;
- eine entwicklungsorientierte, marktfreundliche, stabile Wirtschafts- und Haushaltspolitik;
- eine zur Rechenschaft verpflichtete, verantwortliche, effiziente und fähige Regierung und Verwaltung;
- Rechtsstaatlichkeit und Transparenz in allen öffentlichen Angelegenheiten; Bekämpfung der Korruption;
- die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung am politischen Entscheidungs- und Entwicklungsprozess; die Stärkung von Nichtregierungsorganisationen und von Regierungs- und Verwaltungsstellen auf regionaler und lokaler Ebene;
- günstige Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft;
- die Reduktion der Militärausgaben;
- die Beachtung der Menschenrechte.

Begriffen wie Demokratie und Rechtsstaat liegen gewisse universelle Prinzipien zugrunde, aber keine vorgefertigten Einheitsrezepte, die gleichermassen auf alle Länder und Kulturen übertragen werden könnten. So bedeutet Demokratisierung nicht zwangsläufig die Einführung eines parlamentarischen Systems mit zwei Kammern, sondern vielmehr einen politischen Prozess, der zu einer wirksameren Beteiligung der Bevölkerung an der politischen Entscheidungsfindung führt. Dazu gehört, dass die Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat mehr Freiraum erhält - ein Anliegen des internationalen Menschenrechtsschutzes, der sich auf völkerrechtlich verbindliche Normen stützen kann. Indem sie die Interessen der betroffenen Bevölkerungsgruppen vertreten, erfüllen die Nichtregierungsorganisationen wichtige Funktionen hinsichtlich der Förderung des sozialen Zusammenhalts. Oft sind sie auch die führenden Träger des Bewusstseins für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Eine neue Rollenteilung zwischen Staat und Privaten ist daher nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern auch auf der politischen Ebene vonnöten. In etlichen Ländern müssten ferner Dezentralisierungsmassnahmen erwogen werden, um Problemlösungen auf niedrigerer Verwaltungsstufe zu fördern.

Ebenso wie das Konzept der nachhaltigen Entwicklung hat dasjenige der guten Regierungsführung den Nord-Süd-Dialog stark beeinflusst. Zahlreiche Geberländer sind immer weniger bereit, Entwicklungsressourcen zur Verfügung zu stellen, wenn als Folge einer verfehlten Wirtschaftspolitik und mangelnder institutioneller Verantwortlichkeit der Regierung eine effiziente Verwendung der Mittel nicht hinreichend gewährleistet ist. Die Hoffnung auf mehr ausländische Hilfe war in etlichen Ländern ein wichtiges Motiv für die Einleitung politischer Reformen. Die Geberländer und -institutionen sind mehr denn je bestrebt, ihre Prioritäten in der Entwicklungspolitik anzupassen und entsprechende Anstrengungen zu unterstützen. Konkret geschieht dies durch den politischen Dialog, durch positive Massnahmen oder durch das Formulieren von Bedingungen (Konditionalität). Zu den positiven Massnahmen zählen beispielsweise die Förderung rechtsstaatlicher Verwaltungsstruktu-

ren, Ausbildungsprogramme im Verwaltungs- und Justizbereich, die Hilfestellung beim Aufbau unabhängiger Massenmedien oder bei der Organisation und Durchführung freier Wahlen sowie die Unterstützung machtkontrollierender gesellschaftlicher Strukturen, beispielsweise Nichtregierungsorganisationen. Sehr umstritten ist die politische Konditionalität, das heisst das Binden der Mittelvergabe an konkrete Auflagen, wie zum Beispiel die Respektierung der Menschenrechte, die Verminderung der Militärausgaben oder das Einleiten von Demokratisierungsprozessen. Neben dem - nur zum Teil berechtigten - Vorwurf der Einmischung in die inneren Angelegenheiten wirft die Konditionalität auch das Problem der unterschiedlichen Massstäbe auf, ist doch unschwer festzustellen, dass die Geber bei unterschiedlich wichtigen Empfängerländern jeweils nicht mit der gleichen Elle messen. Auch ist es in der Regel nicht wünschbar, eine unter Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Marginalisierung leidende Bevölkerung durch das Abbrechen der Entwicklungszusammenarbeit zumindest kurzfristig doppelt "zu bestrafen". Die strenge Konditionalität muss deshalb wohl "ultima ratio" bleiben und nur in extremen Fällen, beispielsweise bei äusserst schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, massiven Rückschritten im Demokratisierungsprozess oder ganz offensichtlich fehlendem Willen zur Bekämpfung der Korruption, zur Anwendung gelangen. Der konstruktive Dialog und die erwähnten positiven Massnahmen laufen zudem weniger Gefahr, kontraproduktiv zu wirken; sie sind deshalb den verbindlichen Auflagen im allgemeinen vorzuziehen.

Oft fehlt es weniger am politischen Willen der Entscheidungsträger, Reformen durchzuführen, als vielmehr an strukturellen Bedingungen, die dies zuliessen. Zu denken ist an die in vielen Entwicklungsländern prekäre Sicherheitslage, sei es durch ethnische Konflikte im Innern oder durch hochgerüstete, feindlich gesinnte Nachbarn im Aeussern. Auch in solchen Situationen sind unter Umständen positive Massnahmen angezeigt, zum Beispiel durch die Unterstützung von Demobilisierungsprogrammen oder durch andere Aktionen der Krisenbewältigung und der Abrüstung.

## 124 Die internationale Koordination der Entwicklungspolitik

Angesichts der Vielzahl der Akteure und der Vielschichtigkeit der zu bewältigenden Aufgaben wird die Koordination der Entwicklungspolitik auf internationaler Ebene immer wichtiger, sei es unter den Geberländern wie auch zwischen Nord-Süd-Partnern. Die Entwicklungsländer werden allzu oft mit unterschiedlichen, widersprüchlichen oder gar unvereinbaren Entwicklungskonzepten der Geber konfrontiert. Manchem Entwicklungsland fällt es dadurch noch schwerer, seine eigene nationale Entwicklungspolitik umzusetzen. Zudem besteht die Gefahr, dass die Geber gegen-

einander ausgespielt werden, um Partikularinteressen auf Regierungsseite des Entwicklungslandes durchzusetzen.

Die Koordinationsarbeit wird auf verschiedenen Ebenen geleistet: Einerseits in den Gremien der wichtigsten Finanzierungsinstitutionen - in erster Linie des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken -, andererseits in den UNO-Spezialorganisationen. Hauptinstrumente sind die sogenannten Konsultativgruppen der Weltbank und die "Runden Tische" des UNO-Entwicklungsprogrammes. Dort wird länderweise zwischen Gebern und Nehmern gemeinsam eine Entwicklungspolitik formuliert. Dabei geht es unter anderem darum, eine wirtschaftliche Situationsanalyse - insbesondere bezüglich der makroökonomischen Eckdaten - vorzunehmen sowie eine Reform- und Entwicklungsstrategie festzulegen, die auch vom betroffenen Land vollumfänglich mitgetragen wird. Des weiteren geht es in den Konsultativgruppen auch um die Koordination der Geberbeiträge ("pledging"). Einsatz und Nutzen dieser Koordinationsinstrumente werden im Ziffer 235 abgehandelt. Schliesslich findet die Koordination im Rahmen grosser internationaler UNO-Konferenzen zu bestimmten Themenbereichen statt. Ziel dieser Sonderkonferenzen ist in der Regel, einen Problemkreis aufzuarbeiten, Bilanz zu ziehen und "Marschrouten" für die folgenden Jahre festzulegen. Es seien hier bloss die wichtigsten Konferenzen der frühen neunziger Jahre erwähnt:

- Der "Kindergipfel" von 1990 in New York, der sich mit der Lage der Kinder sowohl in den Entwicklungsländern wie auch in den Industrieländern befasste. Daraus entstand das internationale Uebereinkommen über die Rechte des Kindes, das von der Schweiz ratifiziert wird.
- die Konferenz über Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio;
- die internationale Ernährungskonferenz von 1992 in Rom, die sowohl die Agrar- als auch die Gesundheitspolitik betraf;
- die Weltkonferenz über Menschenrechte von 1993 in Wien;
- die dritte internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, die 1994 in Kairo stattfinden wird;
- der Weltsozialgipfel, der für 1995 in Kopenhagen geplant ist;
- die vierte internationale Frauenkonferenz, die 1995 in Peking eröffnet werden wird.

Diese Konferenzen berücksichtigen - unter dem jeweiligen thematischen Aspekt - sowohl die Lage in den Entwicklungsländern als auch diejenige in den Industriestaaten. Ihre Ergebnisse wirken sich folglich auf die Politik der Entwicklungsländer, unsere eigene Innenpolitik und unsere Entwicklungspolitik aus (vgl. als Beispiel Ziff. 221).

Als Koordinationsorgan der bilateralen Geber spielt ferner das Entwicklungshilfekomitee (DAC) der OECD eine wichtige Rolle. Im Vordergrund steht die Erarbei-

tion von einheitlichen Regeln und Verhaltensrichtlinien für die Entwicklungspolitik wie auch für die Entwicklungszusammenarbeit der Geberländer. Die Arbeit des DAC ist dabei in mancher Hinsicht wegweisend, zum Beispiel hinsichtlich der Definition von Grundsätzen für die "gute Regierungsführung" ("good governance"), die partizipative Entwicklung, die Bedingungen der Entwicklungshilfe und anderer Finanzflüsse oder die Verwendung von Mischkrediten. Zu diesen und einer Reihe weiterer Themen wie "Frau und Entwicklung", "Evaluation", "Statistik" und "Umwelt" hat das DAC ständige oder ad hoc-Arbeitsgruppen eingesetzt, welche den Erfahrungsaustausch und die Definition gemeinsamer Spielregeln vorantreiben. Das jährlich stattfindende Treffen der Entwicklungsminister und der Chefs der Entwicklungsagenturen heisst die erarbeiteten Prinzipien gut und gibt der entwicklungspolitischen Debatte neue Impulse (vgl. Ziff. 235).

Auch auf der Ebene der Entwicklungszusammenarbeit ist die Koordination unter den Gebern und mit den Institutionen des Partnerlandes wichtig. Dies betrifft vor allem die Aktivitäten in den verschiedenen Fachbereichen und technische Belange, zum Beispiel auf dem Gebiete der Errichtung und des Unterhalts von Trinkwasserversorgungsanlagen oder der Versorgung mit den notwendigsten Medikamenten. Den Verantwortlichen der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort obliegt als wichtige Aufgabe die Abstimmung zwischen den lokalen Behörden, den ausländischen Nichtregierungsorganisationen, jenen des Partnerlandes und den bilateralen und multilateralen Gebern.

Die Schweiz wird in Zukunft noch stärker darum bemüht sein, in Sektoren, wo sie über einen komparativen Vorteil verfügt, die Rolle des Geberkoordinators ("lead agency") wahrzunehmen. In Tanzania betrifft dies zum Beispiel die Strassenunterhaltspolitik, in Nepal die Formulierung einer Umweltstrategie (vgl. die Beispiele im Ziff. 315 und 316). Sie wird jedoch in anderen Bereichen auch Bereitschaft signalisieren, sich in Koordinationsbestrebungen einzufügen.

Auf dieser ganz konkreten Ebene stösst die Koordination mitunter an Grenzen. Diese können durch wirtschaftliche und politisch andersgerichtete Interessen bedingt sein. Im Laufe des letzten Jahrzehnts wurden jedoch beachtliche Fortschritte erzielt (zum Beispiel regionale Entwicklungsfonds für den Sahelraum, für Palästina, das Mekong-Komitee, internationale Agrarforschung). Es sind dennoch weiterhin grosse Anstrengungen nötig, um Interessenkonflikte sichtbar zu machen, offen zu besprechen und möglichst auszuräumen (z.B. Rüstungsabbau, Biodiversität/Patentierbarkeit, entwicklungspolitische Dimension des GATT, Umsetzung der Agenda 21 aus der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung).

Mittelfristiges Ziel muss eine unter allen Gebern abgesprochene und transparente Programmierung für jedes Empfängerland sein, welche erlauben würde, die Beiträge ("Inputs") der verschiedenen Geber auch wirklich zu koordinieren. Kurz: die Entwicklungspolitik muss kohärenter gestaltet werden.

- 2 Die Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Süden**
- 21 Grundlagen und Ziele der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit**
- 211 Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Aussenpolitik**

Im Legislaturplan 1991-1995 setzte sich der Bundesrat als erstes Ziel, "die Leitideen der schweizerischen Aussenpolitik zu überdenken." Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass die Existenzsicherung der Schweiz und die Wahrung langfristiger Interessen nur durch verstärkte internationale Solidarität zu erreichen ist. Der rasche Wandel nach 1989, der Umbruch der europäischen und weltweiten Beziehungen machte eine Standortbestimmung der Schweiz in aussen-, sicherheits-, wirtschafts- und umweltpolitischer Hinsicht notwendig.

Ende 1993 hat der Bundesrat einen aussenpolitischen Bericht veröffentlicht, der auf den Pfeilern Integrationspolitik, Sicherheits- und Friedenspolitik und internationaler Zusammenarbeit (Nord-Süd und West-Ost) aufgebaut ist.

Alle wesentlichen Aspekte der Entwicklungspolitik, das heisst der gesamten Beziehungen der Schweiz zu den Ländern des Südens, sind in diesem Bericht enthalten. Denn das aussenpolitische Gesamtkonzept geht davon aus, dass die strategischen Ziele der schweizerischen Aussenpolitik sowohl für die Europa-, die Sicherheits- wie die Entwicklungspolitik gelten. Wie das Einleitungskapitel des aussenpolitischen Berichtes festhält, müssen sich aussenpolitische Konzeptionen an der neuen Dynamik der "Weltinnenpolitik" orientieren: Grenzen werden durchlässig, Wirkungszusammenhänge vermehren sich.

Die strategischen Ziele zur bestmöglichen Interessenwahrung der Schweiz

- Förderung von Sicherheit und Frieden
- Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat
- Förderung der Wohlfahrt
- Abbau der sozialen Gegensätze
- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

können nur durch eine verstärkte Mitwirkung im Rahmen der weltweiten Zusammenarbeit erreicht werden.

Die Globalisierung von

- politischen Ideen (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte),
- Wirtschaftsbeziehungen (Handel mit Gütern und Dienstleistungen, Finanzmärkte),

- politischen und sozialen Problemen (Klimaveränderungen, Bevölkerungswachstum, Migrationen, Waffenproliferation, Drogen, internationale Kriminalität)

ändert den Stellenwert und die Qualität der Nord-Süd-Beziehungen: Massnahmen, welche die Industrieländer treffen oder unterlassen, wirken auf Politik, Wirtschaft und Umwelt des Südens. Die sich rasch vergrössernden Unterschiede zwischen den Entwicklungsländern und die damit einhergehende Dynamik vervielfältigen die Auswirkungen auf die Industrieländer. Wechselwirkungen werden immer intensiver. Eine langfristige Nord-Süd-Politik liegt deshalb auch im wohlverstandenen Interesse der Industrieländer, da Wohlfahrt, Sicherheit und natürliche Lebensgrundlagen weder im helvetischen noch im europäischen Alleingang zu gewährleisten sind.

Der Bundesrat postuliert deshalb im aussenpolitischen Bericht einen Ausbau der operationellen Fähigkeiten und eine Verbesserung der Möglichkeiten und Mittel, um verstärkt auf die globalen Herausforderungen reagieren zu können. Gemeint sind damit:

- Der Einsatz zugunsten einer offenen Weltwirtschaftsordnung und einer nachhaltigen und sozial ausgeglichenen Entwicklung;
- Die Erhöhung unseres Engagements zugunsten der Achtung und Förderung von Menschenrechten sowie demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse;
- Der Einsatz zugunsten der Stärkung des Völkerrechtes im allgemeinen und der friedlichen Streitbeilegung;
- Der Einsatz insbesondere zugunsten einer besseren Beachtung des humanitären Völkerrechtes und die Unterstützung des IKRK;
- Die Verbesserung unseres Instrumentariums auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie zur Verhinderung der Proliferation;
- Der Ausbau unserer Fähigkeiten bei der Lösung globaler Fragen, insbesondere auf den Gebieten der Armutsbekämpfung und des Umweltschutzes mitzuwirken." (Aussenpolitischer Bericht, Ziff. 5 "Prioritäten und Grundsätze der schweizerischen Aussenpolitik in den 90er Jahren")."

Damit ist im aussenpolitischen Bericht der Rahmen abgesteckt für eine schweizerische Entwicklungspolitik.

## **212 Die Umriss einer ganzheitlichen und kohärenten Entwicklungspolitik (Leitbild Nord-Süd)**

Die aussenpolitische Kommission des Ständerates hat 1990 "ein Leitbild für die zukünftige Rolle der Schweiz in der Nord-Süd-Beziehung" gefordert mit dem Ziele "einer ganzheitlichen und kohärenten Entwicklungspolitik".



In Abstützung auf den aussenpolitischen Bericht (vgl. Ziff. 43 "Kohärenz und Koordination in der Aussenpolitik") legt der Bundesrat einen Bericht über die Nord-Süd-Beziehungen der Schweiz vor.

Dieses "Leitbild Nord-Süd" bildet die Grundlage für die vorliegende Botschaft. Sein Inhalt wird hier nicht wiederholt. (Der Text des Leitbildes wird dem Parlament zusammen mit dieser Botschaft vorgelegt).

Sowohl der aussenpolitische Bericht wie das Nord-Süd-Leitbild handeln vom gesamten Aufgabenfeld und Instrumentarium der Nord-Süd-Beziehungen. Sie stützen sich auf eine "weltpolitische" Analyse, welche alle Länderkategorien des Südens und alle politischen Bereiche umfasst. Die vorliegende Botschaft hingegen konzentriert sich auf die spezifischen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, wie sie das Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe und die entsprechende Verordnung vom 12. Dezember 1977 der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) zuordnet. Es handelt sich um bilaterale und multilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe (Bst. a und b von Art. 6, Abs. 1 des erwähnten Gesetzes). Ausgeklammert bleiben in dieser Botschaft humanitäre Hilfe und wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen.

Seit Erlass des Bundesgesetzes wird jeweils in der "Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern" eine Art Bilanz gezogen über die Lage und die Veränderungen in den Entwicklungsländern, soweit sie Empfänger von internationaler Entwicklungszusammenarbeit sind. Diese Bilanz konzentriert sich auf bestimmte Länderkategorien und auf bestimmte Problembereiche. Die vorliegende Botschaft handelt demnach von den Programmen und Instrumenten der DEH. Sie umfasst auch die internationalen Erfahrungen und Koordinationsanstrengungen in der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe, insbesondere im Rahmen der OECD, der Bretton-Woods-Institutionen und der UNO-Spezialorgane für internationale Entwicklungszusammenarbeit (vgl. dazu Ziff. 124 und 235).

Die Situierung der Botschaft im Gesamtrahmen der erwähnten aussenpolitischen Grundsatzdokumente und weiterer entwicklungspolitischer Richtlinien dokumente (siehe Ziff. 213 über das Leitbild der DEH) ist auch deshalb wichtig, weil seit dem Umbruch von 1989 in den Nord-Süd-Beziehungen zwei grundlegende und gegenläufige Missverständnisse auftauchten und sich neue Zielkonflikte und Anforderungen an die Entwicklungszusammenarbeit stellten:

- Auf der einen Seite schien es, dass die Entwicklungszusammenarbeit an den Rand gedrängt werde, einerseits wegen der weitverbreiteten Enttäuschung über ihre vermeintlich unzulängliche Wirkung, andererseits durch viele neue Aufgaben und Prioritäten im europäischen Umfeld.

- Auf der anderen Seite führte das wachsende Bewusstsein über globale Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zu einer krassen Ueberforderung der Entwicklungszusammenarbeit, von welcher man immer ungeduldiger erwartete, dass sie in den Industrieländern die Probleme des Einwanderungsdruckes oder des Drogenhandels löse und dass sie im Süden die Ueberbevölkerung, die kriegerischen Auseinandersetzungen, die Umweltprobleme, die Ueberschuldung und andere wirtschaftliche Krisensituationen, die Korruption und andere Formen der ineffizienten Staatsführung in kurzer Zeit beseitige.

Diese verwirrlische und widersprüchliche Beurteilung der Entwicklungszusammenarbeit, welche zudem in den Sog wachsender Budgetdefizite in den Industrieländern geriet, führte zu Beginn der neunziger Jahre in vielen OECD-Ländern und auch in der Schweiz zu einem Neuüberdenken der Entwicklungszusammenarbeit und ihres Stellenwertes im Gesamtzusammenhang der Aussenpolitik.

### **213            Prioritäten der DEH: Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung**

1991 hat die DEH ein internes Leitbild erarbeitet. Darin hält sie als Hauptaufgaben in der Schweiz fest:

- Die DEH beteiligt sich an der Formulierung einer kohärenten, ganzheitlichen Politik der Schweiz gegenüber dem Süden. Sie setzt sich dabei offen mit den unvermeidlichen Zielkonflikten auseinander.
- Die DEH sorgt für eine realistische Information, welche auch die Begrenztheit direkter Erfolge in Entwicklungsprozessen darlegt und immer wieder auf das nötige Zusammenspiel der verschiedenen Instrumente der schweizerischen Aussenpolitik hinweist.
- Information der Oeffentlichkeit über Lage und Aussichten im Süden, wozu auch direkte Rückwirkungen auf die Industrieländer, auf ihre Umwelt-, Sicherheits-, Asyl-, Handels-, Finanz- und Forschungspolitik gehören.

Für die Hauptaufgaben der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland sind folgende Prioritäten aufgeführt:

*Förderung der wirtschaftlichen und staatlichen Eigenständigkeit*

Die Schweiz unterstützt vor allem folgende Tendenzen:

- Entfaltung und Stärkung der individuellen Initiativen. Bedingungen für das Entstehen solcher Initiativen sind: eine vermehrte Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen, die sie direkt betreffen; eine stärkere Dezentralisierung der Macht; bessere Beachtung der universellen Menschenrechte und der durch die nationale Gesetzgebung garantierten Rechte;
- das bessere Funktionieren von nationalen Institutionen, die für die Entwicklung zuständig sind, sowie deren Öffnung Partnern gegenüber, die nicht zur öffentlichen Verwaltung gehören;
- ein verbessertes Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Institutionen;
- die Erweiterung des wirtschaftlichen Handlungsspielraumes gegenüber dem Ausland durch eine angemessene Lösung der Ueberschuldungsproblematik; die Verbesserung der Chancen im internationalen Handel; der erweiterte Zugang zu ausländischen Krediten und die Mobilisierung einer eigenständigen Forschung und Ausbildung;
- die Verstärkung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern.

*Die Unterstützung der Armen*

Die DEH

- unterstützt Organisationen besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen, die ihre Interessen gegenüber anderen Gruppen oder dem Staat verteidigen oder ihre wirtschaftlichen Aktivitäten fördern wollen;
- erleichtert den Zugang zum Kreditwesen für die Armen;
- unterstützt Organisationen und Aktivitäten von Frauengruppen sowie andere Massnahmen, welche die Teilnahme der Frauen am Entwicklungsprozess fördern;
- sucht eine möglichst breit abgestützte Beteiligung der benachteiligten Bevölkerung an Entscheidungen über Programme und an den Erfolgen von Aktionen;
- unterstützt strukturelle Reformen in Entwicklungsländern, beispielsweise die Agrarreformen;
- setzt humanitäre Hilfe ein, um die extremen Formen der Armut mit Notmassnahmen für die Bedürftigsten zu verringern, wenn erforderlich auch mit langfristigen Programmen.

### *Unterstützung bei der Bewältigung von Umweltproblemen*

Die DEH misst jener Form der Zusammenarbeit wachsende Bedeutung zu, die direkt auf die Erhaltung und die Verbesserung der Umwelt abzielt. Dazu gehören:

- spezielle Projekte und Programme, welche die Erhaltung und nachhaltige Verbesserung der Produktionsgrundlagen von Agrar- und Forstwirtschaft bezwecken;
- Abstimmung der Programme der Entwicklungszusammenarbeit auf optimale Berücksichtigung der Umweltfaktoren;
- Verstärkung institutioneller Rahmenbedingungen, um die Nutzung der Ressourcen in Entwicklungsländern zu verbessern;
- Unterstützung der internationalen und nationalen Umweltforschung und der praktischen Anwendung gewonnener Erkenntnisse;
- Förderung der Ausbildung in Umweltfragen, damit Umweltkriterien langfristig vermehrt beachtet werden;
- Unterstützung nationaler, regionaler und internationaler Bemühungen, die als Zielvorgabe eine intaktere Umwelt in den Entwicklungsländern haben.

### *Verbesserung der Produktionsbedingungen*

Dazu gehören:

- Finanzielle Beiträge an Reformen und Strukturmassnahmen, die darauf abzielen, das soziale Gefälle abzubauen und eine andauernde Produktion von Gütern und Dienstleistungen sicherzustellen;
- Wissenschaftliche Forschung, besonders im Bereich der Landwirtschaft;
- Ausbildungsprogramme, die auf die Wirtschaftspraxis ausgerichtet sind;
- Wirtschaftliche Diversifikation: Förderung der kleinen Industriebetriebe, des informellen Sektors, der innovativen Bereiche der Exportwirtschaft;
- Schaffung von Arbeitsplätzen;
- Infrastruktur im Transportwesen;
- Stärkung des Privatsektors im weiten Sinn des Wortes.

### *Gesundheit und Bildung*

Die DEH setzt ihre Schwerpunkte wie folgt:

- sie unterstützt jene Formen von Bildung und Berufsausbildung (im formellen wie im informellen Sektor), die eine aktive Teilnahme an der Produktion sowie am lokalen und nationalen gesellschaftlichen Leben erleichtern und die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern;

- sie unterstützt vorrangig die Teilnahme der Frauen an der Entwicklung - sowohl als Nutzniesserinnen als auch aktive, verantwortliche Partnerinnen an der Seite ihrer Männer, sie unterstützt auch die Anerkennung ihrer sozialwirtschaftlichen Rolle innerhalb von Familie und Staat; den Frauen sollte zudem ein leichter Zugang zu entlohnter Arbeit, zum Geld, zur Schulung und Ausbildung, zu Technologie und Ressourcen, zu Entscheidung und politischer Verantwortung ermöglicht werden;
- sie unterstützt im weiteren die Anstrengungen, die zu einem demographischen Gleichgewicht führen;
- sie unterstützt schliesslich das internationale Programm "Gesundheit für alle".

### *Verhinderung von Migrationsbewegungen*

Im Rahmen der Migrationspolitik der Schweiz befasst sich die DEH in bestmöglicher internationaler Abstimmung mit den Ursachen der Migrationen und trägt durch ihre Arbeit und präventive Massnahmen in den Herkunftsländern von Migrationsbewegungen in Richtung der industrialisierten Länder, insbesondere den Schwerpunktländern ihrer Tätigkeit, dazu bei, dass Migrationsbewegungen nicht erst entstehen. Ferner unterstützt sie die direkte Zusammenarbeit mit Erstaufnahmeländern sowie eine regional abgestimmte, nicht diskriminierende Einwanderungspolitik. Dem Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) und der humanitären Hilfe obliegt in Krisensituationen der Einsatz für eine Betreuung vor Ort.

## **214            Besondere Ziele der DEH 1995-1998**

In Entwicklungsprojekten ist es seit längerer Zeit üblich, Zielvorgaben zu präzisieren, um einen klaren Bezugsrahmen für die Evaluation und Wirkungsanalyse zu haben. In den letzten Jahren sind Zielvorgaben auch in Jahres- und Landesprogrammen für die Schwerpunktländer und in den Programmen der Fachbereiche zum wichtigen Führungsinstrument geworden.

Übergeordnet sind wie erwähnt der Zielartikel des Bundesgesetzes, die Ziele des aussenpolitischen Berichtes, des Nord-Süd-Leitbildes und des DEH-Leitbildes.

Es wird in den nächsten Jahren eine vorrangige Aufgabe der DEH sein, diese Zielebenen noch verfeinert aufeinander abzustimmen. Dies setzt dreierlei voraus:

- Griffige Instrumente, die es erlauben zu bestimmen, ob und wie weit die Ziele erreicht sind. Als Steuerungsinstrumente sind das prozess- und ergebnisorientierte Projekt-Controlling ("Liegt das Projekt auf Erfolgskurs?") gut entwickelt, das ergebnisorientierte operative Controlling ("Tun wir die Dinge richtig?") im

Ausbau und das potentialorientierte strategische Controlling ("Tun wir die richtigen Dinge?") im Aufbau. Angepasste Informatik-Lösungen werden als Arbeitsinstrumente ebenfalls Verbesserungen bringen.

- Organisatorische Kultur auf allen Stufen, die der transparenten Datenerhebung und der selbstkritischen Kontrolle über Projekt- und Programmrealisierung das nötige Gewicht beimisst.
- Und schliesslich eine hohe Kommunikations- und Interaktionsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der Programmdurchführung betraut sind, da jeder Entwicklungsbeitrag des Bundes subsidiär ist zu den Eigenanstrengungen des Partners und deshalb die DEH-Zielvorgaben sorgfältig mit den Partnern im Entwicklungsland ausgehandelt und verbindlich vereinbart werden müssen.

Zu den in Ziffer 213 aufgeführten Prioritäten und Zielsetzungen und in Ergänzung zu den Zielvorgaben in den Ziffern 22 (Umwelt, Bevölkerungspolitik und Migrationen, Forschung, Drogen und Aids), 23 (Fragen der Durchführung, insbesondere betr. Volumen der Hilfe, Konzentration der Programme, Internationale Koordination, Planung und Evaluation sowie innenpolitische Abstützung durch Informationsarbeit), aber auch in Ziffer 31 (Das Programm der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit) und 32 (Das Programm der multilateralen Zusammenarbeit) seien im folgenden Zielvorgaben festgehalten, welche Voraussetzung dafür sind, dass die DEH die Vorgaben des Parlamentes und des Bundesrates erfüllen kann:

*Im Bereich der verbesserten Kohärenz der Entwicklungspolitik:*

Die DEH verfolgt zwei Hauptziele: Einerseits soll die Entwicklungszusammenarbeit wirkungsvoller werden dank verbesserter Rahmenbedingungen. Andererseits soll das Hauptanliegen des Leitbildes Nord-Süd, nämlich eine verbesserte Kohärenz unserer Aussenpolitik gegenüber dem Süden in die politische Praxis umgesetzt werden. Zu dieser Zielerreichung will die DEH beitragen durch:

- Verstärkte Präsenz und aktive Mitarbeit in allen interdepartementalen Ausschüssen, welche Vorlagen und Entscheide in den im Nord-Süd-Leitbild erwähnten Problembereiche vorzubereiten haben.
- Mitarbeit im Interdepartementalen Ausschuss für die Folgearbeiten der Rio-Konferenz (IDA-Rio), vor allem hinsichtlich des Schwerpunkts "Aktionsplan der Schweiz für eine nachhaltige Entwicklung" beziehungsweise der Umsetzung der Agenda 21.
- Vertiefte Auseinandersetzung mit den Zielkonflikten zwischen dem Schutz globaler, natürlicher Lebensgrundlagen und wachsendem Welthandel, auch gerade im Zusammenhang mit der angekündigten weiteren GATT-Runde, welche entwicklungspolitischen Anliegen und den Umweltaspekten hohe Priorität einräumen sollte.

- Eventuell Aufträge für Ressortforschung in den erwähnten Bereichen, um bessere Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten.

*Im Bereich der operationellen Aufgaben:*

- Stärkere Verzahnung von operationeller und entwicklungspolitischer Tätigkeit;
- daraus abgeleitet eine verbesserte Kapitalisierung der Erfahrung in den internationalen Gremien, insbesondere der Weltbank;
- Erarbeitung von Vorgaben im Bereich der Menschenrechte, der Partizipation der Bevölkerung an der Entwicklung, der Organisationsfreiheit, des Zusammenspiels von öffentlichem und privatem Sektor. Diese Vorgaben sollen sowohl die positiven Massnahmen in diesen Bereichen wie die entsprechenden Auswahlkriterien für die Mitfinanzierung von Entwicklungsprogrammen klären.
- Systematische Ueberprüfung der Umweltverträglichkeit von Entwicklungsprogrammen.
- Frauenförderung als prioritäres Querschnittsthema in den Landesprogrammen: Die aktive Beteiligung der Frauen am Entwicklungsprozess muss auf allen Ebenen sichergestellt werden. Unter Berücksichtigung der Werte und Normen jedes Kulturkreises wird eine ausgewogene Entwicklung angestrebt, in der Frauen und Männer gemeinsam handeln und Verantwortung übernehmen.

*Im Bereich der Oeffentlichkeitsarbeit:*

- Kontinuierliche und systematische Information über die Wechselwirkungen zwischen Aussen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.
- Umfassendere Berichterstattung über besondere entwicklungspolitische Anliegen sowie über DEH-Einsätzen

## 22 Wichtige Querthemen

### 221 Die Folgearbeiten der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED)

Schon seit mehreren Jahren befasst sich die schweizerische Entwicklungspolitik intensiv mit dem Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung. Im Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe von 1976 ist "die Herstellung und Wahrung des ökologischen und demographischen Gleichgewichts" als eines der fünf wichtigsten Ziele der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit festgelegt.

Die Schweiz beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED), die im Juni 1992 in Rio de Janeiro stattgefunden hat. Sie misst auch den Ergebnissen der Konferenz grosse Bedeutung bei, insbesondere dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen, dem Abkommen über Artenvielfalt sowie der "Agenda 21" - einem umfassenden Aktionsprogramm, mit welchem den ökologischen und entwicklungspolitischen Herausforderungen im Uebergang zum 21. Jahrhundert begegnet werden soll. Ein entsprechend hoher Stellenwert kommt somit den Folgearbeiten zu, durch welche die Schweiz einen Beitrag leisten möchte zu einer Trendwende weg von der fortschreitenden Umweltzerstörung hin zu einer sozial verträglichen, dauerhaften Entwicklung.

Der Bundesrat hat deshalb im März 1993 einen Interdepartementalen Ausschuss für die Folgearbeiten der Rio-Konferenz (IDA-Rio) eingesetzt. Dieses Gremium steht allen interessierten Bundesämtern offen und wird abwechselnd vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, vom Bundesamt für Aussenwirtschaft und von der DEH präsiert. Der IDA-Rio verfolgt gegenwärtig zwei vorrangige Ziele. Einerseits koordiniert er die Erarbeitung des "Nationalen Aktionsplans der Schweiz für eine nachhaltige Entwicklung". Dieser umschreibt die Massnahmen, welche die Schweiz zur Umsetzung der Agenda 21 ergreifen wird. Andererseits wirkt der IDA-Rio als Koordinationsorgan für acht Arbeitsgruppen, die mit der Vertiefung gewisser Themenbereiche beauftragt sind.

Interessierte private Kreise aus Industrie und Handel, aus Entwicklungs- und Umweltorganisationen und aus dem akademischen Bereich sind an diesem IDA-Rio-Prozess beteiligt.

Die Umsetzung der Agenda 21 ist eine äusserst komplexe und langwierige Aufgabe, die auf nationaler und internationaler Ebene umfassende Koordinationsanstrengungen erfordert. Prioritär sind jene Massnahmen und Programme, die eine möglichst



grosse Breitenwirkung aufweisen. Für die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit heisst dies in den nächsten drei bis fünf Jahren:

- In sämtlichen Programmen und Projekten muss die Umweltproblematik in Zukunft noch verstärkt berücksichtigt werden. Mit neuen Evaluationsinstrumenten soll der Einfluss von Entwicklungsprogrammen auf die Umwelt zuverlässig beurteilt werden.
- Die Handlungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer auf dem Gebiet des Umweltschutzes müssen gestärkt werden, einerseits durch spezifische Aktivitäten der DEH, andererseits durch die Unterstützung multilateraler Programme mit demselben Ziel. Im Vordergrund stehen Massnahmen im Bereich der Ausbildung. Zudem sollen die Partnerländer in der Erarbeitung von nationalen Strategien für eine nachhaltige Entwicklung unterstützt werden.
- Der Entwicklung der Bergregionen ist höhere Priorität einzuräumen. Es geht unter anderem darum, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Planern zu intensivieren, damit den spezifischen Problemen der Bergregionen im Entwicklungsprozess vermehrt Rechnung getragen werden kann.
- Es wird eine schweizerische Politik für die nachhaltige Nutzung und Erhaltung der Tropenwälder erarbeitet, die sich auf die Erfahrungen der DEH und des Bundesamtes für Aussenwirtschaft sowie auf jene ihrer multilateralen Partner abstützt.
- Die Massnahmen gegen die Versteppung (Desertifikation) und die Bodendegradation müssen mittels bilateraler und multilateraler Aktionen verstärkt werden.
- Der Bevölkerungspolitik und den demographischen Problemen ist ein höherer Stellenwert beizumessen, sowohl im Rahmen der Programme der DEH als auch in der Zusammenarbeit mit multilateralen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen.
- Die Aktivitäten im Bereich der Trinkwasserversorgung, des Gewässerschutzes und der Abwasserentsorgung sollen verstärkt werden.
- Auf dem Gebiet der Abfallverminderung und -entsorgung müssen die Partner der Entwicklungszusammenarbeit vermehrt unterstützt werden, wobei die Erfahrungen der Schweiz in diesem Bereich möglichst weitgehend genutzt werden sollen.

## 222 Bevölkerungspolitik und Migrationen

Im September 1994 findet in Kairo die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung statt. Sie wird - in direkter Nachwirkung der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung - denjenigen Aspekt der globalen Entwicklung beleuchten, der für breite Bevölkerungskreise bedrohlich wirkt, weil er deutlich macht, dass

es in zweifacher Hinsicht so nicht weitergehen darf: Mehr als eine Milliarde Menschen lebt unter der Armutsgrenze, und dieser Teil der Menschheit weist die höchste Geburtenrate auf. Eine Milliarde der reichsten Menschen überschreitet durch ihr Produktions-, Konsum- und Abfallverhalten die Tragfähigkeit der lebenserhaltenden Systeme. Eine globale Bevölkerungspolitik und ein partnerschaftlicher Nord-Süd-Dialog müssen beides angehen.

Die Reduktion des Bevölkerungswachstums muss über die Senkung der Geburtenrate erreicht werden. Dies setzt eine enge Verknüpfung von Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik voraus. Man weiss seit vielen Jahren, was in der Nord-Süd-Zusammenarbeit zu tun wäre. Es ist auch bekannt, dass eine gezielte Politik bewirken würde, dass sich die Weltbevölkerung nicht bei zwölf oder mehr, sondern bei etwa zehn Milliarden Menschen stabilisieren würde. Es gibt dafür Beispiele: Thailand, Indonesien, der Teilstaat Kerala in Indien.

Zwei politische Forderungen stehen zuoberst:

- Kernbereich einer komplementären Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik ist die Armutsbekämpfung (vgl. Ziff. 213 "Prioritäten der DEH"). Insbesondere muss der Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie zu Erziehung und Bildung erweitert werden.
- Ohne gesellschaftliche Veränderungen zugunsten der Frauen in bezug auf Erziehung, Ausbildung, Selbstbestimmung und politische Partizipation sind entwicklungs- und bevölkerungspolitische Erfolge von vornherein ausgeschlossen. Dieser Zusammenhang ist zwar unter Expertinnen und Experten unbestritten, ruff aber in vielen Ländern Widerstände hervor, die ähnlich wirken wie die kulturellen Barrieren gegen die universelle Geltung von Menschenrechten. Zudem führt diese unbestreitbar zentrale Rolle der Frau öfters dazu, dass sowohl Regierungen wie internationale Programme den Frauen die alleinige Verantwortung zuschieben, ja sie sogar öfters mit Zwangsmassnahmen der freien Entscheidung zum Gebären oder zur Familienplanung berauben (vgl. Ziff. 116).

Regierungen der Entwicklungsländer müssen die beiden Grundanliegen der Armutsbekämpfung und der Frauenförderung mit Entschlossenheit verfechten. Nur dann macht eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Bereich spezifischer bevölkerungs-politischer Massnahmen Sinn:

- Bevölkerungspolitische Beratung von Regierungen: Sie beinhaltet statistische Erhebungen, Informationskampagnen, wirtschaftliche Anreize, welche - angepasst an das politische, kulturelle und soziale Umfeld - die Geburtenrate beeinflussen können (Aufbau von Alters- und Sozialversicherungen, Regelung der Kinderarbeit, Familienzulagen, direkte finanzielle Unterstützung von Familien mit einer kleinen Kinderzahl). In vielen Regionen kommen Fragen der regionalen Verteilung der Bevölkerung und Anreize für Umsiedlungen hinzu.

- Familienplanungsprogramme: Sie müssen begleitet werden durch Gesundheitsdienste für Mutter und Kind und umfassen Informationen, Mittel und Methoden zur Geburtenbeschränkung. Solche Programme sind zwar in den meisten Entwicklungsländern im Gang, erreichen aber meistens nur einen Bruchteil der Bevölkerung.

Die Schweiz hat in den letzten zehn Jahren ihren Beitrag an internationale Bevölkerungsprogramme vervierfacht. Der UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA) erhielt 1993 als einzige UNO-Spezialorganisation einen real erhöhten Beitrag. Zudem unterstützt die DEH seit 1992 die internationale Vereinigung für Familienplanung (IPPF) und finanziert auch zwei Forschungsprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über menschliche Fortpflanzung und über risikoarme Mutterschaft. Künftig werden verschiedene Projekte im Bereich der Präventivmedizin systematisch auf Fragen der reproduktiven Gesundheit ausgerichtet (vgl. Beispiel Mali in Ziff. 314).

Die Schweiz wird auch künftig Beiträge an Bevölkerungsprogramme über multilaterale Kanäle leisten (vgl. Ziff. 32). Dies entspricht der Praxis der allermeisten OECD-Mitglieder und beruht auf der Ueberzeugung, dass unsere bilateralen Möglichkeiten der Dimension dieses Problems nicht angemessen sind, dass die Bevölkerungspolitik heikle Bereiche der zwischenstaatlichen Beziehungen betrifft und dass die langfristig aufgebaute Kompetenz der Fachorganisationen (UNFPA, IPPF, UNICEF, WHO, Weltbank u.a.) auf kontinuierliche und hinreichende internationale Finanzierung angewiesen ist, wenn sie eine optimale Wirkung entfalten soll.

Bevölkerungsentwicklung im Süden beansprucht die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit noch in anderer Hinsicht und erfordert Kohärenz mit weiteren innen- und aussenpolitischen Instrumenten: Uebervölkerung führt nämlich zur Ueberforderung der sozialen Systeme - Schule, Gesundheitsdienste -, zu Arbeitslosigkeit, zu Bildung von Elendsquartieren in den Städten, zu politischer Destabilisierung, zu Kriminalität. Perspektiven und Hoffnungen gehen für grosse Teile der Bevölkerung verloren. Dies alles ist der Nährboden, der Migrationen auslöst. Oft kommt es zunächst zu Migrationswellen innerhalb der Entwicklungsländer, dann aber auch in die umliegenden und weitere Länder. Dies wiederum erfordert immer häufiger humanitäre Hilfe oder Aufbauhilfe in den Erstaufnahmeländern (vgl. Ziff. 119).

Wenn die Emigranten bis in die Industrieländer gelangen, so wird der Druck grösser, die Entwicklungszusammenarbeit direkt mit der Migrations- und Asylpolitik zu verknüpfen, indem die Hilfe zur Ursachenbekämpfung in den Herkunftsländern eingesetzt wird. Massnahmen im Bereich der Menschenrechte, der friedlichen Beilegung von innerstaatlichen Konflikten und die eigentlichen Entwicklungsprogramme zugunsten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Herkunftsländern können bis zu einem gewissen Grade die Situation in den Herkunftsländern beeinflussen und die Wanderungsströme vermindern. Es besteht jedoch keine einfache Kausalität zwischen asylpolitischen Problemen und solchen Massnahmen. Migrati-

onspolitik muss - in bestmöglicher internationaler Absprache - Perspektiven eröffnen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Beachtung der Menschenrechte und für politische Stabilität. Dazu ist eine Abstimmung der verschiedenen aussenpolitischen und aussenwirtschaftlichen Instrumente notwendig.

## 223            **Forschungspolitik**

Die wissenschaftliche Forschung kann dank ihrer langfristigen Ausrichtung, ihrer Fähigkeit zur Früherkennung von Problemen und ihren internationalen Verbindungen einen wertvollen Beitrag zur Lösung drängender Fragen im Rahmen des Entwicklungsprozesses leisten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Institutionen der Forschung und jenen der Entwicklungszusammenarbeit ist deshalb von besonderer Bedeutung. Die DEH setzt je nach Region oder Fachbereich zwischen 5-10 Prozent der Finanzmittel für begleitende Massnahmen im Bereich von entwicklungsbezogener Forschung ein.

In den letzten vier Jahren sind die konzeptionellen Arbeiten für eine umfassende Forschungspolitik mit Bezug auf die Entwicklungsländer beträchtlich vorangetrieben worden, wie dies in der Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern vom 21. Februar 1990 angekündigt wurde. Einerseits ist in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Akademie für Naturwissenschaften (SANW) ein Strategiepapier zur Förderung der Forschung in den Entwicklungsländern erarbeitet worden. Andererseits hat die DEH für ihre forschungsbezogenen Aktivitäten interne Richtlinien entwickelt, die eine kohärentere und transparentere Steuerung der Projekte und Programme erlauben. Folgende Ziele stehen dabei im Vordergrund:

- Die Stärkung von eigenständigen Forschungskapazitäten im Süden: Der Süden muss in seinen Bemühungen unterstützt werden, ein Wissenschaftspotential aufzubauen, das Probleme selbständig erkennt, angeht und bewältigt.
- Die Lösung von prioritären Problemen in den Entwicklungsländern: Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit sollte ihre Forschungsförderung auf Projekte ausrichten, die zur Lösung vorrangiger Probleme von Entwicklungsländern beitragen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Bodenverbesserung, der Ernährungssicherheit oder der Siedlungshygiene.
- Die Verbesserung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit: Mit projekt- und programmbegleitender Forschung soll die Effizienz und die Wirksamkeit der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit erhöht werden. Andererseits müssen auch wissenschaftliche Grundlagen hinsichtlich der zukünftigen Aufgaben der schweizerischen Entwicklungspolitik bereitgestellt werden. Dies erfolgt durch Forschungsaufträge an internationale und schweizerische Fachleute

im Rahmen des Ressortforschungsprogrammes der DEH (vgl. dazu Kästchen über Ressortforschung).

- Förderung der entwicklungsbezogenen Forschung in der Schweiz: Die schweizerische Entwicklungspolitik ist in hohem Masse daran interessiert, bezüglich Entwicklungsfragen und globalen Wirkungszusammenhängen auf einen qualitativ hochstehenden "Hochschulplatz Schweiz" als Partner zählen zu können. Sie unterstützt deshalb geeignete Forschungsprojekte und -programme sowie Anstrengungen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, vor allem an den beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen.

Die Förderung von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Süden durch eine enge Zusammenarbeit mit Schweizer Forschungsstellen, auch denen der Privatwirtschaft, ist besonders wichtig für die Entwicklung angepasster und umweltfreundlicher Technologien. Die Erfahrung zeigt, dass solche Technologien oft keineswegs anspruchslos sind, sondern einen Forschungsaufwand bedingen, der nur durch gemeinsame Anstrengungen von Forschungsinstitutionen des Nordens und Südens geleistet werden kann (vgl. dazu Kästchen in Ziff. 234).

Die Zusammenarbeit mit den schweizerischen Hochschulen und Forschungsinstitutionen hat sich in den letzten Jahren intensiviert, was sich unter anderem auch in konkreten neuen Forschungsprogrammen niederschlug (vgl. dazu Kästchen über Modul 7). Im Sinne der Bemühungen um eine kohärente Politik gegenüber den Entwicklungsländern geht es einerseits darum, den Stellenwert von Forschung und Wissenschaft im Rahmen der Entwicklungspolitik zu erhöhen und andererseits der Dimension des Südens in der schweizerischen Forschungspolitik vermehrt Geltung zu verschaffen.

### **Modul 7: Forschungspartnerschaften mit dem Süden**

*Die Konferenz über Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio und der bereits bestehende intensive Dialog zwischen Institutionen der Forschungsförderung und der Entwicklungszusammenarbeit bereiteten das Terrain vor für die Lancierung eines neuartigen Forschungsprogrammes: Das Modul 7 "Entwicklung und Umwelt" - Teil des Schwerpunktprogrammes "Umwelt" unter der Aegide des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) - wurde anfangs 1993 neu gestaltet und reaktiviert. Die Urheber dieser Initiative waren sich einig, dass traditionelle Konzepte des Wissens- und Technologietransfers vom Norden in Richtung Süden für die Bewältigung der lokalen und globalen Umweltprobleme nicht hinreichend seien. Vielmehr müsse, so befanden sie, nach innovativen Mustern für partnerschaftliche Forschungs- und Technologiekooperationen gesucht werden. Es sei nicht sinnvoll, Probleme der Entwicklungsländer von der*

Schweiz aus oder auf Schweizer "Forschungs-Inseln" in einzelnen Ländern isoliert zu untersuchen, ohne zuerst die Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu berücksichtigen und ohne dabei lokale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einzubeziehen.

Der konzeptionelle Ansatz des Modul 7 basiert auf der Idee der Forschungspartnerschaft: Die gleichberechtigte, langfristige wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen schweizerischen Forschungsinstituten und solchen des Südens wird durch einen gemischt finanzierten Fonds gefördert, dessen Mittel je hälftig aus Forschungs- und aus Entwicklungshilfebudgets (des Schweizerischen Nationalfonds und der DEH) stammen. Damit können sowohl die Aufwendungen von schweizerischen Forschungsstellen als auch jene der Partner im Süden gedeckt werden. Dieser partnerschaftliche Ansatz soll die Kohärenz zwischen forschungs- und entwicklungspolitischen Anliegen stärken.

### **ENCOP: Innen- und zwischengesellschaftliche Gewaltkonflikte aufgrund ökologischer Probleme (Environment and Conflicts Project)**

*Oekologie - Konflikt - Entwicklung: eine neue Fragestellung*

Ziel des interdisziplinären Projekts ENCOP ist die Erforschung der Wechselwirkungen zwischen armutsbedingter Umweltzerstörung, inner- und zwischenstaatlichen Konflikten und Entwicklungshemmnissen. Der zerstörerische "Teufelskreis" aus Armut, Uebernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen und Gewalt beschleunigt sich vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern immer mehr. Ein Beispiel: Der Bürgerkrieg im Sudan hat zwar kulturelle und ethnische Wurzeln. Die ursprünglichen Motive, die zu den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem arabischen Norden und dem schwarzafrikanischen Süden geführt haben, sind jedoch längst von einem Krieg um knappe und degradierte Ressourcen in dem von Dürre und Desertifikation geprägten Land überlagert worden.

Neben der Analyse dieses und weiterer rund 40 aktueller oder potentieller Kriege, die mit der Umweltzerstörung zu tun haben, geht es ENCOP aber auch um die Früherkennung und um ein Konfliktmanagement, das sowohl zur friedlichen Konfliktregelung beiträgt als auch eine umweltschonende Entwicklung wieder möglich macht.

*Vorbildhafte internationale Zusammenarbeit*

ENCOP suchte von Anfang an die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen in den zu erforschenden Ländern. Mit den Fallstudien Bangladesch, Sudan und Nigeria sind als Regionalexperten die Direktoren dreier lokaler Institutionen beauftragt. Für die meisten übrigen Fallstudien (insgesamt rund 40) sind

*ebenfalls Expertinnen oder Experten in den betreffenden Ländern zuständig.*

*Die Projektleitung liegt bei einer Arbeitsgemeinschaft, die aus der Schweizerischen Friedensstiftung Bern und der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH-Zürich für vorerst drei Jahre gebildet wurde.*

#### *Interdepartementale Finanzierung als Modell*

*ENCOP wird finanziell von drei Bundesämtern getragen: der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), dem Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) und der Politischen Abteilung III (Friedensdienste) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Weitere Beiträge leisten die Schweizerische Friedensstiftung und ihr Unterstützungsverein sowie die ETH-Zürich aus ihrem Forschungs-etat.*

## **224            Der Kampf gegen die Drogen**

Drogenmissbrauch und illegaler Drogenhandel führen in zahlreichen Ländern zu sozialen Problemen und gefährden in zunehmendem Masse die internationale Sicherheit. Es handelt sich um ein Phänomen, das vor keinen Grenzen Halt macht und das nur durch eine enge internationale Zusammenarbeit und Koordination eingedämmt werden kann. Dies gilt für die Produktion und den Konsum illegaler Drogen, noch viel mehr aber für die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, der damit zusammenhängenden Geldwäscherei und des organisierten Verbrechens.

In den Schwerpunktländern der Entwicklungszusammenarbeit kann die DEH im Rahmen von Programmen der ländlichen Entwicklung einen gewissen Einfluss ausüben. Die konkreten Handlungsmöglichkeiten zur Verminderung oder Eliminierung der Drogenproduktion sind durch strukturelle Gegebenheiten allerdings sehr beschränkt. So ist in erster Linie zu bedenken, dass die Bauern, die beispielsweise in Peru, Bolivien oder Pakistan Opium oder Coca anbauen, dies nicht in verbrecherischer Absicht tun, sondern weil das Produkt in der Regel einen höheren Ertrag abwirft als alternative Agrargüter. Oft entspricht der Anbau von Opium und Coca zudem einer traditionellen Bewirtschaftungsweise - einfach zu handhaben, den Böden angepasst und rentabel. Entwicklungspolitische Massnahmen, die auf die Verminderung beziehungsweise den Ersatz der Drogenproduktion abzielen, müssen deshalb auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Ersatzkulturen wie zum Beispiel Kaffee oder Kakao können sich bei den Produzenten in der Regel nur durchsetzen, wenn sie keine finanziellen Einbussen mit sich bringen. Dies ist angesichts der tendenziell sinkenden Weltmarktpreise für die wichtigsten Agrarexportgüter der Entwicklungs-

länder oft nicht sichergestellt. Konkrete Projekte der Entwicklungszusammenarbeit werden ausserdem noch dadurch erschwert, dass die betreffenden Gebiete unter der Kontrolle der "Händlerkartelle" stehen und überdies schwer zugänglich sind.

Um den Bauern reelle Alternativen zu bieten, sind regionale multisektorielle Entwicklungsprogramme erforderlich, die der ländlichen Bevölkerung Zugang zu Bildung, Kredit, (Transport-) Infrastrukturen, Märkten und Dienstleistungen eröffnen. Wenn die Einführung von Ersatzkulturen im Rahmen solcher breit angelegter Programme zur ländlichen Entwicklung verankert ist, kann sie durchaus wirksam sein. Wichtig ist, dass sich die Bauern aktiv beteiligen und dass ihren Bedürfnissen und Erfahrungen Rechnung getragen wird. Als Beispiel ist das Programm der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in Bolivien zu erwähnen, das - ohne sich unmittelbar auf die Koka-Substitution zu konzentrieren - einen wichtigen Beitrag zur Bereitstellung von Alternativen im Rahmen der ländlichen Entwicklung leistet.

Da der Spielraum für bilaterale Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit begrenzt ist, engagiert sich die DEH auch auf der multilateralen Ebene. Sie beteiligt sich am internationalen Drogenkontrollprogramm der UNO (United Nations International Drug Control Programme - UNDCP), das als Koordinationsorgan zur Bekämpfung der Produktion, des Handels und des Konsums illegaler Drogen wirkt (vgl. Kästchen unten). Im Rahmen der interdepartementalen Koordination arbeitet die DEH mit dem Bundesamt für Gesundheitswesen und dem Bundesamt für Polizeiwesen zusammen, um innen- und aussenpolitische Handlungsmöglichkeiten aufeinander abzustimmen.

Besonders hinsichtlich der Schwerpunktländer der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, namentlich Bolivien, Peru und Pakistan, wo der Anbau von Koka beziehungsweise Opium weiterhin zahlreichen Bauern das Ueberleben sichert, bleibt die Suche nach geeigneten Strategien zur Bekämpfung der Drogenproduktion für die DEH ein wichtiges Thema.

### ***Peru: Drogenbekämpfung im Valle de la Convención y Lares***

*Seit 1985 finanziert das UNO-Drogenkontrollprogramm (UNDCP) in Peru ein Projekt zur Substitution von Kokakulturen. Es stützt sich dabei auf die bäuerlichen Organisationen sowie auf die lokalen Behörden und bezieht insgesamt mehr als 3000 Familien mit ein. Nachdem die Bauern in einer ersten Phase ablehnend reagiert hatten, weil sie eine Verminderung ihrer Einkommen befürchteten, wurden - im intensiveren Dialog mit den Produzenten - die Ausgleichsmassnahmen verstärkt, die für die Umstellung der Produktion und die Vermarktung der Ersatzprodukte nötig waren. Ziel ist, die Ersatzproduktion gegenüber dem Koka wettbewerbsfähig zu machen.*



1992 beschloss die DEH, dieses Projekt zu unterstützen. Seine Basis liegt in geographischer Nähe der DEH-Projekte zur ländlichen Entwicklung, die sich auf die Bereiche Landwirtschaft, Umwelt und Kleinindustrie konzentrieren. Auch was Vorgehen und Zielrichtung anbelangt, liegt das UNDCP-Projekt nahe bei den schweizerischen Aktivitäten: Es werden nicht nur auf den herkömmlichen Anbauflächen die Kokapflanzen schrittweise durch andere marktfähige Produkte ersetzt, sondern in den neuen Siedlungszonen unmittelbar Ersatzkulturen eingeführt. Die Landwirtschaft wird so weitgehend diversifiziert wie nur möglich:

Neben Kaffee und Kakao - Produkte, die zu sehr von der Entwicklung des Weltmarktpreises abhängig sind - werden deshalb neu auch Palmöl, Bananemehl, tropische Früchte, Palmherze, Mais und Soja produziert. Ausserdem werden Fischzucht und Bienenzucht gefördert. Mittels Kleinkrediten und Rotationsfonds soll den Bauern die Umstellung der Produktion und die Vermarktung der neuen Erzeugnisse erleichtert werden. Ein besonderes Augenmerk wird auf Bodenschutz und angepasste Technologie gerichtet. Land- und betriebswirtschaftliche Ausbildungskurse begleiten die Aktivitäten.

## 225            **Der Kampf gegen AIDS**

Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO waren Ende 1993 weltweit über 15 Millionen Menschen mit dem HI-Virus infiziert. Mehr als 80% davon lebten in Entwicklungsländern. Der stärkste Anstieg war in Afrika zu verzeichnen, wo die Zahl der Infizierten im vergangenen Jahr sprunghaft um eineinhalb Millionen auf zehn Millionen anstieg. In jüngster Zeit nimmt die Verbreitung des Immunschwächesyndroms AIDS aber auch in einigen Ländern Asiens alarmierend schnell zu. So schätzt die WHO die Zahl der HIV-Infizierten allein in Indien auf über eine Million Menschen.

In einer wachsenden Zahl von Ländern - vor allem in Afrika südlich der Sahara - führt AIDS in zunehmendem Masse zu schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Die Krankheit betrifft vor allem Menschen im produktivsten Alter - zwischen 15 und 45 Jahren. Besonders dramatisch wirkt sich AIDS auf die Familien aus, sind doch in Afrika bereits neun Millionen Kinder zu Waisen geworden. Die oft wenig entwickelten Gesundheitssysteme sind ausserdem vor allem in den grösseren Städten zunehmend überlastet und überfordert.

Der Kampf gegen AIDS im nationalen und internationalen Rahmen muss vor allem auf der Ebene der Prävention ansetzen. Die DEH liess durch einen Experten abklären, inwiefern Aspekte der AIDS-Prävention im Rahmen von Entwicklungsprojek-

ten berücksichtigt werden können. In Mali, Benin, Rwanda, Nepal, Indien und Bangladesh beteiligte sich die DEH am Aufbau von Netzwerken der Sensibilisierung und der Vorbeugung.

Seit 1987 unterstützt die DEH ferner das globale AIDS-Programm (Global Programme on AIDS - GPA) der WHO, dem die Koordination der internationalen Aktionen im Kampf gegen AIDS obliegt. Die schweizerischen Beiträge beliefen sich bis 1993 auf 19,6 Millionen Franken, was 2,5 - 3,3 Prozent des gesamten GPA-Budgets entspricht. Im Laufe der letzten Jahre hat sich gezeigt, dass mit Bezug zur Pandemie AIDS auch anderen Programmen der WHO wieder vermehrte Bedeutung zukommt, beispielsweise der Bekämpfung der Tuberkulose, die sich in direktem Zusammenhang mit der HIV-Infektion in den Entwicklungsländern wieder im Vormarsch befindet. Auch auf diesem Gebiet beteiligt sich die DEH finanziell an den multilateralen Programmen.

## Das Volumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz

Die vorangehenden Abschnitte haben - wie bereits auch das "Leitbild Nord-Süd" - deutlich gemacht, dass es sich bei Armut, Umweltzerstörung, Migration, ethnischen Konflikten, internationaler Kriminalität, Drogen und AIDS um globale Probleme handelt, die auch uns ganz direkt und in zunehmendem Masse betreffen. Es ist auch gezeigt worden, dass diese Herausforderungen nur in globaler Zusammenarbeit bewältigt werden können. Hierbei ist die Entwicklungszusammenarbeit, im Rahmen einer kohärenten Entwicklungspolitik, ein zentrales aussenpolitisches Instrument, um zur Verringerung der Armut, zur Reduktion des Bevölkerungswachstums, zur nachhaltigeren Umweltpolitik und zu stabileren politischen Verhältnissen in den Entwicklungsländer beizutragen. Die öffentliche Entwicklungshilfe ist somit ein Schlüsselement im schweizerischen Beitrag zur globalen Sicherheit und Stabilität und stellt eine Investition in unsere Existenzsicherung dar.

### *Eine Vielzahl vordringlicher neuer Aufgaben*

Die Finanzierungsbedürfnisse, denen die öffentliche Entwicklungshilfe gegenwärtig gegenübersteht, haben markant zugenommen. Zu den bisherigen Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit sind vordringliche hinzugekommen: Viele Entwicklungsländer befinden sich in äusserst schwierigen politischen und wirtschaftlichen Anpassungsprozessen und sind gerade jetzt auf Hilfe von aussen angewiesen. Nach dem Ende des kalten Krieges bietet sich die historische Chance, umfassende Demokratisierungsprozesse zu unterstützen und auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation hinzuwirken. Unabdingbare Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme dauern länger und sind mit viel höheren sozialen Kosten verbunden als erwartet. Ohne nachhaltige Unterstützung von aussen besteht die Gefahr, dass diese erfolversprechenden Prozesse scheitern. Die Bürde der Verschuldung wiegt noch immer schwer auf den ärmsten Entwicklungsländern: Weitere Entschuldungsmassnahmen sind somit unerlässlich. Die Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio hat angedeutet, welche enormen Anstrengungen nötig sein werden, um der rasch fortschreitenden Umweltzerstörung in den Entwicklungsländern Einhalt zu gebieten. Nach Abschluss der Uruguay-Runde des GATT geht es nun darum, Massnahmen zu ergreifen, die auch die ärmsten Länder in die Lage versetzen, von den neuen Welthandelsregeln und der immer integrierteren Weltwirtschaft zu profitieren. Im weiteren gilt es Friedens- und Entwicklungsprozesse zu unterstützen, welche für die Zukunft ganzer Regionen entscheidend sein können. Dies gilt für Südafrika, dessen institutioneller, wirtschaftlicher und sozialer Weg das ganze südliche Afrika beeinflussen dürfte, ebenso wie für Palästina hinsichtlich des

Mittleren Ostens und vielleicht gar der ganzen islamischen Welt. Neben neuen Herausforderungen im Süden zeigen sich nun auch in Zentral- und Osteuropa sowie in den ehemaligen Sowjetrepubliken grosse Bedürfnisse, die denjenigen der Entwicklungsländer oft sehr ähnlich sind. Die Zahl der Hilfsempfänger hat sich damit markant erhöht.

Es ist ein schwieriges Unterfangen, alle die neuen und alten Anforderungen an die internationale Entwicklungszusammenarbeit quantifizieren zu wollen. Für bestimmte Teilbereiche sind allerdings Berechnungen erstellt worden, so schätzt die an der UNCED verabschiedete Agenda 21 die zusätzlichen Kosten für die Finanzierung einer nachhaltigen Entwicklung in den Entwicklungsländern auf über 140 Milliarden Dollar jährlich. Darin sind immerhin eine Vielzahl von sehr unterschiedlichen Elementen wie Armut, Gesundheit, Entwaldung, Desertifikation oder Abfälle miteingeschlossen. In einem anderen Teilgebiet, der Bevölkerungspolitik, kommen Experten zum Schluss, dass im Jahr 2000, wollten wir die freiwillige Familienplanung allen Erdbürgern zugänglich machen, für jährliche Kosten in der Höhe von 11 Milliarden US-Dollar aufzukommen wäre. Die Hälfte davon müsste von den Industrieländern des Nordens finanziert werden. Diese Summen machen deutlich, auch wenn sie noch so grobe Annäherungen darstellen, dass die öffentliche Entwicklungshilfe in Zukunft enormen Anforderungen gegenüberstehen wird.

#### *Einen fairen Anteil an den internationalen Hilfsanstrengungen übernehmen*

Die Schweiz hat in den nächsten Jahren ihren Beitrag an die Bewältigung dieser neuen Herausforderungen an die internationale Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Sie tut dies, wie eingangs dargelegt, auch aus langfristigem Eigeninteresse. Sie will zudem ihre Mitverantwortung in der internationalen Gemeinschaft wahrnehmen und ihre Glaubwürdigkeit bewahren. In diesem Sinn hat der Bundesrat bereits in der Legislaturplanung für die Jahre 1991-1995 festgelegt, dass "das Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe bis zur Jahrtausendwende möglichst auf 0,40 Prozent des Bruttosozialproduktes erhöht werden soll." An der Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio hat der Bundesrat den Grundsatz neuer und zusätzlicher Mittel für die Umsetzung der "Agenda 21" anerkannt und an seine Absicht erinnert, die Aufwendungen der Schweiz für die öffentliche Entwicklungshilfe bis zur Jahrtausendwende auf 0,40 Prozent des Bruttosozialprodukts zu erhöhen. Die internationale Gemeinschaft erwartet nun von der Schweiz, dass dieses Versprechen eingelöst wird. Dies kam anlässlich der Ueberprüfung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit durch den Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD im September 1993 auch deutlich zum Ausdruck, indem die 21 im DAC vertretenen Industrieländer die Schweiz "ermutigten, alle Anstrengungen zu unternehmen, ihr mittelfristiges Hilfsvolumenziel von 0,40 Prozent des Bruttosozialprodukts noch vor dem Jahr 2000 zu erreichen." Es wurde in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass auch wesentlich weniger wohlhabende Indu-

strieländer mit Budgetschwierigkeiten zu kämpfen haben. Der Durchschnittswert der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (0,43%) verdeutlicht, dass die Zielsetzung des Bundesrates von 0,40 Prozent im internationalen Vergleich nicht zu hoch gegriffen ist, sondern einem unserem Land gut anstehenden Anteil an den internationalen Hilfsanstrengungen entspricht.

Wenn unser langfristiges Eigeninteresse im Sinne der Existenzsicherung und der Wille, am Aufbau einer stabileren und gerechteren Welt mit an unsere Möglichkeiten angepassten Mitteln beizutragen, auch im Vordergrund unserer Hilfsbemühungen stehen, so dürfen deren unmittelbare Auswirkungen auf die schweizerische Wirtschaft nicht vergessen werden. Zwar ist nur ein sehr geringer Anteil der schweizerischen Entwicklungshilfe formell an schweizerische Lieferungen gebunden (Teile der Nahrungsmittelhilfe, Mischkredite) - international wird dies auch als Qualitätsmerkmal der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit anerkannt -, und doch sind die Auswirkungen auf die schweizerische Wirtschaft beträchtlich. So flossen 1992 aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit über 1,5 Milliarden Franken an Schweizer und schweizerische Unternehmen, das bedeutet wesentlich mehr als der Umfang unserer Entwicklungszusammenarbeit im selben Jahr (1,3 Mia.). Dies ist vor allem auch ein Beleg für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft, zeigt es doch, dass produzierte Güter und angebotene Dienstleistungen - vom Volontär über die Hilfswerke bis zu den grossen Ingenieur- und Beratungsfirmen - international nachgefragt werden. Dabei ist es von Bedeutung, dass diese Aufträge allen Wirtschaftsregionen der Schweiz zugute kommen. Künftig zu erstellende Statistiken sollen dies zum Ausdruck bringen. Aus dem Blickwinkel der Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft entspricht Entwicklungszusammenarbeit also ebenfalls unseren Eigeninteressen.

Wie soll nun die Zielsetzung des Bundesrates, die öffentliche Entwicklungshilfe auf 0,40 Prozent des Bruttosozialprodukts zu erhöhen, verwirklicht werden? Vorauszuschicken ist, dass hier die international übliche, von der OECD festgeschriebene Definition der "öffentlichen Entwicklungshilfe" verwendet wird, welche eine Reihe von Gebieten miteinschliesst, die nicht Gegenstand dieser Botschaft sind, so die humanitäre Hilfe, die handels- und wirtschaftspolitischen Massnahmen zugunsten der Entwicklungsländer, Kapitalbeteiligungen an Entwicklungsbanken, Entschuldungsmassnahmen, eidgenössische Stipendien und anderes. Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe machen jedoch den mit Abstand wichtigsten Bestandteil der öffentlichen Entwicklungshilfe aus (ca. 55-60%). Der Bundesrat sieht nun vor, das Volumen der schweizerischen Entwicklungshilfe von gegenwärtig 0,34 Prozent des Bruttosozialprodukts (1993 und 1994) jährlich um 0,01 Prozent zu erhöhen, um so das beabsichtigte Ziel bis ins Jahr 2000 erreichen zu können. Auch der aktuelle, vom Bundesrat genehmigte Finanzplan widerspiegelt diese Absicht. Der im vorliegenden Rahmenkredit beantragte Betrag ist ein wichtiger Schritt, welcher erlaubt, sich der Zielsetzung von 0,40 Prozent des Bruttosozialprodukts im vorgesehenen Rhythmus anzunähern. Die in den nächsten Jahren vorzulegenden Rahmenkre-

dite zur humanitären Hilfe, zu den wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen und zur Kapitalbeteiligung an Entwicklungsbanken werden ihren Anteil zur Erreichung dieser Zielsetzung beitragen.

### *Aufteilung auf bilaterale und multilaterale Träger der Entwicklungszusammenarbeit*

Ob die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit über multilaterale Institutionen oder bilaterale Träger abgewickelt wird, ist von einer Reihe von Faktoren abhängig. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit bietet den Vorteil, dass wir die Auswahl, die Durchführung und die Kontrolle von Projekten und Programmen unmittelbarer beeinflussen können. Zudem erlaubt sie, unsere Zusammenarbeit oft direkter auf die ärmsten Bevölkerungsgruppen auszurichten. Die breite Unterstützung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit bei den Hilfswerken und in der Bevölkerung ist eine ihrer weiteren Vorzüge. Auch versetzt uns die bilaterale Tätigkeit dank der dabei gewonnenen Erfahrungen überhaupt erst in die Lage, in multilateralen Institutionen kompetent mitbestimmen zu können. Gründe, welche für die multilaterale Form der Entwicklungszusammenarbeit sprechen, sind in Abschnitt 32 ausführlich erläutert und sollen hier nur stichwortartig aufgeführt werden: nationale und grenzüberschreitende Problemstellungen, deren finanzielle Ausmasse die Möglichkeiten eines einzelnen Gebers übersteigen oder deren Sensibilität es nicht ratsam erscheinen lässt, bilateral vorzugehen; multilaterale Institutionen bieten den Rahmen für die immer wichtiger werdende Koordination der internationalen Hilfe; Möglichkeit der Mitbestimmung und der Kontrolle bezüglich der Tätigkeit von internationalen Organisationen; internationaler Druck, gewisse multilaterale Anstrengungen in angemessener Weise mitzutragen; Möglichkeit der schweizerischen Wirtschaft, sich an den Ausschreibungen der jeweiligen Organisationen zu beteiligen.

Die Entwicklung der Bedürfnisse in den Entwicklungsländern und der darauf abgestimmten Instrumente der internationalen Entwicklungszusammenarbeit werden in der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz eine leichte Verschiebung der Anteile zugunsten der multilateralen Entwicklungsfinanzierung zur Folge haben. Der multilaterale Anteil dürfte sich von heute 27 Prozent (1993) auf etwa 32 Prozent am Ende der Laufzeit dieses Rahmenkredits erhöhen. Dies ist ein Prozess, den unser Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen eingeleitet hat. So bewirkt er ein stärkeres Engagement der Schweiz zugunsten der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA). Ein erster Schritt hierzu wurde bei der zehnten Wiederauffüllung dieses Fonds 1993 vollzogen, allerdings entspricht der dabei von unserem Land übernommene Anteil (1,74%) noch nicht dem wirtschaftlichen Gewicht der Schweiz unter den IDA-Beitragszahlern (2,4%). Im Laufe der alle drei Jahre stattfindenden Wiederauffüllungen wird die Schweiz deshalb ihren Beitrag im Sinn einer fairen internationalen Lastenteilung erhöhen müssen. Der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit wird jedoch weiterhin der überwiegende Teil der öffentlichen Entwicklungs-

hilfe zukommen, solange die im Rahmen der Finanzplanung budgetierten Mittel zur Verfügung stehen werden.

## **232            Das Konzept der geographischen und fachlichen Schwerpunkte**

Seit vielen Jahren konzentriert sich die bilaterale Zusammenarbeit auf eine begrenzte Anzahl von Ländern und Fachbereichen (Sektoren). Da die zur Verfügung stehenden Ressourcen beschränkt sind, aber nachhaltig wirksam eingesetzt werden müssen, entspricht dies einer Notwendigkeit. Die im ersten Teil der vorliegenden Botschaft dargelegte Globalisierung der Probleme - Umweltzerstörung, Armut, Bevölkerungswachstum, Migrationen - steht zum Konzept der Schwerpunktbildung nur scheinbar im Widerspruch. Der Schweiz stehen - wie in Ziffer 21 ausgeführt - neben der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit auch andere Instrumente zur Verfügung, um einen solidarischen Beitrag zur Lösung der weltweiten Probleme zu leisten. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die in Ziffer 32 erläuterte multilaterale Unterstützung hinzuweisen, die weitgehend komplementär ist zu der auf wenige Länder und Programme beschränkten bilateralen Massnahmen. Das Instrument der multilateralen Zusammenarbeit erlaubt es der Schweiz, weltweit einen angemessenen Beitrag zu leisten an Programme, welche die operationellen und finanziellen Kapazitäten eines einzelnen relativ kleinen Geberlandes bei weitem übersteigen.

In der bilateralen Zusammenarbeit ist die Schweiz frei, Schwerpunkte zu setzen und Programme zu gestalten, die den Bedürfnissen in den bevorzugten Regionen und Ländern entsprechen. Die Konzentration der finanziellen und personellen Ressourcen auf eine begrenzte Anzahl Länder und Fachbereiche erwies sich als sinnvoll und notwendig und soll in Zukunft noch konsequenter durchgeführt werden. 1992 waren 61 Prozent der Mittel für bilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe in den Schwerpunktländern eingesetzt.

### *Gründe für eine verstärkte Konzentration der begrenzten Mittel:*

In ein Schwerpunktland investiert die DEH zunächst einmal viel Zeit und Energie, um sich umfassend mit den lokalen Gegebenheiten vertraut zu machen, insbesondere mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur, der Kultur und Geschichte, den developmentpolitischen Problemen und Bedürfnissen sowie den öffentlichen und privaten Akteuren im Entwicklungsprozess. Diese Kenntnisse, verbunden mit langjähriger Erfahrung, erlauben es der DEH, angepasste und realistische Programme der Zusammenarbeit zu entwickeln. Dasselbe gilt für die fachli-

chen Schwerpunkte, sowohl was die technischen Sektoren wie Landwirtschaft, Kleingewerbe oder ländliche Wasserversorgung anbelangt als auch hinsichtlich wichtiger Querthemen und methodischer Ansätze wie Umweltschutz, Unterstützung lokaler Initiativen oder Förderung der Partizipation. Die DEH bringt ihre einschlägigen Kenntnisse auch in die internationalen Fachgremien ein und nimmt ständig am internationalen Erfahrungsaustausch teil.

Die Konzentrationspolitik ist eine wichtige Voraussetzung für die Beteiligung der Schweiz am Politikdialog und an den internationalen Koordinationsbestrebungen (vgl. dazu Ziff. 124). Die Glaubwürdigkeit der Schweiz hängt nicht nur vom Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe ab, sondern ebenso sehr von Sachkompetenz und solidem Fachwissen.

Die Politik der Schwerpunktbildung wird auch in Zukunft fortgesetzt werden. Die Konzentration soll sich aber noch weiter verstärken: Die Anzahl der Schwerpunktländer hat sich seit Beginn der neunziger Jahre von 20 auf 18 reduziert (Kenya und Ghana sind keine Schwerpunktländer mehr) und wird sich während der nächsten Rahmenkreditperiode (1995-98) weiter auf 17 verringern (Kapverden und Indonesien fallen als Schwerpunktländer weg, wobei Vietnam neu hinzukommt). Eine Neugewichtung findet innerhalb des Zentralamerika-Programmes statt mit Schwerpunktbildung bei Nicaragua und regionalen Programmen (vgl. Liste der Schwerpunktländer im Anhang). Ebenso wird die Zahl der Fachbereiche vermindert, in denen sich die DEH engagiert: Pro Schwerpunktländer soll sich die Zusammenarbeit auf drei bis vier Sektoren beschränken.

- Die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit muss weiter verbessert werden, und die Professionalität ist in technischer, wirtschaftlicher und vor allem in sozio-kultureller Hinsicht zu steigern.
- Für die öffentlichen und privaten Institutionen in den Entwicklungsländern, die sich ebenfalls professionalisieren, muss die Schweiz auch langfristig ein geschätzter Partner bleiben und zwar kraft ihrer technischen Qualifikationen und ihres Verständnisses für die lokalen Verhältnisse.
- Als Geberland muss die Schweiz auch in Zukunft bereit sein, sich auf gewissen Gebieten zu spezialisieren, um im Rahmen der internationalen Fachgremien an der Koordination der Unterstützung mitwirken zu können.
- Effizienz und Leistungsfähigkeit in der Verwaltung, Planung und Durchführung können noch weiter gesteigert werden.

Die heutigen Schwerpunktländer der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit sind in den meisten Fällen im Laufe der letzten 30 Jahre ausgewählt worden, wobei verschiedenste Ueberlegungen und Beziehungsfelder sowie Erfahrungen beim Auf- und Ausbau der technischen Zusammenarbeit eine Rolle spielten. Die Kriterien, die Steuerungsinstrumente und die internationalen Absprachen (vgl. Ziff. 235) be-



treffend Schwerpunktbildung haben jedoch in diesen Jahren präzisere Konturen erhalten.

*Kriterien für die Beibehaltung und die Wahl allfällig neuer Schwerpunktländer und -sektoren:*

- Entspricht das in Frage stehende Land den im Bundesgesetz über internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe festgelegten allgemeinen Kriterien? (Art. 5, Abs. 1: "Sie soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben." Abs. 2: "Sie unterstützt in erster Linie die ärmeren Entwicklungsländer, ...")
- Entspricht das Land in bezug auf seine Entwicklungsanstrengungen und seine entwicklungspolitischen Prioritäten den Voraussetzungen, die das Leitbild und die verschiedenen Grundsatzdokumente der DEH festhalten?
- Lässt die politische Situation ein gegenseitiges langfristiges Engagement zu? Besteht eine stabile Grundlage, die den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zulässt und gemeinsame Anstrengungen ermöglicht?
- Kann die Schweiz mit ihrer Unterstützung einen wesentlichen Beitrag leisten zur Förderung der Entwicklung eines Landes beziehungsweise eines Fachbereichs? Kann sie dabei im Rahmen des Politikdialogs auch einen Einfluss ausüben auf die betreffende Sektorpolitik sowie auf die Politik anderer Geber?
- Sind die Menschenrechte gewahrt und die Grundsätze der guten Regierungsführung ("good governance") beachtet, oder werden zumindest ernsthafte Anstrengungen unternommen, um die Situation zu verbessern und die Voraussetzungen für eine pluralistische Entwicklung zu schaffen?
- Bestehen Aussichten, dass die Entwicklungszusammenarbeit im Laufe der Zeit schrittweise durch andere Instrumente abgelöst wird (Privatinvestitionen, interne Ersparnisbildung, Handel)?

*Durchführung der Konzentrationspolitik*

Auf Grund dieser Kriterien werden die Programme in den Schwerpunktländern überprüft und wird die Frage nach einem Aus- oder einem Einstieg wie im Falle Vietnams - gestellt. Allerdings werden solche Entscheide nur mittelfristig in die operationelle Realität umgesetzt. Die überstürzte Uebergabe von Programmen würde die Nachhaltigkeit in Frage stellen.

In den letzten Jahren haben wir uns entschlossen, unsere Unterstützungsprogramme in Ghana und in Kenia abzubauen. In beiden Ländern haben wir dementsprechend unsere Koordinationsbüros geschlossen. In Ghana waren wir massgeblich an den Strukturanpassungsprogrammen beteiligt, die ihre Ziele im wirtschaftlichen Bereich erreicht haben. In Kenia waren allgemeine Ueberlegungen der Schwerpunktpolitik

sowie Fragen der Good Governance Ausgangspunkt für den Ausstiegsentscheid. Vorgesehen ist die Schliessung des Koordinationsbüros in den Kapverden im Verlaufe von 1995 sowie in Indonesien 1997. In den Kapverden wird ein kleineres, konzentrierteres Programm weitergeführt, das durch ein anderes Koordinationsbüro betreut werden kann. In Indonesien ist ein schrittweiser Ausstieg vorgesehen, da das Land ein Entwicklungsniveau erreicht hat, das ihm erlaubt, vermehrt seine Entwicklung über eigene und ausländische Investitionen zu finanzieren.

In Vietnam andererseits wird ein Programm aufgebaut. Nach langen Jahren des Kriegs und der anschliessenden politischen Isolation besteht ein beträchtlicher Nachholbedarf an internationaler Zusammenarbeit. Gleichzeitig ist Vietnam eines der ärmsten Länder der Region. Wir erachten die gegenwärtige Politik der Regierung, die auf schrittweise Wirtschaftsreformen hinzielt, als eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung des Landes. Die Vorbedingungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sind für uns langfristig gegeben.

#### *Ausnahmen von der Konzentrationspolitik*

In folgenden Fällen kommt das Konzept der geographischen und sektoriellen Schwerpunkte nicht zum Tragen:

- Zeitlich befristete Sonderprogramme, die auf spezielle politische und menschenrechtliche Bedürfnisse zugeschnitten sind, wie zum Beispiel die positiven Massnahmen als Beitrag zur Ueberwindung der Apartheid in Südafrika und das kürzlich gutgeheissene Programm für die Entwicklung Palästinas (Gaza und Jericho);
- die Programme für wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen unter der Aegide des Bundesamtes für Aussenwirtschaft (BAWI);
- die humanitäre Hilfe und der Einsatzbereich des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH);
- das Sonderprogramm für die Golfregion (Aegypten, Jordanien, Türkei) nach dem letzten Golfkrieg;
- die Unterstützungskonzepte mit regionaler Dimension, zum Beispiel Bohnenanbau in Zentralamerika und in der Karibik;
- die Stipendien- und Praktikumsprogramme in der Schweiz für Stipendiaten aus Entwicklungsländern;
- Beiträge an die Programme der schweizerischen Nichtregierungsorganisationen, die ihre eigenen geographischen und sektoriellen Prioritäten aufweisen.
- präventive Massnahmen zur Steuerung von Migrationsbewegungen in den Herkunftsländern.

Wenngleich die humanitäre Hilfe, die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen sowie weitere Instrumente der Entwicklungspolitik einer eigenen Prioritätenordnung gehorchen und nicht in die geographische und fachliche Schwerpunktbil-

derung eingebunden sind, so wird doch stets nach Synergieeffekten gesucht. So ist zum Beispiel eine Zahlungsbilanzhilfe des BAWI zur Finanzierung der Einfuhr wichtiger Medikamente in Madagaskar mit einem Unterstützungsprogramm der DEH verbunden worden, das den Aufbau von Dorfapotheken fördert. In Ghana finanzierte die DEH den Einsatz zweier Bankfachleute als Beitrag zur Restrukturierung des Bankensektors. Diese wiederum wurde auch durch eine Zahlungsbilanzhilfe unterstützt, welche das BAWI im Rahmen eines umfassenderen Finanzsektor-Programms der Weltbank gewährte.

Durch ihre Konzentrationspolitik hat sich die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit auch "komparative Vorteile" oder relative Stärken erarbeitet. Dies bewirkt, dass ihre Sachkompetenz in gewissen Bereichen international besonders anerkannt und geschätzt wird, handle es sich nun um technische Lösungen, methodische Ansätze, den Dialog mit den Partnern oder um die Vertrautheit mit den Strukturen im Empfängerland.

Eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit der geographischen und sektoriellen Konzentrationspolitik ist ihre längerfristige Kontinuität. Daraus ergibt sich eine gewisse Rigidität bezüglich der finanziellen Engagements. Um die Glaubwürdigkeit und die Einflussmöglichkeiten nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen, sollte eine Zusammenarbeit in der Regel nicht von heute auf morgen unterbunden werden. Bei der Aufgabe oder Verlagerung eines Schwerpunktes soll auf eine bezüglich Zeit und Inhalt angemessene Ablösung (Folgepolitik) geachtet werden. Die Gestaltung von Uebergangsphasen muss mit den Partnern und anderen Gebern sorgfältig abgesprochen werden. Die schweizerische Entwicklungspolitik soll auch ein bestimmtes Mass an Flexibilität behalten. Sie sollte stets in der Lage sein, auf neue Herausforderungen, neue dringende Aufgaben oder neue politische Situationen angemessen zu reagieren. Da wir in einer Zeit rasch wechselnder Konstellationen und zunehmender Ungewissheit leben, ist dies heute wichtiger denn je.

### **233 Die Zusammenarbeit mit den schweizerischen Nichtregierungsorganisationen**

Seit ihren Anfängen ist die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit durch eine grosse institutionelle Vielfalt gekennzeichnet. Neben staatlichen Stellen traten schon immer private Organisationen - vor allem Hilfswerke - als Träger auf, wobei den beiden kirchlichen Hilfswerken Caritas und HEKS vor allem in der Pionierphase eine besondere Bedeutung zukam. Seit Beginn der achtziger Jahre ist auch die Privatwirtschaft verstärkt einbezogen (vgl. dazu Ziff. 234).

Die Nichtregierungsorganisationen - kirchliche und nichtkirchliche Hilfswerke, Vereine, Verbände, Arbeitsgruppen - spielen zunächst einmal in der Schweiz eine wichtige Rolle. Sie sind je nach Ausrichtung und Arbeitsschwerpunkt in verschiedenen Bevölkerungsgruppen verankert und führen mit der Öffentlichkeit einen Dialog über die Lage in den Entwicklungsländern, über die Zusammenhänge mit der Situation in der Schweiz und über die Möglichkeiten, die offenstehen, Probleme zu lösen und gerechtere Verhältnisse zu schaffen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Information und Sensibilisierung der Schweizer Bevölkerung für die Belange der Entwicklungsländer. Bei den Hilfswerken kommt als bedeutende Aufgabe das Sammeln von Spenden und die Information über deren Verwendung hinzu. Die grösseren Nichtregierungsorganisationen vertreten ferner als Sprecher von engagierten Gruppen der Bevölkerung entwicklungspolitische Anliegen gegenüber den eidgenössischen Behörden und einer breiteren Öffentlichkeit. Ebenso pflegen sie Kontakte mit Kantonen und Gemeinden, die ihrerseits beträchtliche Beiträge an konkrete Projekte der Hilfswerke leisten. Diese Beziehungen sind wichtig, insbesondere um die Zivilgesellschaft für ausserpolitische Anliegen zu mobilisieren und die Entwicklungszusammenarbeit in der Bevölkerung breit abzustützen.

In den Entwicklungsländern sind die Hilfswerke Partner der benachteiligten Bevölkerungsgruppen im ländlichen und städtischen Bereich. Sie fördern lokale Basisinitiativen sowie Handwerk und Kleinunternehmen. Für gewisse Aufgaben in direkter Zusammenarbeit mit der Bevölkerung sind die Nichtregierungsorganisationen oft besser geeignet als staatliche Stellen. Sie können auch dann tätig sein, wenn eine Regierung die Bedingungen zwischenstaatlicher Hilfe nicht erfüllt, die Bevölkerung aber nicht darunter leiden soll.

Zwischen den Institutionen der öffentlichen schweizerischen Entwicklungspolitik und den Nichtregierungsorganisationen bestehen partnerschaftliche Beziehungen und eine enge Zusammenarbeit. Neben der Kooperation bei der Programmdurchführung gewinnt der Dialog über entwicklungspolitische Themen an Bedeutung. Erfahrungsaustausch und Koordination auf der Projekt- und Programmebene müssen in Zukunft noch verstärkt werden. Wünschbar wäre ein Wettbewerb der Ideen und Methoden zur Steigerung der Wirksamkeit und der Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit sowie zur Erschliessung neuer Wege der Mittelbeschaffung. Auch bei der Frage nach dem geeigneten Träger für die Durchführung von Projekten - Staat, Nichtregierungsorganisationen, Privatwirtschaft - könnte der Wettbewerb noch verstärkt werden. Gleichzeitig soll jedoch der Freiraum der privaten Organisationen gewahrt und ihre Identität sowie ihre Programmschwerpunkte respektiert werden.

In den letzten Jahren ist es zu neuen Formen der Zusammenarbeit gekommen. Ein Beispiel dafür sind die Entschuldungsmassnahmen zugunsten ärmerer Entwicklungsländer, die ihren Ursprung in einer Petition der Hilfswerke haben. In der konkreten Durchführung arbeiten das Bundesamt für Aussenwirtschaft, die DEH und die Hilfswerke gemäss einer offiziell festgelegten Aufgabenteilung zusammen. Während

das Bundesamt für Aussenwirtschaft für den makroökonomischen Bereich und die Entschuldungsverhandlungen federführend ist, übernimmt die DEH in den Schwerpunktländern die Verantwortung für die Durchführung von Projekten, die über lokale Gegenwertfonds finanziert werden. Dabei bringen die Hilfswerke ihre lokalen Kenntnisse aktiv und beratend mit ein. In den übrigen Ländern sind die in den entsprechenden Entwicklungsländern aktiven Hilfswerke bei der vertragskonformen Umsetzung der Gegenwertmittel federführend. Solche Erfahrungen bilden die Basis, um die Arbeitsteilung und die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, aber auch die Koordination unter den verschiedenen Partnern weiter zu verbessern und zu stärken.

Dasselbe gilt für die Mitwirkung der Schweiz in den Bretton-Woods-Institutionen. Nichtregierungsorganisationen verfügen auch in diesem Kontext über institutionalisierte Mitsprachemöglichkeiten. So sind zum Beispiel die in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen grösseren Hilfswerke durch ein Mitglied in der Beratenden Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe beziehungsweise in deren Unterausschuss für die Bretton-Woods-Institutionen vertreten. Dies erlaubt der erwähnten Arbeitsgemeinschaft, mittels formeller Eingaben zuhanden der zuständigen Amtsstellen zu wichtigen Fragen und Problemen Stellung zu nehmen. Aber auch andere Nichtregierungsorganisationen unterhalten regelmässige Beziehungen zu allen Amtsstellen, die für die Politik der Schweiz in Weltbank und Währungsfonds verantwortlich sind. Schliesslich bestehen auch direkte Kontakte zwischen privaten Organisationen und den Büros der schweizerischen Exekutivdirektoren in den beiden Institutionen in Washington sowie zu den zuständigen Fachleuten in Weltbank und Währungsfonds.

Als drittes Beispiel für die neue Zusammenarbeit zwischem dem öffentlichen und dem privaten Sektor ist der Folgeprozess der Konferenz über Umwelt und Entwicklung zu erwähnen. Für die konkrete Umsetzung der Beschlüsse von Rio sind Nichtregierungsorganisationen und private Unternehmen aufgerufen, mit den staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten. Bereits wurden auch entsprechende Strukturen geschaffen (vgl. dazu Ziff. 221).

Auch in Zukunft ist es wichtig, die Zivilgesellschaft zu stärken, sowohl in den Entwicklungsländern als auch in der Schweiz. Die Zusammenarbeit mit den schweizerischen Nichtregierungsorganisationen soll auf der Ebene des Politikdialogs, des Erfahrungsaustausches, der Ausbildung, der Oeffentlichkeitsarbeit sowie der Projekt- und Programmfinanzierungen fortgeführt werden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Hilfswerke mit finanziellen Problemen zu kämpfen haben. Als Folge der wirtschaftlichen Rezession stagniert das private Spendenaufkommen. Neue Aufgaben wie die Osthilfe oder humanitäre Aktionen absorbieren vermehrt finanzielle Mittel. Ausserdem versuchen verschiedene ausländische Organisationen, in der Schweiz einen Teil des privaten Spendenvolumens für sich zu gewinnen. Es ist deshalb umso wichtiger, dass der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfegelder, der

für Beiträge an die privaten schweizerischen Partner verwendet wird, mindestens auf dem gleichen Niveau bleibt. Bundesbeiträge können aber nie ein Spendensubstitut sein.

## 234 Die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft im Rahmen der Privatsektorförderung

Seit den Anfängen der Entwicklungszusammenarbeit spielt die schweizerische Privatwirtschaft bei der Lieferung von Gütern und Dienstleistungen eine wichtige Rolle (vgl. Tabelle "Wirtschaftliche Auswirkungen der öffentlichen Entwicklungshilfe in der Schweiz" im Anhang). Dies gilt auch für die Zukunft, wobei allerdings gewisse Verlagerungen zu erwarten sind. Zum einen handelt es sich bei den Partnern in den Entwicklungsländern immer seltener um grosse Staatsbetriebe, sondern um kleinere private Firmen. Dementsprechend müssen auch die Marketing- und Akquisitionsstrategien schweizerischer Lieferanten angepasst werden. Zum andern fragt die Entwicklungszusammenarbeit je länger desto weniger Güter nach, sondern vermehrt Dienstleistungen im Bereich der Konzept- und Strategieentwicklung sowie deren Umsetzung (zum Beispiel Beratung bei der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Kleinindustrieförderung, bei der Konzipierung von Berufsbildungssystemen oder bei der Erarbeitung von kosteneffizienten Strassenunterhaltskonzepten). Die entsprechenden Programme der Entwicklungszusammenarbeit sollen ihrerseits dazu beitragen, dass sich der Privatsektor in den Partnerländern besser entwickeln kann. Dies wiederum wird indirekt auch schweizerischen Exporteuren und Investoren zugute kommen, zumal die wirtschaftlichen Reformen in den Entwicklungsländern heute in erster Linie auf die Stärkung der Marktwirtschaft zielen.

Die Entwicklungszusammenarbeit kann diesen Prozess unterstützen, indem sie aktiv zur Förderung eines gedeihlichen privatwirtschaftlichen Umfelds beiträgt. Dies entspricht auch der Priorität "Verbesserung der Produktionsbedingungen", wie sie im Leitbild der DEH ausgeführt wird. Entsprechende Massnahmen setzen dabei auf drei verschiedenen Ebenen an: Die Gestaltung einer neuen Aufgabenteilung zwischen dem staatlichen und dem privaten Sektor (Makroebene), der Aufbau und die Stärkung privatwirtschaftlicher Trägerinstitutionen (Mesoebene) und schliesslich die Förderung der unternehmerischen Tätigkeit, vor allem der Klein- und Mittelbetriebe (Mikroebene).

Mittels unterschiedlicher Instrumente engagiert sich die Schweiz auf allen drei Ebenen. Sie beteiligt sich an multilateralen Kofinanzierungen - beispielsweise zur Restrukturierung und Privatisierung öffentlicher Unternehmen in Benin -, sie schliesst bilaterale Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen ab und unterstützt internationale Koordinationsgremien wie etwa das Internationale Geberkomitee für

die Kleinindustrieförderung. Des weitern trägt die Schweiz zur Stärkung branchenspezifischer Netzwerke bei, zum Beispiel in den Sektoren Baumaterial, Wasser, Siedlungshygiene und Energie, oder sie unterstützt private schweizerische und ausländische Träger, die unternehmerische Aktivitäten fördern, hinsichtlich Finanzierung, Ausbildung, Beratung, Technologieentwicklung und Aufbau lokaler Verbandsstrukturen. Auf der Mikroebene schliesslich erfolgt die Privatsektorförderung über professionelle Partner, denen verschiedene Möglichkeiten direkter privatwirtschaftlicher Zusammenarbeit offenstehen. Auf allen drei Ebenen findet eine enge Kooperation mit schweizerischen Firmen statt, insbesondere bezüglich Abklärung, Durchführung, Ueberwachung und Evaluierung von Projekten sowie beim Aufbau und der Betreuung internationaler Fachnetzwerke (vgl. dazu die beiden Kästchen nachfolgend und Ziff. 313, "Ziegelfabrikation in Lateinamerika").

Die neue Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten und die Förderung des Privatsektors dienen in erster Linie einer effizienten Nutzung öffentlicher und privater Ressourcen und sind zu einem zentralen Anliegen der Entwicklungspolitik geworden. Besonders für ärmere Länder müssen die bestehenden Ansätze der Privatsektorförderung weiterentwickelt und vertieft werden. Oft genügen Interventionen auf der Ebene der Rahmenbedingungen allein nicht, um eine breit abgestützte wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten. Andererseits dürfen Eingriffe der Geberinstitutionen auf der Ebene der Wirtschaftsakteure - Unternehmen, Verbände - nicht zur Verzögerung notwendiger Eigeninitiativen führen oder die Herausbildung dauerhafter Strukturen gar unterbinden. Diese Gefahr besteht etwa durch wohlthätige Aktionen oder durch eine punktuelle Subventionierung von Gütern und Dienstleistungen in Wirtschaftssektoren, die sich im Aufbau befinden. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist die internationale Koordination vor Ort, um die Aktivitäten verschiedener Geber mit den lokalen Partnern abzustimmen und gemeinsame Regeln festzulegen.

Im Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD sind Bestrebungen im Gange, die Erfahrungen mit verschiedenen Strategien der Privatsektorförderung auszuwerten und Richtlinien für die Geberländer zu definieren. Es geht unter anderem darum, zentrale entwicklungspolitische Anliegen miteinzubeziehen und Zielen wie der "guten Regierungsführung" ("good governance"), der nachhaltigen Ressourcennutzung und der Beachtung sozialer Aspekte Nachachtung zu verschaffen. Ferner sucht man in Geberkreisen nach Wegen, um Entwicklungsprogramme vermehrt auf privatwirtschaftlicher Basis durchzuführen, lokalen Organisationen - zum Beispiel Verbänden - wichtigere Rollen zuzuweisen und die Zusammenarbeit zwischen privaten Unternehmen in den Entwicklungsländern und solchen in den Industriestaaten gezielt zu fördern. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der bessere Zugang zu den Märkten im Norden für die Firmen in den Entwicklungsländern von grosser Bedeutung ist, auch wenn der Süd-Süd-Handel in einigen Regionen an Bedeutung gewinnt.

## **Handpumpen**

*Eine traditionelle Handpumpe ist im Grundkonzept für den Gebrauch auf einem Bauernhof angelegt, wo sie eine Förderleistung von etwa 100 Liter pro Tag erbringt. In Afrika müssen mit einer Pumpe oft 5000 - 10'000 Liter pro Tag gefördert werden. Es liegt auf der Hand, dass konventionelle Pumpen unter diesen Bedingungen nicht genügend widerstandsfähig sind.*

*Die Fachstelle der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit für Technologie-Management in St. Gallen (SKAT), finanziert durch die DEH, entwickelte zusammen mit dem UNDP- und Weltbank-Programm "Water and Sanitation" ein neues Handpumpen-Konzept, die VLOM-Handpumpen ("Village Level Operation and Management of Maintenance") und ein neues Pumpendesign, die Afridev-Pumpe. Grundideen sind der möglichst einfache Unterhalt, billige Verschleissteile, sehr robuste Nicht-Verschleissteile, die Anpassung des Herstellungsprozesses an die lokalen Industrien und die spezielle Berücksichtigung der Bedürfnisse der Qualitätssicherung.*

*Anstatt die alten traditionellen Pumpen weiterzuentwickeln, mussten in enger Zusammenarbeit von schweizerischen Kunststoffspezialisten und afrikanischen Designerteams neue, unkonventionelle Lösungen gesucht werden. So wurden die Kugellager der traditionellen Handpumpen durch Kunststoff-Gleitlager ersetzt und der Kolben stark vereinfacht.*

*Die Spritzformen für die Herstellung der Kunststoffteile wurden unter Anleitung der SKAT von schweizerischen Firmen gezeichnet. Der erste Satz von Werkzeugen wurde zum Teil in der Schweiz und zum Teil in Kenya hergestellt. Schweizer Experten waren jeweils bei der Inbetriebnahme dieser Werkzeuge beteiligt.*

*Die SKAT betreut und verwaltet die Spezifikationen der Pumpe wie eine Normenstelle. Jede Firma, die Interesse an der Herstellung hat, kann die Pumpe produzieren, ohne Lizenzgebühren bezahlen zu müssen. Den potentiellen Herstellern werden auf Anfrage durch die SKAT ein kompletter Satz Werkstückzeichnungen, Produktionsanleitungen, Werkzeug- und Vorrichtungsszeichnungen und Informationen über potentielle Lieferanten von Rohmaterialien zur Verfügung gestellt.*

*Die SKAT leistet für Hersteller in Entwicklungsländern technische Unterstützung beim Aufbau der Produktion. Kunststoffachleute aus der Schweiz halfen so in Kenya, Indien, Pakistan, Malawi und Nigeria die lokale Fertigung dieser Pumpe zu starten.*

*Heute wird die Afridev Pumpe von über zehn Herstellern in Asien und Afrika seriemässig (in Stückzahlen von ca. 20'000 pro Jahr) hergestellt. Weitere Produzenten sind daran, ihre Produktion aufzubauen. In Pakistan, Nigeria und Mosambik haben die Regierungen die Pumpe zur nationalen Norm erklärt.*



### **DTC12: Ein Turbinenregler für Kleinwasserkraftwerke in Entwicklungsländern**

Über Jahrzehnte bildete die Förderung der Kleinwasserkraft ein wichtiges Tätigkeitsfeld der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Eines der Hauptziele war die Entwicklung von Turbinen, die angepasst an die lokalen Möglichkeiten von Werkstätten in Entwicklungsländern ausgelegt und gefertigt werden können. Resultat dieser Arbeiten sind die in Nepal entwickelten und heute weltweit erfolgreich eingesetzten SKAT-Durchströmturbinen der Serien T1 bis T12.

Im Bereich der Elektrizitätsversorgung in den Entwicklungsländern besteht heute die Tendenz zu einer Deregulierung der Energiemärkte. Für Strom sollen Marktpreise gezahlt werden, Subventionen des Staates werden reduziert oder fallen vollständig weg. In dieser Situation konzentrieren sich die staatlichen Energieversorgungsunternehmen auf die Versorgung von Städten und Industriezentren. Man kann davon ausgehen, dass sie sich noch weiter aus entlegenen Gebieten zurückhalten oder zurückziehen werden. Diesen Regionen erwächst daraus die Chance, ihre Energieversorgung autonom planen und aufbauen zu können. Parallelen zeigen sich zur Elektrizitätsentwicklung in der Schweiz, wenn sich regionale und lokale Elektrizitätsversorgungsunternehmen bilden, die als private Kleinunternehmer oder als Kooperativen die Versorgungsaufgabe für eine Region selbsttragend oder gar gewinnbringend übernehmen.

Voraussetzung für diese Entwicklung ist ein Technologiesprung vornehmlich in der Frage der Regelung der Turbine. Bisher konnte dieses technisch schwierige Problem nicht befriedigend gelöst werden.

Die Fachstelle der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit für Technologie-Management in St. Gallen (SKAT) führte 1992 eine Analyse der Schwachstellen bisheriger Regelungslösungen durch und entwickelte ein Konzept und ein Pflichtenheft zur Entwicklung eines neuartigen Turbinenreglers.

Der Regler sollte "einfach, aber intelligent" sein und soweit wie möglich auf bestehender Technologie aufbauen. In der SULZER Electronics/Escher Wyss mit ihrer vieljährigen Erfahrung in der Kraftwerkstechnik fand sich der geeignete Entwicklungspartner. Bewährte Regelungstechnologie wurde in das neue Konzept eingebunden. Nur nicht anpassbare Komponenten wurden neu entwickelt.

Ein Prototyp des auf diese Weise in Zusammenarbeit von SKAT und SULZER/Escher Wyss entstandenen Turbinenreglers DTC12 wurde erfolgreich in einem Kraftwerk getestet und an der internationalen Konferenz HIDROENERGIA '93 in München, im Oktober 1993 der Fachwelt vorgestellt. Das Gerät soll ab Sommer 1994 in Serie produziert werden. Bereits liegen Bestellungen aus verschiedenen internationalen Projekten vor.

## Die Mitwirkung der Schweiz in den internationalen Koordinationsorganen - ein Jahr nach dem Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen

Wie bereits erwähnt, wird die internationale Koordination der Entwicklungspolitik immer wichtiger (vgl. dazu Ziff. 124). Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der Abstimmung der Politik zwischen bilateralen und multilateralen Geberinstitutionen sowie den Partnern im Süden, sie wirkt mit an der Suche nach angepassten Lösungen und Verbesserungen, und sie trägt zum Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene bei. Dies geschieht im Rahmen zahlreicher Gremien und Organisationen, wobei sich für die Schweiz durch den Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen im Jahre 1992 neue Perspektiven eröffnet haben.

Am 1. November 1992 nahm die Schweiz offiziell Einsitz in die Exekutivräte des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe, den Leitungsorganen der beiden weltweit wichtigsten Finanz- und Entwicklungsinstitutionen. Nach einem Jahr aktiver Mitarbeit kann eine erste - positive - Zwischenbilanz gezogen werden.

Dank ihrer Vertretung in den beiden Leitungsorganen mit vollem Mitbestimmungsrecht ist es der Schweiz möglich, ihren Standpunkt wirkungsvoll zu vertreten. Im Rahmen von Währungsfonds und Weltbank kann die Schweiz durch das Einbringen ihrer Vorstellungen über die Ausgestaltung der Politik und die Durchführung von Programmen und Projekten erheblich mehr Einfluss nehmen und Multiplikatorwirkung erzielen als über die ausschliesslich bilaterale Kooperation. Dies ist umso wichtiger, als sich Staaten wie die Schweiz angesichts der grossen Wirtschaftsböcke, die in verschiedenen Regionen der Welt entstehen, vermehrt auf internationale Organisationen als Meinungsträger und Koordinationsgremien stützen müssen. Hinzu kommt, dass die globalen Probleme - stabile internationale Währungsverhältnisse, Abbau des Wohlstandsgefälles, Umweltschutz, Sicherheitsprobleme - nur gemeinsam bewältigt werden können. Mit dem Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen konnte auch dem Eindruck entgegengewirkt werden, die Schweiz entziehe sich ihrer Verantwortung und ernte bloss die Früchte des weltwirtschaftlichen Wachstums.

### *Die Mitwirkung in der Weltbank*

In ihren Stellungnahmen bei der Weltbank liess sich die Schweiz von den Prinzipien ihrer Entwicklungspolitik leiten. Neben Beiträgen zu Länderstrategien, spezifischen Programmen und Projekten - auch im Umweltbereich - nahm die Schweiz in der Weltbank insbesondere zu drei Themen Stellung, welche die grundsätzliche zukünftige Ausrichtung der Weltbankpolitik zum Inhalt haben. Aufgrund des sogenannten

Wapenhansberichts, der die Qualität und Durchführung von Weltbank-Projekten untersuchte, setzte sich die Schweiz für die Verabschiedung eines Aktionsplanes ein, der die Wirksamkeit und die Qualität der Bankaktivitäten erhöhen soll, insbesondere in Bereichen wie der Armutsbekämpfung, die zu den Prioritäten des Bundesgesetzes über internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe gehören. Weitere Akzente dieses Aktionsplanes betreffen die Ueberwachung der Durchführung von Weltbankprojekten und -programmen sowie die verstärkte Mitwirkung des Darlehensnehmers, damit dieser und die betroffene Bevölkerung die Vorhaben effektiv mittragen. Ein weiteres wichtiges Anliegen der Schweiz bezog sich auf die Informationspolitik der Bank. Diese soll gemäss neuen Beschlüssen offener und aktiver gestaltet werden, so dass beispielsweise bedeutend mehr Weltbankberichte inskünftig öffentlich zugänglich sein werden.

Ferner war die Schweiz bei der Schaffung und Ausgestaltung einer unabhängigen Inspektionseinheit innerhalb der Bank aktiv beteiligt. Diese Inspektionseinheit soll die Einhaltung der Bankregeln und -prozeduren überprüfen. Sie wird im Bedarfsfall Beobachtungen und Klagen von Kreditnehmern und von direkt betroffenen Gruppen begutachten, die bei der Durchführung von Projekten Abweichungen von den Bankregeln und -prozeduren geltend machen.

#### *Die Mitwirkung im Internationalen Währungsfonds*

Die Schwerpunkte der schweizerischen Interventionen im Internationalen Währungsfonds (IWF) lagen zum einen in der Beurteilung der Resultate der Konsultationen, welche die Grundlage bilden für die Ueberwachung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedländer. Im Rahmen dieser Aktivitäten richtete die Schweiz ihr Hauptaugenmerk nicht nur auf die Schwerpunktländer der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch auf grosse Entwicklungs- und Industrieländer und die Staaten unserer Stimmrechtsgruppe. Zum anderen wurden Stellungnahmen zu den Stabilisierungs- und Anpassungsprogrammen derjenigen Länder abgegeben, welche IWF-Mittel zur Unterstützung ihrer Zahlungsbilanz beziehen. In diesem Zusammenhang setzte sich die Schweiz dafür ein, diese Programme so auszugestalten, dass allfällige negative Auswirkungen auf die ärmeren Bevölkerungsschichten minimiert werden. Gleichzeitig befürwortete die Schweiz aber auch die Politik, die Kreditnehmer auf geld- und fiskalpolitische Massnahmen sowie auf institutionelle Reformen zu verpflichten, ohne die ein breit abgestütztes Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für nachhaltige Armutsbekämpfung nicht möglich ist. Dabei gibt es wichtige Berührungspunkte mit der Weltbank, weshalb wir eine enge Zusammenarbeit der beiden Institutionen unterstützen.

Ferner befürwortete die Schweiz entschieden die Gewährung vergünstigter Kredite an arme Entwicklungsländer, die substantielle Reformprogramme durchführen. Der für diesen Zweck verwendete Kreditrahmen (Erweiterte Strukturanpassungsfazilität, ESAF I) ist Ende Februar 1994 ausgelaufen und soll erneuert werden (ESAF II). Die

Schweiz erklärte sich - unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch das Parlament - bereit, sich an der ESAF II zu beteiligen. Ebenso unterstützte die Schweiz den Vorschlag einer beschränkten Zuteilung von zusätzlichen Sonderziehungsrechten - einer vom IWF geschaffenen künstlichen Reservewährung -, um die Reserven der vielen neuen Mitglieder des Währungsfonds aufzustocken.

### *Die Mitwirkung in UNO-Organen und anderen internationalen Gremien*

Auch ohne Mitglied der UNO zu sein, unterstützt die Schweiz seit Jahren mit namhaften jährlichen Beiträgen die Programm- und Koordinationstätigkeit der zentralen Entwicklungsinstitutionen des UNO-Systems, insbesondere des UNO-Entwicklungsprogrammes (UNDP), des Kinderhilfsfonds (UNICEF) und des UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA), und ist denn auch bis jetzt in ununterbrochener Reihenfolge Mitglied der beiden Verwaltungsräte (UNDP/UNFPA und UNICEF) gewesen. Dank ihres spezifischen Mandats spielen alle drei Institutionen auf ihrem jeweiligen Gebiet eine wichtige Koordinations- und Katalysatorrolle, die weit über das UNO-System hinausreicht.

Die Schweiz ist ferner seit längerer Zeit auch Mitglied der drei Regionalen Entwicklungsbanken, d.h. der Afrikanischen, der Asiatischen und der Interamerikanischen, sowie des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD). Während die Regionalen Entwicklungsbanken wichtige Promotoren der innerregionalen Koordination und Kohäsion darstellen, zeichnet sich der IFAD vor allem durch seine besondere Mitgliedschaftsstruktur - drei Länderkategorien mit gleichen Stimmrechtsanteilen: OECD-, OPEC- und Entwicklungsländer - und seine Spezialisierung auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung in ländlichen Gebieten aus. In allen vier Institutionen bildet die Schweiz mit anderen Ländern zusammen eine Stimmrechtsgruppe, welche im jeweiligen Leitungsausschuss durch einen Exekutivdirektor vertreten ist.

Wichtige Koordinationsgremien sind ferner die periodisch stattfindenden Konsultativgruppen und "runden Tische" ("Round Tables") für einzelne Entwicklungsländer unter der Aegide der Weltbank beziehungsweise des UNDP (vgl. Ziff. 124). Die Schweiz kann hier ihre Sachkompetenz und ihre Erfahrungen in die Analyse der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation des betreffenden Entwicklungslandes einbringen sowie bei der Beurteilung der entwicklungspolitischen Bedürfnisse und der Formulierung entsprechender Strategien mitwirken. Dabei kommen ihr die durch die Konzentration auf gewisse Schwerpunktländer und Fachbereiche erworbenen spezifischen Kenntnisse zugute und machen sie zu einem geschätzten Dialogpartner. Andererseits kann sich die Schweiz im Rahmen der internationalen Koordination auch die Erfahrungen der bilateralen und multilateralen Geberinstitutionen sowie deren Partner zunutze machen und - sofern zweckmässig - Elemente

der Politik der internationalen Organisationen in der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit zum Tragen bringen.

Dies gilt in besonderem Masse für unsere Mitarbeit im Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD. Es handelt sich dabei um ein Forum der Geberstaaten, das sich mit der Diskussion wichtiger Querthemen - beispielsweise der "guten Regierungsführung" ("good governance") - befasst, vor allem aber auch mit der Harmonisierung der Politik und der operationellen Praxis der verschiedenen Geber. Die Schweiz setzt die im Rahmen dieses Gremiums festgelegten Grundsätze in ihrer Entwicklungspolitik um und verfasst jährlich zuhänden des DAC ein "Memorandum" über ihre Entwicklungszusammenarbeit. Dieser Bericht bildet die Grundlage für die alle drei Jahre stattfindende Ueberprüfung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit durch das DAC. Resultat dieses Unterfangens sind jeweils kritische Anregungen und Verbesserungsvorschläge, wobei die Qualität der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in der Regel lobende Erwähnung findet, das Volumen der öffentlichen schweizerischen Entwicklungshilfe im Hinblick auf eine gerechte internationale Lastenteilung hingegen als unzureichend kritisiert wird.

Aufgrund der Mitwirkung der Schweiz in den erwähnten internationalen Gremien können auch die Verantwortlichen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in den Koordinationsbüros vor Ort ihre Koordinationsaufgaben auf lokaler und sektorieller Ebene glaubwürdiger und wirkungsvoller wahrnehmen.

## 236 Planung, Evaluation, Monitoring und Umsetzung

Planung, Evaluation und Monitoring (das systematische Ueberwachen der Arbeitsfortschritte) sind Instrumente, die Lernprozesse auslösen und zur Qualitätssteigerung der Entwicklungszusammenarbeit beitragen. Ueber dieses Hauptziel hinaus sollen Evaluationen auch Rechenschaft geben über den Erfolg von Projekten und Programmen, und zwar gegenüber allen Beteiligten sowie weiteren interessierten Kreisen. Evaluationen im Sinne eines kritischen Hinterfragens des eigenen Handelns werden in erster Linie als Managementinstrument während der Durchführung von Projekten und Programmen eingesetzt. Sie sind Orientierungshilfen für die Entscheidungsfindung und für Anpassungen an veränderte Rahmenbedingungen.

Planung, Evaluation, Monitoring und die entsprechende Umsetzung bedingen sich gegenseitig und bilden ein Ganzes. Das zentrale Anliegen, das damit sichergestellt werden soll, ist die Nachhaltigkeit der von uns unterstützten Aktionen und Programmen. Dieses Ziel ist dann erreicht, wenn die einheimischen Träger und die begünstigten Bevölkerungsgruppen die durch Projekte oder Programme eingeleiteten positiven Veränderungen ohne fremde Hilfe dauerhaft weiterverfolgen.

Der Anstoss für die Evaluierung kommt jeweils von seiten der Verantwortlichen für die Projekte und Programme oder von lokalen Partnern, von Partnerregierungen, der DEH und - in Einzelfällen - auch von übergeordneten schweizerischen Instanzen. Dabei können Informationsbedürfnisse der Direktion oder anderer Stellen im Vordergrund stehen, häufig aber ebenso der Wunsch nach einer kritischen Auseinandersetzung mit wichtigen Problemen bei der Projektdurchführung.

Zunehmendes Gewicht kommt in den von der Schweiz mitgetragenen Entwicklungsvorhaben der Selbstevaluation zu. Dies ist die anspruchvollste Form der Evaluation und dient der gemeinsamen Erarbeitung von Problemlösungen mit dem Ziel, die Verantwortung für Verbesserungen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe dort zu verankern, wo sie auch wahrgenommen werden muss, nämlich bei den lokalen Trägern. Dies schafft günstigere Vorbedingungen für die Umsetzung der Evaluationsergebnisse durch die einheimischen Trägerorganisationen im Einsatzland.

Evaluationen werden normalerweise im Verlaufe eines Projekts mehrfach durchgeführt. Mittlere bis grössere Projekte und Programme werden im Durchschnitt alle drei bis vier Jahre durch externe Fachleute beurteilt. Bei den jährlich etwa 50 externen Evaluationen liegt der Schwerpunkt ebenfalls auf der Qualitätsverbesserung während der Projektdurchführung. Auch diese Evaluationsform bezweckt, durch einen möglichst frühen und intensiven Einbezug der Projektträger und der Begünstigten die spätere Umsetzung der Evaluationsresultate zu erleichtern und breiter abzustützen. Uebergreifende Erfahrungen werden in Sektor- und Querschnittsanalysen ausgewertet und fliessen in die Strategie und Politik der DEH und ihrer Partner ein. Die Schweiz bringt die auf diese Weise vertieften Kenntnisse auch in die internationale Diskussion in den Koordinationsgremien ein.

Um die Arbeitsinstrumente Planung, Evaluation und Monitoring fachkundig einsetzen zu können, werden methodologische Anleitungen erarbeitet und parallel dazu zahlreiche Ausbildungskurse organisiert. Letztere werden sowohl in der Schweiz als auch in den Partnerländern durchgeführt. Im Rahmen des Entwicklungsausschusses (DAC) der OECD und in Zusammenarbeit mit den Evaluationsdiensten anderer bilateraler Geber sowie multilateraler Organisationen findet ein ständiger und systematischer Erfahrungsaustausch bezüglich der Evaluationsergebnisse, -methoden sowie der Arbeitsinstrumente statt. Auch werden gewisse Programme in einzelnen Einsatzländern gemeinsam evaluiert.

Die Ausgaben für externe Evaluationen und Querschnittsanalysen belaufen sich auf rund 3,5 Millionen Franken pro Jahr. Gemessen an den Gesamtausgaben für die technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe ergibt dies einen Kostenanteil von weniger als 0,40 Prozent. Dieser Aufwand ist vertretbar und notwendig, steht ihm doch ein entsprechender Nutzen in Form verbesserter Planung und Früherkennung von Fehlentwicklungen gegenüber.

Die Herstellung besser ausgewogener Verhältnisse zwischen armen und reichen Ländern und die Beseitigung des schlimmsten Elends erfordern die aktive Mitwirkung der Zivilgesellschaft sowohl im Norden wie im Süden. Allgemein muss denn auch die Aussenpolitik stärker als bisher in der Bevölkerung verankert werden, wie dies im aussenpolitischen Bericht des Bundesrates gefordert wird. Dies ist eine wichtige Aufgabe der Informationspolitik und der Oeffentlichkeitsarbeit.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und den Entwicklungsländern sind vielfältig: öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, private Hilfe der Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Handelsbeziehungen, Kulturaustausch, Tourismus, Unterstützung im Rechtsbereich, Verhalten bei der Nutzung von begrenzten Gütern wie der Atmosphäre oder der Energie und weiteres mehr. Oeffentliches und privates Handeln, das ausgewogenere Nord-Süd-Beziehungen anstrebt, ist nur möglich, wenn die Oeffentlichkeit realitätsnah über die Lage in den armen Ländern sowie über interne und externe Entwicklungshemmnisse informiert ist. Diese Information muss - objektiv und differenziert in ihrem Inhalt - alle Bevölkerungskreise erreichen.

Die Informationsarbeit ist traditionsgemäss auch zu einem guten Teil auf die Jugend ausgerichtet, insbesondere durch die Bereitstellung von Unterrichtsmaterial für die Schulen. An Bedeutung gewinnt ferner ihr kulturelles Element: Es ist wichtig, den kulturellen Reichtum unserer Partner zu kennen, ihre eigene Identität zu verstehen, ihre Pläne und Bestrebungen kennenzulernen und zu begreifen, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen haben, wenn sie ihre Traditionen mit dem Wandel der Moderne in Einklang bringen wollen.

Die Präsenz in den Medien muss in Zukunft verstärkt werden, um eine möglichst breite Oeffentlichkeit aktiv und regelmässig zu informieren, namentlich über die Verwendung der Mittel, die der Bund für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe einsetzt.

- 3**            **Das Programm der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe 1995 bis 1998**
- 31**           **Beispiele aus der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit**
- 311**          **Einleitung**

In diesem Teil der Botschaft werden konkrete Beispiele der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in Afrika, Asien und Lateinamerika vorgestellt. Die Auswahl aus den insgesamt 750 Projekten, welche die Schweiz unterstützt, wurde so getroffen, dass die Vielfalt der Kontexte im Süden, aber auch die unterschiedlichen Instrumente und Methoden des Vorgehens deutlich werden. Jedes Beispiel soll vor dem Hintergrund eines ganz konkreten Umfeldes die Hauptthemen des ersten und zweiten Teils dieser Botschaft aufnehmen, ohne viel Theorie, aber durchaus mit gewissen Widersprüchen und Unsicherheiten des realen Alltags in der Entwicklungszusammenarbeit.

Für jedes Schwerpunktland erarbeitet die DEH ein Landesprogramm, welches in einem Planungshorizont von fünf Jahren das Konzept der schweizerischen Entwicklungstätigkeit - abgestimmt auf die Kernprobleme und Bedürfnisse des Landes - festlegt. Sektorpolitiken halten die in einem Sektor zur Anwendung gelangenden Prinzipien, Kriterien und die aufgrund der bisherigen Erfahrungen oder von Forschungsergebnissen empfohlenen Zusammenarbeitsformen fest. Im Rahmen dieser Landes- und Sektorprogramme werden einzelne Projekte geplant und durchgeführt.

Im Anhang findet sich die Liste derjenigen Projekte, für welche im Laufe des jetzigen Rahmenkredites mehr als eine Million Franken verpflichtet worden sind. Daraus lässt sich die Anzahl der grösseren Aktionen in den Schwerpunktländern, aber auch die Verteilung respektive Konzentration auf die sechs Fachbereiche (Wirtschaftsfragen, Landwirtschaft, Umwelt, Soziales, Strassen und Wasser, Gewerbeförderung und Berufsbildung) ablesen. Ebenso ist ersichtlich, ob es sich um neuere oder ältere Aktionen handelt.

Im Ziffer 5 über die Verwendung des neuen Rahmenkredites wird dargelegt, dass in der nächsten Rahmenkreditperiode ein grösserer Teil der laufenden Aktionen weitergeführt wird. Es entspricht einer wichtigen Erfahrung der Entwicklungszusammenarbeit der letzten 20 Jahre, dass sich in Einzelprojekten die ausländischen Akteure zwar so bald als möglich entbehrlich machen müssen, dass aber ein konzentriertes, langfristig angelegtes Engagement in wenigen Bereichen ein wesentliches Qualitätsmerkmal für wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit ist.



33 Beispiele gruppieren sich um die grundlegenden Themen Politik, Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Dies entspricht den übergeordneten Zielsetzungen des Leitbildes Nord-Süd und den Leitlinien der DEH. Vier Beispiele sollen schliesslich zeigen, wie weit die Spanne zwischen einem lokalen Projekt und einem Landesprogramm oder einer Sektorpolitik reicht. Die Sanierung des Finanzsektors in Tanzania zum Beispiel, welche die Schweiz seit 1992 mit 10 Millionen Franken unterstützt, wird Hunderten von Klein- und Kleinstunternehmern neue Perspektiven eröffnen.

Die folgenden Beispiele zeigen aber auch, dass Entwicklungszusammenarbeit ein langfristiger Prozess ist. Auseinandersetzungen mit dem Partner, Rückschläge und Schwierigkeiten bleiben nicht aus. Innovationen brauchen Zeit, lösen Widerstände aus, tangieren Partikularinteressen und führen zu politischen Spannungen. Dabei müssen Risiken eingegangen und bisweilen auch Misserfolge in Kauf genommen werden. Nicht alles verläuft nach Plan, auch bei optimaler Abklärung nicht. Tendenziell wird die Fähigkeit unserer Partner, insbesondere politische Probleme rasch zu lösen, überschätzt. Dies führt häufig zu Ueberforderungen. Oft ist auch bei internationalen Organisationen und Experten das Verständnis des lokalen Kontextes unzulänglich. Fehleinschätzungen und Fehlplanungen können die Folge sein. Westliches Effizienzdenken sucht rasche Resultate und muss sich immer wieder neu auf die Realität einstellen. Dieser Weg im Projekt- und Programmbereich ist nicht immer gradlinig und führt nicht immer zu den erhofften Ergebnissen. Oft aber sind gerade Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen notwendige Schritte zu neuen Ansätzen und Erkenntnissen.

Aus all diesen Erfahrungen ergibt sich ein operationeller Erfahrungsschatz, der beharrlich und sorgfältig weiterentwickelt werden muss. Die folgenden Beispiele sollen einen Einblick in die vielseitigen bilateralen Erfahrungen vermitteln .

## 312 Die Zivilgesellschaft stärken

Wie in den Ziffern 112 (Politische Rahmenbedingungen und die Rolle des Staates) und 123 (Gute Regierungsführung) dieser Botschaft ausgeführt, wird die Entwicklungszusammenarbeit inskünftig die politischen Rahmenbedingungen vermehrt in Rechnung stellen.

Ein konfliktives Umfeld - wie im Beispiel Rwanda/Burundi - kann zur grundsätzlichen Ueberprüfung und allenfalls zum Abbruch der Entwicklungszusammenarbeit führen, aber auch zu positiven Massnahmen im Dienste der Friedensstiftung. Wiederaufbau nach kriegerischen Wirren - wie im Beispiel Mosambiks - kann schweizerische Mithilfe bei der Demobilisierung der Bürgerkriegsheere erforderlich machen. Südafrika wird das Gesicht des Kontinentes in den nächsten Jahren prägen.

Die Schweiz hat schon in der Frühphase des Uebergangsprozesses Menschenrechtsorganisationen unterstützt.

Demokratische Verhältnisse können von aussen unterstützt werden. Die Schweiz hat öfters Gelegenheit, ihr Vertrauenskapital in die Waagschale zu werfen. Gerade im Bereich des Föderalismus oder der Vielsprachigkeit können unsere Erfahrungen gefragt sein, wenn in unseren Partnerländern politische Strukturreformen im Gange sind. Nepal ist dafür ein gutes Beispiel. Aber auch die Unterstützung der Gemeindeautonomie in Rwanda baut auf langjähriger Partnerschaft mit diesem Lande auf.

Ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung in Afrika ist schliesslich, dass vielfältige Organisationsformen in der Zivilgesellschaft heranwachsen, welche ein Gegengewicht zur Regierung oder die Basis für eine demokratisch legitimierte Regierung bilden können. Nur so kann verhindert werden, dass sich Interessengruppen des Staates bemächtigen können und dass sich die Korruption ausbreitet. Wie das Beispiel aus Senegal zeigt, kann Entwicklungszusammenarbeit nützliche Geburtshelferdienste und eine längerfristige Organisationsberatung leisten.

#### *Nepal: Den demokratischen Alltag erlernen*

Wie ein Steppenbrand hatte im Frühjahr 1990 der Protest gegen das feudalistische Räteregime im Königreich Nepal um sich gegriffen. Aus anfänglich lokalen Demonstrationen erwuchs ein landesweiter Volksaufstand. Das Regime antwortete mit massiver Repression. Anfangs April musste König Birendra einlenken: Er setzte das über 30jährige Panchayat-(Räte-)System ausser Kraft und hob das ebenso alte Verbot politischer Parteien auf.

Der Aufstand ebnete den Weg für einen grundlegenden Wandel in Richtung Demokratie. Eine neue Verfassung für eine konstitutionelle Monarchie, Wahlen auf nationaler und lokaler Ebene und eine umfassende Dezentralisierungs-Gesetzgebung bildeten die nächsten Schritte. Demokratie hat aber in Nepals öffentlichem Bereich keinerlei Tradition.

Die Nepal Law Society (NLS), eine nicht-gewinnorientierte Interessengemeinschaft nepalesischer Juristen, war sich des Mangels an demokratischer Alltagspraxis bewusst und gelangte deshalb an die DEH mit der Bitte um Unterstützung. Als erstes veröffentlichte die NLS eine Darstellung der Dezentralisierungsanstrengungen in Nepal. Darauf aufbauend wird sie Trainingskurse durchführen. Auch ein Handbuch für Lokalregierungen bezüglich ihrer Rechte und Pflichten wurde ausgearbeitet. In einem periodisch erscheinenden Informationsblatt können zudem die Lokalregierungen ihre Alltagsprobleme darlegen und werden von der NLS fachkundig beraten. Als weiteres Element kommen ab 1995 Evaluations-"Workshops" auf Dorf- und Distriktebene dazu. Positive und negative Evaluationsresultate sollen gleicherweise

veröffentlicht werden, um eine kontinuierliche Verbesserung des Demokratisierungsprozesses zu ermöglichen. Die DEH stellt der NLS Fachberatung durch den Staatsrechtler Professor Walter Kälin von der Universität Bern zur Verfügung.

Es handelt sich hier um eine kleine DEH-Aktion, die aber einen sehr direkten und wirksamen Beitrag zur Förderung der "good governance" leistet.

### *Nach dem Bürgerkrieg in Mosambik: Aus Soldaten werden Bauern*

Im Mai 1993 standen an einem frühen Morgen in Matola, einem Vorort der Hauptstadt von Mosambik, Hunderte von jungen Männern vor einem Militärgebäude Schlange. Sie wurden aus der Armee entlassen. Bereits zuvor hatte man sie über ihre Zukunftsvorstellungen befragt und die Wiedereingliederung vorbereitet.

An besagtem Maitag trauten die meisten Soldaten, die schon monatelang warteten, der Sache nicht und hatten ihr Gepäck für die Heimkehr gar nicht erst mitgebracht. Im Gebäudeinnern wurden sie eines besseren belehrt: Sie erhielten eine Reisekarte für sich und falls nötig für Frau und Kinder, Geld für Reiseproviant, neue zivile Kleider und Schuhe sowie eine erste Wiedereingliederungshilfe in Form von drei Monaten Sold. Sie wurden auch informiert, dass drei Monate später am neuen Wohnort eine zweite Finanzhilfe geleistet werde.

Nach der Ankunft am Wohnort ihrer Wahl konnten sie zudem Saatgut, Werkzeuge und Nahrungsmittelhilfe zur Ueberbrückung bis zur nächsten Ernte beanspruchen und sich durch Familienbeziehungen Zugang zu Land verschaffen.

Insgesamt galt es, rund 80'000 Soldaten der Regierung und der Rebellenorganisation RENAMO zu demobilisieren. Diese jungen Männer stellten ein riesiges Produktionspotential dar, auf das Mosambik während des Krieges verzichten musste. Auf Anfrage des Finanzministers von Mosambik hat die Schweiz als einziges Land - andere Länder wollten kein Risiko eingehen - die Vorbereitung des Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammes seit 1990 unterstützt. Warum? Es macht wenig Sinn, die Entwicklung eines Landes zu fördern und sich für Verbesserungen zum Beispiel im Gesundheitssektor einzusetzen, wenn ein Staat seine Ausgaben in den sozialen Sektoren nicht erhöhen kann, weil die Militärausgaben das Staatsbudget verschlingen.

Um das Budget nicht unnötig zu belasten, wollte der Finanzminister schon vor Ende des Krieges mit der Demobilisierung beginnen und ersuchte um internationale Unterstützung für die wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung der demobilisierten Soldaten. Um einen Plan zu entwickeln, musste man aber eine Vorstellung haben von den Kenntnissen der Soldaten und wissen, was sie nach der Demobilisierung tun wollten.

Nach monatelangem Zögern und erst nachdem die Militärs ihre Ideen anlässlich eines Planungsseminars mit den Regierungsvertretern diskutieren konnten, erlaubten sie die Verteilung eines Fragebogens an die Soldaten. Mit den 15'500 Antworten konnte eine Datenbank für die Demobilisierung errichtet werden. Es zeigte sich, dass mehr als 50 Prozent wieder in der Landwirtschaft und Fischerei tätig sein wollten, rund ein Viertel im Handel und Transportwesen und 15 Prozent in der Industrie.

Diese Ergebnisse bekräftigen die Einsicht, dass sich die Mehrzahl der Demobilisierten mit Hilfe einer minimalen Unterstützung selbst wiedereingliedern muss - und das auch will. Denn weder der Staat noch die internationale Gemeinschaft können ihnen allen zu einer Arbeit in der Industrie oder in einem Projekt verhelfen.

Mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Oktober 1992 übernahm die UNO den mit Hilfe der DEH ausgearbeiteten Plan. Er bildet die Grundlage für das Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm.

Die Erfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit waren nützlich bei der Planung und Umsetzung des Friedensabkommens. Es bleiben Schwierigkeiten auf politischer Ebene: Insbesondere muss die RENAMO-Rebellenorganisation überzeugt werden, nicht neue Bedingungen zu stellen, um die Entwaffnung und Demobilisierung durch die UNO und somit auch die Wahlen zu verzögern. Die Schweiz hat sich in diesem Programm mit einem Beitrag von zehn Millionen Franken verpflichtet.

### *Gemeindeautonomie in Rwanda*

Vor bald zehn Jahren hat Rwanda eine Dezentralisierungspolitik beschlossen, die sich auf die Gemeinde - eine administrative Einheit mit durchschnittlich 50'000 Einwohnern - abstützt. In Anbetracht der reichhaltigen Erfahrung der Schweiz als föderalistischer Staat mit ausgeprägter Gemeindeautonomie ersuchte Rwanda die Schweiz um Unterstützung bei der Entwicklung finanzieller Instrumente und bei der Planung der neuen Aufgabenverteilung zwischen dem Zentralstaat und den Gemeinden.

Ein Pilotprojekt wurde in den neun Gemeinden der Präfektur Kibuye im Westen Rwandas lanciert, wo die Schweiz seit 1965 tätig ist. Die Schweiz arbeitet eng mit dem Ministerium für innere Angelegenheiten und Gemeindeentwicklung, mit dem Regierungstatthalter von Kibuye, den neun verantwortlichen Präsidenten der Gemeinden und Volksvertretern zusammen. Kommunale Entwicklungspläne wurden erarbeitet, die Gemeindeprobleme identifiziert, und mögliche Lösungen ausgewählt. Prioritätenlisten wurden erstellt unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten. Der erste Gemeindeplan lag 1987 vor. Eine erste Bilanz 1990 zeugte von der

Berechtigung dieses neuen Instruments. Seither haben alle Gemeinden mit der Ausarbeitung des eigenen Plans begonnen oder diesen schon fertiggestellt.

Damit das Projekt nicht nur auf dem Papier bestehen blieb, hat die Schweiz die Gemeinden für eine Reihe von sozialen Infrastrukturprojekten, die auf dem Entwicklungsplan oberste Priorität erhalten hatten, finanziell unterstützt. So konnten Schulen, Spitäler und Brücken gebaut oder erneuert werden, was zu einer unmittelbaren Verbesserung der Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerung beitrug.

Eine gut strukturierte Dezentralisierung fördert individuelle und kollektive Initiativen, die für die Entwicklung einer Region unerlässlich sind. Seit der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems in Rwanda im Jahre 1991 wächst die Bedeutung der Dezentralisierung noch an, da die Gemeindepräsidenten künftig vom Volk gewählt und nicht mehr von der Zentralregierung bestimmt werden. Das erlaubt den Wählern auch zu kontrollieren, ob ihre Vertreter den in den kommunalen Entwicklungsplänen ausgedrückten Wünschen Rechnung tragen. Andernfalls können diese abgewählt werden.

Indem die Bevölkerung an den sie betreffenden Entscheidungen teilhaben kann, verstärkt das Projekt den Einfluss der Bürger auf das Funktionieren der Verwaltung. Es bekräftigt auch den Eindruck, dass diese Verwaltung im Dienst der Bevölkerung Rwandas steht und nicht umgekehrt.

#### *Wenn kriegsrische Wirren Entwicklungszusammenarbeit in Frage stellen*

Bricht in einem Land, in dem die Schweiz aktive Entwicklungszusammenarbeit betreibt, ein bewaffneter Konflikt aus, so sehen sich die Programmverantwortlichen mit einer Reihe von Fragen konfrontiert, deren Antwort umgehend eine politische Dimension annimmt. Kann man die Finanzierung laufender Projekte fortsetzen? Wie wirkt sich der Abbruch oder die Neuorientierung des Programms aus? Welche Kriterien sind in Entscheidungen einzubeziehen? Wer wird von den Beschlüssen betroffen? Welches politische Signal gibt man mit dem Entscheid über Weiterführung oder Abbruch des Programms?

Im Oktober 1990 ist in Rwanda, einem traditionellen Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, ein Bürgerkrieg ausgebrochen. Anfänglich richtete sich die Aufmerksamkeit der Programmverantwortlichen auf Fragen der Sicherheit der nationalen Partner und der Berater. Es galt, die Risiken zu bestimmen, die man im Fall der Weiterführung der Projekte einging. Dann musste man sicherstellen, dass die Weiterführung der Projekte objektiv möglich war (Kontakt mit den Nutzniessern, Zusammenarbeit mit den Ministerien, Besichtigung in der Projektzone, usw.). Schliesslich prüfte die DEH jedes Projekt, um abzuschätzen, ob

sich eine Weiterführung rechtfertigen liess, und zwar sowohl vom entwicklungs- politischen als auch vom rein politischen Standpunkt aus.

Informationen über Verletzungen der Menschenrechte durch alle Konfliktparteien in Rwanda machten die Entscheidung nicht einfacher. Frauen und Männer, welche die Hauptakteure und zugleich Nutzniesser der Entwicklungsprojekte waren, drohten nun dreifach bestraft zu werden: Durch die Folgen des Bürgerkrieges, durch wirtschaftliche Auswirkungen, beim Abbruch von Programmen und durch Menschenrechtsverletzungen. Die Schweiz beschloss, die Unterstützung für einzelne Projekte abzubrechen. Für die andern wurden Abkommen geschlossen, die auf ein Jahr beschränkt waren. Menschenrechtverletzungen wurden der Regierung ausdrücklich notifiziert und im Dialog um Abhilfe ersucht.

Ein Friedensabkommen zwischen den kriegsführenden Parteien in Rwanda konnte erst im August 1993 unterzeichnet werden, mehr als zweieinhalb Jahre nach dem Ausbruch des Konflikts. Selbst wenn nicht alle Landesteile vom Krieg gleich betroffen wurden, so sind die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Folgen in ganz Rwanda spürbar. Die Schweiz und andere Partner des Landes leisteten ihre Hilfe in einem Klima der Unsicherheit, das es verunmöglicht hat, mittel- oder langfristige Verpflichtungen einzugehen. Gleichzeitig ergab sich eine Verlagerung von langfristiger Entwicklungszusammenarbeit zu kurzfristiger humanitärer Hilfe. Es hiess abwarten, bis die Bevölkerung Rwandas für ihre politischen Probleme eine Lösung gefunden sowie ihre Prioritäten und ihre Strategie definiert hatte, um die nationale Versöhnung einzuleiten und den Entwicklungsprozess neu zu lancieren.

### *Menschenrechte in Südafrika*

Um einen Beitrag zur Abschaffung der Apartheid und zum Entstehen einer gerechten und demokratischen Gesellschaft in Südafrika zu leisten, unterstützt die Schweiz seit 1987 verschiedene private Organisationen, die in der Verteidigung der Menschenrechte aktiv sind, unter anderen die "Anwälte für Menschenrechte" (Lawyers for Human Rights - LHR), eine politisch ungebundene Nichtregierungsorganisation, die 1979 gegründet worden ist.

In einer ersten Phase ihrer Arbeit hat sich die LHR auf die Verteidigung von Apartheidopfern konzentriert: Personen, die auf Grund der Gesetze für getrennte Wohngebiete aus ihrem Quartier vertrieben werden sollten; Personen, die auf Grund ihrer Ideen oder ihrer politischen oder sozialen Aktivitäten verhaftet worden waren; Personen, die für gewöhnliche Verbrechen angeklagt worden waren, obschon sie aus politischen Motiven gehandelt hatten. Dabei lehnte sich die LHR einerseits gegen die Fundamente der Apartheidgesetzgebung und den Machtmissbrauch der Polizei unter den Notstandsgesetzen auf, versuchte aber andererseits auch, die Verteidigung der Opfer durch die Bereitstellung von Rechtsanwältin sicherzustellen (das südafri-

kanische Recht kennt keine Pflichtverteidiger), und alle Möglichkeiten der ausserordentlich förmlichen und komplizierten südafrikanischen Rechtsverfahren auszunutzen. Im weiteren appellierte die LHR auf Grund der eigenen Erfahrung auch immer wieder an die öffentliche Meinung, um sie für Menschenrechtsfragen zu sensibilisieren.

Der sichtbarste Erfolg der LHR war der Nachweis, dass innerhalb der Polizeikräfte eigentliche Todesschwadronen gebildet worden waren, die Apartheidgegner liquidierten. Bei der Ausschöpfung aller rechtlichen Rekursmöglichkeiten bei zum Tode Verurteilten stiess die LHR auf einen schwarzen ehemaligen Polizisten, der für die Ermordung eines weissen Farmers verurteilt worden war. Dieser bereute zwar seine Tat, war aber gleichzeitig auch erstaunt über seine Verurteilung, hatte er doch im Dienst und ohne rechtliche Folgen an der Ermordung von Oppositionellen teilgenommen. Seine Zeugenaussage stand am Anfang eines politischen Skandals, der die öffentliche Meinung aufrüttelte, vielen Leuten die Augen öffnete, und damit zur Veränderung der politischen Situation wesentlich beitrug.

Die Entwicklung in Südafrika seit 1990 und die schrittweise Abschaffung der Apartheid hat bei der LHR zu einer Verlagerung der Akzente geführt: Förderung der Ausbildung im Bereich der Menschenrechte sowohl an den juristischen Fakultäten wie auch innerhalb der Juristenvereinigungen; Ausbildung schwarzer Rechtsanwälte (nur 5 % der Rechtsanwälte sind Schwarze); Verteidigung der sozialen Rechte (Pensionen, Arbeitsrecht); Verbesserung der Situation von Arbeitern in der Landwirtschaft; Förderung lokaler Schlichtungsprozesse; Förderung der staatsbürgerlichen Ausbildung, besonders bezüglich der Menschenrechte. Diese Arbeit ist grundlegend in einem Staat, wo die grosse Mehrheit der Bürger, Weisse wie Schwarze, weder weiss, was ein Rechtsstaat ist der diesen Namen verdient, noch über die demokratischen Spielregeln informiert ist. Die anstehende rechtliche Abschaffung der Apartheid ist eine Sache, die Abschaffung der entsprechenden Mentalitäten eine andere, die noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird. LHR ist in der Lage, dabei auch auf der nationalen Ebene mitzuarbeiten. Aus einer kleinen Nichtregierungsorganisation ist eine wichtige Institution mit 1'500 Mitgliedern geworden (was ca. 15 % der südafrikanischen Anwälte entspricht), die 14 regionale Büros unterhält, über 100 feste Mitarbeiter und über ein Budget von mehr als 8 Millionen Franken verfügt.

Die Schweiz gehörte zu den ersten Geldgebern von LHR; von 1987-1994 wurden 1,3 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Heute erfreut sich LHR einer weit breiteren Unterstützung durch ein halbes Dutzend europäischer Staaten, die EU und durch mehre ausländische und südafrikanische Stiftungen.

*Bauern im Sahel organisieren sich*

Die Föderation von Nichtregierungsorganisationen von Senegal (FONGS) umfasst 25 Bauernverbände, die insgesamt mehr als eineinhalb Millionen bäuerliche Produzenten als Mitglieder haben. Diese Organisation entstand 1978 aufgrund der Ineffizienz und dem Ueberdruß gegenüber den bestehenden Organisationen, als Reaktion auf die neue Landwirtschaftspolitik und Begünstigungen bei der Bodenverteilung und schliesslich durch Anstösse von der ausländischen Hilfe.

Einer der Gründer der FONGS stellt fest: "Eigentlich hat uns der Staat geschaffen. Er hat uns gezwungen, auf seine Zwangsmassnahmen zu reagieren." Diese bestanden vor allem im Druck, der auf die Bauern ausgeübt wurde, für den Export zu produzieren, und in den Versuchen, die Bauern über staatlich organisierte Kooperativen zu kontrollieren. Mit der Unterstützung von "Maisons Familiales Rurales" und der Vereinigung für Umwelt und Entwicklung (ENDA) organisierten sie sich in solidarischen Dorfgemeinschaften und in geographischen Zonen, was ihnen die juristische Anerkennung durch das Verbandsstatut sicherte.

Seit 1976 spielt die Vereinigung Six S' (Se Servir de la Saison Sèche en Savane et au Sahel), die von der senegalesischen Regierung anerkannt und von der DEH unterstützt wird, eine Katalysatorrolle in dieser Verbandsbewegung. Six S' gewährt Verbänden, die sich über Initiative und Kohäsion ausweisen, flexible Finanzierungsmöglichkeiten. Schulen, die praktische Kenntnisse vermitteln, werden eingerichtet. So entstanden und konsolidierten sich in den achtziger Jahren landwirtschaftliche Gruppierungen im Norden (Amicale du Walo), im Zentrum (Union des Ententes) und im Süden (Association des Jeunes de Casamance) des Landes.

Mit der finanziellen Unterstützung von europäischen Nichtregierungsorganisationen entstanden infolge der Dürrekatastrophe von 1984 und als Reaktion auf gewisse politische Entscheidungen (neue Landwirtschaftspolitik der Regierung, Annullierung eingegangener Verpflichtungen, Abbau der Subventionen an die Landwirtschaft, ein neues Gesetz über die wirtschaftlichen Interessengruppen) weitere Vereinigungen. Die Unregelmässigkeiten bei der Bodenverteilung im Norden des Landes trugen zur Stärkung der neuen Verbände bei.

In diesem neuen politischen Umfeld hat sich die FONGS rasch als eine Art Bewegung bestätigt, welche die Interessen der Produzentenverbände verteidigt und unterstützt. 1990 hatten sich bereits mehr als 25 Verbände der Föderation angeschlossen, die gegen 2000 Gruppierungen vertritt. Sie kann eineinhalb Millionen Produzentinnen und Produzenten mobilisieren, die an den unterschiedlichen Aktivitäten dieser Organisation interessiert sind: Ausbildung, Kredit und Sparen, Frauenförderung, Alphabetisierung, Projekte für die Selbstversorgung oder die Bekämpfung der Heuschreckenplage.



Aufgrund ihrer Erfahrung hat die FONGS ein Organisationsniveau erreicht, das es ihr erlaubt, mit einer Gruppe von Finanzpartnern, darunter die DEH, ein Dreijahresprogramm (1991-1994) für die institutionelle Unterstützung - Organisation und Verwaltung, Weiterbildung, Kommunikation, Evaluation, aktionsorientierte Forschungen - auszuhandeln. Diese Aktivitäten werden vom nationalen Komitee der FONGS geleitet, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den aus Vertretern des Mitgliedervereinigungen zusammengesetzten Kommissionen.

Im Januar 1993 organisierte die FONGS ein Kolloquium zum Thema "Die Zukunft der Bauernschaft in Senegal". Es wurde eine Art Gipfeltreffen aller organisierten Kreise im landwirtschaftlichen Milieu (Viehzüchter, Kooperativmitglieder, Marktfahrer, Fischer, Frauenorganisationen), um auf nationaler Ebene eine Beratungs- und Verhandlungsplattform zu bilden. Damit war die FONGS als politischer Gesprächspartner führender nationaler Instanzen, aber auch internationaler Kreditgeber anerkannt.

Im französischsprachigen Afrika ist die FONGS heute die am weitesten gediehene unabhängige Bauernorganisation. Fünfzehn Jahre nach ihrer Gründung ist die Föderation ein anerkannter Partner für die Behörden und Hilfsorganisationen. Als solche ist sie ein Vorbild und ein Ansporn für neue Bauernbewegungen in andern westafrikanischen Staaten.

### 313            Wenn arme Leute investieren

Sozialpolitik und alle Bemühungen zur Verminderung der Armut sind zum Scheitern verurteilt, wenn im Bereich der Einkommen, der Produktionssteigerung und der Arbeitsplätze keine nachhaltige Entwicklung eintritt. Deshalb sind nicht nur die gesamtwirtschaftlichen Strukturanpassungen ein zentrales Thema in der Zusammenarbeit zwischen Norden und Süden, sondern auch die verschiedenen Formen kleinbetrieblicher Initiativen.

Wichtig ist dabei, dass die Nutzniesser (Frauen und Männer!) zu den ärmeren Bevölkerungsschichten gehören, dass sie möglichst rasch ein hohes Mass an Selbständigkeit erlangen und dass es nicht bei Einzelerfolgen bleibt, sondern dass Breitenwirkung erzielt wird.

Ein unverzichtbares Element in diesem Umfeld ist der Kleinkredit für landwirtschaftliche oder kleingewerbliche Produktion. Beispiele aus dem landwirtschaftlichen Bereich in Ostafrika, aus dem Handwerksbereich Westafrikas, Indiens oder Lateinamerikas zeigen die Vielfalt der möglichen Ansätze.

Bei derartigen Programmen beschränken sich die Wirtschaftskreisläufe zwar häufig auf das lokale oder regionale Umfeld, das Beispiel aus Bolivien zeigt aber, dass auch Exportförderung über die Kontinente hinweg möglich ist.

### *Women's World Banking: Kleinkredite für Kleinunternehmerinnen*

Melba Lucy Montenegro war arm, aber ehrgeizig. Die 29jährige dreifache Mutter träumte davon, in ihrer Heimatstadt Cali, Kolumbien, eine Reparaturwerkstätte für Fahrräder zu eröffnen. Verschiedene lokale Banken lehnten es jedoch ab, ihr einen Kredit zu geben, da sie keinerlei Sicherheiten anzubieten hatte. Da hörte sie von "Women's World Banking" (WWB), einer Organisation zur Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frau. "Women's World Banking" prüfte ihre Geschäftspläne und stellte ihr eine Garantie in der Höhe von 75 Prozent der erforderlichen Kreditsumme aus. Mit dieser Garantie ging Melba Montenegro zur Bank und erhielt den gewünschten Kredit. Heute, acht Jahre später, besitzt sie drei Reparaturwerkstätten und beschäftigt insgesamt 18 Personen.

Für die meisten Banken in den Entwicklungsländern sind Arme ohne Sicherheiten - oft im informellen Sektor beschäftigt - nach wie vor keine Geschäftspartner und werden als ein zu grosses Risiko betrachtet. Zudem sind die Transaktionskosten für die Bank bei kleinen Kreditbeträgen zu hoch. Häufig sind es gerade Frauen, die aus diesen Gründen vom formellen Bankensystem übergangen werden. Diesen Frauen den Zugang zu kommerziellen Krediten und Beratung zu ermöglichen und damit deren wirtschaftliche Eigenständigkeit innerhalb der Gesellschaft zu stärken, ist das Hauptanliegen von "Women's World Banking".

"Women's World Banking" (WWB) ist eine nicht gewinnorientierte Institution mit Rechtssitz in den Niederlanden. Das "Jahrzehnt der Vereinten Nationen für die Frau" bot das günstige Umfeld für diese und ähnliche Initiativen. Seit ihrer Gründung hat WWB mehr als einer Million Kleinunternehmerinnen Zugang zu Krediten und Beratung verschafft. Dies war nur dank einem Netzwerk von 50 eigenständigen Gruppen in 40 verschiedenen Ländern sowie einer zentralen Dienstleistungsorganisation in New York möglich. Die durchschnittliche Kreditsumme betrug 200 US-Dollar, die Quote der nicht zurückbezahlten Kredite belief sich auf 2 Prozent.

Zielgruppe von WWB sind Frauen, die Unternehmerinnen sind oder werden möchten, die einen kleinen Produktionsbetrieb, ein Gewerbe oder Handwerk aufziehen wollen. Sie stammen hauptsächlich aus dem städtischen Raum. WWB offeriert ihnen nicht nur Garantien und Kontakte zu Lokalbanken, sondern auch Ausbildung sowie weitere Dienstleistungen innerhalb eines weltweiten Netzwerkes von Geschäftsfrauen. Dabei versteht sich WWB nicht als Wohltätigkeitsorganisation: Die Frauen bezahlen für die von ihnen beanspruchten Dienstleistungen, was den WWB-Gruppen wiederum ermöglicht, einen Teil ihrer operationellen Kosten zu decken.

Mit der Garantieleistung als wichtigstem Instrument von WWB zur Kreditförderung soll ein möglichst hoher Hebeleffekt erreicht werden. Vorhandenes Eigenkapital erwirkt ein Mehrfaches an Krediten von den Banken.

Für die nächsten Jahre plant WWB eine substantielle Ausweitung ihrer Tätigkeit. Einerseits sollen die Dienstleistungen seitens WWB-New York ausgebaut, andererseits die Kapitalisierung der lokalen WWB-"Filialen" verbessert und damit deren Eigenständigkeit gestärkt werden. Die lokalen WWB-Gruppen sollen in die Lage versetzt werden, ihr Dienstleistungsangebot auszubauen und einer steigenden Anzahl von Frauen zur Verfügung zu stellen. Die DEH beteiligt sich seit 1991 an den Kosten der Dienstleistungsorganisation in New York und wird in Zukunft vermehrt auch direkt mit den WWB-Gruppen zusammenarbeiten.

*"Ein Huhn, das goldene Eier legt"*

"Ein Huhn, das goldene Eier legt", so bezeichnen Bauern die einfache, aber sehr effiziente Tretpumpe, die in Bangladesh für Bewässerungszwecke produziert und vertrieben wird. Diese von einem Bangladeshi erfundene Pumpe ist tatsächlich ein kleines Wunder, besonders für Klein- und Kleinstbauernfamilien, die an der Grenze des Existenzminimums leben.

Die Tretpumpe besteht aus einem Doppelzylinder, einem Brunnenrohr aus Kunststoff und einer Treteinrichtung aus Bambus. Diese Bewässerungsanlage ist auf die besondere Situation Bangladeshs zugeschnitten, das einen Ueberfluss an Arbeitskräften aufweist und dessen bebaubare Fläche in Millionen kleiner Landparzellen - 0,2 Hektaren oder weniger - aufgeteilt ist. Eine installierte Pumpe kostet etwa 50 Franken, dazu kommen jährlich nur gerade 1.50 Franken für den Unterhalt. Die Lebensdauer beträgt ungefähr sechs Jahre. Mit einer solchen Pumpe wird Grundwasser aus fünf bis zehn Meter Tiefe heraufbefördert. Bis zu einer halben Hektare Land können so mit Muskelkraft ("Treten") bewässert werden. Eine zweite Reisernte oder Gemüseanbau in der Trockenzeit wird dadurch möglich. Pro Familie bringt die Tretpumpe jährlich ein Zusatzeinkommen von 400-1'500 Franken. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Bangladesh beträgt nur gerade 300 Franken im Jahr. Die Tretpumpe wird gegenwärtig in etwa 80 privaten, einfachen Kleinwerkstätten hergestellt, die über das ganze Land verteilt sind.

Seit 1989 unterstützt die DEH die Initiative einer privaten, amerikanischen Entwicklungsorganisation, die sich die Verbreitung von Tretpumpen in Bangladesh zum Ziel gesetzt hat. Ähnliche Initiativen werden heute auch in Indien und Vietnam unterstützt. 1991 wurde eine selbständige Vermarktungsorganisation - "Krishok Bandhu" (des Bauern Freund) - gegründet, über welche heute etwa ein Viertel der jährlich im Land verkauften 160'000 Tretpumpen vertrieben wird. Gegenwärtig stehen etwa 800'000 Tretpumpen in Bangladesh im Einsatz. Schätzungen zufolge könnte die

Tretpumpe in Bangladesh die Lebensbedingungen von etwa 6,5 Millionen Bauernfamilien nachhaltig verbessern.

Mit diesem einfachen, technisch angepassten Werkzeug, das unter Marktbedingungen hergestellt und vertrieben wird, kann der private Sektor entscheidend zur Armutsbekämpfung beitragen. Bis vor kurzem hat die Regierung diese Tretpumpe noch als technologischen Rückschritt betrachtet und vornehmlich kostenintensive Tiefbrunnen subventioniert und gefördert. Heute ändert sich das: Auch die reicheren Bauern haben angefangen, ihre unterhaltsintensiven Motorpumpen gegen Tretpumpen einzutauschen.

Obwohl viele der mittellosen Kleinbauern einen Kredit zum Kauf einer solchen Pumpe benötigen, wurde bewusst auf eine Subventionierung verzichtet. Die Erfahrungen in Bangladesh wie anderswo beweisen, dass durch Subventionen die Übernahme von Eigenverantwortung negativ beeinflusst wird: Die goldenen Eier des Huhns würden rasch ihren Glanz verlieren.

### *Kleinunternehmer in Mali*

Bakary Traoré ist Schreiner in Barnaky-Coura, einem Quartier der malischen Hauptstadt. Er ist ein typischer Vertreter des sogenannten "informellen Sektors", in dem viele Kleinunternehmen am Rand der offiziellen Wirtschaftskreisläufe arbeiten. Wie in vielen anderen Ländern hat der informelle Sektor in den letzten Jahren auch in Mali begonnen, sich besser zu organisieren und seine Interessen zu verteidigen. Die DEH unterstützt diese Anstrengungen und damit eine Wirtschaftsform, die durch ihre Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gerade in armen Ländern eine wachsende Rolle spielt. Sie schafft mit wenig Kapitaleinsatz viele Arbeitsplätze.

Als guter Handwerker hat sich Bakary Traoré mit der Restauration und dem Nachbau von Möbelstücken einen Namen gemacht. Die Nachfrage ist weit grösser als sein Angebot: Er könnte zwei Lehrlinge und einen Arbeiter einstellen, aber er befürchtet eine übermässige Besteuerung. Schon heute zahlt er die Steuern oft mit Verspätung, und sie erhöhen sich deshalb noch um die Strafzinsen. Deshalb hat er beschlossen, bei der "Boutique de gestion, d'échanges et de conseil" Rat zu holen.

In Mali haben die Handwerkerinnen- und Handwerkerverbände eine Nationale Föderation gebildet; es handelt sich um eine Gewerkschaft, die aus 21 Verbänden besteht und mehr als 1000 Mitglieder vertritt. Diese Organisation verfolgt ein doppeltes Ziel: Einerseits verteidigt sie die Interessen ihrer Mitglieder, andererseits strebt sie eine Verbesserung der Produktion an. Dafür verfügt sie über die genannte "Boutique de gestion, d'échanges et de conseils", die von einem Handwerker-Komitee verwaltet wird. Die "Boutique" stützt sich auf ein Netz kompetenter, ortsansässiger Leute ab und wird von der DEH unterstützt.

Im Fall von Bakary Traoré kommen die Berater der "Boutique" zu folgenden Schlüssen: Er sollte sich - wenn er die wachsende Nachfrage befriedigen möchte - auf die Restaurierung und die Reparatur alter Möbel spezialisieren oder einen in diesem Bereich spezialisierten Arbeiter anstellen; er sollte eine bessere Unternehmensführung und das Erstellen von Kostenvoranschlägen lernen; schliesslich sollte er etwas für die Ausbildung seiner Lehrlinge tun, und einen oder zwei gute Arbeiter anstellen, um die Qualität der Produkte zu verbessern.

Eine Tätigkeit im informellen Sektor bietet zwar, vor allem was die Steuern betrifft, einige Schlupflöcher, aber sie hat auch ihre Nachteile: Die Handwerker haben kaum Zugang zu Krediten und Bankdarlehen, sie überblicken oft den weiteren Markt für ihre Produkte nicht gut, und es gibt wenig Kontakt mit den offiziellen Ausbildungsstellen. Für Frauen sind die Bedingungen meist noch schwieriger.

Bakary Traoré und seine Kollegen wissen sehr wohl, warum sie sich zusammengeschlossen haben: Gemeinsam können sie sich besser gegen die Ansprüche und Schikanen von Verwaltungsstellen oder die Druckversuche von Grossisten wehren. Das Zusammenspannen ermöglicht ihnen auch die Gründung einer Beratungs- und Austauschstruktur wie die der "Boutique". Wenn sie lernen, dass man sich gegenüber der Verwaltung in einer besseren Ausgangslage befindet, wenn man die Steuern fristgerecht zahlt, oder dass man mit etwas Erspartem Bankkredite zu besseren Bedingungen erhält, ist schon ein wichtiger Schritt getan.

Ihre Ratschläge und Informationen erteilt die "Boutique" gratis. Den Verbänden verkauft sie ihre - teilweise subventionierten - Dienstleistungen: Juristische Unterstützung, Voranschläge, Offerten, Buchhaltung, Herstellen von Beziehungen, Ausbildung usw. Nach und nach hat sie die Inhaber der Handwerksbetriebe veranlasst, sich beruflich weiterzubilden und ihre Lehrlinge in die theoretischen und praktischen Kurse der offiziellen Ausbildungszentren zu schicken. Die Nachfrage nach gut ausgebildeten Handwerkern und Handwerkerinnen in den verschiedensten Bereichen ist heute sehr gross.

Der informelle Sektor, der als Antwort auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen nach dem Hereinbrechen moderner Formen der Marktwirtschaft entstanden ist, basiert auf ganz besonderen internen Regeln und wird oft am Rand der offiziellen Ordnung ausgeübt. Seine Anpassungsfähigkeit an die Konjunktur verleiht ihm aber eine immer wichtigere wirtschaftliche Rolle. Er sichert heute für weite Kreise der städtischen Bevölkerung das Ueberleben.

In vielen afrikanischen Oekonomien übt der informelle Sektor eine Schlüsselfunktion aus, wird in seiner Bedeutung aber trotzdem noch oft unterschätzt. Die Verwaltung und auch internationale Geldgeber ersticken oft die Dynamik und die Kreativität informeller Aktivitäten durch Bevormundung, übermässige Besteuerung und bü-

rokratische Auflagen. Der Sektor ist in Afrika eine Stütze der neuen wirtschaftlichen Systeme.

### *Ziegelfabrikation in Lateinamerika*

Das Dach ist sowohl in Lateinamerika, in Asien als auch in Afrika der teuerste Teil eines einfachen Wohnhauses. Es stellt die Bewohner zudem vor zahlreiche Probleme, muss es doch oft renoviert und ersetzt werden. Grundsätzlich steht man in der Stadt und auf dem Land vor der Wahl, schlechtes, dünnes Wellblech oder ein gutes, aber teures Eternitdach zu kaufen. Im konkreten Fall reichen die Mittel meistens nicht einmal für das dünnste Wellblech aus.

Seit ein paar Jahren gibt es eine Alternative dazu: Leichtzement-Ziegel, die in kleinen Werkstätten hergestellt werden. Vor allem in Küstenregionen, wo die Erosion am Wellblech nagt, sind sie heute sehr beliebt, weil sie "besser, schöner und billiger" sind. Zudem können sie vielerorts direkt beim Produzenten gekauft werden.

Die DEH hat seit der 1986 von ihr lancierten Machbarkeitsstudie wesentlich zur Verbreitung dieser Technologie beigetragen. Die SKAT (Fachstelle der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit für Technologie-Management) und die DEH haben ein globales Netzwerk entwickelt, das auch die Projekte in Lateinamerika umfasst. Eine lokal tätige Nichtregierungsorganisation ("Grupo Sofonias") koordiniert und unterstützt diese Projekte.

Die Leichtzement-Ziegel haben sich in Lateinamerika rasch verbreitet. In Honduras beispielsweise sind in einem Jahr 50 neue Werkstätten zur Herstellung dieses Produktes entstanden. Zur Zeit gibt es über 80 Produzenten in rund zehn lateinamerikanischen Ländern. Sie haben bis heute weit über eine Million m<sup>2</sup> Ziegel hergestellt, was für etwa 20'000 Dächer reicht. "Sofonias" bildet die Hersteller aus und betreut sie während der Anfangsmonate in technischen und organisatorischen Belangen. Später sollen diese Aufgaben von - schrittweise neugegründeten - Produzentenvereinigungen wahrgenommen werden.

Für ganz Lateinamerika ist ein Netzwerk im Entstehen, das ins internationale SKAT/RAS (Roofing Advisory Service)-Netzwerk eingebunden werden soll. Die Verknüpfung der Einzelprojekte erlaubt einen weltweiten Erfahrungsaustausch, erleichtert spezifische Beratung und ermöglicht den Produzentenvereinigungen und Unternehmern, den neusten Stand der Entwicklungen zu verfolgen.

Die Vorteile der Produktion von Leichtzement-Ziegeln liegen einerseits in der Umweltbilanz (keine Brennöfen) und der Lebensdauer, andererseits in der dezentralen Herstellung in Kleinbetrieben mit drei bis vier Mitarbeitern. Probleme ergeben sich dort, wo bereits bestehende Produktionsbetriebe konkurrenziert werden, wo die

Rohstoffe fehlen und wo die Herstellung teurer zu stehen kommt als andere Dachkonstruktionen.

### *Seidenraupenzucht: Arbeitsplätze in Indien*

Indien ist mit einer jährlichen Produktion von rund 14'000 Tonnen Rohseide nach China der zweitgrösste Seidenproduzent der Welt. Im Gegensatz zu China ist aber das Gewicht Indiens auf dem Weltmarkt gering, weil fast die gesamte Seidenproduktion für den Eigenverbrauch bestimmt ist. Das mag bei der in Indien herrschenden Armut erstaunen. Doch entspricht es der Tradition, dass die Eltern einer Braut für die Hochzeit wenn irgendwie möglich einen Sari aus Seide kaufen. Das "National Sericulture Project" (NSP) in Indien trug dazu bei, die Rohseidenproduktion während den letzten drei Jahren um jährlich ungefähr 1'000 Tonnen zu steigern, aber dies reicht immer noch nicht für eine Sättigung des lokalen Marktes aus.

Um eine Tonne Rohseide zu produzieren, braucht es etwa 26 ha Maulbeerpflanzungen, die der Fütterung der Seidenraupen dienen. Mit jeder zusätzlichen Hektare Maulbeerpflanzung werden 13 neue Arbeitsplätze für die Kokonproduktion und die Seidenverarbeitung geschaffen.

Das NSP wird von der indischen Zentralregierung geleitet. Beteiligt an der Durchführung, Begleitung und Finanzierung sind mehrere Gliedstaatenregierungen, die Weltbank und die Schweiz. Bereits heute werden im Seidensektor Indiens etwa fünf Millionen Menschen beschäftigt. Eines der Ziele des NSP ist die Schaffung von zusätzlichen 500'000 Arbeitsplätzen. Aufgrund des heutigen Projektverlaufs kann angenommen werden, dass dieses Ziel wesentlich überschritten wird.

Diese zusätzlichen Arbeitsstellen werden vor allem von Leuten aus den benachteiligten Bevölkerungsschichten besetzt: Kleinbauern, Land- und Arbeitslosen, Frauen. Wichtig ist auch, dass sich ein Grossteil dieser Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten befindet. Damit wird ein Beitrag zur Verminderung der Landflucht geleistet.

Das Beispiel zeigt, dass ein kleines Land wie die Schweiz in Zusammenarbeit mit anderen Entwicklungsagenturen die Möglichkeit hat, in einem riesigen Land wie Indien einen Beitrag von nationaler Bedeutung zu leisten. Voraussetzungen dazu sind: langjährige, eigene Erfahrungen in der ländlichen EZA, die Möglichkeit, mit grossen Finanzierungsinstitutionen zusammenzuspannen, und die Bereitschaft für ein starkes Engagement während der Durchführung des Projekts.

## *Afrikanische Bäuerinnen pflanzen Bohnen*

"Wenn wir nicht die Blätter der Stangenbohnen hätten essen können, wären wir wohl verhungert", sagt Frau Mukabuyika aus Karama im Süden Rwandas. Die Zeiten in Karama sind schlecht. Durch den enormen Bevölkerungsdruck werden die Landwirtschaftsbetriebe immer kleiner. Heute stehen den Bauern in der Region pro Person kaum mehr als 0,2 ha Ackerland zur Verfügung. Darauf muss hinreichend Nahrung und Einkommen erzeugt werden, weil es ausserhalb der Landwirtschaft nur wenige Verdienstsquellen gibt. Seit 1988 regnet es unregelmässig, und Pflanzenkrankheiten reduzieren die Erträge. Besonders betroffen ist die Bohne, die wichtigste Eiweissquelle in der rwandesischen Küche.

Da kommen die hochproduktiven Stangenbohnen Frau Mukabuyika sehr gelegen. Frau Mukabuyika gehört zu einer ersten Gruppe von Bäuerinnen, die einen Teil der traditionellen Buschbohnen durch Stangenbohnenorten ersetzen. Die neuen Sorten wurden vom nationalen Forschungsprogramm in Zusammenarbeit mit den Beratungsdiensten und den Bäuerinnen ausgewählt. Unter guten Bedingungen ist der Ertrag doppelt so hoch wie bei den Buschbohnen, und - wie Frau Mukabuyika ausführte - sie haben den Vorteil, dass der üppige Blätterwuchs zusätzliche Nahrung liefert. Weil die neue Sorte weniger krankheitsanfällig und somit ertragssicherer ist, lohnt sich auch der zusätzliche Aufwand für das Ausbringen des Komposts und das Aufrichten von Stangen.

'Umubano' heisst die bevorzugte Stangenbohnenorte von Frau Mukabuyika. 'Umubano' heisst "gute Zusammenarbeit". Diese Zusammenarbeit war nötig, um "Umubano" aus Mexiko nach Karama zu bringen. Ueber die Genbank des CIAT, des internationalen Zentrums für tropische Landwirtschaft in Kolumbien, kam die Sorte durch ein Netzwerk von internationalen Sortentests nach Rwanda. Dies war - mit einem internationalen Institut als Mittler - der erste Süd-Süd Transfer in diesem Beispiel der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Bei der Stangenbohrentechnik kommt es nicht nur auf gute Sorten, sondern auch auf Pflanzabstände, Zahl und Länge der Stangen und die Düngung an. Im Norden Rwandas werden lokale Stangenbohnen schon seit langem angebaut. Deshalb sammelten die Forscher das Wissen der Bauern im Norden und empfahlen den Bauern im Süden, bei ihren ersten Versuchen mit Stangenbohnen die Techniken des Nordens anzuwenden - der zweite Süd-Süd Transfer, diesmal innerhalb eines Landes. Nach dem Erfolg in Rwanda, wo 1992 400'000 Bäuerinnen neue Stangenbohnen anbauen, ist die Technik über das regionale Bohnennetzwerk nach Burundi und Zaire vermittelt und von mehreren 10'000 Betrieben übernommen worden - der dritte Transfer. Die DEH unterstützt die regionalen Bohnennetzwerke in Zentralafrika, den Anden und in Zentralamerika sowie das ordentliche Programm des CIAT. Nutzniesser in Zentralafrika sind nicht nur die Bäuerinnen, die eine besondere Verantwortung für die Ernährung der Familie wahrnehmen. Die nationalen



Programme können jetzt lokale Sorten züchten und am internationalen Erfahrungsaustausch teilhaben. Nutzen entsteht auch für die Volkswirtschaft, weil weniger Nahrungsmittel importiert werden müssen.

### *Bolivien exportiert*

Seit 1985 führt die bolivianische Regierung ein rigoroses wirtschaftliches Strukturanpassungsprogramm durch, das auch von der Schweiz mit namhaften finanziellen Beiträgen unterstützt wird. Während das Programm zu einer raschen Verbesserung wichtiger volkswirtschaftlicher Parameter geführt hat (Inflation, Haushaltsdefizit, Wechselkurs etc.), lässt der erhoffte nachhaltige Wachstumsschub noch auf sich warten.

Der Exportwirtschaft kommt im Rahmen dieses Programms als Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs eine besondere Bedeutung zu. Hindernisse für die Exportförderung sind in Bolivien unter anderem der niedrige Qualitätsstandard, die mangelnde Risikobereitschaft der Kreditinstitute, die fehlende Marktinformation und der Mangel an ausgebildetem Kader.

Zur Ueberwindung dieser Probleme wurde 1991 die privatrechtliche Stiftung "Bolivia Exporta" gegründet. Die DEH ist mit rund 10 Prozent am Stiftungskapital beteiligt und im Stiftungsrat vertreten. Die Stiftung unterstützt bolivianische Unternehmen bei der Identifizierung und Erschliessung von Marktmöglichkeiten für landwirtschaftliche Exportprodukte. Sie tut dies, indem sie sich an solchen Unternehmungen finanziell beteiligt und diesen fachliche Beratung und Information anbietet. Studien haben ergeben, dass Bolivien seine landwirtschaftlichen Exporte bis zur Jahrtausendwende um 40 Prozent steigern könnte. Im Vordergrund des Interesses von "Bolivia Exporta" stehen zur Zeit fünf Projekte in den Bereichen Angorawolle, Karminfarbstoff, Schnittblumen, tropische Pflanzenextrakte und Paranüsse.

Das am weitesten gereifte Projekt der Stiftung betrifft die Herstellung und den Export von Angorawolle-Textilien. "Bolivia Exporta" hat sich am Kapital einer in La Paz niedergelassenen Verarbeitungsfirma beteiligt, welche qualitativ hochstehende Angoraunterwäsche herstellt und diese über eine schweizerische Handelsfirma in Europa vertreibt. Rund 200 zumeist kleinere, über das ganze Land verteilte Angorakaninchen-Züchter beliefern die Firma mit dem nötigen Rohstoff zu einem im voraus ausgehandelten fixen Abnahmepreis. "Bolivia Exporta" unterstützt die Firma in La Paz und die Kaninchenzüchter ausserdem mit technischer Beratung. Die Absatzmöglichkeiten für die hergestellte Wollwäsche sind gut, so dass im Laufe der nächsten Jahre die Angorakaninchenzucht für viele bolivianische Kleinbauern zu einer interessanten zusätzlichen Einkommensquelle werden kann.

In den meisten Ländern Lateinamerikas fand in den letzten Jahren eine konsequentere Aufgabenteilung zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft statt. Letzterer wird heute kaum mehr ihre Funktion als wirtschaftlicher Hauptakteur abgesprochen. Vor diesem Hintergrund engagiert sich die DEH mit der Unterstützung der Stiftung "Bolivia Exporta" erstmals in grösserem Rahmen auf dem Gebiet der Exportförderung in der Privatwirtschaft. Die Erfahrungen in Bolivien werden wegweisend sein für die eventuelle Ausweitung solcher Aktionen in anderen Schwerpunktländern der DEH in dieser Region.

## 314 Soziale Gerechtigkeit

Entwicklungspolitik ist nicht nur, aber doch hauptsächlich globale Sozialpolitik. Die Ziffer 114 - 116 (Das Problem der Armut/Die Lage der Frauen/Bevölkerungswachstum) dieser Botschaft haben deutlich gemacht, wie entscheidend die Befriedigung der Grundbedürfnisse - insbesondere Gesundheit und Erziehung - und die Entfaltungsmöglichkeiten der Frauen sind, wenn Bevölkerungswachstum und Abwanderungen eingedämmt werden sollen.

Strukturanpassungsprogramme der achtziger Jahre haben Einbrüche qualitativer und quantitativer Art in den öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystemen hervorgerufen. Das Beispiel des Sozialfonds in Bolivien macht deutlich, dass Regierungen und die internationale Gebergemeinschaft mit gezielten Massnahmen dem entgegenwirken können. Sozialpolitik ist ein Bereich, wo sich in vielfältiger Form neue Aufgabenteilungen zwischen Staat und privaten Organisationen entwickeln können.

Ohne aktive Beteiligung der Frauen am Entwicklungsprozess ist weder soziale Gerechtigkeit noch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung möglich: In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Bewässerung und Trinkwasser, aber auch in der Siedlungshygiene (z.B. Abfallbewirtschaftung durch Kompostierung) müssen die Frauen viel entschiedener in alle Entwicklungsprogramme einbezogen werden. In diesem Bereich hat sich die DEH auch intensiv an der internationalen Koordination beteiligt, sowohl im Rahmen der UNICEF wie der OECD.

Das übermässige Wachstum der Städte im Süden hat auch neue Randschichten hervorgebracht, die wenig Chancen für gesichertes Einkommen haben. Das Beispiel aus Bangladesh zeigt, dass sich hier ein wachsendes Feld der internationalen Zusammenarbeit aufzutut: angepasste und breitenwirksame Formen der Arbeitsbeschaffung.

## *Soziale Kosten bei Strukturanpassungen: Was muss getan werden?*

Anfangs der achtziger Jahre erlebte Bolivien eine wirtschaftlich und politisch chaotische Periode, welche 1984 ihren wohl spektakulärsten Ausdruck in einer Jahresinflation von 25'000 Prozent fand. Breite Bevölkerungskreise wurden sich im täglichen Kampf gegen die Geldentwertung bewusst, dass radikale Massnahmen unaufschiebbar geworden waren. 1985 wählten die Bolivianer mit Victor Paz Estenssoro einen Präsidenten, der ein radikales wirtschaftliches Strukturanpassungsprogramm in Aussicht stellte. Was die Teuerung, den Wechselkurs und den Staatshaushalt betraf, brachte das Programm die bolivianische Wirtschaft innert kürzester Zeit ins Gleichgewicht.

Andererseits hatten die ergriffenen Massnahmen auch eine massive Verteuerung der Lebenskosten für Lohn- und Subventionsempfänger zur Folge. Ausserdem standen 40'000 staatliche Angestellte - besonders Arbeiter der unrentablen Staatsminen - plötzlich ohne Aussicht auf eine nennenswerte Entschädigung auf der Strasse.

Die bolivianische Regierung war sich der Gefahr einer solchen Situation für den Bestand der noch jungen Demokratie bewusst. Sie gründete einen Nothilfefonds, mit welchem vorübergehend, aber rasch, unbürokratisch und gezielt Einkommen für die vom Anpassungsprogramm besonders betroffenen Bevölkerungsschichten geschaffen werden sollten. Der Nothilfefonds war von 1986-1990 aktiv und wurde von der Weltbank, der interamerikanischen Entwicklungsbank und einer Reihe europäischer Geldgeber grosszügig unterstützt. Die Schweiz war mit einem Beitrag der DEH von 45 Millionen Franken, d.h. etwa 14 Prozent des Gesamtbudgets, der grösste bilaterale Partner des Fonds.

In den fünf Jahren seines Bestehens schuf der Nothilfefonds insgesamt etwa 900'000 Mann- und Fraumonate Arbeit. Ueber 3000 Infrastrukturprojekte im ganzen Land konnten mit seiner Hilfe erstellt werden, wie zum Beispiel Schulhäuser, Gesundheitsposten, Trinkwasseranlagen, Wohnbauten, Zufahrtswege und Bewässerungskanäle. Ueber das damit geschaffene Einkommen konnte ein beträchtlicher Teil der sogenannten "sozialen Kosten" des Strukturanpassungsprogramms vorübergehend kompensiert werden. Unterdessen hat sich die Wirtschaft Boliviens von der damaligen Schocktherapie erholt. In den letzten drei Jahren war erstmals wieder ein reales Pro-Kopf-Wachstum zu verzeichnen. So konnte das Ziel der raschen Arbeitsbeschaffung etwas in den Hintergrund treten. Der Nothilfefonds wurde denn auch in einen sozialen Entwicklungsfonds umgewandelt, welcher als langfristig ausgerichtetes Instrument zur dauerhaften Lösung der strukturellen Probleme im Gesundheits- und Erziehungswesen beitragen soll.

Die Idee eines begleitenden Nothilfefonds bei Strukturanpassungen hat Schule gemacht. Bolivianische Kader des Fonds sind von den Behörden anderer Länder zur Beratung beigezogen worden. Die Weltbank empfiehlt die Einführung solcher Ausgleichsinstrumente bei wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogrammen mittlerweile

weltweit. Auch die DEH hat aufgrund der guten Erfahrungen in Bolivien ähnliche Nothilfefonds in Nicaragua und Peru zu unterstützen begonnen.

### *Frauen und Männer im Entwicklungsprozess*

Die Rolle und Stellung der Frau ist je nach Zeit und Raum sehr unterschiedlich. Sie hat sich in Europa vom Mittelalter bis zur Moderne stark gewandelt, und sie ist heute in den Ländern des Südens je nach Kultur und Gesellschaft anders definiert. In Afrika zum Beispiel üben in einigen Regionen die Frauen, in anderen die Männer den Beruf des Webers/der Weberin aus. Die Geschlechterrollen sind geprägt durch Werte und Normen, und sie verändern sich mit diesen.

In der DEH befasst sich eine Stelle mit den verschiedenen Aspekten der Beziehung zwischen den Geschlechtern im Entwicklungsprozess. Seit 1991 werden in der Schweiz und in Entwicklungsländern Kurse organisiert, die das Verhältnis zwischen Frauen und Männern im Alltagsleben und in der Arbeitswelt zum Thema haben. Es geht um eine ausgewogene Entwicklung unter Berücksichtigung der spezifischen Geschlechterrollen.

Die Kurse eröffnen, unabhängig davon ob sie in Indien, in Afrika oder in der Schweiz stattfinden, zahlreiche Perspektiven. Es geht darum, die Geschichte der Geschlechterrollen ohne Vorurteile zu verstehen, die historischen Hintergründe der Entwicklung zu klären und den Glauben an ein alleinseligmachendes, vom Norden inspiriertes Entwicklungsmodell zu entmythologisieren. Anhand von Beispielen soll schliesslich der Bezugsrahmen für die Analyse und die Planung von Projekten neu überdacht werden, um eine ausgewogenere Entwicklung für Frauen und Männer zu erreichen.

Unsere Partner im Süden haben es deutlich gemacht: Der "Geschlechteransatz" ("gender approach") ist keine neue Frauenbefreiungsbewegung, die sich der Norden für den Süden ausgedacht hat, und auch keine neue Bibel der Entwicklungszusammenarbeit, sondern ein Instrument zur Schärfung des Bewusstseins. Die Vielschichtigkeit der kulturellen Beziehungen soll bewusst wahrgenommen werden. Dies ist eine Voraussetzung für das Entwerfen alternativer Entwicklungsmodelle, die den Bedürfnissen und Erwartungen der Bevölkerung - Frauen und Männern - besser Rechnung tragen.

Bis zu Beginn des Jahres 1994 haben bereits zehn Kurse mit ungefähr 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattgefunden. Ziel ist die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Achtung.

## *Alphabetisierung in Burkina Faso*

Die Alphabetisierung der Erwachsenen auf dem Land ist eine recht neue Entwicklungspriorität in Burkina Faso. Die erste grosse Kampagne erfolgte 1984, als ein umfassendes Jahresprogramm für die Massenalphabetisierung lanciert wurde. Anschliessend beschloss Burkina, die Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken. Mit dem Vierjahresplan 1991-1995 ist eine neue Strategie für die Alphabetisierung Erwachsener verabschiedet worden. Sie verfolgt das Ziel, den Alphabetisierungsgrad im Land innerhalb dieser Frist von 18 auf 30 Prozent zu erhöhen.

Die neue Alphabetisierungsstrategie besteht darin, die vorstädtischen und ländlichen Gemeinschaften zu ermutigen, in den Dörfern permanente Strukturen für die funktionelle Alphabetisierung einzurichten. Diese Strukturen beschränken sich nicht darauf, nur das Lesen, Rechnen und Schreiben zu fördern. Sie beinhalten auch kurze Ausbildungsprogramme in Produktionstechnik und Administration, die es den Landwirten, Handwerkern und Händlern erlauben sollen, ihre betriebliche Entwicklung besser zu kontrollieren. Die Alphabetisierungskurse finden in den Dörfern statt. Sie sind den Dorfverantwortlichen oder wirtschaftlichen Gruppierungen unterstellt und werden von Einheimischen erteilt. Heute findet dieses Prinzip überall Unterstützung. Es ermöglichte eine Reduktion der Alphabetisierungskosten und verhalf der Kampagne zum Durchbruch.

Das Vorgehen der DEH zielt auf eine diversifizierte Unterstützung, die sowohl staatlichen Anstrengungen als auch privaten Initiativen zugute kommt. Auf Regierungsebene unterstützt die DEH das "Institut National d'Alphabétisation" (INA) bei der Ausarbeitung einer landesweiten Alphabetisierungsstrategie, deren Kosten so weit als möglich von den Nutzniessern getragen werden.

Die genannten staatlichen Institutionen zeichnen sich vor allem durch ihre wachsende Fähigkeit aus, den ländlichen Gemeinschaften qualitativ gute Leistungen (Ausbildung der Lehrer, Angebot von Dokumenten, Kontrolle und Bewertung der Alphabetisierungszentren) anzubieten und aktiv mit den Bauernverbänden und den ortsansässigen Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten. Schliesslich profitieren auch die Bauernverbände und die Spar- und Kreditorganisationen von Burkina von der Unterstützung durch die DEH. Weil sie sich oft stärker einsetzen und motivierter sind als die staatlichen Dienste, verbuchen sie vor allem bei der Frauenbildung bessere Erfolgsquoten.

Die wichtigste Herausforderung des Alphabetisierungsprogramms in Burkina Faso besteht in der Fähigkeit der verschiedenen Partner (staatliche Dienste, Dorfgemeinschaften, Verbände und Nichtregierungsorganisationen), den Ausbildungsstand zu halten und den Rückfall in den Analphabetismus zu verhindern. Es gilt nun, weiterzugehen in Richtung einer Alphabetisierung, die sich in die lokale Entwicklungsdy-

namik integriert, so dass sich die Anwendung der neuerworbenen Kenntnisse positiv auf die produktiven Aktivitäten auswirkt.

### *Medizinische Basisversorgung in Mali*

Die Lebenserwartung in den Ländern südlich der Sahara beläuft sich gegenwärtig auf 49 Jahre (Schweiz 77,4; Brasilien 65,6). Seit rund fünfzehn Jahren beteiligt sich die Schweiz im Süden von Mali am Aufbau einer medizinischen Basisversorgung. Dabei entwickelt sich zunehmend eine neue Gesundheitspolitik, die den Bedürfnissen der Bevölkerung in dieser Region besser angepasst ist.

Drei grundlegende Faktoren beeinflussen die Lebenserwartung der Bevölkerung im südlichen Mali: der Anteil der Frauen mit Zugang zu Schulbildung, der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser und - in geringerem Ausmass - der Anteil der Bevölkerung, der Zugang zu Gesundheitsdiensten hat. Obschon die WHO-Konferenz von 1978 in Alma-Ata einen für alle Schichten verbesserten Zugang zur elementaren Gesundheitspflege gefordert hat, haben sich seither die Ungleichheiten vergrössert. Diese Entwicklung erklärt sich sowohl mit der wachsenden Verstädterung als auch mit den bedeutenden Anstrengungen zur Sanierung der Staatsfinanzen, die Entwicklungsländer unternehmen müssen.

Seit 1978 unterstützt die DEH in der Region Sikasso im Süden von Mali den Aufbau einer medizinischen Basisversorgung durch ein Programm, das in Regie vom "Institut Unversitaire d'Etudes de Développement" (IUED) in Genf durchgeführt wird, und das ursprünglich auf der medizinischen Pyramide "Gesundheitszentren in Dörfern - Bezirksspitäler - Regionspital" aufbaute. Zwar zeigten die erweiterten Impfprogramme gute Resultate, die Illusionen aber, die man sich in den achtziger Jahren bezüglich der freiwilligen Gesundheitsbeamten und der gemeinschaftlichen Medikamentendepots machte, haben sich mehr und mehr zerschlagen. Seither orientiert sich die Gesundheitspolitik noch viel entschiedener an den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Einer der neuen Ansätze für eine nachhaltigere Gesundheitspolitik ist unter dem Namen "Bamako-Initiative" bekannt, genannt nach der malischen Hauptstadt, wo sie 1987 von der WHO definiert wurde. Sie basiert auf drei Stossrichtungen: Dem Erbringen qualitativ guter Pflegeleistungen mit fixen Kosten, der Sicherstellung des Nachschubs von wichtigen Medikamenten und der Mobilisierung der Gemeinschaften für eine Beteiligung an wichtigen Entscheidungen im Gesundheitswesen.

Die Annahme dieser Politik durch die malische Regierung war eine Bestätigung für die geduldige Arbeit in der Ausbildung des Personals, in der Redaktion eines Rezept-Handbuchs und in der Bekämpfung von Endemien und AIDS; aber auch das Resultat vom oft zähen Politikdialog, der mit der regionalen Gesundheitsdirektion

von Sikasso geführt worden war. Diese Region hat einen Vierjahresplan für eine soziale Gesundheitsvorsorge erarbeitet und wurde ausgewählt, um die "Bamako-Initiative" zu testen.

Mit seinem Regionalspital, seinen Kreisspitälern, dem ausgebildeten und periodisch weitergebildeten Personal, seiner Schwesternschule für den ersten Ausbildungszyklus und einem Mechanismus für Planung, Monitoring, und Evaluation der Gesundheitsdienste verfügt Sikasso heute über eine gute Ausgangslage, um eine lokale Gesundheitspolitik in Zusammenarbeit mit laufenden privaten und gemeinschaftlichen Initiativen zu fördern. Auf dieser Grundlage diskutiert die DEH gegenwärtig über die weitere Unterstützung des malischen Gesundheitsprogramms, in enger Konsultation mit anderen Geberorganisationen.

Obschon die angestrebte Kostendeckung und Autonomie der Versorgungsstrukturen zweifellos wichtige Schritte in Richtung eines nachhaltigen Gesundheitssystems sind, so müssen sie sich doch in einen umfassenderen Ansatz einordnen, der neben den erwähnten Faktoren auch die folgenden Bedingungen einschliessen muss: den politischen Willen zur Unterstützung gemeinschaftlicher Realisierungen und eine genügend grosse Toleranz zur Anerkennung der Vorteile der traditionellen Medizin. Auch die Frauenförderung, die Ernährung, Information und Ausbildung sowie der Umweltschutz sind Faktoren, die dazu beitragen, dass "Gesundheit mehr ist als Medizin".

### *Strassenkinder in Bangladesh*

In Bangladesh gehört Kinderarbeit zum Alltag. Mehr als die Hälfte der 115 Millionen Einwohner ist weniger als 20 Jahre alt. Eine besondere Gruppe arbeitender Kinder sind die vielen Tausend Träger, Abfallsammler, Strassenhändler, Haushalthilfen oder Schuhputzer aus den Armenquartieren der grossen Städte. Sie müssen ihren Lebensunterhalt zum Teil selber verdienen und zudem einen Beitrag an das Familieneinkommen leisten.

Das "Underprivileged Children's Educational Program" (UCEP) ist eine bengalische Nichtregierungsorganisation, die es mehr als 12'000 Strassenkindern ermöglicht, in drei Jahren eine Grundschulbildung nachzuholen, ohne dass sie dabei ihre Erwerbstätigkeit aufgeben müssen. Seit anfangs der achtziger Jahre leistet die DEH gemeinsam mit der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi (SKIP) und "Enfants du Monde" (EDM), einen substantiellen Beitrag an das Gesamtprogramm, der mehr als ein Viertel der UCEP-Auslagen deckt (verpflichtet sind 3,8 Mio. Fr. für die Dauer von Juli 1991 bis Juni 1994).

Wie bei vielen Projekten im Bildungsbereich gab es auch da Krisen, aber sie konnten dank dem Einsatz der Lehrer und Sozialarbeiter überwunden werden. Insbeson-

dere hielt auch das Konzept, was es versprach. UCEP bietet einem Teil seiner Grundschulabsolventen auch eine berufliche Bildung an. Dabei wird seit 1992 versucht, Arbeitgeber vermehrt in die Ausbildungsprojekte miteinzubeziehen. Gespräche hatten ergeben, dass Betriebe vor allem an sogenannten "Schlüsselqualifikationen" interessiert sind - lesen, schreiben, rechnen, messen, technische Zeichnungen lesen, Grundkenntnisse der Elektrizität und der Metallbearbeitung, Genauigkeit und Fleiss sowie Fähigkeit zur Gruppenarbeit. Diese Kenntnisse und Fertigkeiten werden in einjährigen Ausbildungsprogrammen vermittelt. Mehrmonatige Betriebspraktika ergänzen diese Grundqualifikationen.

Damit steht die UCEP allerdings erst am Anfang der Aufgabe, Arbeitgeber für die Bedeutung der beruflichen Ausbildung zu sensibilisieren und sie in eine Ausbildungs(mit)verantwortung einzubinden. Entscheidend wird sein, dass die Praktikumszeit vermehrt noch zur "Lehrzeit" wird und dass besser ausgebildete Arbeitnehmer auch zur Mehrung von qualifizierten Arbeitsplätzen in Bangladesh beitragen.

### 315 **Wie Menschen mit der Natur umgehen**

Umweltfragen werden in den nächsten Jahren dominantes Thema im Nord-Süd-Dialog bleiben. Die Ziffer 117 (Umwelt), 122 (Nachhaltige Entwicklung als umfassendes Konzept) und 221 (Der UNCED-Nachfolgeprozess) dieser Botschaft zeigen, dass sich der internationalen Zusammenarbeit neue Aufgaben stellen.

In Nepal unterstützt die Schweiz diesen für das Bergland vitalen Bereich. Die "World Conservation Union" (UICN), eine weltweite Umweltorganisation mit Sitz in der Schweiz, berät die Regierung bei der Erarbeitung und Umsetzung einer nationalen Umweltpolitik.

Andere Beispiele zeigen, wie breit das Spektrum ist: Brennholzbedarf ist häufig ein Hauptthema: Abholzung, welche die Wälder zerstört, muss durch nachhaltige Nutzung ersetzt werden; die intensive Reisproduktion Bangladeshs kann mit Anbau von Brennholz kombiniert werden; Bodenfruchtbarkeit kann und muss in ariden Zonen und Hanglagen erhalten und verbessert werden; sogar in extremen Lebensräumen der Nomaden im Sahel kann die Produktion gesteigert werden; biologische Schädlingsbekämpfung schon die Natur und erhöht die Produktion von Nahrungsmitteln. Gemeinsam ist all diesen Beispielen, dass die natürlichen Ressourcen schonend und nachhaltig genutzt werden, dass die Akteure - nicht nur die Bauern! - sich der Gefahren und Grenzen der Natur bewusst werden und ihr Verhalten ändern. In diesem Sinne ist des Menschen Umgang mit der Natur ein Hauptthema, das in allen Entwicklungsprojekten und -programmen stärker berücksichtigt werden muss.



Die Beispiele aus der Landwirtschaft machen eines deutlich: Mit der Verdreifachung der Nahrungsmittelproduktion haben die Entwicklungsländer seit 1950 Ausserordentliches geleistet. Schwieriger wird es sein, auf abnehmenden Anbauflächen und mit einem wesentlich besseren Schutz von Boden, Wasser und Lebensvielfalt nochmals 50 Prozent mehr Nahrungsmittel zu produzieren. Dies nämlich wird innerhalb der nächsten 25 Jahre notwendig sein, wenn die knappe Versorgung aufrechterhalten werden soll.

### *Umweltpolitik in Nepal*

Für das Himalaya-Königreich Nepal ist die Erhaltung seiner spärlichen natürlichen Ressourcen eine Ueberlebensfrage. Die klassische Terrassen-Landwirtschaft an den oft steilen Hängen wäre zwar ökologisch angemessen, aber die Bevölkerung nimmt rasch zu, und ebenso stark wächst der Bedarf an Agrarland. Bodenübernutzung und Ausweichen auf ackerbaulich immer weniger geeignete Gebiete in den Hügeln sowie weitestgehende Abforstung des einst urwaldbedeckten Flachlands im Süden sind die Folgen. Die grosse Brennholz-Nachfrage - Nepal deckt nach wie vor rund vier Fünftel seines Energiebedarfs mit Biomasse, vorab Brennholz - führt zu einem allmählichen Qualitätsverlust in den noch übriggebliebenen Waldbeständen.

1992 hat die Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung auf die Wichtigkeit der Ressourcenerhaltung in Bergregionen aufmerksam gemacht. In Nepal ist die Bedeutung dieses Problems bereits in den achtziger Jahren erkannt worden. Die "World Conservation Union" (IUCN), eine internationale Umweltorganisation mit Sitz im waadtländischen Gland, erarbeitete gemeinsam mit der Regierung des Himalayastaates eine Nationale Erhaltungs-Strategie ("National Conservation Strategy" - NCS). Die DEH, die seit langen Jahren in verschiedenen Nepal-Projekten auf eine Ressourcenerhaltung hinwirkt und seit 1984 am Aufbau und Betrieb des "International Centre for Integrated Mountain Development" (ICIMOD) mit Sitz in Kathmandu beteiligt ist, unterstützte dieses Vorhaben finanziell. 1988 ist die unter Mitwirkung zahlreicher nepalesischer Fachkräfte entworfene NCS von der Regierung des Bergstaates in aller Form zur nationalen Ressourcenerhaltungs-Strategie erklärt worden.

Der Weg von der Genehmigung einer nationalen Umweltpolitik bis zu deren Verwirklichung ist lang. Da die breitabgestützte Erarbeitung der NCS dem Umweltschutz in Nepal Auftrieb verliehen hatte, ersuchte Nepals Regierung die Schweiz, den neuen Schwung in einem NCS-Umsetzungsprojekt nutzen zu helfen. Die DEH hat bisher über 4,5 Millionen Franken in dieses Projekt investiert, das IUCN in Regie gemeinsam mit Nepals Nationaler Planungskommission ausführt. Das umweltbezogene Planen und Handeln hat denn auch in erstaunlich kurzer Zeit markant zugenommen.

*Dienstag, 27. Juli 1993: Samibhanjyang, Distrikt Lamjung: Im Schatten eines Baumes diskutieren die Bauern Pandit, Sakya und Gyawali lebhaft über der Bodennutzungskarte ihres Dorfes, um festzulegen, wo sie Schutzhecken für ihre Reisfelder anpflanzen wollen.*

*Panauti, ein Kleinstädtchen in der Nähe Kathmandus: Rajbhandari, der Sekretär des Dorfentwicklungs-Komitees, kritzelt auf einem krummbeinigen Tisch das Protokoll einer intensiven Auseinandersetzung zwischen Bauern und Dorfbewohnern über die Nutzung ihres Grundwassers.*

*Umwelt-Ausbildungscamp der Schule in Arghakanchi: Die Klasse B2 erhebt ein Inventar der mückenverseuchten Wasserstellen der Gegend. Zementfabrik Himal: Tamsakar, der Fabrik-Direktor, studiert die Umbauten, die am Hauptofen vorzunehmen sind, um ihn den Richtlinien für Schadstoff-Emissionen anzupassen, die soeben von der Regierung verabschiedet worden sind.*

*Kathmandu: Joshi, Chef der Umweltsektion der Nationalen Planungskommission, diskutiert mit dem Berater der IUCN den Gesetzesentwurf über Umweltverträglichkeitsprüfungen.*

Das Aktionsfeld für die NCS-Umsetzung ist breit und erfasst die verschiedensten staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen des Landes. Mehrere Programme laufen gleichzeitig:

- Öffentlichkeitsarbeit und Information: Sie umfasst Journalistenausbildung, Medienprogramme, Wandzeitungen in den Dörfern und vieles mehr.
- Umwelterziehung: Ausbildungsprogramme und -materialien für Schule und Erwachsenenbildung werden bereitgestellt.
- Umweltplanung auf Dorf-, Distrikts- und Landesebene: Erarbeitet werden eine einschlägige Gesetzgebung, Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie sektorische Umwelttrichtlinien (Industrie, Tourismus, Forst, Wasser).

Das Projekt, das mindestens bis 1996 weitergeführt und neuerdings auch auf die Bereiche Biodiversität beziehungsweise Erhalt von speziellen Naturzonen (z.B. Feuchtgebiete) ausgedehnt wird, hat bereits verschiedene andere internationale Investitionen im nepalesischen Umweltbereich nach sich gezogen. Die DEH hat in ihrem Nepal-Landesprogramm für die Jahre 1993-1997 dem Umweltbereich Priorität zugewiesen: Nebst der Förderung spezifischer Umweltprojekte sind auch alle anderen Aktivitäten ständig auf umweltbezogene Verbesserungen zu prüfen.

### *Biologische Schädlingsbekämpfung: Maniok für Afrika*

Maniok ist das Grundnahrungsmittel für 200 Millionen Menschen Schwarzafrikas. Besonders für die Ärmere ist er die Hauptkalorienquelle und Basis der Ernäh-

rungssicherung. Maniok ist Bestandteil vielfältiger traditioneller Anbausysteme. Er ist anspruchslos und wird meist ohne Kunstdünger und Pestizide angebaut. Bis vor wenigen Jahrzehnten ermöglichten das traditionelle Wissen der Bauern und der auf Risikoausgleich ausgerichtete Mischkulturanbau stabile Erträge. 1971 wurde in Zaire ein neuer Schädling entdeckt, der Ernteverluste von bis zu 80 Prozent verursachte. Forscher des internationalen Zentrums für tropische Landwirtschaft (IITA) in Nigeria fanden heraus, dass der Schädling, die Maniokschildlaus, aus Südamerika stammt. 1980 war sie in ganz Schwarzafrika verbreitet und zerstörte jährlich mindestens 20 Prozent der Maniokerneten.

Die traditionellen Methoden der Bauern waren gegen diese neue Plage wenig wirksam. Pestizide waren weder erschwinglich noch angepasst. Die natürlichen Regelmechanismen konnten nicht zum Tragen kommen, weil der Schädling ohne seine natürlichen Feinde eingeschleppt wurde. So verblieb als einzige realistische Möglichkeit die biologische Bekämpfung. Im Prinzip ging es darum, die natürlichen Feinde des Schädlings aus seiner Heimat Südamerika nach Afrika einzuführen und zu verbreiten. Dazu waren Koordination und Zusammenarbeit von nationalen und internationalen Institutionen sowie die Verbindung von Lokalkenntnissen mit spezialisiertem Fachwissen und nicht zuletzt eine langfristig gesicherte Finanzierung nötig. Unter der Leitung des IITA arbeiteten zwei Dutzend Institutionen in Afrika, Südamerika, Europa und den USA während zehn Jahren zusammen. Die Gesamtkosten des Programms betragen 30 Millionen Franken, wozu die DEH 50 Prozent beitrug.

Es wurden Nützlinge aus Südamerika nach Westafrika eingeführt und in Labor und Feld getestet. Dazu brauchte es umfangreiche Feldforschung, unterstützt von modernen Methoden wie etwa der Computersimulation, angewandt durch Forscher der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. Es zeigte sich, dass eine Schlupfwespe die Maniokschildlaus dauerhaft zu kontrollieren vermag. Jetzt galt es, die Schlupfwespe in Schwarzafrika zu verbreiten. Dazu mussten erst die nationalen Pflanzenschutzdienste ausgebaut und ihre Techniker ausgebildet werden.

Heute ist die Schlupfwespe auf über 90 Prozent der afrikanischen Maniokanbaufläche verbreitet. Zwischen Schädling und Nützlich hat sich ein natürliches Gleichgewicht eingependelt. Damit werden auf umweltfreundliche Weise Ernteverluste dauerhaft verhindert und die Ernährung der ärmeren Bevölkerung nachhaltig gesichert. Pro investiertem Franken werden Ernteverluste von 150 Franken vermieden. Bestimmend für diesen Erfolg waren die Ausrichtung auf ein klar definiertes Problem und die Zusammenarbeit mit den im jeweiligen Fachbereich bestqualifizierten Institutionen im Norden und im Süden. Dabei war auch schweizerisches Fachwissen von grosser Bedeutung. Dank der Stärkung der afrikanischen Institutionen ist eine wichtige Voraussetzung für weitere erfolgreiche biologische Bekämpfungsprogramme geschaffen. In einem Folgeprogramm wird die biologische Bekämpfung der Heuschrecken angegangen.

## *Nomaden in der Sahelzone*

Die Tierzucht im Sudan und in der Sahelzone hat sich immer durch eine ganz besondere Art der Nutzung des Raums und der vorhandenen natürlichen Ressourcen ausgezeichnet: Die Züchter begleiten ihre Herden im Laufe des Jahres von einem Ort zum andern. Diese Lebensweise sorgt für eine besondere Beziehung zwischen Mensch und Natur und führt zu anderen kulturellen Orientierungen, Wertsystemen und Lebensformen als bei den sesshaften Produzenten.

Die Geschichte ist aber den Wanderhirten nicht günstig gesinnt gewesen. Die wirtschaftlichen Prioritäten der Kolonial- und Nachkolonialzeit, die Exportkulturen in den Vordergrund rückten, führten zu einer zunehmenden Marginalisierung der traditionellen Tierzucht. Unter dem dreifachen Druck von Dürren, demographischem Wachstum und ungeeigneten Viehzuchtpolitiken sind heute die meisten nicht-sesshaften Tierzüchter politisch isoliert und wirtschaftlich nur schwach in ein wirtschaftliches Umfeld eingebettet, das sich ebenfalls in völligem Umbruch befindet.

So leben denn die meisten Viehzüchter in einem Dilemma: Einerseits möchte sich jeder als erfolgreicher Viehzüchter verwirklichen und bestätigen, andererseits steht jeder unter dem Druck der wachsenden Zwänge, die auf der traditionellen Lebensart dieser Gemeinschaften lasten. Wie soll eine überlebensfähige Herde und eine konstante Versorgung mit Viehfutter und Milch erhalten werden angesichts klimatischer und ökologischer Degradierung, der Beschneidungen des Weidelandes und der feindlichen Haltung des landwirtschaftlichen und politischen Umfeldes?

Seit 1984 unterstützt die DEH einen Forscher aus Burkina Faso, der zwei Typen von Futterproduktion prüft - die Produktion von Heu in landwirtschaftlich wenig genutzten Gebieten und die Einführung einer Futterpflanze (Leguminose) in die Anbaurotation einer landwirtschaftlich intensiv genutzten Zone.

Die Resultate von fünf Jahren angewandter Forschung über Futter- und Milchproduktion sowie über eine Verbesserung des Herdenwachstums erlauben heute die Verbreitung eines neuen Systems der Landnutzung. Es beruht auf der systematischeren Nutzung des Futterbaus auf drei Ebenen: der landwirtschaftlichen Techniken (Bodenvorbereitung, Zeitpunkt des Heuschnitts, Schutz des Heus nach der Ernte), der Werkzeuge (Einführung von Sensen, Zäunen, Scheunen und Schubkarren), und der Herdenbewirtschaftung (Weidemanagement, Vermarktung von Milchprodukten).

Die Viehzüchter, die an ihrer Entwicklung beteiligt waren, haben bereits 1988 beschlossen, eine Mitgliedervereinigung zu gründen, die "Association pour la Promotion de l'Elevage en Savane et au Sahel" (APESS). Sie verbreitet die neuen Praktiken, organisiert den Nachschub und definiert die Verantwortlichkeiten innerhalb von Nutzungszonen. Jede Zone umfasst ein Netz von Dörfern und Niederlassungen, die

durch gewisse traditionelle Bande verknüpft sind und in denen die Züchter mit dem Anbau, dem Mähen und der Lagerung von Viehfutter ihr Nutzungssystem verbessern wollen.

1992 hatten bereits gegen 2300 Züchter in 89 Zonen die neuen Praktiken angenommen. Das Programm ist innerhalb von sechs Jahren zu einer breiten sozialen Bewegung geworden, die nur durch begleitende Dienstleistungen von aussen unterstützt wird.

### *Bäume in den Reisfeldern von Bangladesh*

Die ländliche Bevölkerung Bangladeshs leidet unter extremem Holzmangel. Da nicht mehr genug Brennholz für die Zubereitung der Mahlzeiten vorhanden ist, wird vermehrt auch Kuhmist verfeuert, der eigentlich für die Düngung der Felder bestimmt wäre. Die Kinder verbringen viele Stunden in den Feldern, um Reisstoppeln zu sammeln, damit sie wenigstens einmal pro Tag ein Feuer zum Kochen entfachen können. Das Problem des Holzmangels ist nicht neu, aber es gibt noch keine Lösungsansätze: Infolge des zunehmenden Druckes der rasch anwachsenden Bevölkerung auf die noch landwirtschaftlich nutzbaren Flächen wurden die Wälder fast ganz abgeholzt, und Land für neue Aufforstungen steht keines mehr zur Verfügung. Was soll also unternommen werden?

Mitte der achtziger Jahre hatte ein Agroförster der DEH die Idee, man könnte in den Reisfeldern Bäume anpflanzen! Sowohl beim Landwirtschafts- als auch beim Forstwirtschaftsministerium Bangladeshs löste dies anfangs nur verständnisloses Kopfschütteln aus. Dennoch lancierte der Schweizer zusammen mit einem halben Dutzend interessierter Privatorganisationen und einigen hundert Bauern ein Versuchsprogramm im Nordwesten des Landes. Skeptische Fragen der Bauern blieben nicht aus: Gibt es Baumarten, die in den jährlich während mehreren Monaten überfluteten Reisfeldern überleben können? Bewirken Nährstoffkonkurrenz und Schattenwurf nicht einen Rückgang der Reisproduktion?

Sechs Jahre nach Beginn des Programms sind die Ergebnisse ermutigend: Ueber tausend Bauern haben auf rund 400 ha mehr als 60'000 Bäume gepflanzt. Neun geeignete Baumarten konnten bisher identifiziert werden; die ältesten Bäume sind bereits acht Meter hoch und haben Stammdurchmesser von bis zu 20 cm. Ueber 250 Bauern haben damit begonnen, in eigenen Pflanzgärten Setzlinge für Obst-, Futter- und Nutzholzbäume aufzuziehen und können durch den Verkauf einen beträchtlichen Nebenverdienst erwirtschaften.

Noch gilt es, vorsichtig zu sein und von einer massiven Ausweitung des Programmes abzusehen. In Zusammenarbeit mit der nationalen Landwirtschafts-Universität wird anhand eines Forschungsprogrammes der Einfluss der gepflanzten Bäume auf

die Reisproduktion, den Nährstoffgehalt und die Bodenfruchtbarkeit untersucht. Alle Zeichen deuten heute jedoch darauf hin, dass sich das Risiko gelohnt hat und die "abwegige Idee" sich durchsetzen wird.

### *Forstprogramm in Madagaskar*

Der Menabé - eine madagassische Region von der Grösse der Schweiz - liegt an der Westküste der Grossen Insel. Der Primärwald stellt eine seiner wichtigsten Ressourcen dar. Er muss nicht nur vor der Uebernutzung, sondern auch vor dem Brandrodungsfeldbau geschützt werden. Positive Ergebnisse sind in vielen Bereichen offensichtlich.

Der dichte tropische Trockenwald setzt sich nicht nur aus einer ganzen Anzahl seltener Edelhölzer zusammen, er beherbergt auch eine Fauna, die zum Teil weltweit einzigartig ist. Knollenfrüchte, Kleinwild, Honig und Medizinalpflanzen sind in Krisenzeiten zudem von lebenswichtiger Bedeutung für die Versorgung der Landbevölkerung.

Seit nunmehr 20 Jahren ist der Trockenwald in steigendem Masse bedroht: durch Uebernutzung der Edelhölzer, aber insbesondere durch die verheerenden Auswirkungen des Brandrodungsfeldbaus, dem bereits bedeutende Flächen zum Opfer gefallen sind.

Die DEH setzt sich seit 1978 für die Erhaltung und sinnvolle Nutzung der Wälder des Menabé ein. Am Anfang im Rahmen eines rein forstlichen Projektes (Forschung und Förderung der rationellen Nutzung in Zusammenarbeit mit dem regionalen Forstdienst und privaten Unternehmern), seit 1987 mit einem zweiten Projekt, das der zerstörerischen Form des Brandrodungsfeldbaus den Kampf ansagt. Ziel ist die Stabilisierung der Bauernschaft auf den bereits gerodeten Böden. Das Mittel dazu: eine standortgerechte, dauerhafte Landwirtschaft.

Verfolgt wird das Ziel aufgrund solider Kenntnisse des Milieus in enger Zusammenarbeit mit der Bauernschaft. Für die Koordination arbeitet die Schweiz mit den (wenigen) Partnern in der Region (Landwirtschaftsministerium, lutheranische und katholische Projekte) zusammen. Die Organisation der Bauern auf Produzenten- und Dorfebene ist unabdingbare Voraussetzung für Nachhaltigkeit.

Für die DEH hat sich der Ansatz folglich gewandelt, um die wichtigen Probleme wirkungsvoll angehen zu können. Ausgehend von der Forstwirtschaft wurde das Schwergewicht auf die Landwirtschaft in marginalen Zonen verlegt. Die Orientierung vorzugsweise auf Institutionen wich einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Dorfgemeinschaften und operationellen Partnern in der Region. Die Vorgehensweise wurde vernetzter und ganzheitlicher. Der zunehmende Programmcharakter soll

nicht nur erlauben, durch verbesserte interne Koordination die Mittel noch wirkungsvoller einzusetzen, sondern auch im Rahmen der einsetzenden Dezentralisierung Madagaskars Beiträge zur regionalen Entwicklung zu leisten.

Der Einsatz im Menabé hat in vielen Bereichen positive Ergebnisse gebracht. Insbesondere ist die Waldzerstörung entscheidend gebremst worden und von seiten der Bauernschaft spürt man eine überraschende Dynamik in Richtung Selbsthilfe. Wenn auch noch vieles getan werden muss, um das Erreichte zu konsolidieren und weiterzuführen, zeigt doch das konkrete Beispiel des Menabé, dass der Primärwald mit wenigen und einfachen Mitteln wirksam geschützt werden kann.

### **316 Vom lokalen Projekt zum politischen Programm**

Die achtziger Jahre haben gezeigt, dass Einzelprojekte der Entwicklungszusammenarbeit, auch wenn sie fast mit schweizerischer Perfektion funktionieren, keine Wirkung zeigen, wenn der Rahmen, in dem sie durchgeführt werden, allen guten Absichten zuwiderläuft. Dies hat die DEH vermehrt veranlasst, dem Zusammenspiel zwischen Einzelprojekten, Landesprogrammen, Leitlinien in den Fachbereichen und der internationalen Koordination erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Einzelprojekte können ein isoliertes Dasein fristen. Bei Programmen wachsen die Ansprüche an internationale Absprachen und an intensiven Dialog mit den Partnern im Süden, sei es auf Regierungsebene oder im nicht-staatlichen Bereich. Wie in den Ziffern 124 (Internationale Koordination der Entwicklungszusammenarbeit) und 235 (Mitwirkung der Schweiz in internationalen Koordinationsorganen) dieser Botschaft ausgeführt, hat die Schweiz in verschiedenen Bereichen nicht nur einen guten Ruf, sondern übernimmt im Rahmen von grösseren Programmen (u.a. auch der Weltbank) eine Führungsrolle in der Ausgestaltung von Sektorpolitiken. Die Beispiele aus Tanzania im Strassenbau- und im Finanzsektor machen dies deutlich.

Eine solche anspruchsvolle Rolle erfordert hohe Professionalität - welche übrigens häufig aus Hochschulen oder Ingenieurbüros der Schweiz stammt -, ein langfristiges und verlässliches Engagement und eine Konzentration auf wenige Bereiche.

#### *Vom Leitbild der DEH zum Landesprogramm in Bolivien*

Seit den achtziger Jahren arbeitet die DEH in ihren Schwerpunktländern aufgrund von "Landesprogrammen". Diese stellen den konzeptuellen Rahmen für die Planung der Entwicklungszusammenarbeit mit dem betreffenden Land dar. Sie legen insbesondere fest, in welchen Sektoren gearbeitet werden soll, welchen Regionen und

Bevölkerungsschichten Priorität zukommen und mit welchen Partnern zusammengearbeitet werden soll. Ihre Gültigkeitsdauer beträgt normalerweise fünf Jahre. Die Ausarbeitung des Landesprogrammes ist Aufgabe des entsprechenden Koordinationsbüros der DEH. Ausgangspunkte sind dabei in erster Linie die dringendsten Bedürfnisse des Landes. Zusätzlich muss einer Reihe übergeordneter entwicklungspolitischer Grundsätze der DEH sowie unseren bisherigen Erfahrungen Rechnung getragen werden.

In Bolivien fand 1992 eine umfassende externe Evaluation des Programms statt. Anschliessend wurden in La Paz zu den vier wichtigsten Themen "ländliche Entwicklung", "Gewerbeförderung", "Staatsreform" und "Schutz der natürlichen Ressourcen" Planungsseminare mit schweizerischen und bolivianischen Spezialisten durchgeführt. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Verknüpfung dieser Bereiche mit dem neuen "Leitbild der DEH", welches die Prioritäten für die neunziger Jahre vorgibt. Es sind dies namentlich die Förderung der wirtschaftlichen und staatlichen Eigenständigkeit, die Bekämpfung der Armut, die Unterstützung bei der Bewältigung von Umweltproblemen, die Verbesserung der Produktionsbedingungen sowie Gesundheit und Bildung. Weitere betroffene Stellen der Bundesverwaltung, in Bolivien tätige schweizerische Hilfswerke sowie interessierte externe Konsulenten wurden ebenfalls in die Konsultationen einbezogen. Das so entstandene "Programm für die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz in Bolivien 1993-1997" dient nun - neben seiner Verbindlichkeit für die DEH - als Orientierungsrahmen für die verschiedenen Aktivitäten der öffentlichen schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in diesem Land.

### *Verkehrspolitik in Tansania*

Morogoro zählt rund 110'000 Einwohner und ist Hauptort der gleichnamigen Region im Südosten von Tansania. Hier und in den Tälern der umliegenden Uluguru Berge liegt eines der wichtigsten Gemüseanbaugebiete des Landes. Die ungenügende Transportinfrastruktur ist aber während der Regenzeit oft mitschuldig, dass ein Teil der Ernte verdirbt. Von der Zusammenarbeit im Strassen- und Transportsektor profitiert vor allem die ländliche Bevölkerung.

Die im Mgeta-Tal ansässigen Bauern verkaufen ihre Produkte auf den Märkten von Morogoro und Dar es Salaam. Wie in vielen andern ländlichen Gebieten Tansanias ist zur Regenzeit auch die Strasse ins Mgeta-Tal vielfach unterbrochen. Dann bleiben die Bauern auf ihren Produkten, die sie selber oder durch teuer bezahlte Lastenträger zum Sammelzentrum gebracht haben, sitzen. Die Ernte verdirbt, wenn die Strasse nicht rechtzeitig wiedergeöffnet wird.

Die häufigen Transportprobleme entmutigen die Bauern. Sie produzieren nur noch für den Eigenverbrauch und was in der näheren Umgebung verkauft werden kann.



Darum fehlt es ihnen an Bargeld, um andere lebensnotwendige Dinge des täglichen Bedarfs zu kaufen und die Kosten für Schulen und Spitäler zu decken.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre begann in Tansania ein Strukturanpassungsprogramm. Die eingeleiteten Wirtschaftsreformen erbrachten schon bald erste positive Resultate, so etwa ein steigendes reales Pro-Kopf-Einkommen und eine erhöhte landwirtschaftliche Produktion. Der fehlende Unterhalt der Transportinfrastruktur beeinträchtigte jedoch die angestrebten Reformziele.

Die für den internen Markt und für den Export erarbeiteten landwirtschaftlichen Ueberschüsse konnten nicht abgesetzt werden. Ende der achtziger Jahre wurde deshalb ein Transportsektorprogramm, mit Schwergewicht Unterhalt, unter Führung der Weltbank und unterstützt von 16 bilateralen Gebern in Angriff genommen. Kernpunkt des Programms ist die Auslagerung der bisherigen zentralen Verantwortlichkeiten in die Regionen.

Die Schweiz ist Partner in diesem Programm. Die Erfahrungen, die sie während einer mehr als zehnjährigen Zusammenarbeit mit Tansania in den südlichen Distrikten der Region Morogoro im Strassen- und Transportsektor sammeln konnte, haben in diesem Reformprozess Eingang gefunden. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind die Unterstützung und Stärkung des regionalen Strassenbauamtes in der Region Morogoro und des privaten Unternehmertums bei der Planung und Durchführung von Rehabilitations- und Unterhaltsarbeiten.

Zu den Aufgaben dieses Büros gehört auch die ganzjährige Sicherung eines zuverlässigen und kostengünstigen Zugangs zu den Bergtälern. Massnahmen, welche die Eigeninitiative der beteiligten ländlichen Bevölkerung fördern können, vervollständigen künftig das vom Staat bereitgestellte Angebot. Erste Lösungsansätze konnten diesbezüglich in einem Pilotprojekt im Westen Tansanias erfolgreich getestet werden.

Dabei steht die Verbindung von Flur- und Gemeindestrassen mit dem übergeordneten regionalen Strassennetz im Vordergrund. Wichtigster Nutzniesser verbesserter und wirksam unterhaltener Strassen ist die ländliche Bevölkerung, die fast gänzlich von der Landwirtschaft lebt und auf praktikable Verbindungswege zu den Märkten, Spitälern und staatlichen Dienststellen angewiesen ist.

#### *Der Finanzplatz Tansania wird entwicklungsfreundlich*

Das von Plantagen umgebene Morogoro ist eine grössere Stadt im Südosten Tansanias. Die landwirtschaftlichen Einkommen aus ihrem Hinterland bilden eine Quelle wirtschaftlicher Vitalität für das Ballungszentrum und seine Industrien.

Für einen kleinen Unternehmer in Morogoro sind Aufträge eines privaten, für seine Zahlungsfähigkeit bekannten Händlers ein Geschenk des Himmels. Dies umso mehr, wenn die Möglichkeit besteht, bis anhin importierte Produkte an Ort und Stelle zu produzieren. Wo aber soll unser Kleinunternehmer ohne Vorschüsse des Kunden oder der Rohstofflieferanten beispielsweise 5000 Dollar finden, um seine Produktionskapazität anzupassen und die Bestellung in der gewünschten Frist auszuführen?

Wenn der Unternehmer kein Darlehen aus seinem Bekanntenkreis erhält, so bleibt ihm nur der Gang zur Niederlassung der "National Bank of Commerce" (NBC). Diese bietet Kredite zu Vorzugszinsen an, die deutlich unter den marktüblichen Zinsen der inoffiziellen Geldverleiher liegen. Mit einer Kautions und der Verpflichtung, das Darlehen innerhalb von acht Monaten zurückzuzahlen, wird das Kreditgesuch entgegengenommen. Nun beginnt das Problem aber erst, können doch von der Einreichung des Gesuchs bis zur Unterschrift der Generaldirektion in der Hauptstadt Dar-es-Salam gut und gern sechs Monate verstreichen. Für den kleinen Unternehmer ist dann die Bestellung längst verloren, und der private Auftraggeber sieht sich in seiner Ueberzeugung bestärkt, dass von den ortsansässigen Produzenten nichts zu erwarten ist.

Der Kleinunternehmer in Morogoro gehört sicher nicht zur ärmsten Bevölkerungsschicht, aber ein Ausbau seiner Aktivitäten würde sich auch auf die Entwicklung weniger privilegierter Schichten positiv auswirken. Dafür benötigt er jedoch ein günstiges Geschäftsklima. Es kann nun aber nicht die Aufgabe von Geberorganisationen sein, den Kleinunternehmer direkt mit Krediten zu unterstützen und damit die lokalen Finanzierungsstrukturen (Finanzinsitute und private Geldgeber) zu konkurrieren.

Indem sich die DEH mit 10,3 Millionen Franken für die Sanierung des Finanzsektors in Tanzania einsetzt, wählt sie die umfassendere und langfristigere Intervention. Diese soll es möglich machen, dass der Kapitalmarkt des Landes Kreditbegehren, zum Beispiel dasjenige unseres Kleinunternehmers in Morogoro, rasch und effizient beantworten kann.

Das Programm der Weltbank für die strukturelle Anpassung des Finanzsektors (FINSAC) verfolgt das Ziel, die Finanzierungsaktivitäten der ortsansässigen Wirtschaftskreise zu fördern und zwischen den verschiedenen Finanzierungstypen eine gesunde Konkurrenz zu schaffen. Das ist eine unerlässliche Bedingung für ein dauerhaftes Wachstum aller Wirtschaftszweige, einschliesslich der Landwirtschaft. Die Modernisierung des juristischen Rahmens für die Bankentätigkeit, die Handlungsfreiheit für die privaten Handelsbanken, die Einführung einer kohärenten Geldpolitik mit flexiblen Wechselkursen und die Restrukturierung der öffentlichen Banken sind die wichtigsten Stossrichtungen des FINSAC. Die DEH-Beteiligung am FINSAC-Programm wird von der Weltbank verwaltet. Die Schweiz beauftragt unabhängige Fachleute, die sich an der Evaluation des FINSAC-Programms durch die tansani-

sche Regierung und die Weltbank beteiligen. Ausserdem unterstützt das Genfer "Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales" (IUHEI) die Zentralbank Tansanias bei ihren Bemühungen, eine den Umständen angepasste Geldpolitik zu definieren. Sie hilft ihr zudem beim Einrichten eines Systems zur Ueberwachung der Finanzinstitute.

Die DEH beeinflusst folglich die Rahmenbedingungen der Entwicklung. Sie gibt sich nicht damit zufrieden, lokale Unzulänglichkeiten zu überbrücken. Der Erfolg von FINSAC wird jedoch von der Fähigkeit der Regierung abhängen, politische Risiken zugunsten einer umfassenden Liberalisierung der wirtschaftlichen Spielregeln einzugehen. Solche Massnahmen erfordern politischen Mut, beeinträchtigen sie doch oft Privilegien von einzelnen Gruppen, die auf die Regierung Druck ausüben können.

## 32 Das Programm der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit

### 321 Hauptcharakteristiken und Bedeutung

Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit stellt seit Jahren einen wichtigen Bestandteil der von der internationalen Gemeinschaft geleisteten Hilfe an die Entwicklungsländer dar. Als multilaterale Entwicklungshilfe zu betrachten sind die aus allgemeinen Beiträgen der Mitgliedländer finanzierten Entwicklungsaktivitäten von welt- und kontinentweit tätigen zwischenstaatlichen Institutionen. Unterschieden wird dabei gewöhnlich zwischen multilateraler technischer Hilfe - dazu zählen die meisten Entwicklungsoperationen des UN-Systems - und multilateraler Finanzhilfe, welche die entsprechenden Programme und Projekte der internationalen Finanzierungsinstitutionen (Weltbankgruppe und Internationaler Währungsfonds, Regionale Entwicklungsbanken bzw. deren Entwicklungsfonds und Fonds für internationale landwirtschaftliche Entwicklung) umfasst.

Bedeutung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit in Zahlen  
Bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit der OECD-Länder

	1975-80	1980-85	1987	1988	1989	1990	1991
<b>A. in Milliarden US \$</b>							
a. bilaterale Hilfe	12.0	18.2	28.8	31.9	33.2	37.3	41.3
b. multilaterale Hilfe	6.1	8.5	11.7	15.1	12.8	15.7	15.4
c. TOTAL	18.1	26.7	40.5	47.0	46.0	53.0	56.7
<b>B. in Prozenten des Bruttonationalprodukts</b>							
a. bilaterale Hilfe	0.22	0.23	0.24	0.23	0.23	0.23	0.24
b. multilaterale Hilfe	0.11	0.11	0.09	0.11	0.09	0.10	0.09
c. TOTAL	0.33	0.34	0.33	0.34	0.32	0.33	0.33

Quelle : OECD, Development cooperation, Report 1992, Seite 87

Die zunehmende Globalisierung der internationalen Handels- und Finanzbeziehungen sowie zahlreiche neuere Probleme und Herausforderungen, mit denen die Welt heute konfrontiert ist (weltweite wirtschaftliche Rezession, Protektionismus, Verschuldung, Umweltbelastung, anhaltend hohes Bevölkerungswachstum und zunehmende Armut in vielen Entwicklungsländern, wachsende Wohlstandsgefälle und internationale Migrationen, notwendige

wirtschaftliche Strukturanpassungen im Süden wie auch im Norden usw.) rufen nach vermehrter multilateraler Zusammenarbeit und Koordination.

Dazu sind internationale Foren und Institutionen notwendig, die einen offenen zwischenstaatlichen Dialog und die Erarbeitung von tragfähigen Konsenslösungen zu fördern vermögen. Besonders gefordert sind in diesem Zusammenhang multilaterale Einrichtungen wie die Vereinten Nationen mit ihrem Netz von Spezialorganisationen sowie die Bretton-Woods-Institutionen (Internationaler Währungsfonds und Weltbankgruppe) und die Regionalen Entwicklungsbanken in Asien, Afrika und Lateinamerika.

- Die erwähnten Organisationen verfügen über langjährige und vielfältige Erfahrungen bei der Lösung sowohl nationaler wie grenzüberschreitender Probleme und Aufgaben grösseren Ausmasses. Während die multilateralen Bankinstitutionen namentlich für die Mobilisierung umfangreicher Finanzmittel besorgt sind, leisten internationale Fachorganisationen wie die UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltgesundheits-Organisation (WHO), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), das Internationale Arbeitsamt (ILO) der UNO oder das die Konsultativgruppe für internationale Agrarforschung (CGIAR) bedeutende Beiträge zur Förderung und Koordination der Forschung und Entwicklung auf ihren Gebieten und zum Transfer geeigneter Technologien in die Entwicklungsländer.
- Dank ihrer weitgehenden Unabhängigkeit von Partikulärinteressen einzelner Geberländer sind multilaterale Institutionen häufig besser in der Lage als bilaterale Geber, internationale Hilfskonsortien anzuführen und die Koordination zwischen Donatoren zu gewährleisten sowie die Entwicklungsländer bei politisch heiklen Fragen, zum Beispiel betreffend Struktur- und Sektorreformen, Bevölkerungspolitik oder komplexe Verhandlungen mit multinationalen Unternehmungen, zu beraten.
- Charakteristisch für die multilaterale Hilfe ist ferner ihre Ungebundenheit, welche es den Empfängerländern ermöglicht, die im Rahmen der jeweiligen Programme und Projekte benötigten Güter und Dienstleistungen auf dem Weg der internationalen Ausschreibung zu bestmöglichen Bedingungen selbst zu beschaffen.
- Ein wichtiges Wesensmerkmal ist schliesslich auch die Lastenverteilung ("burden sharing") unter den Geberländern. Während die meisten multilateralen Entwicklungsprogramme nach wie vor zum grössten Teil durch Beiträge der westlichen Industrieländer (OECD-Länder) finanziert werden, bestehen zwischen den einzelnen Institutionen erhebliche Unterschiede

hinsichtlich des Finanzierungsmodus und der Lastenverteilung ("burden sharing") unter Geberländern. Bei den multilateralen Finanzierungsinstitutionen (Weltbank und regionale Entwicklungsbanken) werden die Kapitalbeteiligungen und Beiträge an die Entwicklungsfonds (meist Mehrjahresverpflichtungen) zwischen den Geberländern vertraglich ausgehandelt, wogegen die Finanzierung der Entwicklungsinstitutionen des UN-Systems lediglich auf freiwilligen jährlichen Beiträgen der Geberländer basiert. Was die Lastenverteilung betrifft, hängt diese namentlich von den entwicklungspolitischen Prioritäten, den geographischen Interessen sowie den Vertretungs- und Mitwirkungsansprüchen der einzelnen Geberländer ab.

## 322            **Zur gegenwärtigen Beteiligung der Schweiz an der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit**

Die Schweiz hat der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit stets grosse Bedeutung beigemessen und ihr jährlich zwischen 25 und 30 Prozent ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe zukommen lassen. Die bilaterale und die multilaterale Entwicklungshilfe sind für die Schweiz denn auch seit Jahren zwei sich ergänzende Komponenten ein und derselben Politik. Entsprechend gelten grundsätzlich für beide Teile dieselben Zielsetzungen und Kriterien, d.h. jene des Bundesgesetzes für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe.

### *Die wichtigsten Beweggründe*

Die Hauptargumente für eine aktive Beteiligung der Schweiz an der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit sind in den letzten Jahren wiederholt dargelegt worden, zuletzt in der Botschaft über den Beitritt zu den Institutionen von Bretton-Woods. Im folgenden seien die wichtigsten Motive nochmals kurz in Erinnerung gerufen:

- Ueber die multilaterale Zusammenarbeit sucht die Schweiz in erster Linie zur Lösung von entwicklungspolitisch wichtigen Aufgaben und Problemen beizutragen, für welche die direkte bilaterale Hilfe eines einzelnen Landes nicht ausreicht beziehungsweise nicht oder weniger gut geeignet erscheint.
- Mit ihrer Beteiligung an der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit bringt die Schweiz zwei wichtige Prinzipien ihrer Aussenpolitik zum Ausdruck, nämlich die Universalität ihrer Aussenbeziehungen und die Solidarität mit der internationalen Staatengemeinschaft in der Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt. Ueber die multilaterale Hilfe erreicht die

Schweiz in der Tat auch all jene hilfsbedürftigen Länder, die sie aus Gründen beschränkter personeller und administrativer Kapazität bilateral nicht unterstützen kann. Nicht nur den betroffenen Entwicklungsländern sondern auch allen andern Geberländern gegenüber bezeugt die Schweiz ihre Solidarität, indem sie die gemeinsamen internationalen Anstrengungen zugunsten der ärmeren Länder in angemessener Weise mitträgt.

- Multilaterale Beiträge erlauben aber auch, die Tätigkeit der einzelnen Institutionen über deren Leitungsausschüsse mitzubestimmen und mitzuüberwachen. Vertretungsansprüche und Mitwirkungsmöglichkeiten hängen allerdings zu einem guten Teil von der relativen Höhe der Beiträge ab ("burden sharing").
- Die Beteiligung der Schweiz an multilateralen Programmen verschafft schliesslich der schweizerischen Wirtschaft die Möglichkeit, sich an internationalen Ausschreibungen der verschiedenen Institutionen zu beteiligen, was sie in den vergangenen Jahren denn auch mit beachtlichem Erfolg getan hat.

---

**Aufträge von multilateralen Institutionen an schweizerische Unternehmen  
(im Vergleich mit den von der Schweiz geleisteten Beiträgen)**

(in Mio. Fr.)

Art der Hilfe	Aufträge		Beiträge	
	1991	1992	1991	1992
<b>Multilaterale technische Zusammenarbeit</b>	73.7	55.5	155.4	162.4
<b>Finanzhilfe</b>	601.6	686.6	144.7	321.6

---

*Besondere schweizerische Anliegen*

Wichtige Beurteilungskriterien für die Mitwirkung der Schweiz in multilateralen Entwicklungsinstitutionen sind:

- die von der Institution verfolgte Entwicklungspolitik namentlich in bezug auf die Förderung der Eigenständigkeit der Empfängerländer, die Verbesserung der Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerungsschichten, die aktive Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an der Formulierung und Durchführung der Projekte und Programme, den Aufbau lokaler Kapazitäten und ganz generell die Förderung einer dauerhaften Entwicklung;

- die realen komparativen Vorteile einer Institution bezüglich Mandat, Professionalität und praktischer Erfahrung;
- die Effizienz und nachhaltige Wirksamkeit der Programme und Projekte;
- die angemessene Vertretung der Geber- und Empfängerländer in den Leitungsorganen der jeweiligen Institution sowie eine möglichst ausgewogene Lastenverteilung ("burden sharing") unter den Geberländern;
- die konkreten Möglichkeiten für die Schweiz, die Tätigkeiten der verschiedenen Institutionen aktiv mitbestimmen und mitüberwachen zu können;

Im übrigen legt die Schweiz in ihrer multilateralen Entwicklungszusammenarbeit grossen Wert auf die Förderung und Nutzung von Synergien zwischen den Programmen der verschiedenen Institutionen und ihren eigenen bilateralen Operationen.

*Die derzeit wichtigsten Partnerorganisationen der Schweiz auf dem Gebiet der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit*

Aehnlich wie in der bilateralen Entwicklungshilfe mit den sogenannten "Schwerpunktländern" wird auch im multilateralen Bereich versucht, die Zusammenarbeit auf eine begrenzte Anzahl von Institutionen zu konzentrieren, vornehmlich aus Gründen der Wirksamkeit und der Effizienz des Mitteleinsatzes. So wurden im Verlaufe der letzten Jahre verschiedentlich Beiträge an multilaterale Spezialprogramme schrittweise abgebaut.

Mit ihrer Beitritt zu den Bretton Woods Institutionen, nimmt die Schweiz an den wichtigsten multilateralen Entwicklungsprogrammen und Entwicklungsfonds teil.

Die bedeutendsten multilateralen Beiträge der Schweiz in den letzten drei Jahren (siehe Tabelle 2a im statistischen Anhang) gingen denn auch an:

- a. die Hauptprogramme und -fonds des UN-Systems, d.h. an das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP), die eigentliche "Zentralkasse" des Systems für technische Zusammenarbeit, den Kinderhilfsfonds (UNICEF), den Bevölkerungsfonds (UNFPA) und verschiedene Spezialprogramme der Welt-gesundheitsorganisation (WHO) zur Bekämpfung von Tropenkrankheiten, Durch-fallerkrankungen, AIDS und anderes mehr, spezifische Projekte der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) sowie Spezialprogramme der UNO-Organisation für Erziehung,



Wissenschaft und Kultur (UNESCO), namentlich im Bereich der kulturellen Entwicklung, der Erziehung und der Kommunikation.

- b. die Institutionen der Weltbankgruppe: Die Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), die Internationale Entwicklungsagentur (IDA), die Internationale Finanz-Corporation (IFC) und die multilaterale Investitionsrisikogarantie-Agentur (MIGA);
- c. die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB), die Asiatische Entwicklungsbank (AsDB) und die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB) und deren Entwicklungsfonds; sowie
- d. den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und die Konsultativgruppe für internationale Agrarforschung (CGIAR).

Während die Schweiz beim UNDP und beim UNICEF bis jetzt stets Vollmitglied des Verwaltungsrats war und bei der Weltbank eine Stimmrechtsgruppe anführt, vertritt sie in anderen multilateralen Entwicklungshilfe-Institutionen die jeweilige Stimmrechtsgruppe im Verwaltungs- oder Exekutivrat abwechslungsweise mit den anderen Gruppenmitgliedern. Zur Zeit stellt die Schweiz zum Beispiel den Exekutivdirektor ihrer Stimmrechtsgruppe, die sie mit den skandinavischen Ländern und Indien zusammen bildet, im Exekutivrat der Afrikanischen Entwicklungsbank.

Neben den oben angeführten allgemeinen Beiträgen sind in den letzten Jahren auch eine ganze Reihe von Einzelprojekten der genannten Institutionen finanziert worden. Diese Aktionen sind Teile der bilateralen Programme. Jedes einzelne Projekt wird nämlich in der Regel von den bilateralen Diensten ausgewählt, mitvorbereitet, -begleitet und -evaluiert. Diese sogenannte multi-bilaterale Hilfe erlaubt gleichzeitig:

- die Tätigkeit der Partnerorganisation auf dem betroffenen Gebiet zu verstärken;
- die technische und administrative Kapazität der jeweiligen Institution für die bilaterale Programmtätigkeit zu nutzen;
- direkt Einblick in die Arbeitsweise der Institution zu nehmen und diese so besser beurteilen zu können und
- die auf diese Weise gemachten Erfahrungen und erworbenen Erkenntnisse in die Arbeit der Schweizer Vertreter in den Leitungsorganen der jeweiligen Institution einfließen zu lassen.

Ausser dem mit Abstand grössten Kofinanzierungspartner der letzten Jahre, der Internationalen Entwicklungsorganisation, IDA, unterstützt die Schweiz zur Zeit längerfristige multi-bilaterale Programme unter anderem mit dem UNICEF, der FAO, der UNIDO und den landwirtschaftlichen Forschungszentren der CGIAR. Die Schweiz beteiligt sich ferner seit Jahren auch an den Nachwuchsprogrammen verschiedener multilateraler Institutionen (vor allem des UNDP und der FAO), indem sie für diese Programme Schweizer Nachwuchsexperten rekrutiert und diese auch finanziert. Von den heutigen DEH-Mitarbeitern haben eine ganze Zahl ihre ersten Entwicklungshilfe- Erfahrungen als "Junior Experts" beim UNDP, der FAO oder ILO gesammelt. Darüber hinaus hat die Schweiz wiederholt verschiedenen Organisationen für spezielle Einsätze Mitarbeiter zur Verfügung gestellt.

### 323 **Das multilaterale Programm der kommenden vier Jahre**

Trotz der vielen neuen Aufgaben werden die meisten multilateralen Institutionen - angesichts der andauernden Finanzhaushaltprobleme der meisten Geberländer - in den nächsten Jahren nicht mit wesentlich mehr Finanzmitteln rechnen können. Die verschiedenen Fonds und Programme werden somit ihre beschränkten Ressourcen noch konsequenter auf Sektoren, Themen und Funktionen, in denen sie über echte und bedeutende komparative Vorteile verfügen, konzentrieren und ihre Aktivitäten entsprechend besser mit jenen anderer Agenturen abstimmen und koordinieren müssen.

#### *Schwerpunkte und Prioritäten des Programms*

Wie in Ziffer 235 erläutert, macht der Beitritt zur Weltbankgruppe und die damit verbundenen Folgekosten, der grössten multilateralen Entwicklungsinstitution, eine gewisse Redimensionierung der übrigen multilateralen Beteiligungen notwendig. Erste diesbezügliche Schritte sind bereits erfolgt und zwar namentlich beim UNDP und dessen Spezialfonds sowie beim UNICEF und beim Afrikanischen Entwicklungsfonds. Zumindest bei den Hauptbeiträgen sollte jedoch - wenn irgendwie möglich - auf drastischere Kürzungen verzichtet werden, um den guten Ruf der Schweiz als langjährige verlässliche Mitunterstützerin der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und ihre damit verbundenen Vertretungsansprüche in den verschiedenen Verwaltungsräten nicht zu sehr zu gefährden. Mit Ausnahme der Zahlungen an die IDA, deren Steigerungsrate für die kommenden Jahre praktisch vorgegeben ist, rechnen wir für die übrige

multilaterale Hilfe insgesamt mit nicht mehr als der Realwerterhaltung in Schweizer Franken.

Neben der finanziellen Sicherung der genannten Programme und Fonds wird sich die Schweiz in den kommenden vier Jahren vor allem für weitere Verbesserungen in institutioneller Hinsicht sowie im Programmbereich einsetzen. Zu den Hauptanliegen gehören:

- die Konzentration der Mittel und Kräfte auf strategisch wichtige Bereiche und Funktionen, in denen die betreffenden Institutionen über echte komparative Vorteile verfügen;
- die konsequente Förderung der Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Hilfsempfänger in allen Programmen und Projekten;
- der systematische Einbezug von Querthemen, wie die Armutsbekämpfung, die gute Regierungsführung ("good governance"), die Beachtung der fundamentalsten Menschenrechte, die Frauenförderung und die Umweltverträglichkeit - mit dem Ziel, zu einer nachhaltigeren Entwicklung beizutragen;
- weitere Verbesserungen in der Vorbereitung, der Durchführungsbegleitung und -überwachung sowie der Evaluation der Programme und Projekte;
- Vermehrte und bessere Koordination und Kooperation zwischen den verschiedenen Institutionen;

Um diese Anliegen noch wirkungsvoller vertreten und einbringen zu können, wird die schweizerische Mitwirkung in verschiedenen Leitungsorganen in den kommenden Jahren weiter verstärkt werden. Zu diesem Zweck sehen die DEH und das BAWI vor, ihre Begleit- und Evaluationstätigkeit in bezug auf die wichtigsten multilateralen Entwicklungshilfe-Institutionen auszubauen, indem unter anderem

- die bilateralen Dienste an der Zentrale (geographische und Fachdienste) sowie die schweizerischen Vertretungen vor Ort (Botschaften und Koordinationsbüros) vermehrt und systematischer zu Rate gezogen werden;
- regelmässig auch eigene Programm- und Projektbesuche durch Vertreter der Zentrale durchgeführt werden;
- Evaluationsmissionen der Institutionen begleitet oder eigene Evaluationen vorgenommen werden;

- periodisch die eigene Einschätzungen der Arbeit der verschiedenen Institutionen mit denen anderer Geberländer verglichen werden.

## 324 **Besondere Anliegen und Akzente in bezug auf die wichtigsten Partnerinstitutionen**

### *Weltbank und Internationale Währungsfonds*

Wie in Ziffer 235 ausgeführt, kann über die Mitwirkung der Schweiz in den Leitungsgremien von Weltbank und Internationalem Währungsfonds bisher eine positive Bilanz gezogen werden. Es gilt nun, die Qualität dieser Mitwirkung weiter zu steigern und dadurch zu einer Verbesserung der Tätigkeit dieser beiden wichtigsten internationalen Finanzierungsinstitutionen beizutragen.

Bei der Weltbank werden folgende Prioritäten im Vordergrund stehen:

- **Armutsbekämpfung:** die Weltbank selbst hat die Armutsbekämpfung als oberstes Ziel ihrer Tätigkeit bezeichnet und geeignete Strategien und Instrumente entwickelt, um dieses Ziel zu verwirklichen. Auch das Gesetz über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit legt das Schwergewicht auf die Armutsbekämpfung. Wir werden deshalb darauf achten, dass diese Strategien auch umgesetzt und die Instrumente effizient eingesetzt werden. Wir werden auch darauf hinwirken, dass sämtliche Tätigkeitsbereiche der Weltbank ständig auf ihre Auswirkungen auf die ärmeren Bevölkerungsschichten überprüft werden und dass bei den einzelnen Programmen und Projekten die Bedürfnisse dieser Schichten tatsächlich berücksichtigt werden.
- **Strukturanpassung und Wirtschaftswachstum:** der Prozess der Strukturanpassung muss in den meisten Entwicklungsländern fortgesetzt und verstärkt werden. Bei der Behandlung der entsprechenden Geschäfte im Verwaltungsrat der Weltbank werden wir vor allem darauf bestehen, dass die betroffenen Entwicklungsländer diesen Reformprozess mehr und mehr selbst in die Hand nehmen, und damit zu grösserer staatlicher und wirtschaftlicher Eigenständigkeit gelangen. Ein besonderes Anliegen ist uns auch die Einbettung der Wirtschaftsreformen in eine Sozialpolitik, die durch Massnahmen in den Bereichen der Erziehung und Gesundheit die Entwicklung der Menschen fördert und insbesondere auch die ärmeren unter ihnen dazu befähigt, aktiv am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ihres Landes teilzunehmen.

- Umweltverträglichkeit: Ähnlich wie bei der Armutsbekämpfung hat die Weltbank Strategien und Richtlinien im Umweltbereich aufgestellt (siehe u.a. den Weltentwicklungsbericht 1992, der dem Thema "Umwelt und Entwicklung") gewidmet war. Mit unserer Unterstützung wird der schweizerische Exekutivdirektor ganz besondere Sorgfalt darauf verwenden, dass diese Strategien auch verwirklicht und die Richtlinien angewandt werden. Besonderen Wert werden wir auf die Information und den Miteinbezug der Bevölkerung bei Planung und Durchführung von Umweltaktivitäten der Weltbank legen sowie auf die Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung in diesen Bereichen.
- Erhöhung der Wirksamkeit der Weltbankaktivitäten: das im Kapitel 235 erwähnte Aktionsprogramm der Weltbank zur Erhöhung der Wirksamkeit ihrer eigenen Aktivitäten wird in den kommenden Jahren ebenfalls viel Zeit und Kraft in Anspruch nehmen. Es geht vor allem darum, die Qualität der dem Verwaltungsrat vorgelegten Projekte stark zu verbessern und vermehrtes Gewicht auf das rasche Anpacken der sich bei der Projektdurchführung stellenden Aufgaben und Probleme zu legen. Auch soll vermehrt der langfristige Entwicklungsimpakt der einzelnen Projekte und des Gesamtprogramms der Bank in einem Land in den Mittelpunkt des Interesses gestellt werden.

Neben der Verfolgung der allgemeinen Tätigkeiten der Weltbank unter dem Gesichtspunkt der genannten Schwerpunkte werden wir das bilaterale Programm von Kofinanzierungen in einem begrenzten Umfang weiterführen mit dem Ziel, Synergien zwischen unserem bilateralen Programm und Weltbankprogrammen zu verstärken. Gleichzeitig stellen solche gemeinsamen Programme eine reiche Quelle von Erfahrungen dar, die für unsere Arbeit im Leitungsgremium der Bank nutzbar gemacht werden können.

Beim Internationalen Währungsfonds stehen teilweise die gleichen Anliegen im Vordergrund wie bei der Weltbank, teilweise kommen neue hinzu. Die Programme des Währungsfonds sind jedoch in erster Linie auf die Beseitigung nicht finanzierbarer Zahlungsbilanzdefizite und auf die Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen ausgerichtet, um damit Beschäftigung und Einkommen in den Mitgliedländern zu steigern. Diese Ziele sollen durch die Förderung einer gesunden Geld- und Finanzpolitik und durch strukturelle Reformen erreicht werden. In den vergangenen Jahren hat der Währungsfonds erkannt, dass bei den wirtschaftlichen Anpassungsmassnahmen die sozialen Aspekte stärker berücksichtigt werden müssen. Die Schweiz unterstützt dies, besonders auch im Rahmen der für die ärmsten Länder bestimmten Erweiterten Strukturanpassungsfazilität, an die die Schweiz einen Beitrag in der maximalen Grössenordnung von 166,7 Millionen Sonderziehungsrechten (= rund 347 Mio.

Fr.) als marktmässig zu verzinsendes Darlehen und maximal 50 Millionen Sonderziehungsrechte (= rund 104 Mio. Fr.) an Zinszuschüssen zu leisten bereit ist. Ebenso fördert die Schweiz die Bestrebungen des Fonds, die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Entscheide auf die Umwelt zu berücksichtigen. Diese sind oft schwierig abzuschätzen, und das methodologische Rüstzeug zur Abklärung der ökologischen Folgen der Anpassungsprogramme ist noch wenig entwickelt. Wir werden im Exekutivrat darauf hinwirken, dass diesem Problem vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Im Unterschied zur Weltbank erstreckt sich ein Teil der Aktivitäten des Währungsfonds satzungsgemäss auch auf die Ueberwachung der Wechselkurs- und Wirtschaftspolitik der Industrieländer. Da letztere jedoch keine Darlehen beanspruchen, kann ihnen der Währungsfonds nur Empfehlungen abgeben. Diese Empfehlungen bezwecken, dass in allen Ländern Hindernisse des freien Verkehrs von Gütern, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren abgebaut und wirtschaftliche Strukturen angepasst werden. Dem gleichen Ziel dient die regelmässige Ueberprüfung der Handels- und Wirtschaftspolitik, welche das GATT und die OECD bei ihren Mitgliedern durchführen. Ohne diese gegenseitige Kontrolle und Steuerung nützt es den Entwicklungsländern beispielsweise wenig, wenn sie auf Empfehlung des Währungsfonds ihre Exportanstrengungen intensivieren, während gleichzeitig die grossen Märkte der Industrieländer für ihre Produkte verschlossen bleiben.

### *Entwicklungsinstitutionen des UN-Systems*

Auch als Nichtmitglied der UNO hat die Schweiz in den letzten Jahren dank ihren substantiellen Beiträgen an die wichtigsten Programme und ihrer aktiven Mitwirkung insbesondere in den Verwaltungsräten des UNDP und des UNICEF Entwicklungsaktivitäten des ganzen UN-Systems wesentlich mitgestalten können.

Besonders gefordert und beschäftigt ist die UNO seit einiger Zeit freilich mit einer Vielzahl von humanitären und friedenserhaltenden Operationen. Die Häufung solcher Interventionen hat aber auch deutlich gemacht, wie wichtig - da vor allem auch präventiv wirkend - und letztlich viel kostengünstiger - längerfristige Entwicklungsprogramme sein können. Die diesbezüglichen Hauptfonds und -programme des Systems, namentlich das UNDP, der UNICEF und der UNFPA, stehen denn auch mit ihren zum Teil sehr weiten Mandaten vor ausserordentlich grossen Herausforderungen. Die Erwartungen übersteigen in der Tat leider öfters die zur Verfügung stehenden Mittel. Eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben und damit den komparativen Vorteilen der einzelnen Institutionen tut deshalb not. Entsprechende Reformprozesse sind heute praktisch überall im System auf der Tagesordnung. Im Zentrum des Interesses steht jedoch vorerst

einmal die globale Restrukturierung des Wirtschafts- und Sozialbereichs. Im vergangenen Jahr sind mit der Klärung der Rolle des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) gegenüber der UN-Generalversammlung sowie der Schaffung kleinerer häufiger tagender (und damit effizienter arbeitender) Exekutivräte für das UNDP und den UNICEF erste institutionelle Verbesserungen erzielt worden. In nächster Zeit wird es nun vor allem darum gehen, die Programme der verschiedenen Institutionen auf deren Kernaufgaben zu fokussieren und stärker miteinander zu verzahnen sowie eine bessere finanzielle Absicherung der gesamten Entwicklungsaktivitäten des Systems zu erreichen.

Trotz unübersehbarer Probleme und Schwachstellen bleibt das UN-System mit seinem ganzen Netz von Spezialorganisationen in den kommenden Jahren auch für die Schweiz ein absolut unentbehrliches Instrument der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Schweiz beabsichtigt deshalb, die Hauptprogramme des Systems auch in Zukunft mitzutragen und sich aktiv an den weiteren Reformdiskussionen in den verschiedenen Gremien zu beteiligen und sich dort insbesondere für qualitative Verbesserungen im Politik- und Programmbereich sowie für eine bessere Kosteneffizienz einzusetzen.

#### *Regionale Entwicklungsbanken und IFAD*

Die drei Regionalen Entwicklungsbanken - die Afrikanische (AfDB), die Asiatische (AsDB) und die Interamerikanische (IDB) bilden ein wichtiges Korrelat zur Weltbankgruppe, nach deren Organisationsmuster sie in den sechziger Jahren gegründet wurden. Im Unterschied zur Weltbank sind die drei regionalen Banken sehr viel stärker in ihrem jeweiligen Kontinent verankert und gehören auch kapitalmässig mehrheitlich den Ländern der Region. Unterschiedlich ist demzufolge auch der entwicklungspolitische Dialog zwischen den Mitgliedsländern (regionale versus nichtregionale). Neben den Mitteln, die sie auf den internationalen Kapitalmärkten aufnehmen und zu marktnahen Bedingungen an die fortgeschritteneren Länder ihrer Region ausleihen, verfügen alle drei Banken über einen speziellen Entwicklungsfonds für die ärmeren Länder. Aus diesem - durch Beiträge der traditionellen Geberländer alimentierten - Fonds erhalten die betroffenen Länder Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen. Eine ausführlichere Präsentation der drei Institutionen wird im kommenden Jahr im Rahmen einer separaten Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den nächsten Kapitalaufstockungen der Entwicklungsbanken erfolgen.

Die Schweiz ist seit Jahren Mitglied aller drei Banken und hat sie stets als wirtschaftlich wie auch entwicklungspolitisch wichtige Instrumente der internationalen Zusammenarbeit betrachtet. Während sich die drei Institutionen lange Zeit vornehmlich mit der Finanzierung von Einzelprojekten befassten,

haben sie in den letzten Jahren vermehrt ganze Programme (Strukturanpassungs- und Sektorprogramme) mitfinanziert und sich aktiver auch an Koordinationsbemühungen mit andern Gebern und dem Politikdialog mit Empfängerländern beteiligt.

In allen drei Banken sind im vergangenen Jahr besondere Untersuchungen (ähnlich der "Wapenhans"-Untersuchung in der Weltbank) durchgeführt worden, um die Qualität und Nachhaltigkeit der Programme und Projekte wesentlich zu verbessern. Die Schweiz wird sich - mit andern Ländern zusammen - dafür einsetzen, damit die Erkenntnisse und Empfehlungen der verschiedenen Schlussberichte auch in die Politikleitlinien der drei Banken aufgenommen und effektiv umgesetzt werden. Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit wird die Schweiz in den kommenden Jahren die weitere Entwicklung der Afrikanischen Entwicklungsbank, die nach wie vor in einem ausserordentlich schwierigen Umfeld operiert, verfolgen und mitzugestalten suchen. Bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank prüfen DEH und BAWI zur Zeit die Möglichkeit für die Schweiz, einen grösseren Kapitalanteil (gegenwärtig sind es bloss 0,22 %) zu übernehmen, um eine bessere Vertretung beziehungsweise Mitwirkung der Schweiz im Exekutivrat zu erreichen.

Unterbrochen werden mussten leider im vergangenen Jahr die Verhandlungen über die 4. Wiederauffüllung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), nachdem es - trotz wiederholten Versuchen - nicht mehr gelang, die OPEC-Länder zu einem weiteren substantiellen Beitrag an den Fonds zu bewegen. Ein bemerkenswertes Partnerschaftsexperiment zwischen OECD- und OPEC-Ländern scheint damit dem Ende nahe. Mit der Mehrheit der OECD-Länder wird sich die Schweiz für das Fortbestehen - wenn nötig mit veränderter Finanzierungs- und Mitgliedschaftsstruktur - dieses ganz der Bekämpfung der ländlichen Armut gewidmeten Fonds einsetzen.



## 4 Organisation und Personal

### 41 Restrukturierung zu Beginn der neunziger Jahre

Seit Beginn der neunziger Jahre hat die DEH im Organisations- und Personalbereich gezielt Massnahmen getroffen, um für neue Herausforderungen gerüstet zu sein. Ein Leitbild wurde in Kraft gesetzt, das den Rahmen und die Zielsetzungen für die Arbeit der neunziger Jahre festlegt. Die Ausrichtung der DEH-Arbeit an diesen Leitsätzen soll dazu führen, dass in den nächsten Jahren die Entwicklungsinteressen des Südens bei der Ausgestaltung und Umsetzung der schweizerischen Aussenpolitik angemessen berücksichtigt werden.

Die Aufbauorganisation der DEH wurde nach funktionalen Kriterien restrukturiert. Die Führung der Direktion wurde durch Zuordnung der Evaluation als Stabsstelle verstärkt. Die direkt mit der Konzipierung und Umsetzung von Programmen und Projekten betrauten operativen Einheiten wurden unter einer einheitlichen Leitung zusammengefasst, und das Personal-, das Finanz- und Rechnungswesen sowie die Informatik und die logistischen Dienste wurden zu einer Dienstleistungsabteilung gruppiert. Diese stellt die personellen und materiellen Ressourcen sowie die technische Infrastruktur sicher. Die übergeordnete Finanzplanung, welche eng mit den politischen Koordinationsaufgaben verbunden ist, verbleibt in der Abteilung Politik und Planung.

Organisationsentwicklung und Personalentwicklung sind miteinander verknüpft. Die eine kann ohne die andere nicht zum Tragen kommen. Im Rahmen der Leitbildarbeiten hat sich die DEH deshalb auch eine moderne, langfristig angelegte Personalpolitik gegeben. Führung durch Zielsetzung, eine offene und kommunikative Arbeitskultur sowie die Chancenförderung für Frauen und eine bessere Berücksichtigung der sprachlichen Minderheiten sind Eckpfeiler dieser Politik, die in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden muss. Die Aus- und Weiterbildung des Personals wurde stark ausgebaut, mit dem Ziel, die fachliche und soziale Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen, damit sich diese den ändernden Bedürfnissen anpassen können.

Das umfangreiche "organisatorische Strukturanpassungsprogramm" der DEH konnte, bei gleichzeitig steigendem Aufgabenvolumen, nur an die Hand genommen werden, weil der Personalbestand an der Zentrale erhöht werden konnte. Der Bundesrat ermächtigte die DEH im Rahmen eines Pilotmodells, den Bestand von privatrechtlich an der Zentrale angestelltem Personal um 30 auf 65 Stellen zu erhöhen und auch die damit verbundene Infrastruktur über den Rahmenkredit 1990/94 zu finanzieren. Ohne dieses zusätzliche Personal hätten wir nicht reorganisieren können, und ausserdem wäre die zuverlässige und qualitativ überzeugende Erfüllung unseres Auftrages nicht mehr möglich gewesen.

Die Zielsetzungen des neuen Modells im Personalbereich konnten weitgehend erreicht werden. Eine mit Begleitung des Eidgenössischen Personalamtes durchgeführte Evaluation zeigt, dass das Ende der achtziger Jahre offensichtliche Missverhältnis zwischen Aufgaben und personellen Voraussetzungen abgebaut werden konnte. Das im internationalen Vergleich ausserordentlich hohe Ausgabenvolumen pro Mitarbeiter hat nur noch leicht zugenommen. Die Auswertung unserer Aktionserfahrungen konnte wie angestrebt verstärkt werden. Die Weiterbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde intensiviert und die Leistungen in nicht direkt ausgabenwirksamen Bereichen (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, verwaltungsinterne Koordination, Dialog mit nationalen und internationalen Partnern) konnten gesteigert werden.

Das Personalmanagement ist durch die Zusammenfassung der unterschiedlichen, bereits in den achtziger Jahren geschaffenen, privatrechtlichen Anstellungsstati (35 Stellen) stark vereinfacht worden. Da heute über 80 Prozent der gemäss neuem Modell privatrechtlich angestellten Mitarbeiter rotationsfähig sind und in den geographischen Sektionen oder den Fachdiensten eingesetzt werden, bietet die Rotation zwischen Feld und Zentrale wenig Probleme. Der Wechsel von Aufgabenbereichen als Element einer Laufbahn gestaltet sich heute fließender und beginnt sich als Prinzip bei privat- und öffentlich-rechtlichem Personal einzuspielen. Entsprechend steigt die Polyvalenz der Mitarbeiter. Gegen ein Fünftel der Belegschaft übernimmt heute pro Jahr neue Aufgaben.

Aus der Sicht der DEH-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen bietet die Koexistenz eines öffentlich-rechtlichen und eines privatrechtlichen Anstellungsstatus grundsätzlich keine Probleme. Das Engagement ist bei beiden Personalkategorien unverändert hoch. Zwar zieht eine Mehrheit des Personals den öffentlich-rechtlichen Status vor (Arbeitsplatzsicherheit), aber wichtiger als der Anstellungsstatus wird die Gleichbehandlung (Laufbahnmöglichkeiten) der beiden Kategorien eingestuft.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht hat sich die Möglichkeit, die längerfristige Eignung von Mitarbeitern im Rahmen von privatrechtlichen Anstellungsverhältnissen auszuloten, positiv ausgewirkt. Leistung und Disponibilität haben noch zugenommen. Die DEH kann die Personalkapazität bei Schwankungen im Aufgabenbereich anpassen. Die Möglichkeit, im Rahmen des Personalplafonds zu entscheiden, ob finanzielle Mittel für Personal oder für Programme eingesetzt werden sollen, gibt grössere Flexibilität. Dieser Spielraum liegt ganz im Sinne eines modernen Managements. Bis anhin wurden weder der privatrechtliche Anstellungsplafonds noch der für das Pilotmodell zur Verfügung stehende finanzielle Rahmen vollständig ausgeschöpft.

Die Erfahrungsperiode mit dem neuen Modell ist zu kurz, um ein abschliessendes Urteil über die Zweckmässigkeit zu fällen. Die Weiterführung und die Bereitstellung

entsprechender finanzieller Mittel sind Voraussetzung dafür, dass die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe die neuen Herausforderungen der neunziger Jahre bei mindestens gleichbleibendem Qualitätsniveau bewältigen kann.

## **42 Umfeld und Herausforderungen Mitte der neunziger Jahre**

Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems im Osten sind sowohl im Süden wie im Norden Entwicklungen in Gang gekommen, deren Auswirkungen in den nächsten Jahren stark zunehmen werden. Viele unserer Partnerländer sind im Umbruch. Der Wandel wurde noch stärker zur Konstante. Die mit der Entwicklungszusammenarbeit betrauten Bundesstellen, aber auch alle in diesem Bereich engagierten halbstaatlichen und privaten Institutionen stehen vor sich rasch ändernden Situationen, die es zu meistern gilt. Der Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen, der nach Rio zunehmende Einfluss der Umweltproblematik mit der verstärkten Forderung nach Beachtung von Nachhaltigkeit, "Good Governance"-, Demokratie- und Migrationsfragen, Themen wie Partizipation, Frauenförderung und Stärkung der Institutionen und das für viele Empfängerländer nach wie vor drückende Schuldenproblem bedingen fortlaufende organisatorische Anpassungen. Sie stellen vor allem aber neue Anforderungen an das Personal der DEH.

Eine zusätzliche Herausforderung ergibt sich durch die knapper werdenden finanziellen Mittel. Bisherige Prioritäten und Konzepte sind zu hinterfragen, neue Schwerpunkte sind zu setzen und Konzentration auf die eigenen Stärken ist gefordert, dies als Voraussetzung, um noch gezielter Synergien mit andern Gebern, insbesondere den multilateralen Institutionen, zu suchen.

## **43 Ziele und Massnahmen im organisatorischen Bereich**

### *Ziele:*

- Die DEH muss die hohe Flexibilität mit kurzen Kommunikations- und Entscheidungswegen und ihre relative Offenheit, mit unterschiedlichen Partnern zusammenzuarbeiten, beibehalten und weiter ausbauen.
- In der bilateralen Zusammenarbeit ist es notwendig, ein gewisses Mass an direkten Programmen und Projektvorhaben beizubehalten, damit der Praxisbezug - neben der Flexibilität eine der wichtigsten relativen Stärken der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit - nicht verlorengeht. Der praktischen Erfahrung

kommt im Zusammenhang mit dem immer wichtiger werdenden Politikdialog mit Empfängerländern und multilateralen Partnern steigende Bedeutung zu.

- Die DEH intensiviert den Dialog und die Zusammenarbeit unter den schweizerischen Akteuren (Hilfswerke, Universitäten und Forschungsanstalten, Privatwirtschaft) und fördert den Meinungs- und Informationsaustausch zwischen diesen und internationalen beziehungsweise multilateralen Organisationen. Im Vordergrund stehen dabei insbesondere das Bretton-Woods- und das UNO-System sowie die internationalen Forschungsanstalten.
- Die Öffentlichkeitsarbeit muss ausgebaut werden, um das Verständnis des Publikums für die Nord-Süd-Problematiken zu erweitern und die Zusammenhänge mit aktuellen innenpolitischen Fragen zu vertiefen (z.B. Migrationspolitik, GATT, Landwirtschaftspolitik, Biotechnologie, Energiepolitik).

#### *Massnahmen:*

- Die geographische und sektorielle Konzentration muss weitergeführt werden. Dabei kommt dem Kriterium der Effizienz und Wirksamkeit verstärkte Bedeutung zu. In Ländern, die in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht haben, werden Programme abgebaut. Auch der Ansatz der Zusammenarbeit soll verstärkt auf Partizipation und Nachhaltigkeit konzentriert werden.
- Wo immer möglich sollen die Programme durch lokale Partner durchgeführt und lokales Wissen anstelle von ausländischen Experten eingesetzt werden.
- Höhere Priorität soll Politik- und Strategiefragen sowie Querthemen wie Frauenförderung und Umwelt zugemessen werden. Die entsprechenden Kapazitäten sollen an der Zentrale und in den Koordinationsbüros verstärkt werden. In Verbindung mit der Auswertung der eigenen Erfahrungen kann so unsere Mitwirkung in multilateralen Organisationen ausgebaut werden, und wir sind insbesondere in der Lage, einen aktiven "policy-input" für die Bretton-Woods-Institutionen zu leisten.
- Die Verlagerung von Aufgaben und Kompetenzen in die Einsatzländer im Sinne einer Dezentralisierung muss weitergeführt werden. Die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Akteuren der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit muss überprüft werden, mit dem Ziel, weitere Aufgaben der DEH an Hilfswerke und die Privatwirtschaft zu übertragen.
- Im Bereich der Leitungs- und Kontrollsysteme sind neue Datenstrukturen für das gesamte Finanzwesen und die Statistik aufzubauen, die auch den OECD-Bedürfnissen Rechnung tragen. Stufenweise wird ein strategisches und operatives Controlling eingeführt. Ersteres soll sicherstellen, dass die Aktionen und Programme auf die Ziele des Leitbildes ausgerichtet bleiben, während das operative Controlling die Programm- und Projektsteuerung verbessern soll.
- Im Bereich Informatik sind die EDV-gestützten Instrumente auf Stufe Zentrale, Koordinationsbüro und Projekte zu überprüfen und weiter auszubauen.

- Die Vereinfachung von administrativen Abläufen und Strukturen wird weitergeführt und das gesamte Weisungs- und Richtlinieninstrumentarium muss gestrafft und den neuesten Erfordernissen angepasst werden.
- Die sehr schwierige Situation an der Zentrale mit auf zehn Standorte verteilten Büroräumlichkeiten soll durch eine angestrebte Zusammenlegung verbessert werden.

#### 44            **Massnahmen im Personalbereich**

Die wichtigste Massnahme im personellen Bereich besteht darin, dass der gegenwärtige Personaletat der DEH gehalten und das bereits dargelegte neue Personalmodell mit privatrechtlichen Anstellungen weiterentwickelt werden kann. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Personalamt vorgesehen, das sich an der weiteren Ausgestaltung und Steuerung des Modells beteiligen wird. Der öffentlich rechtliche Stellenetat wie auch der privatrechtliche Personalbestand von 65 Stellen soll nicht erhöht werden. Das steigende Ausgabenvolumen und die durch Ausweitung sowie zunehmende Komplexität der Aufgaben anfallende Mehrbelastung, sollen durch weitere Rationalisierungsmassnahmen aufgefangen werden. Die Kosten für die Weiterführung der privatrechtlichen Anstellungen, einschliesslich der Aufwendungen für die Büroinfrastruktur, werden dem mit dieser Botschaft beantragten Rahmenkredit belastet. Sie belaufen sich auf rund 33 Millionen Franken für die gesamte Rahmenkreditperiode oder auf rund 0,8 Prozent der gesamten vorgesehenen finanziellen Aufwendungen.

Durch die zunehmende Komplexität werden die Anforderungsprofile der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den nächsten Jahren noch anspruchsvoller. Für gewisse Arbeitsbereiche steht die permanente Auseinandersetzung mit neuen Fachkonzepten im Vordergrund. Die bilaterale Zusammenarbeit erfordert verstärkt gute, langjährige Erfahrungen mit lokalen, nationalen und regionalen Gegebenheiten. Vertiefere Kenntnisse sind auch im sozialen, wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Bereich notwendig. Folgende Massnahmen sind vorgesehen:

- Für das Personal an der Zentrale und in den Koordinationsbüros sind die Elemente Leistungsbeurteilung, Weiterbildung und Rotation zu einem kohärenten Laufbahnsystem zu verknüpfen. Die professionelle Kompetenz soll dadurch fortlaufend erhöht werden.
- Die marginale Präsenz von Schweizern in internationalen Organisationen ist durch Massnahmen auf verschiedenen Ebenen (Informations- und Sensibilisierungskampagne, Beratung und Vermittlung) zu vergrössern. Im Zuge der zunehmenden Multilateralisierung brauchen verschiedene Verwaltungsstellen immer mehr Personal mit entsprechendem Erfahrungshintergrund.

- Für die Vorbereitung von Experten, die weiterhin unter privatrechtlichem Anstellungsstatus in unseren Partnerländern eingesetzt werden, sind neue Konzepte zu entwickeln, die eine individuell massgeschneiderte Vorbereitung Ausreisender gewährleisten. Hier hat die DEH Schrittmacherdienste auch für die anderen schweizerischen Entwicklungsorganisationen zu übernehmen.
- Das interne Ausbildungsprogramm für das DEH-Personal, das auch anderen Bundesstellen und den Hilfswerken offensteht, ist zu straffen, konsequent auf die Nachfrage auszurichten und nach modernen Grundsätzen der Personal- und Organisationsentwicklung auszugestalten. Ein besonderer Akzent wird dabei auf die Führungsausbildung gelegt.

## 5

**Betrag und Verwendung des neuen Rahmenkredites**

In Ziffer 2 haben wir Bilanz und Ausblick der schweizerischen Südpolitik skizziert, um in der dritten Ziffer die grossen Linien unseres Programmes der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungs-ländern für die kommenden vier Jahre darzulegen. Diese Ziffer ist nun dem Betrag des neuen Rahmenkredites und seiner Aufteilung auf die verschiedenen Träger der Entwicklungszusammenarbeit sowie auf Kontinente und Länder gewidmet.

## 51

**Der Betrag des neuen Rahmenkredites**

Der neue Rahmenkredit, den wir mit dieser Botschaft beantragen, soll es dem Bund ermöglichen, während mindestens vier Jahren Verpflichtungen zur Durchführung von Projekten und Programmen der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe im Rahmen der vorgängig dargelegten Politik einzugehen. Die Ausgaben, die sich aus jeder Verpflichtung ergeben, können sich über mehrere - in der Regel zwei bis vier - Jahre erstrecken. Daraus ist abzuleiten, dass die laufenden Verpflichtungen jederzeit den Zahlungen von etwas mehr als zwei Jahren entsprechen. So wird ein Teil der Verpflichtungen, die zwischen 1995 und 1998 eingegangen werden, zu Zahlungen im Jahr 1999 und darüber hinaus führen, ebenso wie die zwischen 1991 und 1994 eingegangenen Verpflichtungen Zahlungen von ungefähr 1500 Millionen Franken im Jahr 1995 und danach zur Folge haben werden. Dieses System verlangt unsererseits ein sehr differenziertes Instrumentarium zur Planung von Verpflichtungen und Zahlungen, erlaubt es jedoch, mit den Partnern unserer Entwicklungszusammenarbeit eine über mehrere Jahre stabile Beziehung zu unterhalten. Damit gewährleisten wir, dass unsere Hilfsanstrengungen für die Partner mittelfristig absehbar sind - eine Grundvoraussetzung für die gute Durchführung von Programmen und Projekten.

Der Betrag des Rahmenkredites hängt nun von den voraussichtlichen Verpflichtungen ab, die wir - beim heutigen Stand unserer operationellen Planung und angesichts der neuen Bedürfnisse, mit welchen wir konfrontiert sind (vgl. Ziff. 231) - zur Finanzierung der Projekte und Programme der technischen Zusammenarbeit in den kommenden Jahren eingehen wollen. Der beantragte Kredit basiert auf der Finanzplanung und den Finanzperspektiven des Bundes, welche die für die öffentliche Entwicklungshilfe der Eidgenossenschaft vorgesehenen Aufwendungen festschreibt. Diese Aufwendungen entsprechen, wie wir in Ziffer 231 in Erinnerung gerufen haben, den im Bericht vom 25. März 1992 über die Legislaturplanung 1991 - 1995 (BBl 1992 III 1) festgelegten Zielsetzung, die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz bis zur Jahrtausendwende auf 0,40 Prozent des Bruttosozialprodukts zu erhöhen.

Für die technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe haben wir, auf der Basis dieser Daten und auf der Grundlage unseres (so genau als möglich geschätzten) effektiven Bedarfs an finanziellen Mitteln für die Durchführung des geplanten Programmes von Mitte Dezember 1994 bis Mitte Dezember 1998, einen Betrag für den Rahmenkredit in der Höhe von 3'900 Millionen Franken errechnet. Allerdings wäre, um über eine etwas umfassendere Sicherheitsmarge für mittelfristige Verpflichtungen zu verfügen, ein Betrag in der Höhe von 4'500 Millionen Franken vorzuziehen gewesen. So müssen insbesondere verschiedene mehrjährige multilaterale Verpflichtungen auf den Rahmenkredit nach 1998 verschoben werden.

Die schwierige Situation der Bundesfinanzen ist bei diesen Ueberlegungen in Betracht gezogen worden. Auf der einen Seite sind der Entwicklungszusammenarbeit neue Aufgaben übertragen worden, ohne dass das Gesamtvolumen der öffentlichen Hilfe entsprechend erhöht worden wäre: Es handelt sich insbesondere um die Beteiligung der Schweiz an der Weltbank, an der Internationalen Finanz-Corporation (IFC), um Beiträge an die internationale Entwicklungsorganisation (IDA), an Umweltprogramme, um Forschungszusammenarbeit zwischen Universitäten der Schweiz und der Entwicklungsländer, um Beiträge an Programme für Menschenrechte und Demokratisierung und an den UNO-Fonds für Frauen (UNIFEM). Auf der anderen Seite sind Programme, welche in Vorbereitung waren, nicht ausgeführt worden, so zum Beispiel in Aethiopien und Eritrea. Die Anzahl der Schwerpunktländer wird auch in der folgenden Rahmenkreditperiode reduziert werden (s. Ziff. 232); gewisse Aufgaben, welche vordringlich werden könnten (zum Beispiel die längerfristige Unterstützung regionaler Zusammenarbeit, etwa in Zentralamerika beziehungsweise in Westafrika, oder ein Programm zugunsten der südlichen Anrainer des Mittelmeers) können nicht in die Planung aufgenommen werden.

Die Anpassung an das neue finanzpolitische Umfeld berücksichtigt aber auch unseren Willen, einen angemessenen Anteil an der Finanzierung internationaler Zusammenarbeit zu übernehmen, indem der Umfang der öffentlichen Hilfe langsam, aber kontinuierlich an das Mittel der anderen europäischen Staaten angeglichen wird. Diese sind mit ähnlichen, zum Teil schwierigeren budgetpolitischen Rahmenbedingungen konfrontiert. Kontinuität ist in den Augen des Bundesrates ein wesentliches Element für einen langfristigen Erfolg der Programme und Projekte, welche wir unterstützen. Gleichwohl müssen wir offen bleiben für neue Erfordernisse, auf welche unsere Entwicklungspolitik angemessen reagieren muss.

Die Mittel, welche jährlich für die technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe zur Verfügung stehen, werden durch das Budget der Eidgenossenschaft bestimmt, das jedes Jahr von den eidgenössischen Räten bewilligt wird. Die auf der Grundlage der Rahmenkredite sowie auf der Basis des Finanzplanes und der -perspektiven eingegangenen Verpflichtungen lassen bezüglich der Zahlungen einen gewissen



Spielraum offen, doch jede Kürzung des Budgets gegenüber den Vorgaben in Finanzplan und -perspektiven hätte eine Verminderung der vorgesehenen Verpflichtungen zur Folge und würde dementsprechend die Laufzeit des Rahmenkredites verlängern.

## 52 Die Aufteilung der Verpflichtungen zu Lasten des Rahmenkredites

Die Aufteilung der Verpflichtungen des mit dieser Botschaft beantragten Rahmenkredites widerspiegelt einerseits die Kontinuität unserer Entwicklungszusammenarbeit und andererseits die Anpassung unserer Hilfe an die neuen Anforderungen.

Was die Träger der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit anbetrifft, so werden wir das Schwergewicht weiterhin auf die bilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe legen, gleichzeitig jedoch unsere multilateralen Beiträge leicht erhöhen (vgl. Ziff. 231). Wir werden auch danach streben, bessere Synergiewirkungen zwischen unserer bilateralen Tätigkeit und unseren multilateralen Finanzierungsbeiträgen zu erzielen, denn diese beiden Träger der Entwicklungszusammenarbeit widersprechen sich keineswegs, viel eher ergänzen sie sich gegenseitig.

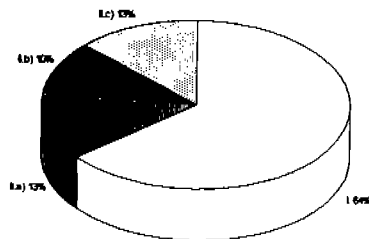
Die geographische Aufteilung nach Kontinenten wird grundsätzlich die gleiche bleiben wie bisher, wenn auch gewisse Veränderungen innerhalb der Regionen auf eine etwas ausgeprägtere Konzentration und auf eine Verstärkung der regionalen Entwicklungszusammenarbeit zielen. Die Angaben für die Schwerpunktländer stellen Planzahlen dar. Diese werden so verwirklicht oder nicht verwirklicht werden in Funktion des Erfolges oder des Misserfolges unserer Programme und der allgemeinen Lage in jedem Land.

Die nachstehenden graphischen Darstellungen geben zusammenfassend einen Ueberblick über die vorgesehene Aufteilung der Verpflichtungen von 1995 - 1998 im beantragten Rahmenkredit:

- die Aufteilung nach bilateralen und multilateralen Trägern der Entwicklungszusammenarbeit (52A);
- die geografische Aufteilung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (52 B);
- die Aufteilung nach Schwerpunktländern in Asien (52 C);
- die Aufteilung nach Schwerpunktländern in Afrika (52 D);
- die Aufteilung nach Schwerpunktländern in Lateinamerika (52 E)

## Aufteilung nach bilateralen und multilateralen Trägern der Entwicklungszusammenarbeit: Verpflichtungen 1995-1998

	Mio. SFr.
I. Bilaterale Programme	2500
II. Multilaterale Beiträge	1400
a) UN-Organisationen + andere	500
b) regionale Entwicklungsfonds	375
c) IDA	525
Total	3900

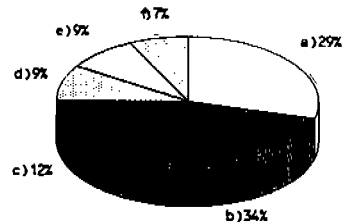


### Anmerkung:

Für die Gesamtheit der öffentlichen Entwicklungshilfe wird das Verhältnis der Zahlungen am Ende der Laufzeit dieses Rahmenkredites etwa einem Drittel für multilaterale Beiträge zu zwei Dritteln für bilaterale Programme entsprechen.

### Aufteilung der bilateralen Zusammenarbeit nach Regionen: Verpflichtungen 1995-1998

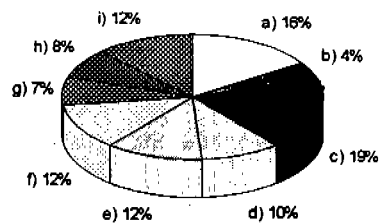
	Mio. SFr.
a) Asien	725
b) Afrika	845
c) Lateinamerika	300
d) Allgemeine Sektorprogramme	225
e) Programmbeiträge NGO	225
f) Andere bilaterale Massnahmen	180
<b>Total</b>	<b>2500</b>



Graphik 52 C

### Die bilaterale Zusammenarbeit in den Schwerpunktländern Asiens : Verpflichtungen 1995-1998

	Mio. SFr.
a) Bangladesh	115
b) Bhutan*	30
c) Indien	140
d) Indonesien (>Vietnam)**	75
e) Nepal	90
f) Pakistan	90
g) Regional	45
h) Spezialprogramm Palästina	55
i) Andere Ländern	85
<b>Total</b>	<b>725</b>



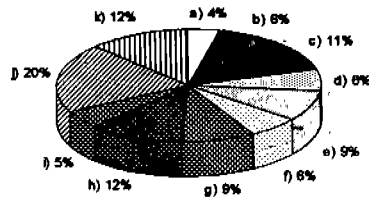
\* Bhutan ist kein eigentliches Schwerpunktland

\*\* Es ist vorgesehen, dass das Indonesienprogramm um 1997 durch ein Programm in Vietnam ersetzt wird.

### Die bilaterale Zusammenarbeit in den Schwerpunktländern Afrikas: Verpflichtungen 1995-1998

Mio. SFr.

a) Benin	34
b) Burkina Faso	51
c) Madagaskar	94
d) Mali	51
e) Mosambik	77
f) Niger	51
g) Rwanda*	75
h) Tansania	103
i) Tschad	42
j) Regional	169
k) Andere Länder (u.a.Südafrika)	98



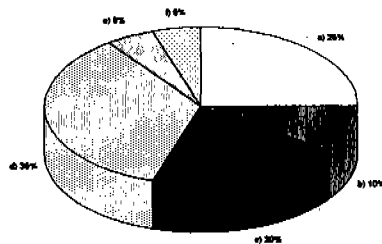
Total	845
-------	-----

Graphik 52 E

### Die bilaterale Zusammenarbeit in den Schwerpunktländern Lateinamerikas: Verpflichtungen 1995-1998

Mio. SFr.

a) Bolivien	75
b) Ecuador**	30
c) Peru	60
d) Zentralamerika/Nicaragua	105
e) Südamerika Regional	15
f) Andere Länder	15



Total	300
-------	-----

\* Die Zusammenarbeit ist nach den Ereignissen vom April 1994 suspendiert. Ob Rwanda später wieder ein Schwerpunktländ werden kann, wird neu zu beurteilen sein

\*\* Ecuador ist kein eigentliches Schwerpunktländ.

## **6                    Finanzielle und personelle Auswirkungen**

### **61                    Finanzielle Auswirkungen: die Dauer und der Betrag des neuen Rahmenkredites**

Der Rahmenkredit von 3300 Millionen Franken, den die eidgenössischen Räte am 4. Oktober 1990 für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe bewilligt haben, war für eine Mindestdauer von vier Jahren vorgesehen. Er trat am 19. Dezember 1990 in Kraft und wird Ende Dezember 1994 vollumfänglich verpflichtet sein.

Um die technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe in den nächsten vier Jahren weiterführen und entsprechende Verpflichtungen bis mindestens Mitte Dezember 1998 eingehen zu können, ersuchen wir Sie um die Eröffnung eines neuen Rahmenkredites von 3'900 Millionen Franken.

Die Verpflichtungen aus diesem Rahmenkredit werden Ausgaben zulasten des Bundesbudgets in den Jahren 1994 bis ungefähr 2002 zur Folge haben. Die Ausgaben für die Jahre 1994 - 1997 sind in den Finanzperspektiven des Bundes von 1994 - 1997 vorgesehen. Sie werden jedes Jahr im Rahmen des Jahresbudgets der Eidgenossenschaft zur Genehmigung unterbreitet. Für die Berechnungsgrundlage des beantragten Rahmenkredites verweisen wir auf Ziffer 231 und Ziffer 5.

### **62                    Organisatorische und personelle Auswirkungen**

Auf die organisatorischen und personellen Massnahmen, die wir zur Durchführung unserer technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe in den kommenden Jahren ergreifen wollen, sind wir ausführlich in Ziffer 4 eingegangen. Der Bestand an öffentlich-rechtlich angestellten Mitarbeitern wird nicht erhöht.

### **63                    Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden**

Der Vollzug des vorgeschlagenen Bundesbeschlusses obliegt ausschliesslich dem Bund und belastet die Kantone und Gemeinden nicht.

## 7                    **Legislaturplanung**

Wir haben die Vorlage in unserem Bericht über die Legislaturplanung 1991 - 1995 (BBI 1992 III 1 ff. Ziff. 1.1.3 und Anhang 2) angekündigt.

## 8                    **Rechtliche Grundlagen**

Der Bundesbeschluss, den wir Ihnen zur Genehmigung unterbreiten, stützt sich auf Artikel 9 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), wonach die Mittel für die Finanzierung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe als Rahmenkredite für jeweils mehrere Jahre bewilligt werden.

Da es sich um einen Finanzbeschluss handelt, ist nach Artikel 8 des Geschäftsverkehrsgesetzes vom 23. März 1962 (SR 171.11) die Form des einfachen Bundesbeschlusses vorgeschrieben. Als solcher ist er nicht dem fakultativen Referendum unterstellt.

**Anhang**

- I. Liste der Hilfsempfänger des DAC (Entwicklungsausschuss der OECD)**
- II. Liste der bilateralen und multilateralen Verpflichtungen über eine Million Franken (7. Rahmenkredit)**
- III. Statistische Anhänge**
  - 1) Bilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe**
    - a) Liste der Schwerpunktländer der bilateralen Zusammenarbeit
    - b) Schwerpunktländer und -sektoren in der bilateralen Zusammenarbeit
    - c) Geographische Aufteilung nach Schwerpunktländern (1985/1990-1992)
    - d) Sektorielle Aufteilung (1992)
    - e) Aufteilung der Aktionen nach Art der Ausführung (1992)
    - f) Private Hilfswerke (1990-1992)
    - g) Assoziierte Hilfsaktionen und Kofinanzierungen (1990-1992)
  - 2) Multilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe**
    - a) Jährliche Beiträge an internationale Organisationen (1990-1992)
    - b) Multilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe
  - 3) Netto-Leistungen der Schweiz zugunsten von Entwicklungsländern (1990-1992)**
  - 4) Oeffentliche Entwicklungshilfe (1981/1985-1993) (Gemäss Staatrechnungen und Voranschlag)**
  - 5) Wirtschaftliche Auswirkungen der öffentlichen Entwicklungshilfe in der Schweiz (1990-1992)**
  - 6) Internationale Vergleiche**
    - a) Oeffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Länder (1981/82-1991/92)
    - b) Oeffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Mitglieder der OECD (1991-1992)
  - 7) Handel**
    - a) Welthandel (1985/1991)
    - b) Geographische Struktur des schweizerischen Aussenhandels (1985/1992)

**IV. Hauptquellen des statistischen Anhangs**

## I Liste der Hilfeempfänger des DAC (Entwicklungsausschuss der OECD)

Teil I: Hilfe an Entwicklungsländer und -gebiete					Teil II: Hilfe an Länder und Gebiete in Ubergangsphase		
LDC	Andere LIC (BSP pro Kopf \$575-1992)	LMIC (BSP pro Kopf \$575-\$2685 1992)		UMIC (BSP pro Kopf \$2690-\$8355 1992)	HIC (BSP pro Kopf \$8355 1992) (1)	CEEC/NIS	Fortgeschrittener Entwicklungsländer und -gebiete
Mosambik	Indien	Bolivien	Albanien	Mauritius	Taiwan	*Litauen	Bahamas (2)
Tansania	Nigeria	Eisenbahnküste	Kuba	Brasilien	Zypern	*Ukraine	Brunei (2)
Äthiopien	Kenia	Philippinen	Irak	Malaysia	Israel	*Lettland	Kuwait (2)
Sierra Leone	Guyana	Senegal	Demokratische	St. Lucia	+Hong Kong	*Slowakische	Qatar (2)
Uganda	China	*Armenien	Republik Korea	Venezuela	-----	Republik	Singapur (2)
Nepal	Pakistan	*Kirghistan	Lebanon	Uruguay	+Bermudas	*Polen	Vereinigte
Bhutan	Nicaragua	Kamerun	Marschall Inseln	Mexico	+Cayman Inseln	*Tschechische	arabische
Burundi	Ghana	*Georgien	+Macao	Surinam	Falkland Inseln	Republik	Emirate(2)
Tschad	*Tadschikistan	*Uzbekistan	Mongolei	Trinidad und	+Französische	*Russland	
Malawi	Sri Lanka	*Aserbeidschan	St. Helena	Tobago	Polynesien	*Estland	
Guinea-Bissau	Honduras	Papua-	Mikronesien	Gabun	+Neu Kaledonien	*Belarus	
Bangladesh	Zimbabwe	Neuguinea	Syrien	St. Kitts &	+Gibraltar	*Ungarn	
Madagaskar	Ägypten	Peru	Niue	Nevis		Moldowien	
Rwanda	Indonesien	Guatemala	Staaten Ex-	-----		*Rumänien	
Laos	-----	Marokko	Jugoslawiens	Cook Inseln		*Bulgarien	
Sambia	Eritrea	Kongo	Tokelau	+Mayotte			
Mail	Timor	Dominikanische	+Turks und	Nauru			
Burkina Faso	Vietnam	Republik	Caios Inseln				
Niger		Ecuador	+Wallis et				
Äquatorialguinea		Swasiland	Futuna	Eintrittschwelle			
Sao Tomé e		Jordanien		zu			
Prinzip		El Salvador		Weltbankdarlehen			
Togo		*Turkmenistan		(\$4715 1992)			
Gambia		Kolumbien					
Zentralafrikanische		Jamaika					
Republik		Tonga					
Benin		Paraguay		Antigua und			
Malediven		Namibia		Barbuda			
Guinea		*Kazachstan		Seychellen			
Komoren		Tunesien		Argentinien			
Mauritanien		Thailand		Oman			
Lesotho		Algerien		Barbados			
Kiribati		Türkei		Korea,			
Salomon-Inseln		St Vincent &		Republik			
Kapverden		Grenadines		Saudi-Arabien			
West-Samoa		Costa Rica		+Aruba			
Vanuatu		Fidschi Inseln		Bahrain			
Botswana (3)		Iran		Griechenland			
Afghanistan		Belize		Libyen			
Kambodscha		Grenada		Malta			
Djibouti		Panama		+Montserrat			
Haiti		Dominica		+Niederländische			
Liberia				Antillen			
Myanmar		Chile		Pazifik Inseln			
Somalia		Südafrika		(EU)			
Sudan		(Schwarze		(nicht EFM oder			
Tuvalu		Gemeinschaften)		Marshall Inseln]			
Jemen		+Anguilla		+Virgin Inseln			
Zaire		Angola		(RU)			

\*CEEC/NIS + Gebiete

(1) Alle Länder und Gebiete, die diese Schwelle 1992, 1993 und 1994 überschreiten, werden im Jahr 1996 in fortgeschrittene Länder umklassiert.

(2) Zweiter Teil wird ab 1996 gezählt: bis dahin wird die Hilfe an diese Länder als öffentliche Entwicklungshilfe verbucht, entsprechend dem Beschluss von 1992. Die am meisten entwickelten Länder und Gebiete aus dieser Kategorie sind auf der Liste selber anhalten, - auch wenn die erhaltene Hilfe ein Minimum ausmacht, um eine vollständige Bekanntgabe des Finanzflusses zu gewährleisten.

(3) 1996 wieder zu klassieren in UMIC.

## Bemerkung

LDC: am wenigsten entwickelte Länder (47 Länder von denen die Liste durch die Vereinten Nationen erstellt worden ist).

LIC: Länder mit niedrigem Einkommen.

LMIC: Länder mit mittlerem Einkommen (höherer Teil), UMIC: (niedriger Teil).

HIC: Länder mit höherem Einkommen.

CEEC/NIS: Mittel- und osteuropäische Länder sowie neue unabhängige Staaten.



## II Liste der bilateralen und multilateralen Verpflichtungen (7. Rahmenkredit)

Die folgende Liste enthält alle Verpflichtungen über eine Million Franken zulasten des 7. Rahmenkredits über die "Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern", der 3,3 Milliarden Franken beträgt (Stand 30. November 1993).

Der erste Teil der Liste umfasst die nach Regionen geordneten bilateralen Verpflichtungen (Europa, Ostafrika, Westafrika, Lateinamerika, Asien und geographisch nicht erfassbar). Innerhalb dieser Regionen sind die Verpflichtungen nach Ländern aufgeteilt. Die Schwerpunktländer sind kursiv geschrieben. Im zweiten Teil der Liste sind die multilateralen Verpflichtungen nach Regionen aufgeführt.

Bei der Aufteilung der Verpflichtungen werden die Art der Aktion, die verschiedenen Phasen und ihre Dauer angegeben (bei einer Entwicklungsaktion ist die Dauer der Durchführung festgelegt, sie reicht von einem bis zu fünf Jahren) sowie die Höhe der Verpflichtung in Schweizer Franken.

Die Aktionsarten haben folgende Bedeutung:

Bilaterale Verpflichtungen für:

- 1 direkt durchgeführte Projekte der technischen Zusammenarbeit
- 2-3 in Regie durchgeführte Projekte technischer Zusammenarbeit
- 4 Projekte der technischen Zusammenarbeit, die von schweizerischen privaten Organisationen einschliesslich Kantone/Gemeinden, Universitäten und technische Hochschulen durchgeführt werden
- 5-6 Projekte der technischen Zusammenarbeit, die von internationalen Organisationen durchgeführt werden
- 8 Finanzhilfeprojekte

Multilaterale Verpflichtungen für

- 7 Projekte der technischen Zusammenarbeit
- 9 Finanzhilfeprojekte

In der beiliegenden Liste wurden die Verpflichtungen unter einer Million Franken, gewisse Verpflichtungen betreffend begleitende Massnahmen und Strukturkosten sowie nach dem 30. November 1993 eingegangenen Verpflichtungen nicht aufgeführt.

# Liste der bilateralen Verpflichtungen über 1 Million Franken

(7. Rahmenkredit)

Stand am 30 November 1993

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VERPFLICHTUNG	
<b>Europa</b>						
Türkei	Dörfliche Aufforstung	6	1	1992-94	2'700'000	
	Regionale Entwicklung, Lije	5	4	1992-94	5'177'000	
	Ländliche Entwicklung, Erzerum und Kastamonu	5	1	1991-93	1'950'000	
			2	1993-96	2'000'000	
<b>Westafrika</b>						
Regionale Projekte	Maniokparasitenforschung	5	5	1991-93	3'600'000	
	Bekämpfung der Flussblindheit	8	3	1992-97	18'000'000	
	Nationale Biokontrollprogramme	5	1	1992-93	1'150'000	
	Studienfonds Schweiz - IDA	8	1	1993-96	2'000'000	
	Beitrag an das Ausbildungszentrum INADES	1	6	1991-94	3'000'000	
	Beitrag an die Vereinigung zur Förderung lokaler Entwicklungsinitiativen	1	2	1993-96	2'150'000	
	Beitrag an eine Vereinigung zur Förderung der Viehwirtschaft im Sahel	1	1	1991-92	1'350'000	
				2	1993-95	2'150'000
	Ausbildung von ländlichen Kadern	1	4	1991-94	2'400'000	
	Ausbildung von Elektroingenieuren	2	5	1989-92	1'200'000	
Sahel Regionale Projekte	Ausbildung in der Trinkwasserversorgung mit angepassten Technologien	2	5	1991-94	1'730'000	
	Ausbildung im Umweltbereich	5	7	1991-93	6'950'000	
Sahel Regionale Projekte	Forschungsprojekt über Hirsekultur des internationalen Instituts für Pflanzenbau in den halbtrockenen Tropen (ICRISAT)	5	1	1991-92	582'000	
			2	1992-94	1'500'000	

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
<i>Benin</i>	Strukturanpassungsprogramm	8	2	1991-93	15'000'000
	Alphabetisierungsprogramm	1	5	1991-93	1'286'240
	Schulkooperativen (Handwerksproduktion)	1	5	1991-94	1'775'000
	Gesundheitsversorgung, Ouessé	2	6	1992-95	7'000'000
<i>Guinea</i>	Ausbildung von Forsttechnikern	2	3	1991-94	7'690'000
<i>Mali</i>	Strukturanpassungsprogramm	8	1	1991-92	5'000'000
	Ländliches Entwicklungsprojekt, Region Niafunké	1	7	1992-95	2'230'000
	Landmaschinen-Produktionswerkstätte	1	2	1991-93	1'050'000
	Handwerksförderung	1	1	1993-95	1'700'000
	Trinkwasserbrunnen, Süd-Mali	2	7	1991-94	7'848'000
	Forstprogramm (techn. Zusammenarbeit)	2	5	1990 6 1991-94	350'148 6'058'000
	Forstprogramm (Finanzhilfe)	8	5	1991-94	6'588'000
<i>Burkina Faso</i>	Alphabetisierungsprogramm	4	5	1991-93	1'220'000
	Fonds für ländliche Entwicklung und Wasserbau	8	1	1990-95	14'300'000
	Alphabetisierungsprogramm	1	3	1991-93	2'935'000
	Entwicklung von Regionalzentren	1	2	1991-94	1'740'000
	Beitrag an einen Beratungsdienst für Entwicklungsvereinigungen	1	1	1992-93	190'000
			2	1993-95	1'340'000
	Handwerksförderung	3	1	1992-93	1'700'000
	Dörfliche Wiederaufforstung	2	6	1991-93	4'678'000
<i>Senegal</i>	Landwirtschaftliche Ausbildung	2	7	1991-94	3'170'000

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
Senegal (Folge)	Ausbildung von Landwirtschaftstechnikern	2	4	1991-94	9'700'000
Guinea-Bissau	Ressourcennutzung in Küstenzone	5	2	1991-94	4'117'000
Kapverden	Alphabetisierungsprogramm	1	5	1991	1'665'000
			6	1992-94	4'510'000
	Beitrag an ein regionales Vulgarisierungszentrum, Santa Cruz	1	2	1991	455'000
			3	1992-94	1'750'000
	Integriertes Entwicklungsprojekt, Boa-Vista	1	1	1993-94	1'165'000
Kamerun	Beitrag an ein Gesundheitsprojekt, Méfou	4	1	1990-91	126'500
			2	1992-94	939'000
	Quartierentwicklung in Douala	1	4	1989-92	4'076'000
Niger	Naturschutz, Aïr/Ténééré	5	3	1990-93	2'922'000
	Kleinaktionen ländliche Entwicklung	1	2	1992-95	2'357'000
	Boden- und Erosionsschutz	4	3	1992-94	1'900'000
	Frauenförderungsprojekt	1	1	1993-95	1'300'000
	Verstärkung des hydrogeologischen Dienstes	2	6	1992-96	12'000'000
Tschad	Strukturanpassungsprogramm im Gesundheitssektor	8	1	1990-94	2'500'000
	Technische Beratung der Direktion für landwirtschaftliche Berufsbildung	1	7	1991-94	3'160'000
	Ländliche Entwicklung, Melfi	1	2	1991-92	1'060'000
			3	1992-93	2'368'000
	Beitrag an Bauernorganisationen, Süd-Tschad	1	1	1993-94	1'075'000
Beratung der Regierung in Erdölfragen	1	3	1992-94	1'500'000	

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
<i>Tschad</i> (Folge)	Unterstützung des Gesundheitsdienstes, N'Djamena	2	7	1990-93	5'740'000
				1993-96	5'400'000
	Beitrag an eine Vereinigung zur Unterstützung lokaler Entwicklungsini- tiativen	5	1	1992	355'000
				1993-95	985'000
<b>Ostafrika</b> Regionale Projekte	Internationale Ingenieurkurse	6	3	1991-93	2'120'000
	Regionale Bohnenforschung	5	4	1992-95	2'500'000
	Studienfonds Schweiz - IDA	8	1	1993-96	1'500'000
	Regionale Eisenbahnerausbildung	2	1	1990-93	3'190'000
	Ausbildung von Lehrkräften im Hotelfach	3	1	1991-92	1'800'000
	Regionale Ausbildung und Information im Wasserssektor	5	4	1992-94	1'995'000
	Stipendien Hotelfachschule	3	3	1991-93	2'000'000
				1993-95	960'000
<b>Burundi</b>	Handwerkerförderung	1	3	1991-94	1'575'000
	Ländliche Entwicklung, Isale Mugaruro	2	5	1992	1'292'000
				1993-94	970'000
<b>Kenia</b>	Ländliche Entwicklung, Laikipia-Distrikt	1	4	1990-91	1'010'000
				1992-94	757'000
				1993-94	80'000
	Forschungsprogramm zur ländlichen Entwicklung, Laikipia-Distrikt	2	5	1990-93	2'145'000
				1993-94	600'000
	Ausbildung von Baufachleuten für das Programm zur Verbesserung der ländlichen Strassen	1	3	1991-93	4'000'000
1993-94				1'750'000	
<b>Rwanda</b>	Strassenbau Gitarama-Kibuye	8	1	1991-95	15'000'000
	Strukturanpassung im Finanzsektor	8	1	1992-95	5'300'000

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
<i>Rwanda</i> (Folge)	Bildungs- und Forschungszentrum für Kooperativen, Kigali	1	3	1990-91 4 1992-94	520'000 1'200'000
	Unterstützung der Land- und Forstwirtschaftsschule, Nyamishaba	1	5	1991-93	1'126'000
	Programm zur Verbesserung der lokalen Baumaterialien	1	5	1991-93	2'220'000
	Unterstützung einer Dezentralisierungs- politik, Kibuye	1	2	1991-93	2'094'000
	Unterstützung ländl. Initiativen, Kibuye	1	1	1992-93	1'698'000
	Sojaverarbeitung, -konservierung und -vertrieb	3	2	1990-93 3 1993-94	750'000 416'000
	Kreditgenossenschaften	2	6	1991 7 1992-94	2'206'000 5'537'000
	Unterstützung der Forschung im Forst- sektor des Instituts für landwirtschaftl. Wissenschaften, Kigali	2	5	1990-93	2'214'400
	Unterstützung der Forstdirektion	2	5	1991-93	2'229'000
	Unterstützung der Forst- und Holzunternehmer	2	3	1991 4 1992-93	700'000 1'277'000
	Schutz und Nutzung des Urwalds, Nyungwe	2	3	1991-93	4'148'000
	Unterstützung des Forstdienstes in der Präfektur Kibuye	1	2	1991-93	1'775'500
	<i>Tansania</i>	Ländl. Transportwesen im Maketedistrikt	6	3	1991-93
Strukturanpassung im Finanzsektor		8	1	1992-94	10'300'000
Programm zur Bekämpfung von Tuberkulose und Lepra		5	5	1990-93 6 1993-96	3'520'000 2'700'000
Unterhaltsprojekt an der Universität Dar-es-Salaam		1	4	1991-94	4'500'000

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
<i>Tansania</i> (Folge)	Unterstützung des St.Francis Spitals in Ifakara	2	4	1990-92	1'030'000
			5	1992-95	1'970'000
	Unterstützung des Berufsbildungszentrums Changombe	2	7	1991-93	1'600'000
	Verbesserung der ländlichen Strassen in Kilombero-Ulanga	2	4	1989-92	2'000'000
	Gesundheitsforschung im Ifakara-Zentrum	2	5	1991-94	3'543'000
	Förderung der Gesundheit, Dar-es-Salaam	2	2	1990-93	6'620'000
			3	1993-96	8'500'000
	Unterstützung der Ingenieur fakultät an der Universität Dar-es-Salaam	2	9	1992-96	7'600'000
<i>Madagaskar</i>	Strassenverbesserung in der Region Morogoro	3	1	1990-92	4'743'000
			2	1993-96	18'900'000
	Vieh zucht projekt in den Regionen Iringa, Mbeya	2	5	1991-93	2'582'000
			6	1993-96	2'980'000
	Vintsy, Zeitschrift für Umweltfragen	5	1	1992-95	1'000'000
	Integrierter Pflanzenschutz gegen Reisschädlinge	1	4	1992-94	1'250'000
	Landwirtschaftl. Beratung für Hanglagen	1	2	1991-94	1'450'000
	Beiträge an lokale NGO (ländliche Wasserversorgungen)	1	4	1993-93	1'100'000
	Förderung von Bodenkonservierungsinitiativen	2	2	1992-95	2'370'000
	Basisgesundheit	2	1	1990-93	3'820'000
Strassenrehabilitation und -unterhalt		3	3	1990-92	1'760'000
			4	1992-93	3'198'000
			5	1994-95	4'295'000
Dept. für Forstwirtschaft der Universität Antananarivo	2	6	1993-95	2'900'000	

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VERPFLICHTUNG
<i>Madagaskar</i> (Folge)	Forstliche Saatgutproduktion	2	2	1993-95	1'300'000
	Bäuerliche Forstwirtschaft in der Provinz Antananarivo	2	2	1992-94	3'398'000
	Ausbildung von Forsttechnikern	2	2	1993-94	1'200'000
	Schutz der natürl. Ressourcen im Menabe	2	1	1991-93	4'500'000
<i>Mosambik</i>	Vereinigung zur Förderung von Umweltaktivitäten	2	2	1991-92	730'000
			3	1993-95	1'012'000
	Trinkwasserversorgungssystem, Mueda	6	4	1992-95	1'113'000
	Kofinanzierung wirtschaftlicher Reformen	8	3	1992-95	10'000'000
	Zentrales Lagerhaus für Medikamente	8	1	1991-94	7'200'000
	Unterstützung des nationalen Gesundheitsdienstes	8	2	1992-93	2'500'000
	Ausbildung von Berufsfachleuten im Wasser- und Siedlungshygiensektor	1	3	1991-91	400'000
			4	1992-93	2'600'000
Ausbildung im Bankensektor	1	1	1990-93	1'938'000	
<i>Lesotho</i>	Ländliche Trinkwasserversorgung, Cabo Delgado	2	6	1991-92	4'795'000
			7	1993-94	4'900'000
	Unterstützung des nationalen Bluttransfusionssystems	2	5	1993-94	1'452'000
	Kartographie	1	3	1991-93	1'600'000
<i>Südafrika</i>			4	1993-95	400'000
	Wasser- und Strassenbau	2	8	1991-92	4'600'000
			9	1993-94	3'700'000
<i>Südafrika</i>	Kredit für Kleinprojekte der schweiz. Botschaft	1	6	1991-92	500'000
			7	1992-93	700'000
<i>Südafrika</i>	Stipendienprogramm	2	11	1992	1'600'000
			12	1993	1'600'000



LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
Südafrika (Folge)	Stipendienprogramm des "World University Service" für südafrikanische Studenten im Ausland	5	3	1991	533'000
			4	1992-93	650'000
<b>Lateinamerika</b>					
Regionale Projekte	Regionale Bohnenforschung CIAT	5	2	1991-93	1'500'000
	Studienfonds Schweiz - IDA	8	1	1993-96	1'500'000
	Programm zur Förderung von Kleinunternehmen	4	1	1991-94	1'400'000
Zentralamerika Regionale Projekte	Trinkwasser- und Siedlungshygiene	6	1	1993-94	1'390'000
	Verbesserung des Maisanbaus	5	7	1992-94	3'000'000
	Regionale Bohnenforschung	5	5	1993-96	2'703'000
	Nachernteschutz	1	7	1993-95	4'960'000
	Nachhaltige Bodennutzung in Hanglagen	2	1	1992-93	1'110'000
Costa Rica	Unterstützung des Forstprogramms des "Centro Agronómico Tropical de Investigación y Enseñanza" - CATIE	1	7	1993-95	2'100'000
Honduras	Integrierte ländliche Entwicklung, Region Yoro (Finanzhilfe)	8	3	1992-93	2'500'000
	Integrierte ländliche Entwicklung, Region Yoro (Technische Zusammenarbeit)	1	4	1992-93	1'600'000
	Trinkwasserversorgung	1	5	1992-94	2'200'000
	Landtechnik, Tegucigalpa	1	6	1991-93	1'592'000
	Beiträge an lokale Privatorganisationen	1	4	1991-92	920'000
			5	1992-95	3'000'000
Nicaragua	Nothilfefonds	8	1	1992	5'000'000
	Landwirtschaftliche Investitionsprojekte	8	1	1993-98	7'200'000

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER-PFLICHTUNG
<i>Nicaragua</i> (Folge)	Integrierte ländl. Entwicklung in der Region Chinandega-Norte (Finanzhilfe)	8	4	1991-92	3'400'000
			5	1993-94	1'500'000
	Integrierte ländl. Entwicklung in der Region Chinandega Norte (Technische Zusammenarbeit)	1	7	1991-92	1'875'000
			8	1993-95	1'335'000
	Trinkwasserversorgung in ländl. Gebieten	1	7	1993-95	4'325'000
<i>Ecuador</i>	Obstbauförderung	1	5	1992-95	1'760'000
	Bewässerung und ländliche Entwicklung, Zone von Penipe	1	2	1993-96	1'036'000
	Bau eines Bewässerungssystems und Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, Patocochoa	1	4	1991-96	2'000'000
	Ländliche Aufforstung der ecuatorianischen Sierra	2	4	1993-95	1'165'000
<i>Bolivien</i>	Kartoffelforschung und Produktion von Ausgangssaatgut	5	2	1991-94	4'650'000
	Exportförderung	8	1	1993-95	4'700'000
	Kartoffelsaatgut	1	5	1990-92	421'000
			6	1993-95	2'350'000
	Regionale ländliche Entwicklung	8	1	1979-92	1'500'000
	Kontrolle der Wildbäche und Bewirtschaftung ihrer Einzugsgebiete	1	1	1991-94	2'950'000
	Forschung, Ausbildung und Beratung im agroökologischen Landbau, Cochabamba	2	2	1991-94	1'666'000
	Duale Berufsbildung	2	1	1993-95	2'750'000
	Förderung der bäuerlichen Aufforstung in der Region von Cochabamba	2	2	1991-93	4'992'000
Forstplan, Chuquisaca Norte und Centro	2	2	1993-96	5'110'000	

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
<i>Bolivien</i> (Folge)	Unterstützung von bolivianischen Privatorganisationen	5	5	1991-93	6'000'000
<i>Peru</i>	Umwelterziehung an den Primarschulen der Sierra	6	2	1992-93	1'547'000
			3	1993-95	1'600'000
	Produktion, Verbreitung und Einsatz von landwirtschaftlichen Geräten	1	4	1993-95	1'500'000
	Bewirtschaftung von tropischen Lehrwäldern in der Selva Central	2	5	1991	910'000
			6	1992	184'000
	Kommunale Aufforstung im peruanischen Altiplano	2	4	1991-94	3'773'000
	Alpakaförderung	5	6	1991	600'000
			7	1991-92	580'000
<b>Asien</b> <b>Regionale</b> <b>Projekte</b>	Studienfonds Schweiz- IDA	8	1	1993-96	2'500'000
	Finanzierung von Experten des Mekong Komitee	5	6	1991-94	2'029'000
	Unterstützung des "Asian Sloping Soil Management Network"	5	2	1992-94	2'076'000
	Unterstützung von Projekten des Mekong Komitee	1	1	1991-94	3'445'000
<i>Jemen</i>	Brennholzversorgung	6	3	1990-93	4'300'000
			4	1993-96	4'200'000
<i>Bhutan</i>	Forstentwicklung	8	1	1993-99	5'011'000
	Lehrerseminar	2	1	1991-93	350'000
			2	1993-96	4'400'000
	Integrierte Forstentwicklung	2	1	1992	760'000
			2	1993-93	734'500
<i>Myanmar</i>	Strassenbau Rangun-Bassein	1	4	1991-92	1'780'000
			5	1992-93	985'000
<i>Sri Lanka</i>	Beiträge an lokale NGO	2	2	1991-94	3'150'000

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
<i>Indien</i>	Verbesserung der Ausbildung von Elektro- nikingenieuren und Technikern	8	1	1990-94	24'100'000
	Kampf gegen Ueberschwemmungen, Kerala	8	2	1991-95	1'015'000
	Kampf gegen Ueberschwemmungen, Kerala	2	3	1991-95	4'015'000
	Refinanzierung von Darlehen des nicht- landwirtschaftlichen Sektors der "National Bank for Agriculture & Rural Development" (NABARD)	8	1	1991-93	35'000'000
	Seidenzentrum, Mysore	1	5	1991-94	1'310'000
	Technische Unterstützung des Irma (Institute for Rural Management)	1	2	1991-97	1'650'000
	Ländliche Entwicklung, Gulbarga	1	4	1991-92	980'000
			5	1992-95	3'340'000
	Seidenproduktion in Andhra Pradesh und in Tamil Nadu	1	2	1991-95	2'930'000
	Boden- und Wasserkonservierung in Wassereinzugsgebieten	1	1	1993-96	6'280'000
	Biotechnologie: Forschung und Ausbildung	2	7	1991-92	780'000
			8	1992-95	3'050'000
	Ausbildung von Elektronik-Design- Ingenieuren, Bangalore	2	7	1992-97	2'475'000
	Ausbildung von Elektronikern, Bangalore	2	4	1991-92	380'000
			5	1992-96	820'000
	Viehzeit, Andhra Pradesh	2	4	1991-95	7'870'000
	Beiträge an lokale NGO, Kerala	2	2	1991-94	1'965'000
	Beiträge an lokale NGO, Rajasthan	2	2	1992-95	2'436'000

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER-PFLICHTUNG
<i>Indien</i> (Folge)	Unterstützung einer nationalen Entwicklungsorganisation "Action for Food Production"	5	3	1991-95	2'750'000
<i>Nepal</i>	Gemüsesaatzucht	6	4	1992-95	3'075'000
	Berggebietentwicklung	6	4	1992-94	1'635'000
	Konservierung der natürlichen Umwelt	5	2	1991-93	3'760'000
	Nationales Kartoffelprogramm	1	8	1992-96	2'900'000
	Gemeinschaftliches Forstprojekt	1	1	1990-91	700'000
			2	1991-96	7'950'000
	Gesundheitsprojekt für Mutter und Kind	1	1	1990-91	460'000
			2	1991-96	6'400'000
	Strassenbau, Lamosanghu-Jiri	1	5	1993-95	1'450'000
	Berufsschule, Jiri	1	3	1991-92	980'000
			4	1992-95	2'300'000
	Integriertes Entwicklungsprojekt für die Bergregionen, Tinau Khola	2	6	1992-95	1'215'000
	Produktions- und Berufsausbildungswerkstätte, Balaju	2	6	1991-95	4'640'000
	Brückenbau (Technische Zusammenarbeit)	2	5	1991-92	4'055'000
			6	1993-97	6'705'000
	Lehrerausbildung für technische Schulen	2	2	1991-95	6'700'000
	Kleinkraftwerke	3	4	1990-93	4'465'000
			5	1993-94	891'000
	Strassen- und Brückenrehabilitation, Charnawati	3	4	1990-91	3'650'000
	Strassenrehabilitation, Amiko Highway	3	2	1992-95	10'800'000

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
<i>Pakistan</i>	Afghanische Flüchtlinge	8	5	1991	2'500'000
	Einrichtung von Unterkünften für Gruppen mit niedrigen Einkommen	8	2	1992-93	405'000
			3	1993-94	840'000
	Strategie für die Konservierung der Natur und ihrer Ressourcen	5	1	1992-94	1'168'000
	Dürre-Zonen	1	2	1992-93	900'000
			3	1993-94	560'000
	Kleinkraftwerke	3	2	1991-93	1'800'000
			3	1993	600'000
	Forst- und Landwirtschaftsprojekt, Kalam Utror	2	5	1990-92	2'240'200
			6	1992-95	4'800'000
	Kartoffelanbauförderung	2	5	1991-94	4'810'000
	Produktion von Landwirtschaftsgeräte, Mardan	2	5	1991-94	3'539'000
	Beiträge an lokale NGO	2	3	1990-92	216'000
			4	1992-93	274'000
			5	1993-96	3'200'000
	Frucht und Gemüseanbau, Malakand	2	3	1993-95	2'890'000
	Ländliche Trinkwasserversorgung und Siedlungshygiene	6	5	1988-93	8'000'000
			6	1992-95	11'520'000
	Soziale Mobilisierung für Siedlungshygiene	6	1	1993-95	2'000'000
	Lokale Initiative zur Ausbildung von Bauern	5	2	1993-98	1'580'000
	Vermarktung von angepasster Technologie (v.a. Tretpumpen)	5	2	1992-94	2'500'000
	Forschung über Durchfallerkrankungen	5	7	1990-91	1'900'000
			8	1992-94	5'900'000

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER-PFLICHTUNG
<i>Bangladesh</i> (Folge)	Getreidelagerung gegen Kredit	1	6	1992-97	8'300'000
	Dörfliche Aufforstung	1	3	1991-94	1'450'000
	Ländliches Familienentwicklungsprojekt	2	4	1990-92	3'134'000
		5	5	1992-95	4'742'000
	Volks- und Berufsschulprogramm für arbeitende Kinder	5	8	1991-94	3'800'000
	Frauen/Kinder-Gesundheitsprogramm	5	5	1991-94	3'600'000
Laos	Uebertragungsleitung, Namngum Verbesserung des Reisanbaus	5	1	1992-95	1'000'000
		8	1	1989-92	1'550'000
	Erziehungs- und Lehrverbesserung	8	2	1993-96	5'310'000
Vietnam	Management- und Wirtschaftskurse	8	1	1993-99	15'150'000
China	Management- und Wirtschaftskurse	5	1	1992-97	6'495'000
	Unterstützung eines Spitals	1	2	1991-93	1'965'000
<i>Indonesien</i>	Managementausbildung	3	1	1993-97	2'800'000
	Ernährungsprogramm	6	9	1991-92	10'250'000
	Berufsschule	2	8	1991-93	4'000'000
	Technisches Ausbildungszentrum	2	4	1993-97	12'800'000
	Polytechnische Ausbildungszentren	2	2	1991-94	12'700'000
	Stadtentwicklung, Yogyakarta	3	1	1988-91	470'000
		2	2	1991-92	2'500'000
		3	3	1992-95	8'180'000
Stadtentwicklung, Cirebon	3	1	1991-92	2'810'000	
	2	2	1992-96	10'750'000	
Strassenbau und ländliche Entwicklung Flores	2	3	1991-94	4'810'000	

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
<i>Indonesien</i> (Folge)	Förderung von Genossenschaften und Kleinindustrien	5	4	1991-92 1993-96	150'000 970'000
	Beitrag an eine lokale NGO (Wasser- versorgung)	5	2	1991-94	1'300'000
	Beitrag an eine lokale NGO (Kleinkredit)	5	2	1993-96	1'160'000
<b>Geographisch nicht aufgeteilt</b>	Institut der Vereinten Nationen für Ausbildung und Forschung (UNITAR)	6	3	1991	511'000
			4	1992-93	980'000
	Kleinindustrieförderung im Bausektor	6	2	1992-95	1'430'000
	Programmbeitrag an die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)	6	3	1991-94	5'000'000
	Beitrag an das Programm "Forest Trees and People" der FAO	6	2	1991-94	1'150'000
	Urban management programm	6	1	1992-96	1'512'000
	Kurse und Stages für Immunologie (WHO)	6	3	1993-94	1'450'000
	Trinkwasser- und Wasserversorgungs- programm (PNUD/BM)	5	4	1993-94	2'731'000
	Verwaltungskosten der IDA	8	1	1990-93	2'600'000
	Beitrag an die "International Planned Parenthood Federation" (IPPF)	5	1	1992-94	1'630'000
	Studienfonds Schweiz-IDA	8	1	1993-96	2'500'000
	Beitrag an das "International Network on sustainable rice farming" des IRRI (Internationales Institut für Reisforschung"	5	2	1991-93	2'600'000



LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
Geographisch nicht aufgeteilt (Folge)	Landwirtschaftliche Beratung	4	5	1991-94	1'725'000
	Beitrag an das "Institut universitaire d'études du développement" (IUED) Genf	4	12	1991	2'881'000
			13	1992	3'071'000
			14	1993	3'210'000
	Stipendien für die Umweltakademie. Genf	4	1	1991	511'000
			2	1992	310'000
			3	1993-94	500'000
	Programm Modul 7 "Entwicklung und Umwelt"	4	1	1993-95	3'000'000
	Kurs für Mechanik-Fachlehrer, Genf	4	2	1992-94	1'140'000
	Ausbildungs- und Entwicklungsprojekte in Entwicklungsländern	4	14	1991-92	1'400'000
			15	1993-94	1'530'000
	Unterstützung einer Dokumentations- und Informationsstelle für Berufsbildung in Entwicklungsländern (KODIS)	4	6	1987-88	11'344
			8	1991-92	1'317'000
			9	1993-94	930'000
	Programmbeitrag an Swissaid	4	7	1990-92	15'300'000
			8	1993-95	16'100'000
	Programmbeitrag an Helvetas	4	7	1990-91	26'170'000
			8	1992-93	27'360'000
	Beitrag an die Schweizerische Kontakt- stelle für angepasste Technik (SKAT)	4	13	1992-93	2'052'000
			14	1994-95	2'300'000
Programmbeitrag an die "Fédération genevoise de coopération (FGC)"	4	3	1990-92	3'000'000	
		4	1993-95	5'300'000	
Beitrag an die Schweizerische Kontakt- stelle für angepasste Technik (SKAT) für den "Roofing Advisory Service" (RAS)	4	2	1990-93	1'200'000	
		3	1994-97	1'200'000	
Programmbeitrag an die Stiftung Kinder- dorf Pestalozzi (SKIP)	4	3	1991-92	2'289'000	
		4	1993-95	3'700'000	

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG	
Geographisch nicht aufgeteilt (Folge)	Programmbeitrag an das Schweizerische Rote Kreuz (SRK)	4	1	1988-90	492'200	
			2	1991-92	7'294'842	
			3	1993-95	7'900'000	
		Beitrag an RAFAD (alternative Finanzierung zur Entwicklung)	8	3	1992-95	1'000'000
		Programmbeitrag an Swisscontact	4	1	1991-93	9'500'000
			2	1993-95	16'500'000	
		Programmbeitrag an das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH)	4	1	1991-92	1'800'000
			2	1993-95	4'200'000	
		Programmbeitrag an diverse Privathilfs- werke	4	1	1991-92	2'000'000
			2	1993-95	3'000'000	
		Programmbeitrag an Fastenopfer	4	5	1993-95	6'300'000
		Programmbeitrag an Caritas	4	4	1990-92	5'700'000
			5	1993-95	8'600'000	
		Programmbeitrag an Brot für Alle	4	6	1990-92	6'400'000
			7	1993-95	5'700'000	
		Programmbeitrag an das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)	4	1	1993-95	7'200'000
		Freiwillige der privaten Hilfswerke	4	3	1992-93	18'300'000
		Kleine Entwicklungsprojekte	1	1	1993-94	1'000'000
		Beitrag an das Tropeninstitut für ein landwirtschaftliche Forschungsprojekt	2	2	1991	288'000
			3	1992-94	950'000	
	Entwicklung einer Umweltstrategie (GIUB)	2	2	1992-95	2'300'000	
	Hotelfach- und Tourismuskurse, Glion/VD	3	3	1991-92	840'000	
		4	1992-94	350'000		
	Stipendien in der Schweiz	1	3	1991-92	900'000	
		4	1992-93	900'000		

LAND	PROJEKT	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER-PFLICHTUNG
Geographisch nicht aufgeteilt (Folge)	Studienstipendien, IUED, Genf	2	3	1991-92	650'000
			4	1992-93	515'000
			5	1993-94	560'000
	Diplomatenausbildung Universität Nairobi	3	8	1990-93	1'861'000
			9	1993-96	2'180'000
	Ressortforschung	1	2	1992-94	1'300'000
	Programm "Junge Forscher"	1	9	1990-92	550'000
			10	1992-94	650'000
	Weiterbildungstage in der ETHZ über die Problematik der Umwelt	4	13	1991-94	1'796'900
	Zusammenarbeit im Forstbereich mit der ETHZ	4	3	1991-94	1'090'000
	Informationsprogramm der DEH	1	3	1990-93	3'700'000
			4	1993-94	2'952'000
	Bilaterale assoziierte Experten	1	2	1988-89	2'570'455
			3	1990-91	3'600'000
			4	1992-93	3'130'000
	Personalausbildung	1	16	1991-92	1'750'000
			17	1993	950'000
	Einführung der neuen Mitarbeiter	1	3	1992-93	1'360'000
	Aktivitäten des Informationszentrums und Beratungsstelle für Berufe im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe (CINFO)	1	2	1993	1'101'800
	Löhne der privatrechtlichen Angestellten	1	1	1991-94	27'800'000

LISTE DER MULTILATERALEN VERPFLICHTUNGEN UEBER EINE MILLION FRANKEN  
(7. Rahmenkredit)

Stand am 30. November 1993

LAND	PROJEKTE	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
Geographisch nicht aufgeteilt	Ordentlicher Beitrag an das UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten nationen)	7	19	1991	60'000'000
			20	1992	60'000'000
			21	1993	58'000'000
	Kampf gegen Tropenkrankheiten, WHO (Weltgesundheitsorganisation)	7	11	1991-92	4'000'000
	Kampf gegen Durchfallerkrankungen, WHO	7	4	1990-92	2'625'000
	Ordentlicher Beitrag UNICEF (Kinder- hilfsfonds der Vereinten Nationen)	7	5	1991-92	36'000'000
	Basismedikamente, WHO	7	4	1990-91	1'100'000
			5	1992-93	850'000
			6	1994	500'000
	Ordentlicher Beitrag UNITAR (Ausbildung und Forschung Institut), Programm GRID/UNEP	7	4	1992-93	1'746'500
	Bekämpfung von AIDS, WHO	7	3	1991-92	6'500'000
			4	1993-94	4'600'000
	Forschungsprogramm über menschliche Fortpflanzung, WHO	7	2	1990-92	1'350'000
		3	1993-94	800'000	
Muttergesundheit, WHO	7	1	1991-94	1'750'000	
Ordentlicher Beitrag UICN (Internat. Vereinigung für die Erhaltung der Natur und ihrer Ressourcen)	7	2	1991-93	2'100'000	
Ordentlicher Beitrag CGIAR (Forschungs- zentrum der Beratungsgruppe für Agrarforschung)	7	4	1990-91	9'150'000	
		5	1991-92	10'200'000	
		6	1992-93	9'500'000	

LAND	PROJEKTE	TYP	PHASE	DAUER	BETRAG DER VER- PFLICHTUNG
Geographisch nicht aufgeteilt (Folge)	Programm für Afrika, FIDA (Internat. Fonds für landwirtschaft. Entwicklung)	9	2	1988	10'000'000
	Ordentlicher Beitrag UNCDF (Ausrüstungs- fonds der Vereinten Nationen)	9	8	1990	2'700'000
			9	1991	5'400'000
			10	1992	5'400'000
		11	1993	5'000'000	
	Ordentlicher Beitrag UNFPA (Bevölkerungs- fonds der Vereinten Nationen)	9	7	1991-92	16'800'000
			8	1993	8'600'000
Afrika	Beitrag an den FAD (Afrikanischer Entwicklungsfonds)	9	5	1991-93	151'437'240
Lateinamerika	Beitrag an den "Fonds des opérations spéciales" der inter. Entwicklungs- bank (IDB)	9	4	1990-93	2'489'485
Asien	Beitrag an den ADF (Asiatischer Entwicklungsfonds)	9	4	1993	71'484'348



**Schwerpunktländer der bilateralen Zusammenarbeit**

Die verstärkte Konzentrationspolitik führt zu folgender Entwicklung :

Lage 1992	Lage 1994	Perspektiven 1995-1998
<b>Westafrika</b>		
Benin	Benin	Beibehaltung
Burkina Faso	Burkina Faso	Beibehaltung
Kapverden/Guinea Bissau	Kapverden	1995
Ghana	1993	-
Mali	Mali	Beibehaltung
Niger	Niger	Beibehaltung
Tschad	Tschad	Beibehaltung
<b>Ostafrika</b>		
Kenia	1993	-
Madagaskar	Madagaskar	Beibehaltung
Mosambik	Mosambik	Beibehaltung
Rwanda 1)	Rwanda	Beibehaltung
Tansania	Tansania	Beibehaltung
<b>Asien I</b>		
Bangladesh	Bangladesh	Beibehaltung
Indien	Indien	Beibehaltung
Pakistan	Pakistan	Beibehaltung
<b>Asien II 2)</b>		
Indonesien	Indonesien	1997
Nepal	Nepal	Beibehaltung
-	-	Vietnam statt Indonesien
<b>Lateinamerika 3)</b>		
Bolivien	Bolivien	Beibehaltung
Honduras/Nicaragua 4)	Nicaragua/Honduras	Nic./Zentralamerika
Peru	Peru	Beibehaltung
<b>Total der Schwerpunktländer der bilateralen Zusammenarbeit</b>		
<b>20</b>	<b>18</b>	<b>16 + 1 = 17</b>

- 1) Die Zusammenarbeit ist nach den Ereignissen vom April 1994 suspendiert. Ob Rwanda später wieder ein Schwerpunktländ werden kann, wird neu zu beurteilen sein.
- 2) Bhutan ist ein Schwerpunktländ von Helvetas, das von der DEH unterstützt wird. 1995 wird das Koordinationsbüro in Bangkok geschlossen.
- 3) Ecuador ist ein Land zweiter Priorität, aber mit Koordinationsbüro.
- 4) Der Schwerpunkt des zentralamerikanischen Programms wurde von Honduras auf Nicaragua verlegt mit einem regionalen Netzwerk für Zentralamerika.

Vormalige Schwerpunktländer (vor 1990): Tunesien, Paraguay, Kamerun

**Schwerpunktländer und -sektoren in der bilateralen Zusammenarbeit**

<b>Sektion/Land</b>	<b>Sektoren</b>
<b>Westafrika</b>	
Benin	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stärkung von Basisorganisationen*</li> <li>- Gesundheit</li> <li>- Erziehung/Berufsbildung</li> </ul>
Burkina Faso	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verwaltung und Umweltschutz</li> <li>- Stärkung von Basisorganisationen*</li> <li>- Dezentralisierung</li> </ul>
Mali	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Dezentralisierung</li> <li>- Handwerk/Berufsbildung</li> <li>- Stärkung von Basisorganisationen*</li> </ul>
Niger	<ul style="list-style-type: none"> <li>- nachhaltige Landnutzung</li> <li>- Trinkwasserversorgung</li> <li>- Stärkung von Basisorganisationen*</li> </ul>
Tschad	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Landwirtschaft und Viehwirtschaft</li> <li>- Basisgesundheit/Basiserziehung</li> <li>- Stärkung von Basisorganisationen*</li> </ul>
<b>Ostafrika</b>	
Madagaskar	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Umwelt (Forst-/Landwirtschaft)</li> <li>- Gesundheit</li> <li>- Infrastruktur</li> </ul>
Mosambik	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesundheit/Wasser</li> <li>- wirtschaftliche Reformen (Strukturanpassung)</li> <li>- ländliche Entwicklung</li> </ul>
Rwanda	<ul style="list-style-type: none"> <li>- nachhaltige Landnutzung (Forstwirtschaft)</li> <li>- Dezentralisierung</li> <li>- Förderung des Rechtsstaates</li> </ul>
Tansania	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesundheit</li> <li>- Transport und Infrastruktur</li> <li>- Stärkung ländlicher Basisorganisationen*</li> <li>- wirtschaftliche Reformen (Strukturanpassung)</li> </ul>



**Asien**

- Bangladesh**
- Landwirtschaft/Ernährungssicherheit
  - ländliche Infrastruktur
  - Kleingewerbeförderung
  - ländliche Wasserversorgung/Siedlungshygiene
- Indien**
- nachhaltige Landnutzung
  - Bildung und Forschung
  - ländliche Kleinindustrie
  - Energie und Umwelt
- Pakistan**
- nachhaltige Landnutzung
  - Gewerbeförderung/Berufsausbildung
  - Stadtentwicklung/Urbanisierung
- Nepal**
- Berufsausbildung
  - Transportinfrastruktur und Unterhalt
  - nachhaltige Landnutzung
  - Gesundheit
- Vietnam**
- Berufsausbildung/Managementausbildung
  - Umwelt und nachhaltige Landnutzung
  - event. Infrastruktur

**Lateinamerika**

- Bolivien**
- Strukturanpassung
  - ländliche Entwicklung
  - nachhaltige Landnutzung
  - Förderung des städtischen Gewerbes
- Honduras/Nicaragua**
- ländliche Entwicklung
  - ländliche Wasserversorgung
  - nachhaltige Landnutzung
  - Gewerbeförderung/Berufsbildung
- Peru**
- Kleingewerbeförderung
  - nachhaltige Landnutzung
  - ländliche Wasserversorgung/Siedlungshygiene

\* Organisationen von Bauern, Frauen, Kleinproduzenten, Dorfgemeinschaften usw. die es braucht, um demokratische Kultur überhaupt lebensfähig zu machen.

## Bilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe

## Geographische Aufteilung nach Schwerpunktländer (1985/1990-1992)

Nettoauszahlungen (in Mio Fr. und Prozenten)

Region/Land	1985		1990		1991		1992	
	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%
Benin	4.7		10.3		9.7		12.9	
Burkina Faso	3.5		5.9		5.5		7.9	
Kenia (1)	8.5		5.2		5.9		4.5	
Madagaskar	5.9		22.6		19.6		22.2	
Mali	11.1		23.0		17.7		10.8	
Mosambik	7.0		30.0		20.5		11.3	
Niger	6.3		7.4		12.2		8.9	
Rwanda	17.9		11.9		11.5		13.4	
Tansania	13.7		15.7		18.6		23.8	
Tschad (2)	3.0		6.0		8.4		8.1	
Andere Länder und regionale Projekte	59.4		72.5		52.6		68.2	
<b>Afrika</b>	<b>141.0</b>	<b>43.0</b>	<b>210.5</b>	<b>48.7</b>	<b>182.2</b>	<b>42.2</b>	<b>192.0</b>	<b>42.1</b>
Bolivien	8.9		18.6		13.3		15.6	
Ecuador (3)	3.4		4.7		6.5		9.6	
Honduras und Nicaragua (4)	10.0		8.0		10.1		11.1	
Peru	7.1		9.9		9.3		7.6	
Andere Länder und regionale Projekte	29.6		22.0		14.0		15.9	
<b>Latelamerika</b>	<b>59.0</b>	<b>18.0</b>	<b>63.2</b>	<b>14.6</b>	<b>53.2</b>	<b>12.3</b>	<b>59.8</b>	<b>13.1</b>
Bangladesh	6.9		12.3		18.2		24.8	
Bhutan (5)	4.6		4.7		6.9		5.5	
Indien	29.2		11.2		30.6		30.6	
Indonesien (6)	12.9		18.6		18.3		22.6	
Nepal	18.2		21.4		15.6		17.9	
Pakistan	7.5		10.1		11.7		13.2	
Andere Länder und regionale Projekte	12.4		20.3		20.6		21.4	
<b>Asien</b>	<b>91.7</b>	<b>28.0</b>	<b>98.6</b>	<b>22.8</b>	<b>121.9</b>	<b>28.2</b>	<b>136.0</b>	<b>29.8</b>
<b>Europa</b>	<b>2.9</b>	<b>0.9</b>	<b>1.4</b>	<b>0.3</b>	<b>1.6</b>	<b>0.4</b>	<b>4.2</b>	<b>0.9</b>
<b>Geographisch unverteilt</b>	<b>33.1</b>	<b>10.1</b>	<b>58.9</b>	<b>13.6</b>	<b>72.9</b>	<b>16.9</b>	<b>64.0</b>	<b>14.0</b>
<b>TOTAL</b>	<b>327.7</b>	<b>100.0</b>	<b>432.6</b>	<b>100.0</b>	<b>431.8</b>	<b>100.0</b>	<b>456.0</b>	<b>100.0</b>

(1) Ab 1993 ist Kenia kein Schwerpunktländ mehr.

(2) 1985 war Tschad kein Schwerpunktländ.

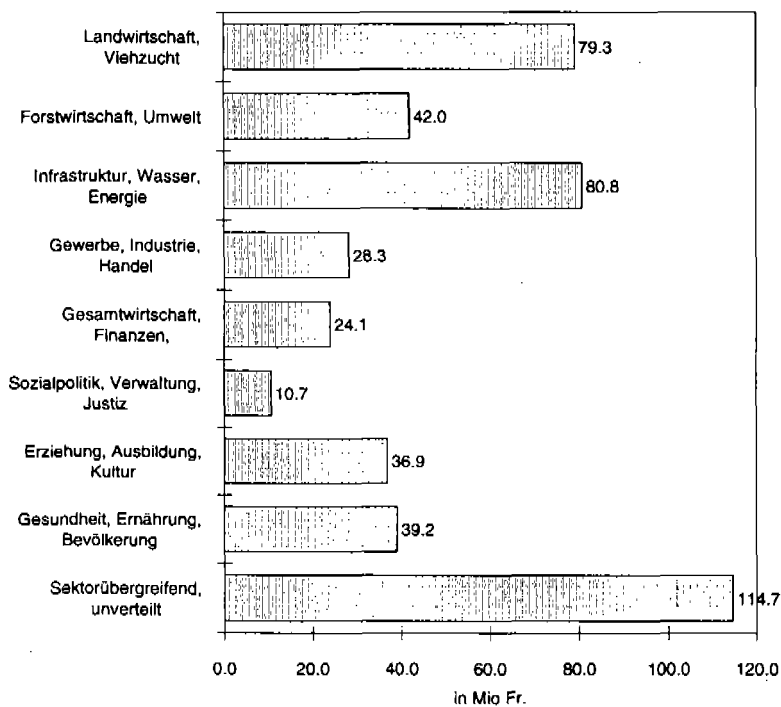
(3) Ecuador ist kein eigentliches Schwerpunktländ.

(4) Der Schwerpunkt des Zentralamerikanischen Programms wurde von Honduras auf Nicaragua verlegt.

(5) Bhutan ist kein eigentliches Schwerpunktländ.

(6) Ab 1997 ist Indonesien kein Schwerpunktländ mehr.

## Sektorielle Aufteilung (1992)



## Bilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe

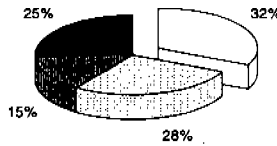
## Aufteilung der Aktionen nach Art der Ausführung (1992)

Nettoauszahlungen (in Mio Fr.)

Organisationen	Technische Zusammenarbeit	Finanzhilfe	Total	%
Direkt durchgeführte Aktionen	117.9	28.3	146.2	32.1
Durch schweizerische Institutionen und Firmen in Regie durchgeführte Aktionen	125.7	1.6	127.3	27.9
davon : Hilfswerke	73.8	1.6	75.4	16.5
Beiträge an schweizerische Institutionen für bestimmte Aktionen	66.8	0.4	67.2	14.7
davon : Hilfswerke	56.8	0.4	57.2	12.5
Beiträge an internationale Organisationen für bestimmte Aktionen	66.2	49.1	115.3	25.3
<b>Total</b>	<b>374.6</b>	<b>79.4</b>	<b>454.0</b>	<b>100.0</b>

(1) Nur Aktionen, die ganz unter Regie durchgeführt werden.

## Aufteilung der Aktionen nach Art der Ausführung



<input type="checkbox"/> Direkt durchgeführte Aktionen	<input type="checkbox"/> Regieaufträge	<input type="checkbox"/> Beiträge an schweizerische Institutionen	<input type="checkbox"/> Beiträge an internationale Organisationen
--	--	---	--

## Bilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe

## Private Hilfswerke (1990-1992)

Nettoauszahlungen (in Mio Fr.)

Hilfswerke	1990	1991	1992	davon	
				Eigene Aktionen	Regie- aufträge (2)
Intercooperation	33.7	39.6	39.3	—	39.3
Helvetas	24.5	24.1	25.1	12.1	13.0
Swisscontact	11.0	11.3	13.4	4.4	9.0
Organisation Reconstruction Travail (ORT)	6.3	8.5	7.9	—	7.9
Swissaid	8.6	3.7	5.6	5.6	—
Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK)	5.4	5.7	4.4	2.4	2.0
Caritas	13.1 (3)	1.6	3.3	3.2	0.1
Brot für Alle	3.6	3.2	3.2	3.2	—
Hilfswerke der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS)	10.8 (3)	1.5	2.8	1.2	1.6
Fastenopfer	2.5	1.3	2.3	2.3	—
Schweiz. Fachstelle für Technologie-Management (SKAT)	2.0	0.9	1.8	1.8	—
Fédération genevoise de coopération (FGCTM)	4.6	2.5	1.6	1.6	—
Stiftung Kinderdorf Pestalozzi (SKIP)	0.5	0.8	1.6	1.6	—
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH)	2.5	2.6	1.5	1.5	—
Enfants du Monde	—	2.5	1.3	—	1.3
Dokumentationsstelle (KODIS)	1.0	1.1	1.2	1.2	—
Solidar Méd	0.6	0.4	1.0	—	1.0
Terre des Hommes	1.3	0.6	0.4	0.4	—
Freiwillige (4)	7.3	7.1	7.5	7.5	—
Andere Organisationen	8.2	8.4	7.0	6.8	0.2
<b>Total</b>	<b>147.5</b>	<b>127.4</b>	<b>132.2</b>	<b>56.8</b>	<b>75.4</b>

(1) Eigene Aktionen der Organisation : die DEH unterstützt die von den privaten Hilfswerken ausgearbeitet und durchgeführten Tätigkeiten.

(2) Regieaufträge : die DEH überlässt die Ausführung des Projektes den privaten Hilfswerken und behält die Hauptverantwortung der Aktion.

(3) Spezialprogramme in Mosambik (nationaler Wiederaufbau) und in Südafrika (Exil-Rückkehrer).

(4) Gesamtkredite für die Freiwilligen, die von verschiedenen privaten Hilfswerken angestellt werden.

## Bilaterale Zusammenarbeit und Finanzhilfe

## Assoziierte Hilfsaktionen und Kofinanzierungen (1990-1992)

Nettoauszahlungen (in Mio Fr.)

Internationale Organisationen	1990	1991	1992
<b>Organisationen der Vereinten Nationen</b>			
Organisation der UNO für Ernährung und Landwirtschaft (FAO)	5.49	8.51	9.17
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	7.22	8.93	12.75
Internationales Arbeitsamt (ILO)	3.48	4.24	3.58
Weltgesundheitsorganisation (WHO)	1.32	1.42	2.08
Organisation der UNO für industrielle Entwicklung (UNIDO)	1.48	0.54	2.06
Entwicklungsprogramms der UNO (UNDP)	0.64	1.22	1.50
Andere Organisationen der UNO	5.17	4.46	5.55
<b>Total Organisationen der UNO</b>	<b>24.80</b>	<b>29.32</b>	<b>36.69</b>
<b>Entwicklungsfinanzinstitutionen</b>			
Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB)	4.00	4.00	2.00
Afrikanische Entwicklungsbank (ADB)	1.60	--	0.60
Asiatische Entwicklungsbank (AsDB)	2.16	4.92	3.07
Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)	50.86	42.97	41.32
Andere Entwicklungsfinanzinstitutionen	2.57	4.47	2.17
<b>Total Finanzinstitutionen</b>	<b>61.19</b>	<b>56.36</b>	<b>49.16</b>
<b>Andere internationale Organisationen</b>			
Internationale Vereinigung zur Bewahrung der Natur (IUCN)	1.68	3.05	3.08
Internationale Vereinigung gegen Tuberkulose (IUAT)	1.52	1.20	1.20
Andere Organisationen	1.72	2.32	5.29
<b>Total Andere Organisationen</b>	<b>4.92</b>	<b>6.57</b>	<b>9.57</b>
<b>Internationale Forschungsinstitute</b>			
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	16.36	14.85	12.85
Andere internationale Forschungsinstitute	5.20	4.53	7.03
<b>Total Internationale Forschungsinstitute</b>	<b>21.56</b>	<b>19.38</b>	<b>19.88</b>
<b>TOTAL</b>	<b>112.47</b>	<b>111.63</b>	<b>115.30</b>

## Multilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe

## Jährliche Beiträge an internationale Organisationen (1990-1992) (1)

Nettoauszahlungen (in Mio Fr.)

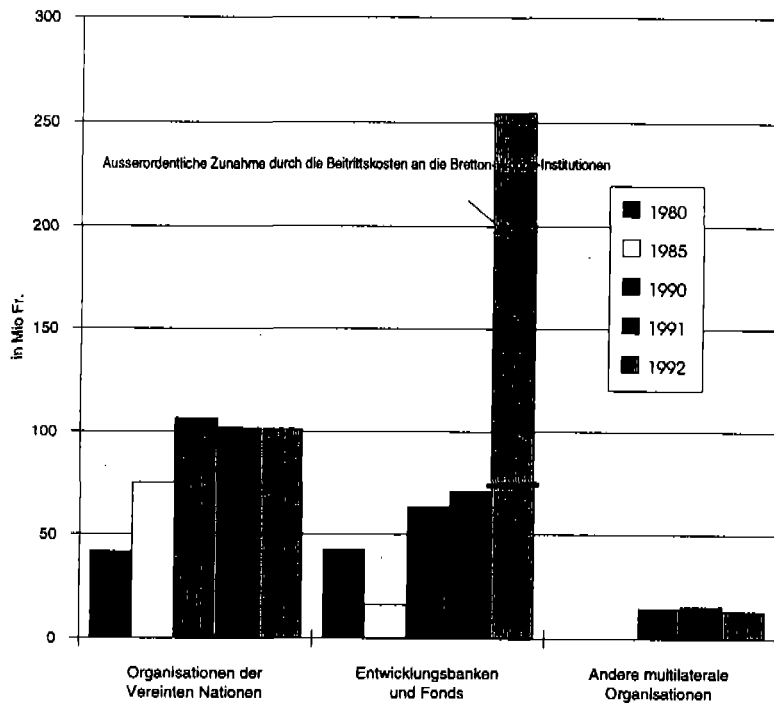
Internationale Organisationen	1990	1991	1992
<b>Organisationen der Vereinten Nationen (ONU)</b>			
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)	59.0	60.0	60.0
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	17.7	18.0	18.0
Ausrüstungsfonds der UNO (UNCDF)	5.4	5.4	5.4
UNO-Zentrum für transnationale Unternehmen (UNCTC)	0.6	0.3	0.3
Internationales Institut für Erziehungplanung (IIEP-UNESCO)	0.3	0.3	0.3
Internationales Programm für Kommunikationsentwicklung (ACD-UNESCO)	0.3	0.3	0.3
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)	7.8	8.2	8.4
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO)	11.6	7.4	6.6
Institut für Ausbildung und Forschung der UNO (UNITAR)	1.6	0.3	1.0
Andere Organisationen der UNO	2.4	1.7	0.8
<b>Total Organisationen der UNO</b>	<b>106.7</b>	<b>101.9</b>	<b>101.1</b>
<b>Entwicklungsbanken und ihre Spezialfonds</b>			
Afrikanische Entwicklungsbank (BAD)	3.0	3.3	3.0
Afrikanischer Entwicklungsfonds (FAD) (2)	36.8	44.0	49.1
Asiatische Entwicklungsbank (BAfD) (2)	1.1	21.1	1.2
Asiatischer Entwicklungsfonds (FAsD) (2)	18.2	1.1	10.0
Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB)	0.5	0.3	0.4
Fonds für Spezialoperationen der IDB (FSO) (2)	2.8	1.3	0.1
Interamerikanische Gesellschaft für Investitionen	1.0	--	--
Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)	--	--	93.0 (3)
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) (2)	--	--	57.5 (3)
Internationale Finanzgesellschaft (IFC)	--	--	40.2 (3)
<b>Total Banken und Fonds</b>	<b>63.4</b>	<b>71.1</b>	<b>254.5</b>
<b>Andere multilaterale Organisationen</b>			
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) (2)	5.4	3.9	3.6
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	8.6	10.3	8.6
Andere multilaterale Organisationen	0.5	1.3	0.9
<b>Total Andere Organisationen</b>	<b>14.5</b>	<b>15.5</b>	<b>13.1</b>
<b>TOTAL</b>	<b>184.6</b>	<b>188.5</b>	<b>368.7</b>

(1) Jahresbeiträge der DEH, welche ausschliesslich aus der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit geleistet werden.

(2) Auszahlungen, die in Form von "Notes" geleistet werden.

(3) Leistungen für den Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen.

## Multilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe





## Netto-Leistungen der Schweiz zugunsten von Entwicklungsländern (1989-1991)

(In Mio Fr.)

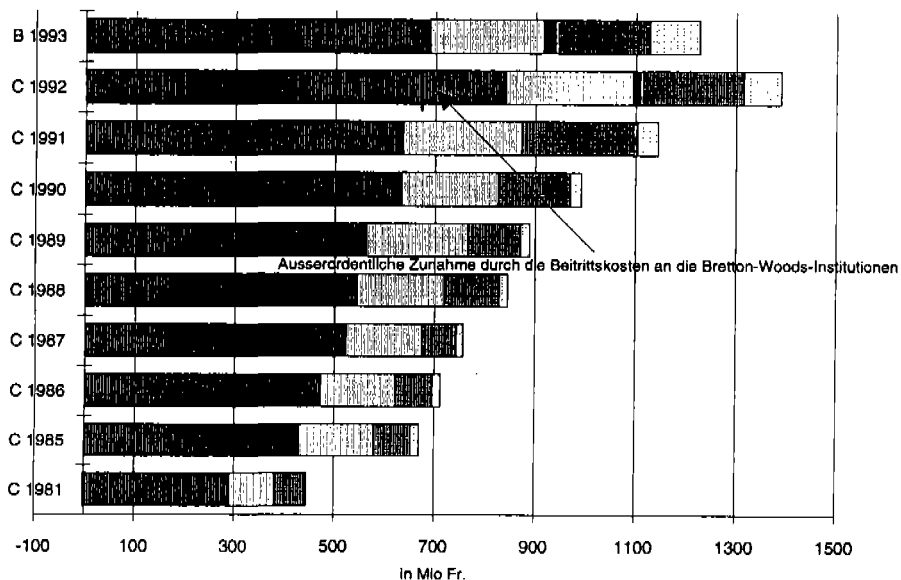
Kategorien	1989	1990	1991
<b>Öffentliche Entwicklungshilfe</b>	<b>893.8</b>	<b>1005.8</b>	<b>1156.3</b>
davon : Bund	878.4	990.0	1131.6
Kantone und Gemeinden	15.4	15.8	24.7
<b>Geschenke von privaten Hilfswerken</b>	<b>149.5</b>	<b>157.9</b>	<b>192.2</b>
<b>Andere Beiträge des öffentlichen Sektors</b>	<b>-10.2</b>	<b>-8.3</b>	<b>-4.9</b>
<b>Kapitalflüsse</b>	<b>1968.9</b>	<b>3785.4</b>	<b>2860.0</b>
davon : Direktinvestitionen	2247.7	4022.0	2113.1
Exportkredite	-599.9	-799.9	-240.1
Anleihen auf dem schweizerischen Kapitalmarkt	321.1	563.3	967.0
<b>Total</b>	<b>3002.0</b>	<b>4940.8</b>	<b>4203.6</b>

Bemerkung

Die Kapitalflüsse, die die jährliche Veränderung der Nettoguthaben der hiesigen Banken gegenüber den Entwicklungsländern darstellen, werden in dieser Tabelle nicht berücksichtigt.

### Oeffentliche Entwicklungshilfe (1981/1985-1993)

(Gemäss Staatsrechnungen und Voranschlag)



## Wirtschaftliche Auswirkungen der öffentlichen Entwicklungshilfe in der Schweiz (1990-1992)

(In Mio Fr.)

Art der Hilfe	Entwicklungshilfe			Wirtschaftliche Auswirkungen		
	1990	1991	1992	1990	1991	1992
Technische Zusammenarbeit	461.3	460.4	478.3	245.8	276.6	256.1
Internationale Organisationen	154.1	155.4	162.4	50.4	73.7	55.5
Bilaterale Aktionen	307.2	305.0	315.9	195.4	202.9	200.6
Finanzhilfe	159.8	174.8	386.5	667.0	603.1	686.6
Internationale Organisationen	137.3	144.7	321.6	665.6	601.6	686.6
Bilaterale Aktionen	22.5	30.1	64.9	1.4	1.5	...
Nahrungsmittelhilfe	63.4	74.3	80.7	31.0	31.6	30.0
Humanitäre Hilfe	127.0	154.4	164.5	168.6	159.1	201.2
Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen	144.3	231.2	206.2	175.0	223.7	331.4
Mischkredite	51.1	67.7	83.3	161.8	205.3	244.8
Zahlungsbilanzhilfe	60.7	52.2	43.6	4.4	10.7	20.4
Andere Hilfsmassnahmen	32.5	111.3	81.3	8.8	7.7	66.2
Nicht klassierbar	34.2	36.5	38.8	23.0	27.9	28.4
<b>Total</b>	<b>990.0</b>	<b>1131.6</b>	<b>1357.0</b>	<b>1310.4</b>	<b>1322.0</b>	<b>1533.7</b>

Die Tabelle bietet eine Uebersicht über die Auswirkungen der öffentlichen Entwicklungshilfe auf die schweizerische Volkswirtschaft. Dabei ist zu unterscheiden zwischen :

- direkte Folgewirkungen von gewährten Beiträgen (z.B. der bilateralen technischen Zusammenarbeit) durch die Lieferung von Gütern oder Dienstleistungen;
- indirekte Folgewirkungen aus anderen Quellen (Ankäufe der internationalen Organisationen, anderer Entwicklungsagenturen, usw.), die aber durch schweizerische Beiträge ermöglicht werden.

## Internationale Vergleiche

Oeffentliche Entwicklungshilfe (ODA) der DAC-Länder  
(Entwicklungsausschuss der OECD) (1981/82-1991/92)

	ODA zu Preisen und Wechselkurs 1991 in Mio \$		ODA der DAC- Länder in % des Totals	Zunahme des Volumens von 1981/82 bis 1991/92 in Mio \$	ODA in % des BSP	
	1981/82	1991/92			1981/82	1991/92
<b>Die zwei grössten Geber</b>						
Vereinigte Staaten (1)	9825	11337	19.3	1512	0.23	0.20
Japan (1)	6076	10633	18.1	4557	0.28	0.31
<b>Länder der Europäische Union (EU)</b>						
Frankreich	5057	7470	12.7	2413	0.54	0.62
Deutschland (1)	5816	6818	11.6	1002	0.47	0.40
Italien	1634	3630	6.2	1996	0.18	0.32
Grossbritannien (1)	3322	3144	5.3	-178	0.40	0.31
Niederlande (1)	2451	2527	4.3	76	1.07	0.87
Spanien	709	1334	2.3	625	0.13	0.25
Dänemark (1) (*)	778	1244	2.1	466	0.75	0.99
Belgien (1)	939	810	1.4	-129	0.58	0.40
Portugal	59	232	0.4	173	0.02	0.34
Irland	63	68	0.1	5	0.21	0.17
Luxembourg	4	38	0.1	34	0.13	0.29
<b>Total Länder EU</b>	<b>20832</b>	<b>27315</b>	<b>46.5</b>	<b>6483</b>	<b>0.44</b>	<b>0.43</b>
<b>Nordische Länder</b>						
Schweden (1)	1784	2226	3.8	442	0.92	0.96
Dänemark (1) (*)	778	1244	2.1	466	0.75	0.99
Norwegen (1)	750	1205	2.0	455	0.94	1.15
Finnland	277	819	1.4	542	0.28	0.70
<b>Total Nordische Länder</b>	<b>3589</b>	<b>5494</b>	<b>9.3</b>	<b>1905</b>	<b>0.77</b>	<b>0.95</b>
<b>Andere DAC-Länder</b>						
Kanada	1848	2615	4.4	767	0.42	0.46
Australien	1040	1033	1.8	-7	0.49	0.36
<b>Schweiz</b>	<b>485</b>	<b>977 (4)</b>	<b>1.6</b>	<b>492</b>	<b>0.24</b>	<b>0.41 (4)</b>
Oesterreich (1)	444	529	0.9	85	0.34	0.32
Neuseeland	105	101	0.2	-4	0.28	0.25
<b>Total Andere DAC-Länder</b>	<b>3922</b>	<b>5255</b>	<b>8.9</b>	<b>1333</b>	<b>0.40</b>	<b>0.40</b>
<b>TOTAL DAC (2)</b>	<b>43466</b>	<b>56809</b>	<b>100.0 (3)</b>	<b>13343</b>	<b>0.34</b>	<b>0.33</b>

(1) Inbegriffen sind die Schuldenerhöhungen der Nicht-ODA 1991 und 1992.

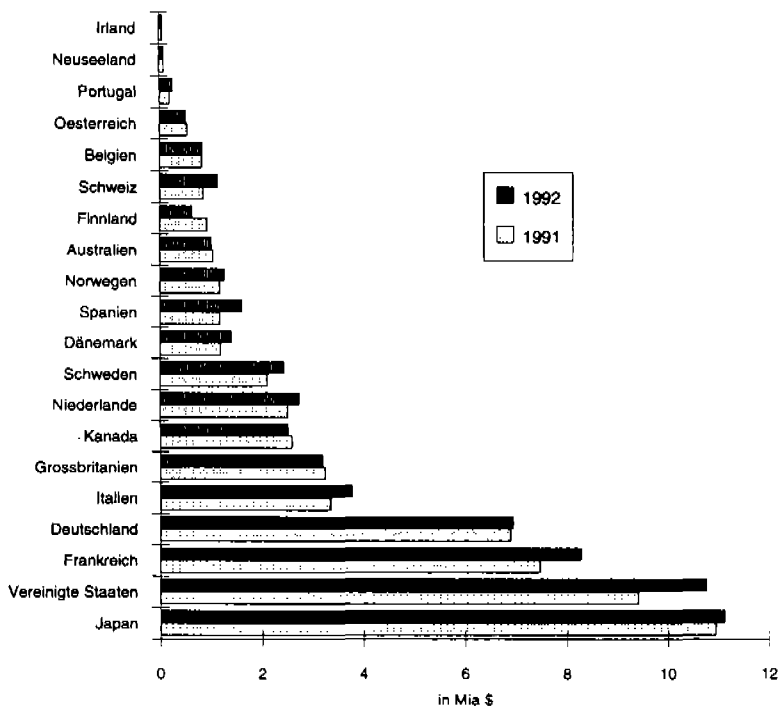
(2) Ausgeschlossen sind die Schuldenerhöhungen der Nicht-ODA.

(3) Inbegriffen sind die Schuldenerhöhungen der Nicht-ODA.

(4) Durch die Beitrittskosten der Schweiz an die Bretton Woods Institutionen (1992).

(\*) Dänemark figuriert gleichzeitig unter den nordischen und denjenigen der EU.

## Oeffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Mitglieder



## Handel

## Welthandel

Anteil (in %) an den weltweiten Aus- und Einfuhren nach Einkommenskategorien

	AUSFUHREN		EINFUHREN	
	1985	1991	1985	1991
Entwicklungsländer (EL) mit niedrigem Einkommen	1,2	1,2	2,2	1,6
EL mit mittlerem Einkommen	11,5	10,7	9,9	11,1
EL mit hohem Einkommen	10,9	11,0	8,3	9,8
Sozialistische Länder Asiens	1,6	2,2	2,5	1,9
Osteuropa	8,7	2,6	8,3	2,6
Industrieländer	66,2	72,4	68,8	72,9

Anteil (in %) an den weltweiten Aus- und Einfuhren nach Regionen

	AUSFUHREN		EINFUHREN	
	1985	1991	1985	1991
Entwicklungsgebiete	23,6	22,8	20,5	22,6
u.a.:				
- Amerika	5,4	3,9	3,9	3,7
- Nordafrika	1,5	0,9	1,3	1,0
- Andere afrikanische Länder	1,7	1,1	1,4	1,1
- Westasien	5,1	3,6	4,5	3,2
- Süd- und Südostasien	9,2	12,9	8,6	13,1
Sozialistische Länder Asiens	1,6	2,2	2,5	1,9
Osteuropa	8,7	2,6	8,3	2,6
Industrieländer	66,2	72,4	68,8	72,9

Handel

## Geographische Struktur des schweizerischen Aussenhandels (1985/1992)

	1985		AUSFUHREN	
	Mio. SFr.	In %	Mio. SFr.	In %
Entwicklungsländer (EL) Afrikas	1825.3	2.7	1310.6	1.4
EL Asiens	8115.6	12.2	11765.1	12.8
EL Amerikas	2453.5	3.7	2780.4	3.0
Andere Entwicklungsländer	1134.7	1.7	1149.4	1.2
Rest der Welt	53094.6	79.7	75136.3	81.5
u.a. Europa	42136.8	63.2	61904.6	67.2
<b>Total</b>	<b>66623.7</b>	<b>100.0</b>	<b>92141.8</b>	<b>100.0</b>

	1985		EINFUHREN	
	Mio. SFr.	In %	Mio. SFr.	In %
Entwicklungsländer (EL) Afrikas	2220.4	3.0	769.8	0.8
EL Asiens	3002.6	4.0	4833.2	5.2
EL Amerikas	1384.3	1.9	1704.8	1.8
Andere Entwicklungsländer	432.3	0.6	426.6	0.5
Rest der Welt	67710.7	90.6	84596.0	91.6
u.a. Europa	59772.1	80.0	73922.5	80.1
<b>Total</b>	<b>74750.3</b>	<b>100.0</b>	<b>92330.4</b>	<b>100.0</b>

**IV Hauptquellen des statistischen Anhangs**

PNUD - Programme des Nations Unies pour le développement, *Rapport mondial sur le développement humain 1993*, Economica, Paris 1993.

UNHCR - United Nations High Commissioner for Refugees, *The State of the World's Refugees*, Penguin Books, 1993.

Banque mondiale, *Rapport sur le développement dans le monde 1993*, Banque mondiale, Washington 1993.

OCDE - Organisation de coopération et de développement économiques, *Financement et dette extérieure des pays en développement, Etude 1992*, OCDE, Paris 1993.

CNUCED - Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement, *Manuel de statistiques du commerce international et du développement 1992*, ONU, New York 1993.

CNUCED - Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement, *Les pays les moins avancés, Rapport 1993*, ONU, New York 1993.

Direction générale des douanes, *Statistique du commerce extérieur, Rapport annuel 1992*, Berne 1993.



# **Bundesbeschluss über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern**

vom

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf Artikel 9 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 19. März 1976<sup>1)</sup> über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 20. April 1994<sup>2)</sup>,

*beschliesst:*

## **Art. 1**

<sup>1</sup> Für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern wird ein Rahmenkredit von 3900 Millionen Franken für eine Mindestdauer von vier Jahren bewilligt. Die Kreditperiode beginnt nach der Verpflichtung des vorangegangenen Rahmenkredites, voraussichtlich anfangs Januar 1995.

<sup>2</sup> Die jährlichen Zahlungskredite werden in den Voranschlag aufgenommen.

## **Art. 2**

Die in Artikel 1 erwähnten Mittel können insbesondere verwendet werden für:

- a. Projekte des Bundes, betreffend namentlich:
  1. technische Finanzhilfe,
  2. Finanzhilfe-Schenkungen,
  3. Finanzhilfe-Darlehen;
- b. Beiträge an schweizerische Organisationen für bestimmte Projekte und für Programme;
- c. Beiträge an internationale Organisationen für bestimmte Projekte und Programme, an deren Auswahl, Vorbereitung und Evaluation die Schweiz beteiligt ist;
- d. allgemeine Beiträge an internationale Institutionen;
- e. die Weiterführung der bestehenden privatrechtlichen Anstellungsverhältnisse von maximal 65 Personen in Bern, um die notwendige Kapazität und Flexibilität für den Austausch zwischen dem privatrechtlich angestellten Feldpersonal und dem Zentralpersonal der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) sicherzustellen.

<sup>1)</sup> SR 974.0

<sup>2)</sup> BBl 1994 II 941

Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern. BB

---

**Art. 3**

Dieser Beschluss ist nicht allgemeinverbindlich; er untersteht nicht dem Referendum.

6778